

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

87. Sitzung

Hannover, den 8. September 1993

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	8119	c) Der Raub der Lotto-Millionen: Sport und Wohlfahrtspflege als Opfer rot-grüner Finanzpolitik – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5339	8132
Tagesordnungspunkt 1:		Horrnann (CDU)	8132
Aktuelle Stunde	8119	Swieter,	
a) Von Münchenhagen bis zur Windenergie – Ministerin Griefahns Kapriolen oder außer Spesen nichts gewesen – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5337	8120	Finanzminister	8133
Dr. Hruska (FDP)	8120	Patzschke (SPD)	8135
Griefahn,		Schröder,	
Umweltministerin	8121	Ministerpräsident	8136
Grill (CDU)	8122	Küpker (FDP)	8137
Frau Dr. Schole (Grüne)	8123	Jordan (Grüne)	8138
Jüttner (SPD)	8124		
b) DSD: Der unverschämte Griff in die Taschen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger – Antrag der Fraktion der Grünen – Drs 12/5338	8125	Tagesordnungspunkt 2:	
Frau Dr. Schole (Grüne)	8125	Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 12/5328	8139
Griefahn,		<i>Beschluß</i>	8139
Umweltministerin	8127		
Schirmbeck (CDU)	8128	Tagesordnungspunkt 3:	
Inselmann (SPD)	8129	Zweite und dritte Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der Niedersächsischen Landkreisordnung, des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des	
Dr. Hruska (FDP)	8130		

Gesetzes über Personalausweise und des Gesetzes über die kommunale Neugliederung im Raum Hannover – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/4801 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung – Drs 12/5259.....	8139
Dr. Engstler (CDU), Berichterstatter.....	8140
<i>Beschluß</i>	8141
(Erste Beratung: 79. Sitzung am 12. 5. 1993)	

Tagesordnungspunkt 4:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drs 12/5301	8142
--	------

und

Tagesordnungspunkt 5:

Erste Beratung: Hilfestellung für die Landesregierung zur Erarbeitung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für Niedersachsen – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5302	8142
Grill (CDU)	8142, 8153
Frau Detert-Weber (SPD)	8145
Dr. Hruska (FDP)	8147
Frau Dr. Schole (Grüne)	8148
Griefahn, Umweltministerin	8150
<i>Ausschußüberweisung</i>	8154

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994 – HG 1994) – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/5255	8155
Swieter, Finanzminister	8155
Gansäuer (CDU)	8166
Schröder, Ministerpräsident	8175
Aller (SPD)	8177
Hildebrandt (FDP)	8187
Dr. Roske (Grüne)	8193
<i>Ausschußüberweisung</i>	8198

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung: a) Verzicht der Parteienwerbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5205 – b) Verzicht auf die Verpflichtung der Medien zu kostenloser Wahlwerbung – Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen – Drs 12/5218 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Medienfragen – Drs 12/5329	8198
Hildebrandt (FDP), Berichterstatter	8198, 8200
Rettig (fraktionslos)	8199
<i>Beschluß</i>	8200
(Erste Beratung: 86. Sitzung am 19. 8. 1993)	

Tagesordnungspunkt 8:

Zweite Beratung: Schutz des Regenwaldes – Beitrag des Landes Niedersachsen – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/3277 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen – Drs 12/5315	8200
Dr. Stratmann (CDU), Berichterstatter	8200
Dr. Hruska (FDP)	8201
Frau Zachow (CDU)	8202
Frau Tewes-Heiseke (SPD)	8203
<i>Beschluß</i>	8204
(Erste Beratung: 58. Sitzung am 19. 6. 1992)	

Tagesordnungspunkt 9:

Zweite Beratung: Unterstützung der Jugendarbeit – Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen – Drs 12/3977 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Jugend und Sport – Drs 12/5316	8204
von Hofe (Grüne), Berichterstatter	8204
<i>Beschluß</i>	8205
(Erste Beratung: 65. Sitzung am 11. 11. 1992)	

Nächste Sitzung	8205
-----------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsident	Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (Grüne)
Vizepräsident	Rehkopf (FDP)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführerin	Lübben (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführer	Schuricht (SPD)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin	Pawelski (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführerin	Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Weber, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Neuber, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	Staatssekretärin Gantz-Rathmann, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusminister Wernstedt (SPD)	Staatssekretärin Jürgens-Pieper, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltministerin Griefahn	Staatssekretär Horn, Niedersächsisches Umweltministerium
	Staatssekretärin Dr. Karras, Niedersächsisches Frauenministerium

Beginn: 10.17 Uhr.

Präsident Milde:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 87. Sitzung im 34. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 12. Wahlperiode und heiße Sie alle herzlich willkommen.

Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest.

Die Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegt Ihnen gedruckt vor. Zum Ablauf des Tagungsabschnitts ist Ihnen alles Wesentliche in der Einladung mitgeteilt worden. Für die Aktuelle Stunde – Tagesordnungspunkt 1 – liegen drei Beratungsgegenstände vor. Es liegen außerdem drei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten werden wie üblich aufgeteilt. Ich werde sie bei den einzelnen Punkten bekanntgeben. Dabei gehe ich davon aus, daß die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht mehr bei jedem Punkt einzeln abgestimmt wird. – Ich stelle fest, daß das Haus mit diesem Verfahren einverstanden ist.

Die heutige Sitzung soll gegen 19.10 Uhr enden.

Meine Damen und Herren, in der Zuschauerloge begrüße ich den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag unseres Partnerlandes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reinhard Höppner.

(Beifall im ganzen Hause.)

Herr Dr. Höppner wird Ihnen allen durch sein Wirken im Jahre 1990 in der damaligen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik bekannt sein. Er ist einer der Wegbereiter der deutschen Einheit. Lieber Herr Dr. Höppner, ich wünsche Ihnen einen guten Aufenthalt in unserem Lande.

(Beifall.)

Meine Damen und Herren, in der Wandelhalle wird zur Zeit die Ausstellung „Sammlung deutscher Drucke 1450 – 1912“ gezeigt. In einem von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekt haben fünf Bibliotheken die Aufgabe, das gesamte im deutschsprachigen Raum erschienene Schrifttum systematisch zu sammeln. Mit der Ausstellung ziehen die beiden beteiligten niedersächsischen Bibliotheken – die Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel und die Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen – eine erste Zwischenbilanz. Ich empfehle die wirklich sehenswerte Ausstellung Ihrer Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen jetzt geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Lübben:

Für heute hat sich Frauenministerin Schoppe entschuldigt. Es haben sich weiterhin entschuldigt von der SPD-Fraktion die Abgeordnete Hammelstein, von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Eveslage und von der Fraktion der Grünen der Abgeordnete Puls-Janssen.

(Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Präsident Milde:

Ich rufe nun Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen drei Beratungsgegenstände vor: a) Von Mönchshagen bis zur Windenergie – Ministerin Griefahn Kapriolen oder außer Spesen nichts gewesen – Antrag der Fraktion der FDP in der Drucksache 5337 –, b) DSD: Der unverschämte Griff in die Taschen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger – Antrag der Fraktion der Grünen in der Drucksache 5338 – und c) Der Raub der Lotto-Millionen: Sport und Wohlfahrtspflege als Opfer rot-grüner Finanzpolitik – Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 5339.

(Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

– Meine Damen und Herren, ich habe zweimal geläutet. Der Geräuschpegel ist fünf Minuten, nachdem wir begonnen haben, schon so, als sei es 19 Uhr. Ich bitte höflichst um Ihr Verständnis, daß ich nicht weiterrede, wenn das so ist. Ich bitte die Kollegen, die noch stehen, Platz zu nehmen. – Danke schön.

Nach unserer Geschäftsordnung dauert die Aktuelle Stunde 60 Minuten. Diese Zeit ist auf die vorliegenden Anträge gleichmäßig zu verteilen. Das bedeutet, daß für jeden Antrag 20 Minuten zur Verfügung stehen. Die von der Regierung in Anspruch genommenen Redezeiten werden dabei nicht angerechnet. Die Redezeit beträgt für jeden Redner fünf Minuten. Nach § 49 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung dürfen in der Aktuellen Stunde Erklärungen oder Reden nicht verlesen werden.

Präsident

Ich eröffne in diesem Sinne die Beratung zu Punkt 1 a:

Von Münchehagen bis zur Windenergie – Ministerin Griefahns Kapriolen oder außer Spesen nichts gewesen – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5337

Um das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska gebeten.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Der kann das auch ohne Manuskript!)

– Ja, das darf ich bemerken, wir fangen gut an.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Umweltministerin Monika Griefahn macht durch launenhaft tolle Einfälle, durch Luftsprünge und Bocksprünge von sich reden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.
– Stock [CDU]: „Bocksprünge“ ist gut!)

Da sie eine Ministerin ist, nennen wir das, zartfühlend wie wir sind, nicht „Bocksprünge“, sondern „Kapriolen“.

Kapriole Nr. 1: der Hamburger Hafenschlick. Seit einem Jahr drehen sich die mit grünem Filz bespannten Runden Tische wie Brummkreisel. Heraus kommt nichts. Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der Ministerpräsident sagt in seiner Allzuständigkeit, daß die Bürger endlich ernst genommen werden sollten – was im Umkehrschluß wohl heißt, daß die Ministerin uns veralbert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Endlich ernst genommen werden wollen auch wir hier im Landtag bei dieser Frage, was mit dem Hafenschlick werden soll.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Da wir uns auch im Umweltausschuß nicht gerne veralbern lassen möchten, haben wir dort den Antrag gestellt, daß uns der Ministerpräsident hierüber unterrichten soll. Die Koalitionsfraktionen haben das abgelehnt. Nun möchte ich gerne wissen, wie das heute in der Antwort aussieht: ob wir wieder veralbert werden oder ob wir ernst genommen werden, ob der Ministerpräsident hier erklärt, er will nicht nur die Bürger, sondern auch uns ernst nehmen, und uns etwas über den Hafenschlick sagt.

(Stock [CDU]: Der ist vorsichtshalber nicht da!)

Die zweite Kapriole – ich kann sie gar nicht alle aufzählen, aber einige will ich beispielhaft nennen – ist die Dümmerisierung.

(Bruns [SPD]: Sie haben nur fünf Minuten!)

– Ja, deswegen. Das kann man gar nicht alles in fünf Minuten aufzählen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vor der Wahl hat uns der jetzige Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium erklärt, was alles in Sachen Dümmerisierung passieren müsse. Nun, es ist wenig passiert. Der Bornbach ist umgeleitet worden.

Die Phosphate, die bislang über den Bornbach den Dümmer eutrophieren, sollen jetzt die Hunte eutrophieren. Weiter ist aber nichts passiert. Alles nicht so gemeint.

Zwei Wochen vor der Wahl – ich komme jetzt zur dritten Kapriole meiner Aufzählung – hat Frau Griefahn gesagt – damals war sie noch nicht Umweltministerin –, daß für Münchehagen nicht nur ein Sicherungssystem erarbeitet werden sollte – in diesem Zusammenhang hat sie den bis dahin amtierenden Umweltminister Dr. Remmers scharf kritisiert –, sondern daß dort endlich saniert werden müßte. Am 2. September aber sagte Herr Jüttner, daß nicht einmal für ein minimales Sicherungssystem genügend finanzielle Mittel im Haushalt bereitstünden.

(Jüttner [SPD]: Das ist gar nicht richtig, Herr Hruska! Das ist falsch! Das Gegenteil habe ich erklärt!)

Alles nicht so gemeint, Frau Griefahn. Vor der Wahl so, und jetzt nicht einmal ein Sicherungssystem.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich bin der Meinung, daß ein Sicherungssystem nicht nur die Seiten absichern müßte, sondern auch den Untergrund. Dafür ist aber schon gar kein Geld vorhanden. Noch nicht einmal für die Seitenabsicherung steht Geld zur Verfügung.

Die vierte Kapriole: Gegenüber der sonst ernstzunehmenden Zeitschrift „Focus“ erklärte die Ministerin, daß sie auf den in Niedersachsen vorhandenen 6000 Strommasten Windkraftträder installieren lassen wolle. Die Grünen sagen in der „Hannoverschen Neuen Presse“ zu Recht: Dieser Vorschlag ist Unsinn.

Jetzt kommt die letzte Kapriole, die ich in der mir zur Verfügung stehenden Redezeit noch aufzählen kann: Diese Kapriole betrifft die Emsvertiefung. Diesbezüglich hat Ministerin Griefahn nun völlig neue Ideen. Sie schlägt vor, daß nicht die Ems ver-

tieft, sondern der Tidehub ausgenutzt werden sollte. Als ob das bislang nicht schon geschehen wäre!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Im Gegenteil: Man hat sich hier darum bemüht, daß auch noch Springzeiten entsprechend mit eingerichtet werden. „Nichts begriffen“ sagt die „Ostfriesen-Zeitung“ zur Umweltministerin. Recht hat sie.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der Vorsitzende der SPD und der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag redet nun aber ein ernstes Wort. Er sagte, man könne mit den Strommasten zwar Heiterkeit erwecken, die Emsvertiefung sei aber zu ernst, als daß die Ministerin solche Kapriolen – so sage ich es jetzt – machen dürfe.

Meine Damen und Herren, auch die anderen Themen sind für uns zu ernst, als daß wir uns diese Kapriolen noch länger gefallen lassen können. Dies ist hier keine Komödie. Das ist eine Tragödie, eine Tragödie für die Umwelt in Niedersachsen, eine Tragödie für das Land Niedersachsen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Ich nehme an, daß Frau Ministerin Griefahn jetzt sprechen möchte. Ich habe dies erkannt und erteile ihr das Wort.

Griefahn, Umweltministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es ganz toll, Herr Dr. Hruska, daß Sie die Umweltpolitik immer wieder unterstützen und meinen, daß es noch besser werden müsse.

(Stock [CDU]: Fortsetzung der Lachnummer!)

Ich freue mich auch immer wieder über Ihre konstruktiven Anregungen. Nebenbei darf ich aber daran erinnern, daß sich in der Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Koalition 60 Umweltvorhaben befinden, von denen wir inzwischen 90% abgearbeitet bzw. angestoßen haben.

(Beifall bei der SPD. – Lachen bei der CDU.)

– Ich kann Ihnen gern alles aufzählen. Ich kann Ihnen auch gern die Liste zur Verfügung stellen. Das fängt bei der Neuorganisierung des Abfallgesetzes an. Die ersten Naturschutzstationen sind eingerichtet worden. Wir haben eine Verordnung zum Nationalpark Harz in die Anhörung gegeben, die

Ende dieses Jahres in Kraft treten wird. Wir haben mit der Industrie einen Abfallgipfel durchgeführt, bei dem ganz konkrete Vermeidungsstrategien aufgezeigt worden sind. Diese sind – wenn Sie es ernst nehmen würden – vor den Sommerferien von der Industrie auch ganz konkret gewürdigt worden. Wir haben ein Wasserentnahmeentgelt eingeführt, mit dem wir tatsächlich zum Einsparen von Wasser anhalten. Und und und. Die Zeit ist zu knapp. Mir ist es nicht möglich, in fünf Minuten alle Maßnahmen aufzuzählen.

Ich möchte Sie so ernst nehmen, wie Sie es sich wünschen, und auf Ihre Punkte eingehen, Herr Dr. Hruska. Ich finde es toll, daß Sie Kritik an all dem üben, was noch nicht passiert ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Frage Hafenschlick erinnern. Wir sind die erste Landesregierung, die dieses Problem konkret angepackt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben schon im Jahr 1984 eine Zusage gemacht. Ausgewiesen worden ist aber keine einzige Deponie. Darüber, daß am Dümmer etwas passieren muß, ist ewig geredet worden. Diese Landesregierung hat nun endlich Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen Land angekauft werden kann. So ist zwischenzeitlich schon nahezu das gesamte Ochsenmoor angekauft worden.

(Grill [CDU]: Das hat der Bund gezahlt!)

Ich war in der letzten Woche am Dümmer und habe dort mit den Landwirten geredet. Diese sind mit den Pflegemaßnahmen und den konkreten Dingen, die dort auch die Naturschutzstation durchgeführt haben, sehr zufrieden. Die haben sich bedankt.

(Dr. Hruska [FDP]: Beim Bund haben die sich bedankt!)

Das möchte ich einmal ganz deutlich sagen. Die ersten Maßnahmen haben hier inzwischen zu konkreten Ergebnissen geführt. Konkrete Ergebnisse konnten Sie aber nicht vorweisen.

Auch über Münchehagen wurde von der Vorgängerregierung lange geredet. Auch dort wurde nichts getan. Diese Landesregierung hat in der Region nun aber für Ruhe gesorgt. Außerdem hat sie es geschafft, mit den Bürgern vor Ort ein Sicherungs- und Sanierungskonzept zu erarbeiten. Dafür hat diese Landesregierung im Haushalt immer Geld bereitgestellt. Die Arbeiten sind schneller abgeschlossen worden, als wir angenommen haben. Deshalb muß jetzt im Haushalt nachgebessert werden. Wir überlegen derzeit, wo wir umschichten können. Die konkreten Maßnahmen konnten nämlich schneller abgeschlossen werden, als wir es ursprünglich erwartet haben. Das ist eine konkrete Sache. Wir hof-

Frau Griefahn

fen, daß Sie uns bei der Umstellung des Haushalts unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD. – Dr. Hruska [FDP]:
Was ist mit der Sanierung?)

Zu den Windkraftträdern. Herr Dr. Hruska, wir haben hier doch schon häufiger über den Flächenverbrauch, den Naturschutz und anderes mehr diskutiert. Alle haben sich darüber beklagt, daß die regenerative Energie vielleicht nicht ganz unumstritten ist. Ich habe vorgeschlagen, daß man Flächen doppelt nutzen sollte, indem man etwa bereits vorhandene Strommasten mit einer Windenergieanlage versieht und zu diesem Zweck eine Pilotanlage einrichtet. Dieses Projekt habe ich schon im vergangenen Jahr vorgestellt. Damals hat dieses Projekt aber niemand kommentiert. Nur weil jetzt eine Zeitschrift einmal hochrechnet, was es heißen würde – – – Sie hat mich nicht gefragt. Ich bin gefragt worden, als ich am Sonntag von der dpa-Meldung gehört habe. Wenn man jetzt aber noch nicht einmal dieses konkrete Pilotprojekt haben will, dann meint man es meiner Meinung nach nicht ernst mit dem Naturschutz und mit dem Vorantreiben der regenerativen Energien.

(Beifall bei der SPD.)

Zur Emsvertiefung. Wir diskutieren schon ewig lange über die Frage, wie weit man hier eigentlich gehen kann. Die Ems ist einer der letzten intakten Flüsse, die es in dieser Republik noch gibt. Sie haben schon vor zehn Jahren den größten Fehler gemacht. Sie haben es nämlich erlaubt, daß die Ems auf eine Tiefe von 5,80 m ausgebaggert wird. Dadurch ist das Ökosystem gewaltig beansprucht worden. Die Frage ist doch: Wie weit kann man noch gehen? – Für mich als Umweltministerin, die ich auch für den Naturschutz zuständig bin und für die Selbsterhaltung der Flüsse kämpfe, ist es selbstverständlich, daß ich immer wieder dazu auffordere zu überlegen, ob man das in Zukunft so weitermachen kann. Müssen wir die gleiche Kanalisierung hinnehmen wie bei allen anderen Flüssen, oder kann man nicht auch einmal systematisch in einen Dialog über die Frage eintreten, wie man mit dem Bau von Schiffen in Zukunft umzugehen hat? Es ist ja nicht so, daß wir keine Häfen hätten, in denen nicht schon Schiffe gebaut worden sind. Ich glaube, Denkverbote muß sich eine Anwältin des Naturschutzes und des Umweltschutzes nicht erteilen lassen. Statt dessen muß man einen konkreten Dialog mit den Firmen und der Belegschaft führen. Das ist selbstverständlich. Das habe ich auch immer zum Ausdruck gebracht. Ich muß aber auch Anwältin für Tiere und Pflanzen sein, weil sie sonst keinen haben. Würde ich dies nicht tun, hätte ich meinen Job als Umweltministerin verfehlt. Für diese Aufga-

be setze ich mich ein. Das haben Sie aber offensichtlich nicht geschafft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Grill, Sie haben das Wort.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Griefahn, die Reaktion auf die Vorhaltungen des Kollegen Dr. Hruska zeigen sehr deutlich, daß der Vorwurf und das Aufzählen des konkreten Versagens von Ihnen im Grunde genommen nicht adäquat erwidert werden kann. Sie haben keine Argumente gegen das, was hier vorgetragen worden ist, und Ihre Aussage, von 60 Koalitionsvereinbarungen seien 90% abgearbeitet, glauben allenfalls die Insider von Rot-Grün, aber im Lande glaubt Ihnen das niemand.

Ich will als erstes mal auf das Abfallgesetz eingehen. Wem wollen Sie denn wirklich konkret sagen, daß Sie mit dem, was Sie hier an Mininovelle in die Welt gesetzt haben, bei dem Sie sich auch von der eigenen Verantwortung und der des Landes entpflichtet haben, konkret in diesem Lande etwas für die Entsorgung getan hätten? Keine Deponien, Müllnotstand, Mülllexporte – Sie haben schlicht und einfach versagt!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nun kurz zu der Frage „seriöse Politik“, Hafenschlick. Es ist schon ein Stück aus dem Tollhaus, daß Sie unmittelbar nebeneinander zwei Probleme auf so unterschiedliche Art und Weise behandeln. Dafür sind Sie schon dem Landtag eine Erklärung schuldig. Im übrigen stimmt der Vorwurf, wir hätten keine Deponieflächen ausgewiesen, nicht, denn Sie haben 1990 von der NGS eine konkrete Standortplanung vor dem Hintergrund dessen, was Werner Remmers in Gang gesetzt hat, übernehmen können. Sie haben es angehalten. Wir wollen bei der Wahrheit bleiben!

Dann sage ich Ihnen auch noch folgendes: Sie sind in Artlenburg und wollen eine Hafenschlickdeponie einrichten. Dort schieben Sie die Verantwortung auf den Runden Tisch, auf die Bürger, auf die Wissenschaft und machen sich die Finger nicht dreckig. Gleich daneben, in Sassendorf, fängt das Naturschutzgebiet Elbetal an, und was machen Sie dort? – Sie entscheiden über die Köpfe der Bürger hinweg, reichen Anträge ein, ohne daß irgend jemand vor Ort überhaupt informiert ist!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die sachsen-anhaltinische Landesregierung hat den Antrag in Bonn für alle Bundesländer eingebracht. Aber ich sage Ihnen, die Landkreise Osterburg, Stendal und auch Havelberg sind an der Erarbeitung des Antrages beteiligt worden; in Lüneburg und in Lüchow-Dannenberg, dort, wo Niedersachsen betroffen ist, wissen die Landkreise noch nicht einmal, daß es einen solchen Antrag in Bonn gibt. Das ist die Realität!

(Zuruf von Schurreit [SPD].)

– Lieber Herr Landrat Schurreit, erkundigen Sie sich bei Ihrem Oberkreisdirektor! Ich sage Ihnen nur: Wo es wirklich schwierig ist, sind Sie in der Debatte vor Ort nicht zu finden. Sie stellen sich nicht dem Bürger, und da, wo es schön und leicht ist, entscheiden Sie über die Köpfe und Probleme der Bürger hinweg!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ein weiterer Punkt ist das Problem Münchehagen. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn ich lese, was etwa in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht worden ist, dann mache ich Ihnen den Vorwurf, daß Sie die Menschen in Münchehagen und Umgebung nicht mehr ernst nehmen. Was ist das für eine Politik, bei der Sie – insbesondere aber auch die Grünen – vor der Wahl sozusagen die Todeschrecken an die Wand gemalt haben, um die Bürger gegen die CDU/FDP aufzubringen, und sich heute hinstellen und auf das einzige verweisen, was nach dreieinhalb Jahren Regierungszeit erreicht worden ist, daß nämlich die Sicherungswand, die Werner Remmers schon bauen wollte, 60 Millionen DM teurer geworden ist! Das ist das Ergebnis Ihrer Politik!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Dann kommen Sie und sagen, wir sollten Sie in bezug auf den Dümmer erst nehmen. Der Flächenankauf dort ist zu 90% vom Bund finanziert worden. Sie schmücken sich hier auch noch mit fremden Federn! Es wäre im übrigen auch unheimlich interessant, Ihnen an der Stelle nachzuweisen, daß Sie nun exakt das Konzept der alten Koalition, welches Sie vor der Wahl abgelehnt haben – Bornbachumleitung usw. – vollziehen, also nichts anderes in die Tat umsetzen, als das, was Ihnen die damalige Koalition an Planungen übergeben hat. Dies ist die Realität!

In der Frage der Windenergie, Frau Griefahn, gibt es jetzt einen eklatanten Widerspruch. Ich habe mit „Focus“ gesprochen. Sie haben ein Gespräch mit „Focus“ über diesen Artikel gehabt; das ist die Aussage von „Focus“. Ich möchte schon wissen, ob Ihre Aussage, daß Sie mit der Zeitung nicht gesprochen hätten, richtig ist oder nicht. Und weiter: Ihre

Pressesprecherin hat am Montag erklärt, das sei alles Unsinn. Ich bin gern bereit, Ihnen das Wortprotokoll über das Interview von NDR 2 zur Windenergie und zu den Strommasten hier vorzulesen. Ich sage das, was auch Joke Bruns draußen richtigerweise gesagt hat: Sie haben sich genügend blamiert, Sie sollten aufhören, sich als Anwältin der Umwelt in Niedersachsen aufzuspielen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Milde:

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Schole.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Aktuelle Stunde als Rundumschlagkritik der FDP an der Umweltministerin und an der rot-grünen Umweltpolitik! Ich würde dazu nichts sagen, wenn die CDU und die FDP in irgendeiner Weise für eine ernstzunehmende umweltpolitische Alternative hier in Niedersachsen ständen oder dort, wo sie in der Regierungsverantwortung sind, in der Umweltpolitik irgend etwas Positives, Wegweisendes, Innovatives auf den Weg gebracht hätten. Dem ist aber nicht so! Schauen wir uns doch einmal die Politik dort an, wo die FDP in der Regierungsverantwortung steht, etwa auf Bundesebene oder in Rheinland-Pfalz, wo sie mit der SPD koalitiert. Es gibt z. B. vollmundige Ankündigungen im Koalitionspapier mit der Bundes-CDU. Ankündigung Nr. 1: Umfassende Integration – – –

(Zuruf von Grill [CDU].)

– Sie möchten nicht gern hören, Herr Grill, was Sie auf Bundesebene für eine Umwelt-roll-back-Politik machen; das glaube ich Ihnen! Umfassende Integration der Umweltvorsorge durch Einsatz wirtschaftlicher Instrumente, so heißt es da. Meine Damen und Herren, Ökosteuergesetzgebung, Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente in der Umweltpolitik, dringend notwendige ökologische Reformierung der Marktwirtschaft, gerade im Hinblick auf die Herausforderungen der deutschen Einheit – nichts ist da; es sind keinerlei innovative Ansätze zu erkennen. Eine ökologische Wüste tut sich da auf, wo eigentlich Umweltpolitik von FDP und CDU auf Bundesebene betrieben werden sollte.

Und da, wo die FDP die direkte Verantwortung hat, z. B. im Bundesbauressort, hat sie sich an die Spitze des gesamten Umwelt-roll-back der Bundesregierung gesetzt, und zwar mit dem Ermächtigungsgesetz Wohnbaulandgesetz. Die Überprüfung der Umweltverträglichkeit von Baulandausweisung

Frau Dr. Schole

gen hat sie hintertrieben. Warum? – Weil sie, wenn sie die wirklich Schuldigen hätte packen wollen, die für die Misere im Wohnungsbau und für die Verknappung von Bauland verantwortlich sind, nämlich die Baulandspekulanten, tief in die Kiste ihrer eigenen Klientel hätte greifen müssen. Das machen Sie natürlich nicht; da lassen Sie lieber die Umwelt auf der Strecke bleiben.

Meine Damen und Herren, und dann wollen Sie hier an der Umweltministerin herummäkeln! Niedersachsen hat das Umwelt-rollback der FDP im Wohnungsbau nicht vollzogen. In Niedersachsen bleibt die Regelung, daß der Umweltschutz auch im Wohnungsbau etwas mitzureden hat, und das ist auch gut so.

Was steht dann noch in den Koalitionsvereinbarungen der FDP? – Ankündigung Nr. 2: Vorrangiges Vermeidungsgebot bei Verpackungen, Stabilisierung und Entwicklung von Mehrwegsystemen. Ha, meine Damen und Herren, da könnte man doch nur lachen, wenn es nicht so traurig wäre angesichts der katastrophalen Politik im Zusammenhang mit der Verpackungsverordnung und dem DSD. Genau das Gegenteil wurde hier umzusetzen versucht.

Ankündigung Nr. 3 in der Koalitionsvereinbarung der FDP mit der CDU: Offenlegung von Umweltdaten, Einführung des Rechts auf freien Zugang zu Informationen über die Umwelt. Wo bleibt denn da die Umsetzung der EG-Richtlinie auf Bundesebene, meine Damen und Herren? Niedersachsen hat dies in Form eines Erlasses vollzogen. Die Länder sind alle dabei, eigene Gesetze zu formulieren, weil der Bund die einfachsten Schulaufgaben nicht macht. Meine Damen und Herren, das Recht auf Akteneinsicht war doch immer ein zentraler Punkt liberaler Politik. Wo bleibt hier die FDP? Sie kann nur herummäkeln an der Politik der rot-grünen Landesregierung!

Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, die Verbandsklage, von der FDP immer als eigene Politik reklamiert – – – Wo ist denn die Verbandsklage auf Bundesebene, Herr Hruska, wo ist die Verbandsklage in Rheinland-Pfalz? Dort ist die FDP mit der SPD in einer Koalition. Da hat der Wirtschaftsminister von der FDP die Verbandsklage zwei Jahre lang boykottiert, verhindert. Jetzt ist sie in einer ganz lauwarmer Form im Kabinett gelandet, einschließlich der ganzen Gesetze, die das Wohnbaulandgesetz vorgeschrieben hat.

(Zurufe. – Unruhe. – Glocke des Präsidenten.)

Die Novellierung des rheinland-pfälzischen Naturschutzgesetzes ist ein Rückfall in schlimmste CDU-Zeiten. Sie ist schlimmer als alles das, was die CDU bisher in bezug auf den Naturschutz gemacht hat,

und da wollen Sie, Herr Hruska, das Naturschutzgesetz der rot-grünen Landesregierung angreifen!

(Zuruf von Grill (CDU).)

Meine Damen und Herren! Es ist völlig klar, dort, wo die FDP in der Regierungsverantwortung steht, hat sie im Umweltbereich überhaupt nichts auf die Reihe gebracht. Und dann mäkeln Sie hier an der Umweltministerin und an der rot-grünen Landesregierung herum! Ich kann Ihnen nur sagen: Kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür! Wenn Sie etwas Adäquates an umweltpolitischen Konzepten vorzuweisen haben, bin ich sehr wohl und gern bereit, mit Ihnen hier darüber zu diskutieren. Aber auf dieser Ebene machen Sie sich wirklich nur lächerlich!

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Jüttner.

(Lindhorst [CDU]: Darf man in der Aktuellen Stunde ablesen?)

– Nein.

Jüttner (SPD):

Das mache ich auch nicht, wie Sie wissen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Frau Dr. Dücker [Grüne].)

– Ich habe eine Zeitung mitgebracht. Das schadet ja nie.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Schole hat überzeugend ausgeführt, was in den letzten Jahren – – –

(Lachen bei der CDU und bei der FDP.)

Frau Dr. Schole hat sehr überzeugend ausgeführt, was diese Koalition in den letzten drei Jahren an rot-grüner Umweltpolitik gemacht hat. Das hat Sie gegen Unterlassungen, Nichtstun und Fehlverhalten in anderen Bereichen abgesetzt, Herr Hruska, wo Ihre Leute politische Verantwortung haben. Da diese Politik natürlich unter der Leitung und strikten Mitwirkung der Umweltministerin geschehen ist, gehe ich davon aus, daß deutlich geworden ist, welche wichtige und orientierende Funktion die Umweltministerin für Niedersachsen hat, aber nicht nur für Niedersachsen, sondern auch darüber hinaus. Es ist ja nicht gerade ein politischer Abstieg, wenn ein Mitglied der Niedersächsischen Landesregierung vom nächsten Bundeskanzler in seine Kernmannschaft berufen wird. Das muß doch Gründe haben, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der CDU.)

Der junge Mann aus dem Osnabrücker Rat tut mir wirklich leid. Dem müssen doch heute morgen die Tränen kommen. Sie haben es auch gelesen. Es geht jetzt darum, daß die erste Reihe hier kabinettstfähig gemacht werden soll. Die „HAZ“ stellt fest, daß das auf der Ebene der Paradiesvögel wohl nicht drin ist. Ich füge hinzu: Das Höchste und das Optimale, was sich die CDU für ihr Kabinett vorstellen kann, sind Rabenvögel und Graugänse. Darüber hinaus ist bei Ihnen nichts drin.

(Grill [CDU]: Reden Sie doch zur Sache!)

Für Paradiesvögel ist in der CDU mit Sicherheit kein Platz.

(Frau Schliepack [CDU]: Sprechen Sie doch mal zu Münchehagen!)

Damit können wir auch ganz gut leben. Wir nehmen zur Kenntnis: Die Umweltministerin hat einen der schwierigsten Jobs in Niedersachsen. Sie füllt ihn gut aus. Darüber hinaus ist sie – das hat sie inzwischen häufiger bewiesen – in der Lage, Kreativität zu entwickeln und Gedanken in die Welt zu setzen, die durchaus auch zur Polarisierung beitragen, was ich überhaupt nicht bestreite. Das ist bei uns nicht anders. Auch bei uns wird herzlich darüber gestritten, ob die Etablierung von Windkraftanlagen – – –

(Dr. Hruska [FDP]: Ernsthaft oder scherzhaft?)

Auch bei uns wird ernsthaft und intensiv darüber gestritten, ob die Etablierung von Windkraftanlagen auf Strommasten ein gelungener Steilpaß, ein Querpaß oder ein Antrag auf Selbsttor ist. Das ist überhaupt nicht zu bestreiten, und das ist klar.

(Hildebrandt [FDP]: Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen?)

Ich will Ihnen noch folgendes sagen: Mitunter wird erst die Geschichte zeigen, wo die Grenze zwischen Mut und Wagemut liegt.

(Beifall bei der SPD. – Hildebrandt [FDP]: Das gilt aber für alles!)

Das sage ich auch in aller Deutlichkeit. So manche Selbstverständlichkeit von heute ist über Jahrzehnte als Skurrilität bezeichnet oder mit dem Makel der Verrücktheit bedacht worden.

(Hildebrandt [FDP]: Sie ist also zu weit voraus!)

– Sie ist möglicherweise zu weit voraus, für Sie, vielleicht auch für uns. Ich sage aber auch: Eine Regierung und eine Regierungsmehrheit, die nicht in der Lage sind, Querdenken zu ertragen, können sich politisch abmelden.

(Stock [CDU]: Nicht quer, sondern schräg!)

Wenn das bei Ihnen der Fall ist, dann nehmen wir es zur Kenntnis. Das zeigt aber auch, daß wir von Ihnen im nächsten Jahr nichts zu befürchten haben. Das beruhigt uns gleichzeitig ein Stück.

Wir halten es aus, daß es bei uns Leute mit Ecken und Kanten gibt. Das ist überhaupt kein Problem. Wir halten es auch aus, Herr Grill, daß Sie bei allen Beispielen, die Sie hier vorgetragen haben, wissentlich die Unwahrheit gesagt haben. Das kann ich Ihnen an allen Beispielen nachweisen. Das gilt insbesondere für Münchehagen. Dieses Thema haben wir erst letzte Woche ausführlich diskutiert. Gehen Sie doch einmal zu Herrn Heineking. Er sitzt mit dabei und trägt alle Maßnahmen für Münchehagen mit. Der dortige Ausschuß hat einstimmig gehandelt

(Gill [CDU]: Wir messen Sie an dem, was Sie im Wahlkampf versprochen haben!)

– genau das machen wir – und hält das für das angemessene Verfahren, was gegenwärtig in Münchehagen passiert.

(Grill [CDU]: Warum kommen dann die Leute zu uns?)

Der Wahlkampf hat für Sie begonnen. Wir müssen damit leben, daß die Leute, die bei uns herausgehobene Funktionen haben, von Ihnen scharf attackiert werden. Das wird aber an denen abprallen, die kritisiert werden. Es wird auch an der niedersächsischen SPD insgesamt abprallen. Ich kann Ihnen zusichern: In unserer internen Diskussionsbereitschaft, in unserer Vielfalt, aber auch in unserer Disziplin im Handeln und in unserer Loyalität werden wir weiterhin unschlagbar sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Damit ist die Aussprache zu Punkt 1 a beendet.

Ich rufe Punkt 1 b auf:

DSD: Der unverschämte Griff in die Taschen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger – Antrag der Fraktion der Grünen – Drs 12/5338

Das Wort hat Frau Dr. Schole.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Duale System, Töpfers einzige, zweifelhafte und überhaupt nicht vorzeigbare Leistung als Bundesumweltminister in dieser Legislaturperiode, stand

Frau Dr. Schole

letzte Woche vor dem Konkurs, und mit ihm der Minister selbst. Die Hängepartie um das DSD ist aber noch lange nicht zu Ende. Töpfer hat nur eine weitere Schonfrist erhalten. Ich teile die Auffassung des Hamburger Umweltsenators Vahrenholt, der sagte, daß die Firma DSD das Jahr 1994 nicht überleben wird, weil die Probleme, die zu diesem Finanzdesaster geführt haben, nicht beseitigt sind. Ich bin auch der Überzeugung, daß sie von der Struktur der Verpackungsverordnung her gar nicht zu lösen sind.

Die Grundidee der Verpackungsverordnung, die Rückführung von Stoffen in den Produktionskreislauf möglichst als Kreislauf, wird von den Grünen und der Umweltbewegung seit langem gefordert. Sie ist inzwischen auch im allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtsein verankert. Die Bürgerinnen und Bürger sammeln und trennen Abfallstoffe in einem Umfang, wie wir es uns immer gewünscht haben. Der gravierendste Fehler des Systems der Verpackungsverordnung liegt aber darin, daß die Stoffe, die heute im Gelben Sack gesammelt werden, entweder überflüssige oder unnötige Verpackungen sind oder aber zu großen Teilen überhaupt nicht oder nur mit unververtretbarem ökologischen und ökonomischen Aufwand wiederverwertbar sind.

(Beifall bei den Grünen.)

Es ist nicht erkennbar, wie und daß das politische Ziel, die Verpackungsflut einzudämmen, sowie das wirtschaftliche Ziel, die Stoffe wiederzuverwerten – beides sind letztendlich umweltpolitische Ziele –, durch die Verpackungsverordnung erreicht werden können.

Der Grüne Punkt, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als eine steuerliche Abgabe auf Verpackungen, eine Verpackungssteuer, aber so, wie wir sie nie gewollt haben. Jeder Lenkungscharakter dieser Abgabe fehlt. Übrig bleibt ein Geldkuchen von 2,5 Milliarden DM in diesem Jahr und, so die Planungen des DSD, von 4,5 Milliarden DM im nächsten Jahr, auf den sich die Entsorgungswirtschaft gestürzt hat. Wen wundert es? Es ist ein sicheres Geschäft, bezahlt von den Bürgerinnen und Bürgern, und die Verwendung ist nicht öffentlich kontrollierbar.

Wen wundert es da, daß sich die Lizenznehmer des DSD genau wie Steuerschuldner verhalten, sich also möglichst um die Zahlung herumdrücken und mit dem Mittel der Stundung arbeiten? Als wirkliche Trittbrettfahrer des Systems, die DSD in der Diskussion um die Finanzschwierigkeiten mitverantwortlich gemacht hat, sind letztendlich bei genauem Hinsehen nur 100 Firmen übriggeblieben – 100 Firmen von insgesamt 15 000 registrierten Lizenznehmern, meine Damen und Herren! Daran

sieht man doch, daß der Hinweis auf die Trittbrettfahrer letztlich nur ein vorgeschobenes Argument ist und daß die wirklichen Probleme des DSD ganz woanders liegen.

Das DSD hat in vielen Kommunen in Niedersachsen noch nicht einmal die Auslagen für die Werbekampagne zur Einführung des Systems im März dieses Jahres erstattet.

Wenn wir heute vom unverschämten Griff in die Taschen der Kommunen und der Bürgerinnen sprechen, so sollte man es, wie ich finde, an einem konkreten Beispiel illustrieren. Der private Gelbe-Sack-Entsorger im Landkreis Diepholz hat finanzielle Ansprüche an das DSD in Höhe von 800 000 DM. Er ist nach der Bonner Stundungsvereinbarung an den Landkreis herangetreten und möchte vom Landkreis ebendiese 800 000 DM als Darlehen gewährt bekommen. Ich kann angesichts solcher Zustände nur fragen, wo wir eigentlich sind. Was ist das für ein Staat, was ist das für eine Bundesregierung?

Die Entsorgungswirtschaft, meine Damen und Herren, allen voran die Stromkonzerne RWE und VEW, und der Sprecher der Entsorgungswirtschaft, Trienekens, arbeiten mit der Drohung der Kündigung von 12 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und mit der Drohung, das System zusammenbrechen zu lassen, um letztendlich den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern Geld abzupressen, das die Großen der Entsorgungswirtschaft als risikolose Gewinne unter sich aufteilen.

Meine Damen und Herren! In Diepholz geht die ganze Sache aber noch weiter. Der Entsorger ist nun an den Landkreis herangetreten und hat mitgeteilt, daß er pleite ist, wenn ihm nicht nächste Woche die Hälfte, mindestens 400 000 DM, der Schuld bezahlt wird.

Der Bundesverband der Entsorger will die Kopf-Pauschale heruntersetzen. In Diepholz wären das statt 43 DM 30 DM. Der Entsorger hat dem Landkreis mitgeteilt, daß er dann pleite gehen wird und daß er mit der Kopf-Pauschale von 30 DM das System nicht aufrechterhalten wird. Der Kreis ist gerade dabei – am Freitag soll die Entscheidung fallen –, zu überlegen, ob nicht eine Auffanggesellschaft für den privaten Entsorger des Kreises gegründet werden soll.

Meine Damen und Herren! An diesem konkreten Beispiel sieht man, wie die Situation der Kommunen ist und in welche Lage sie durch das DSD gebracht worden sind, und zwar nachdem sich zunächst allgemein eine gewisse Erleichterung ausgebreitet hatte, weil – das hat sich inzwischen aber als falsch herausgestellt – ein Kompromiß gefunden wurde.

Meine Damen und Herren, dieser Kompromiß, der da gefunden worden ist, ist kein Kompromiß. Es wird sich herausstellen, daß das Duale System, so wie es geplant ist, nicht haltbar ist. Dazu kommt, daß die regionale, in Jahren gewachsene Struktur kleiner und mittelständischer Entsorgungsunternehmen im Bereich der Altglas- und Altpapierentsorgung als Folge des Dualen Systems zerstört worden ist. Diese Strukturen werden sich auch nicht mehr neu aufbauen lassen. Das ist auch eine Folge dieser Zentralisierung mit dem Dualen System, wo die Kommunen jetzt entsprechend in der Klemme sind.

Wenn jetzt das Finanzdesaster des DSD auf die Kommunen abgewälzt werden soll, können wir nur warnen. Es ist für die Kommunen weder unter Sachgesichtspunkten noch unter Finanzgesichtspunkten verantwortbar, des DSD die Schulden zu stunden oder in verzinliche Darlehen umzuwandeln. In der nächsten Runde des Finanzdebakels ist damit zu rechnen, daß die Firma in Konkurs geht und der Kommunalhaushalt in Höhe der verlorenen Gelder voll belastet werden muß.

Präsident Milde:

Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident, ich komme zum Schluß. – Ich glaube nicht, daß dieses Risiko irgendeine Verwaltung, irgendein Stadtrat oder irgendein Kreistag verantworten kann. Was wir dringend brauchen, ist keine Verpackungsverordnung, sondern sind andere Regelungen für Stoffströme und den Umgang mit Abfallstoffen. Das Desaster mit dem Dualen System zeigt einmal mehr, daß es allerhöchste Zeit ist für die Ablösung der Regierung auf Bundesebene.

(Zuruf von der CDU: In Niedersachsen!)

Meine Damen und Herren, zu einer Problemlösung im Bereich Abfall ist diese Bundesregierung nicht fähig. Das zeigt sich jetzt in Niedersachsen bei unseren Kommunen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat Frau Ministerin Griefahn.

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, stand das Duale System in den vergangenen Wochen zum wiederholten Mal wegen erheblicher finanzieller Schwierigkeiten am Rande

des Ruins. Erst drei Monate zuvor mußte es durch finanzielle Unterstützung der betroffenen Wirtschaft aus schwerer Finanznot gerettet werden. Die anschließende Versicherung, die wir gerade noch vor dem Sommer erfahren haben, daß das System dadurch dauerhaft konsolidiert worden sei, hat sich nur Wochen später als inhaltsleer erwiesen. Zwar scheint der drohende Konkurs für diese Woche abgewendet; daß das DSD nunmehr jedoch auf sicheren Beinen stehen soll, wage ich allerdings ernsthaft zu bezweifeln und habe das letzte Woche auch deutlich gemacht.

Undurchsichtige Auslandsgeschäfte, ständig wachsende Kunststoffberge und die hilflose Suche nach Verwertungsmöglichkeiten – gerade heute war wieder zu lesen, es gebe keine besseren Verwertungsmöglichkeiten – haben die kurze Biographie des Dualen Systems geprägt. Die umweltpolitische Fehlentwicklung, die mit der Verpackungsverordnung eingeläutet wurde, ist überdeutlich geworden.

Ich habe schon sehr früh befürchtet, daß wir mit dem Grünen Punkt noch unser blaues Wunder erleben werden. Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen auf der Umweltminister-Ebene habe ich schon sehr frühzeitig in den ersten Tagen des DSD ganz deutlich Initiativen und Anregungen dahingehend gegeben, wie man diese Fehlentwicklung aufhalten könnte. Ich habe dabei Unterstützung von allen Parteien – und nicht nur von einer einseitigen Färbung – bekommen. Deswegen kann man auch sagen: Wir haben recht gehabt, aber Herr Töpfer ist darauf nicht eingegangen. Die Gründe, aus denen die Landesregierung der Töpferschen Verpackungsverordnung im Bundesrat nicht zugestimmt hat, sind durch die Entwicklung nun voll bestätigt worden.

Daß das DSD nun ausgerechnet durch wirtschaftliches Unvermögen immer wieder an den Rand des Abgrunds getrieben wird, gibt zu denken. Ein Milliardenunternehmen von Leuten führen zu lassen, die noch nicht einmal ordentliches Management beherrschen, ist dabei auch noch ein Problem. Die Bürgerinnen und Bürger bezahlen dreifach. Seit zwei Jahren zahlen sie den Grünen Punkt, ohne daß die Wirtschaft die versprochenen Gegenleistungen zufriedenstellend erbringt. Sie werden über die kommunalen Haushalte nun zusätzlich zur Kasse geberet, weil die entsorgungspflichtigen Körperschaften auf die Einziehung vertraglich vereinbarter Leistungen zumindest übergangsweise verzichten sollen. Darüber hinaus müssen sie noch steigende Abfallgebühren bezahlen, weil natürlich das, was mit einem Grünen Punkt versehen ist, zwangsweise dennoch im Müll landet.

Bricht das System tatsächlich zusammen, was eben niemand mehr ausschließen kann, dürfen nicht die

Frau Griefahn

Städte und Landkreise und damit nicht die Bürger vor Ort die Leidtragenden sein. Industrie und Handel müssen rechtzeitig Vorkehrungen treffen, um kurzfristig ihrer Produktverantwortung nachzukommen und um geeignete Rücknahmemöglichkeiten und Verwertungswege zu erschließen. Konkret heißt das, es müssen viel mehr Mehrwegsysteme angeboten werden, und es muß endlich mit den Blockaden im Handel aufgehört werden, damit man mit eigenen Gefäßen einkaufen gehen kann. Wir haben dafür die Hygieneverordnung geändert. Es ist möglich, und dennoch werden Bürger immer wieder abgewiesen.

Der Bundesumweltminister muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß mit dem bloßen Vertrauen auf wortreiche Ankündigungen der betroffenen Wirtschaft keine Abfallvermeidungspolitik zu machen ist. Die Verpackungsverordnung muß dringend geändert werden, wie es Niedersachsen und andere Bundesländer von Anfang an gefordert haben. Es müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um bestehende Mehrwegsysteme auszubauen und auch dort einzuführen, wo sie noch nicht vorhanden sind. Die Freistellmöglichkeit für Getränkeverpackungen muß gestrichen werden. Als ökonomischer Anreiz sind stofflich nicht verwertbare Verpackungen mit einer Abgabe zu belegen.

Zur Information der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen Einweg- und Mehrwegverpackungen deutlich und nicht mit irgendwelchen merkwürdigen Symbolen gekennzeichnet werden. Materialien und Zusätze, die eine Verwertung nicht möglich machen, z.B. Schwermetalle und Chlor, müssen verboten werden, da die Verpackungsindustrie offenbar nicht bereit ist, diese verwertungsfördernden Maßnahmen selbst zu ergreifen. Wir haben das 1990 gefordert; wir sind da leider nicht durchgekommen. Ich hoffe, daß der Bundesminister jetzt ein Einsehen hat.

Die Zukunft des Dualen Systems ist nicht gesichert. Die vermeintliche Einigung findet wieder einmal zu Lasten des Bürgers statt. Der Preis für den Erhalt des DSD wächst unaufhörlich und kann die Kräfte der mittelständischen Wirtschaft übersteigen. Wir sehen die Konzentration: Die Kleinen müssen zumachen, und die Großen machen ein Schnäppchen. Ich hoffe sehr, daß Herr Töpfer die Warnsignale ernst nimmt und nicht länger versucht, ein System zu retten, das nicht zu retten ist. Wenn er sich nicht schnell damit auseinandersetzt und die Vorzeichen ändert, dann wird er zusammen mit dem DSD untergehen.

(Beifall bei der SPD und von Frau Dr. Schole [Grüne].)

Präsident Milde:

Herr Abgeordneter Schirmbeck, Sie haben das Wort.

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, die Versorgung unserer Gesellschaft oder unserer Wirtschaft klappt doch ganz hervorragend ohne Staat oder mit nur wenig Staat. Es ist doch wundersam, daß für die Entsorgung dieser Wirtschaft, dieser Gesellschaft nur die Oberkreisdirektoren oder Oberstadtdirektoren die Verantwortung tragen sollen. Daran, an diese Überlegung, knüpft doch die Verpackungsverordnung an. Ich darf feststellen, daß diese Verpackungsverordnung nur mit Zustimmung der SPD im Bundesrat wirksam werden konnte.

Das DSD ist nichts anderes als die privatwirtschaftliche Antwort oder das privatwirtschaftliche Angebot der Wirtschaft zur Umsetzung der Verpackungsverordnung. Diese Leute, die das Angebot zur Entsorgung unserer Industriegesellschaft gemacht haben, tragen jetzt auch die Verantwortung dafür, daß das klappt, oder sie haben die Verantwortung dafür, daß es nicht klappt. All diese Tengelmanns, Aldis und andere mehr haben die Aufgabe, die sie damit übernommen haben, offensichtlich auf die leichte Schulter genommen.

In diesem Zusammenhang ist auch der VCI zu nennen. Ich glaube, man kann sagen, er war lange unwillig, hier mitzuarbeiten. Der Handel war in weiten Teilen schläfrig. Große Teile von Abfüllern und Verpackern haben sich – wie mittlerweile bewiesen ist – gedrückt. Die bei DSD Handelnden waren in großen Teilen überfordert. Das sollte man hier auch deutlich feststellen.

Mittlerweile sind die Ergebnisse dieses nicht sachgerechten Handelns bekannt. Erste Konsequenzen sind gezogen; weitere müssen folgen. Wir müssen deutlich dazu sagen: Duales System heißt gerade in diesem Zusammenhang duale Verantwortung. Die Kräfte in der Wirtschaft müssen sich dieser Verantwortung stellen.

Was wir dann aber vor allen Dingen auch brauchen, sind Anlagen, um ein sinnvolles Recycling umzusetzen. Wir wissen, daß wir eigentlich nur bei einer Stoffgruppe wirkliche Probleme haben, und zwar im Kunststoffbereich. Wenn diese Anlagen, für die es ausreichend sachgerechte Patente und Verfahren gibt, wirklich gebaut werden sollen, dann ist im Planungsbereich die Unterstützung der öffentlichen Hand erforderlich. Daran mangelt es bestimmt in Niedersachsen. Hier hat die Landesregierung große

Versäumnisse und somit ein breites Feld, zu handeln.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wenn das DSD scheitert, dann ist das das Ende einer marktwirtschaftlichen Abfallwirtschaft.

Ich bin sicher, daß daran niemand in der Wirtschaft, der die Wirtschaftspolitik verantwortungsvoll begleiten will, ein Interesse haben kann. Ich glaube, daß ein Scheitern des DSD nicht im Interesse der Wirtschaft, aber auch nicht im Interesse der Umwelt ist, denn wir wissen doch mittlerweile alle, daß nirgendwo eine bessere Umweltpolitik gemacht wird als in einem Staat, in dem marktwirtschaftliche Politik tatsächlich umgesetzt wird.

(Jordan [Grüne]: Das glauben Sie wirklich?)

– Das glaube ich wirklich! Sie sollten mal dahin fahren, wo man marktwirtschaftliche Politik bisher nicht gemacht hat. Da könnten Sie das hautnah beobachten.

Was wir brauchen, das sind ökologische Preise. Ökologische Preise setzen da an, wo die Kosten für die Umwelt in das Produkt eingerechnet werden. Von daher sind die Überlegungen des DSD, die Verpackungen nicht mehr nach dem zu verpackenden Volumen, sondern nach dem Entsorgungsaufwand zu berechnen, der richtige Weg. Dieser Weg muß weitergegangen werden. DSD ist auch deshalb richtig, weil die Kosten für dieses System nur den treffen, der durch seine Kaufentscheidung ein bestimmtes Produkt und damit eine bestimmte Verpackung nimmt. Hier hat jeder die Möglichkeit, gestaltend tätig zu werden.

Wenn wir uns das, was in den letzten zwei Jahren erreicht worden ist, in Erinnerung rufen, dann müssen wir folgendes feststellen: Trotz aller Probleme – die ich gar nicht leugnen will –, haben wir 500 000 t weniger Verpackungen, ganz überwiegend Mehrwegverpackungen, bei den Transportverpackungen; fast 80 % der Umverpackungen werden zwischenzeitlich vermieden. Wir verzeichnen in allen Materialbereichen, die gesammelt werden, Rekordsammlungen und sinnvolle Verwertungen. In diesem Zusammenhang muß deutlich gesagt werden, daß die Mehrwegquote für Getränkeverpackungen von 72 % auf 75 % gestiegen ist. Das ist genau das, was wir wollen: Abfallvermeidung ist erreicht worden. Ich stelle fest, daß die Verpackungsverordnung in den letzten zwei Jahren zu einer Evolution in der Abfallwirtschaft geführt hat.

(Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Ich bitte Sie sehr herzlich, auch in Niedersachsen dafür zu sorgen, daß diese Abfallwirtschaftspolitik, die von Klaus Matthiesen und von Klaus Töpfer geprägt wird, auch in Niedersachsen endlich die sach-

gerechte Unterstützung findet, die notwendig ist.
– Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Inselmann.

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Während die CDU noch von einem drohenden Scheitern des Dualen Systems spricht, sieht die Realität der Situation dieser Gesellschaft längst anders aus. Es gibt mittlerweile auch in der FDP umweltpolitische Sprecher, die sich längst verabschiedet haben und eine Neustrukturierung des DSD fordern. Insofern passen Sie, Herr Schirmbeck, auf, daß Sie die FDP – wie in vielen anderen Dingen auch – nicht überholt. Passen Sie auf, daß Sie nicht weiter solidarisch zu Herrn Töpfer stehen, während dieser sich vielleicht schon bewegt hat.

Meine Damen und Herren, eins wird an dieser Debatte deutlich: Der privatwirtschaftliche Entsorgungsweg ist gescheitert. Das ist heute festzuhalten, Herr Schirmbeck. Ich wundere mich ein wenig über Ihre Euphorie, daß durch DSD soviel bewegt worden ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich an das erinnern, was in § 1 der Verpackungsverordnung steht. In § 1 heißt es: „Verpackungen sind aus umweltverträglichen und die stoffliche Verwertung nicht belastende Materialien herzustellen.“ Ich frage mich, wer die Verpackungsindustrie veranlaßt hat, die Verpackungen auf umweltfreundliche Produkte umzustellen, so wie es in § 1 Abs. 1 verlangt wird? Wo sind denn Verpackungen von der Industrie verändert worden? Wo ist die Beschaffenheit von Verpackungen denn genau nach dieser Verpackungsverordnung ausgerichtet worden, meine Damen und Herren? – Es ist doch nichts passiert!

(Frau Zachow [CDU]: Gehen Sie mal einkaufen! – Schirmbeck [CDU]: Wann waren Sie das letztmal einkaufen?)

– Meine Frau ist berufstätig, insofern kaufe ich des öfteren ein, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Schirmbeck! – Es ist nichts passiert, DSD ist von der Verpackungsindustrie als Alibi benutzt worden, um von den Problemen abzulenken. Es ist in keiner Weise für umweltfreundliche Verpackungen gearbeitet worden. Der Kernfehler von DSD ist doch, daß nicht Müllvermeidung und Müllverminderung, sondern die Verwertung im Mittelpunkt steht. Hinzu kommt, daß die Verwertung nur unzureichend gelöst worden ist. Nehmen Sie doch bit-

Inselmann

te endlich diese Realität zur Kenntnis! Hören Sie auf, hier schönzureden, und orientieren Sie sich an den vorliegenden Fakten!

(Schirmbeck [CDU]: Wann haben Sie sich das aufgeschrieben?)

– Herr Schirmbeck, ich habe hier nur Zitate! Im Gegensatz zu Ihrem Kollegen Herrn Grill belege ich meine Zitate!

Ich wundere mich des weiteren über einen Fraktionsvorsitzenden aus Osnabrück, der wie folgt zitiert wird: „Wulff hält das Duale System für erfolgreich.“ Ich kenne den aber auch nicht. Wie dieser Fraktionsvorsitzende dann weiter zitiert wurde, das fand ich dann schon beeindruckend, meine Damen und Herren. Ich meine, daß daraufhin auch die Kommunalpolitiker der CDU und der FDP aufbegehren müßten. Frau Lenke z. B. müßte sich darüber entrüsten. Herr Wulff sagte in diesem Zeitungsartikel, die Kommunen hätten 40 Jahre lang überhaupt nichts getan. Wer sich in der kommunalen Landschaft ein wenig auskennt – ich will nicht über den Bereich reden, in dem ich Bürgermeister bin –, der weiß, daß in den Landkreisen, auch in CDU- und FDP-regierten Landkreisen, wie etwa in Diepholz, eine intakte kommunale Versorgungsstruktur aufgebaut worden ist und daß auch die Kommunen eine ganze Menge geleistet haben. Diejenigen wissen auch, daß uns das DSD gezeigt hat, daß es nicht so leicht ist, an den Kommunen vorbei einen zweiten, privaten Versorgungsweg in diesem Land aufzubauen. Herr Brück hat doch mittlerweile anerkannt, daß das etwas komplizierter ist, als er sich das vorher vorgestellt hatte, und daß er überfordert gewesen ist, so etwas aufzubauen.

Wir haben in den Kommunen 40 Jahre lang eine gesunde Struktur gehabt – teilweise privatisiert, teilweise in öffentlich-rechtlicher Regie –. Wir wollen ja gar nicht vorschreiben, wer was vor Ort zu machen hat. Hier allerdings zu sagen, in den Kommunen wäre 40 Jahre lang nichts passiert, ist grotesk und ist eine Ignorierung der realen Situation in diesem Land.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wer zahlt denn die Zeche? – Der Verbraucher zahlt sie wieder – er zahlt doppelt.

(Schirmbeck [CDU]: Der zahlt immer!)

Seit zwei Jahren kassiert das DSD die Einnahmen, weil Pfand- und Mehrwegsysteme natürlich noch nicht genügend ausgebaut sind und der Bürger keine andere Alternative hat. Die Bürger müssen die Produkte mit dem grünen Punkt kaufen. DSD kassiert – der eigentliche Leistungsnachweis, den die Gesellschaft dem Verbraucher garantieren muß,

wird ihm zur Zeit nicht geboten. In diesem Zusammenhang frage ich mich, wo der Bund der Steuerzahler ist, der bei den Kommunen immer aufpaßt, wie die Gebühren verwendet werden. Was ist denn hier los? Wo ist denn hier die Kontrollfunktion, meine Damen und Herren? Was passiert denn mit den Einnahmen von DSD? – Hier passiert folgendes: Der Verbraucher wird doppelt bestraft. Zur Zeit haben wir die Situation, daß die Kommunen einspringen sollen, weil DSD gescheitert ist. Das hat zur Folge, daß die Kommunen Gebühren erheben müssen. Dann bezahlt der Verbraucher doppelt. Er hat zum einen zwei Jahre lang für das DSD bezahlt und muß nun höhere Gebühren zahlen, damit die Kommunen die Entsorgungskatastrophe von DSD wegräumen können. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten.)

Letzter Satz; damit will ich es bewenden lassen. – Die Ministerin Griefahn hat dargestellt, wo wir ansetzen wollen, um DSD zu reformieren. Auch wir sind der Ansicht, daß man das gesamte System nicht einfach sozusagen beerdigen und danach tatenlos bleiben sollte. Wir glauben, daß sich die kommunalen Versorgungsstrukturen mittlerweile so gebessert haben, weil die Kommunen konstruktiv waren.

(Ronsöhr [CDU]: Konstruktiver als Sie!)

Die Ministerin hat deutlich gemacht, daß wir über eine Bundesratsinitiative versuchen müssen, die entscheidenden Punkte zu ändern. Die Ministerin hat diese Punkte aufgeführt – ich will sie nicht wiederholen. Eins ist vordringlich: Zunächst müssen umweltschädliche Verpackungen verboten und umweltfreundliche gefördert werden. Das war der Kernfehler von DSD, den wir korrigieren müssen. Wenn Herr Töpfer dazu nicht den Mut hat, meine Damen und Herren, dann reden wir noch des öfteren über DSD. Dann wird eine Katastrophe die nächste ablösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zukunft von DSD ist unsicher. Insofern stimme ich Frau Schole und auch der Ministerin in diesem Punkt zu. Im Gegensatz dazu aber bin ich der Auffassung, daß die marktwirtschaftlichen Strukturen, die das DSD hat, erhalten bleiben müssen.

(Beifall bei der FDP.)

Deshalb muß die Grundidee des DSD erhalten bleiben. Die Mängel von DSD sind sichtbar geworden. Sie – z. B. das Mißmanagement bei DSD – werden teilweise abgeschafft und müssen weiter abgeschafft werden. Frau Schole hat zu Recht gesagt, daß die Zerstörung der kleinen und mittelständischen Entsorger ein Nachteil des DSD gewesen ist.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist nicht wieder gutzumachen!)

Die FDP drängt darauf, das wieder rückgängig zu machen, damit wir unter den Entsorgern mehr Wettbewerb bekommen und damit die marktwirtschaftlichen Ansätze deutlich werden.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist Traumzerei!)

Wir brauchen diese marktwirtschaftlichen Ansätze auch weiterhin. Es stimmt nicht, daß sie nicht ge-griffen hätten. Wer sich ein schnelleres Greifen versprochen hatte, der ist natürlich enttäuscht worden. Auch ich hätte mir das besser vorgestellt. Nur, Herr Inselmann, es stimmt nicht, daß durch die Verpackungsverordnung und durch das DSD der § 1 der Verpackungsverordnung nicht vorangebracht worden wäre. Tatsächlich sind nun umweltfreundlichere Verpackungen im Vormarsch.

(Inselmann [SPD]: Wo denn?)

– Ich will es Ihnen sagen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Aber die Umweltschäden werden im Ausland abgelagert, in Entwicklungsländern!)

Erstens. Von 1990 bis 1992, Herr Inselmann, sind die Plastikanteile bei den Verpackungen von 40% auf 27% zurückgegangen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Die derzeitige Verpackungsverordnung brauchen wir überhaupt nicht!)

Zweitens. In dieser Zeit ist es zu einer Aussortierung von Kunststoffen gekommen, und man hat sich auf einige Kunststoffe, wie Polyäthylen und Polypropylen, konzentriert. Das PVC ist weiter zurückgedrängt worden. Andere Kunststoffe sind ganz aus der Verpackung herausgenommen worden. Die Zahl der Blisterverpackungen und der Verbundverpackungen ist geringer geworden. Das alles sind Ziele, die in § 1 der Verpackungsverordnung genannt worden sind und die, wenn auch mit kleinen Schritten, tatsächlich erreicht worden sind.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Sagen Sie einmal etwas zum Thema! Was ist mit den Kommunen?)

– Das Thema heißt ja nicht „Kommunen“,

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Doch! „Der unverschämte Griff in die Taschen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger“ heißt das!)

sondern das Thema ist hier DSD.

Aber natürlich haben die Kommunen mit dem DSD etwas zu tun.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Ja, über das Geld!)

Ich stimme Herrn Inselmann insofern zu, als die Kommunen – er hat den Landkreis Diepholz beispielhaft genannt – vorher schon ein System aufgebaut hatten, das vorbildlich war. Wenn man aber beispielhaft eine Kommune nennt, dann bedeutet das nicht, daß an anderer Stelle etwas nachzubessern gewesen wäre. Hier hat das DSD einen Ansatz gemacht.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Einen falschen Ansatz!)

Wir müssen das DSD auch deshalb erhalten, weil die Bürger – das ist auch ein Ergebnis der Verpackungsverordnung und des DSD – wirklich umweltbewußter geworden sind. Niemand hätte doch gedacht,

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Sie verschieben ins Ausland! Das ist doch kein Umweltbewußtsein!)

daß der Gesamtmüll durch Aussortieren so vermindert worden wäre. Daß die Bürger dieses Aussortieren angenommen haben, ist doch beispielhaft, ist zu loben und ist auch auf DSD und auf die Verpackungsverordnung zurückzuführen.

(Zustimmung von Küpker [FDP].)

Wenn man dann, hierauf aufbauend, neue und bessere Systeme einführt, dann haben wir wenigstens schon einmal den Bürger mit seiner Sensibilisierung, die hierdurch geschehen ist, auf unserer Seite.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Die waren schon vorher sensibel! Jetzt aber sind sie unsicher!)

– Der Bürger ist in der Tat sensibler geworden, und diese Situation wollen wir auch weiterhin erhalten, Frau Dückert.

Deswegen wollen wir DSD ja auch verbessern. Da gibt es in der Tat einige Dinge zu verbessern. Wir wollen die Grundidee der marktwirtschaftlichen Beteiligung, der Verantwortung der Wirtschaft und der Verantwortung der Verbraucher erhalten. Um diese Grundidee zu erhalten, sagen wir: Die Zukunft von DSD ist unsicher. Wir müssen deshalb alles tun, um sie sicher zu machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident

Präsident Milde:

Ich schließe die Beratung zu Punkt 1 b. Wir kommen jetzt zu Punkt 1 c:

Der Raub der Lotto-Millionen: Sport und Wohlfahrtspflege als Opfer rot-grüner Finanzpolitik
– Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5339

Das Wort hat der Abgeordnete Horrmann.

Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Haushalt 1994 will die rot-grüne Landesregierung die Mittel aus Lotto/Toto um 20 Millionen DM kürzen.

(Jordan [Grüne]: Stimmt nicht! – Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist schon mal falsch!)

– Frau Dückert, Sie haben hier Gelegenheit, dies zu korrigieren. Wir würden uns freuen, wenn Sie hier erklären könnten, 20 Millionen DM würden nicht gekürzt, damit die Arbeit der freien Wohlfahrtsverbände und des Sports ordnungsgemäß fortgeführt werden können.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben diese Aktuelle Stunde ja deshalb beantragt, damit Sie diese Gelegenheit zu einer solchen Richtigstellung nutzen können.

Vorgesehen ist, daß die Zuwendungen aus Lotto/Toto um 20 Millionen DM gekürzt werden, was bei der Freien Wohlfahrtspflege eine Kürzung um 10% und beim Sport eine Kürzung um 12% bedeutet.

Das trifft bei der freien Wohlfahrtspflege insbesondere die Aufgabenbereiche Familienberatung, Drogenberatung, Suchtberatung, Arbeit mit Behinderten, Arbeit mit Kranken, Arbeit mit Benachteiligten.

(Zuruf von der SPD.)

Es ist schon bemerkenswert, daß diese rot-grüne Landesregierung angesichts ihres desolaten Haushalts – so, wie er angelegt ist, wird er aus diesem desolaten Zustand nach unserer Ansicht auch nicht mehr herauskommen – ausgerechnet an der Stelle sparen will, an der die Ärmsten der Armen getroffen werden. Dies ist Ausdruck von sozialer Kälte, von Rücksichtslosigkeit gegenüber denjenigen, die auf dieses Geld angewiesen sind. Letztendlich ist dies auch ein Angriff auf das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wie müssen sich die denn vorkommen, wenn sie Freizeit, zum Teil auch Geld einsetzen, um diese Hilfe zu leisten, wenn der Landeshaushalt an dieser Stelle einen empfindlichen Eingriff vornimmt?

Meine Damen und Herren von der SPD und den Grünen, Sie werden draußen Ihre Absichten zu erklären haben, hier einerseits einsparen zu wollen, auf der anderen Seite aber bei Ihren Lieblingskindern, bei Ihren Hätschelkindern, beispielsweise den sozio-kulturellen Zentren, auch noch draufzusatteln. Erzählen Sie einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Freien Wohlfahrtspflege, daß Sie an dieser Stelle Geld wegnehmen wollen, daß Sie an anderer Stelle jedoch, über deren Sinnhaftigkeit man ernsthaft streiten kann, sogar noch draufsatteln wollen.

Frau Dückert, weil Sie sagten, das werde alles nicht passieren, was ich Ihnen hier jetzt vortrage, komme ich jetzt zum Sport.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Nein, ich habe nur gesagt, Sie nennen falsche Zahlen, Herr Horrmann!)

Im Sport – ich kündigte dies bereits an – sollen die Kürzungen insgesamt, in Mark und Pfennig ausgedrückt, 7,2 Millionen DM betragen. Wenn dies nicht so wäre, Frau Dückert, warum wohl hat der Niedersächsische Landessportbund dann für den 16. Oktober einen außerordentlichen Sportverbandstag vorgesehen, übrigens den ersten in der Geschichte des Niedersächsischen Landessportbundes, wenn es dieses alles nicht gäbe, von dem Sie behaupten, daß der Haushalt dieses nicht nachweise, was ich hier vorgetragen habe? Die Sportverbände haben den Notruf ausgesendet. Der Sportbund will wissen, was die Landesregierung und insbesondere der Ministerpräsident eigentlich mit dem Sport vorhaben.

Das wäre alles nicht notwendig gewesen, wenn die seit Jahren und Jahrzehnten gepflegte Partnerschaft zwischen Landesregierung und den Sportverbandsorganisationen nicht durch das gestört worden wäre, was Sie vorhaben. Dabei, meine Damen und Herren, wissen Sie ganz genau, daß die Arbeit in den Sportvereinen und in den Sportorganisationen immer noch die kostengünstigste Sozialarbeit ist, die wir überhaupt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Alles andere ist erheblich teurer.

Jetzt lassen die die Regierung tragenden Fraktionen die rot-grüne Landesregierung ein Freizeitsportprogramm entwickeln und auflegen; aber sie stellen die finanziellen Mittel dafür nicht mehr zur Verfügung.

Abschließend möchte ich Ihnen noch einmal einen ganz bemerkenswerten Vorgang in Erinnerung rufen, der kürzlich beim Niedersächsischen Fußballverbandstag in Barsinghausen stattgefunden hat. Da stellt sich Herr Schröder in der ihm eigenen Art hin und verkündet, wie hervorragend der Niedersächsische Fußballverband mit der Niedersächsischen Landesregierung zusammenarbeite, und er empfiehlt dies im Prinzip dem gesamten Landessportbund. Ich zitiere aus der „HÄZ“: Schröder bezeichnete die bisherige Zusammenarbeit in dieser Frage mit dem NFV als beispielgebend. Jetzt wörtliches Zitat:

„Wir müssen hinter verschlossenen Türen über die Problematik reden und das Ergebnis der Öffentlichkeit vorstellen.“

Dann wird fortgesetzt mit dem Unterton, einem subtilen Unterton, der Kritik an den übrigen Sportverbänden.

Meine Damen und Herren, wer im Stil eines Westentaschen-Machiavelli Politik betreiben will, wie dies Herr Schröder tut, der leistet diesem Land keinen guten Dienst und wird Sport, Wohlfahrtsverbände und übrige Zuwendungsempfänger verprellen. Dies ist chauvinistisch, dies ist rücksichtslos, dies ist wiederum ein Kennzeichen des Politikstils à la Schröder in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Swieter, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal an die letzte Landtagssitzung erinnern, um die Ernsthaftigkeit deutlich zu machen, mit der die CDU meint, dieses Parlament in der Aktuellen Stunde mit Themen belasten zu müssen. Herr Gansäuer – Sie können es ihm ja sagen – hat mir vor drei Wochen an dieser Stelle vorgeworfen, ich würde die Öffentlichkeit täuschen. Es ging um die Kosten für Asylbewerber. Er hat es zwar nicht gesagt, aber wenn bei seinem Vorwurf der Täuschung, den er mir gemacht hat, jeder Zuhörer das Adjektiv „arglistig“ mitgedacht hätte, es wäre Ihnen nur recht gewesen.

Dann hat er – ich habe es gelesen – vor 14 Tagen auf einem CDU-Parteitag behauptet, ich würde lügen, also bewußt die Unwahrheit sagen. Ein ziemlich happiger Vorwurf! Ich habe ihm vor drei Wochen an dieser Stelle gesagt, bitte schalten Sie doch den Landesrechnungshof ein, weil ich will, daß dies gewissenhaft geprüft wird. Der Landes-

rechnungshof hat mir recht gegeben. Vor einer Woche ist im Haushaltsausschuß festgestellt worden: Der Finanzminister, die Landesregierung haben sich absolut korrekt verhalten. Von Herrn Gansäuer hätte ich eigentlich erwartet – mir ist keine Presseerklärung bekannt –, daß er dies klarstellen würde, indem er sagt: Herr Swieter, ich ziehe meine Vorwürfe, Sie hätten das Parlament getäuscht, zurück. Und daß Sie gelogen haben, nehme ich auch zurück. Nichts davon!

Im Gegenteil – jetzt komme ich auf die Ernsthaftigkeit Ihres Themas zu sprechen, Herr Horrmann –, jetzt werfen Sie den Mitgliedern der Landesregierung sogar Raub vor, nämlich den Raub von Lotto-Millionen. Sprache ist wirklich verräterisch, meine Damen und Herren. Mit Ihrer Wortwahl aus dem kriminellen Milieu machen Sie deutlich: Es geht Ihnen und der CDU nicht um eine sachliche und sachgerechte Auseinandersetzung, sondern um Polemik und um Verunglimpfung von Personen, wie das in Ihren letzten Worten eben wieder deutlich geworden ist.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich sage hier auch noch einmal: Herr Horrmann, wir halten doch die Aussage des Bundespräsidenten für richtig, daß die Teilung nur durch Teilen überwunden werden kann. Die Konsequenz aus dieser Einsicht ist: In den alten Ländern müssen Ausgaben gekürzt werden, um die Leistungen für den Aufbau in den neuen Ländern zu finanzieren. Diese Einsicht findet den ungeteilten Beifall auch der CDU-Fraktion, aber offenbar nur so lange, wie abstrakt darüber diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Geht die Regierung nun aber daran, diese Einsicht in konkrete Maßnahmen umzusetzen, dann begeht sie Millionenraub.

(Dr. Hruska [FDP]: Aber ein falscher Ansatz!)

Ich sage Ihnen, Herr Horrmann: Umgemünzt auf die Sparbeschlüsse der Bundesregierung müßten Sie, müßte Herr Gansäuer Helmut Kohl und Theo Waigel doch als Milliardenräuber bezeichnen, wenn man daran denkt, was die tun, indem sie den Armen in die Taschen greifen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Besitzstände werden wie Heiligtümer verteidigt. Meine Damen und Herren, ich will hier noch einmal deutlich machen, worauf sich die Besitzstände in dem konkreten Fall der Toto-Lotto-Millionen begründen. Der Anspruch der Sportverbände bestand in den 50er Jahren aus dem damals noch florierenden Fußballtoto. Andere Lotterien waren damals Nebensache. Das Land Berlin erfand dann das Zahlenlotto und unterstützte aus diesen Erträgen

Swieter

Maßnahmen der Wohlfahrtspflege. Diese neue Erfindung Zahlenlotto verdrängte inzwischen das sportbezogene Fußballtoto nahezu vollständig.

Die Konzessionsabgaben des Landes aus beiden Quellen blieben in Niedersachsen zweckgebunden. Ihre Aufteilung wurde trotz Rückgangs beim Toto zwischen Sport und Wohlfahrtspflege geregelt. Bis 1986 bekamen die Sportverbände 24,5 %, die Wohlfahrtspflege 36 %. Für den Jugendsport und die Jugendpflege waren 19,6 % vorgesehen, für die Forschung 10,3 %. Die CDU-geführte Landesregierung hatte allerdings die Mittel schon ab 1983 und noch einmal ab 1987 gedeckelt. Der Grund: Damals fehlten Ihnen 700 Millionen DM – wir sprechen heute über 2,5 Milliarden –, weil es ein Minus bei den Steuereinnahmen und beim Länderfinanzausgleich gab. Außerdem hatten Sie auf den Förderzins verzichtet. Daher haben Sie aus den Toto-Lotto-Mitteln 20 Millionen DM zur allgemeinen Haushaltsdeckung herangezogen.

(Vizepräsident Rehkopf übernimmt den Vorsitz.)

Die drastische Veränderung der Finanzsituation aufgrund der finanziellen Leistungen für die deutsche Einheit und aufgrund der Wirtschaftskrise hat die jetzige Landesregierung veranlaßt, die Zweckbindung der Toto-Lotto-Mittel, die wir inzwischen auf 85 Millionen DM erhöht haben, um 20 Millionen DM zu reduzieren. Danach bekommen die Verbände nur 66 Millionen DM aus Toto-Lotto-Mitteln. Aber gleichzeitig sind bislang nicht über den Landeshaushalt verteilte Zweckerträge zum Beispiel aus dem „Spiel 77“ ab 1994 in den Haushalt einbezogen worden, und dies mit voller Zweckbindung. Der Haushaltsplanentwurf sieht hierfür zunächst 60 Millionen DM vor. Außerdem sind neue Destinatäre der Lotto- und Toto-Mittel hinzugekommen, zum Beispiel Kunst- und Kulturförderung, Stiftung Niedersachsen, „Kinder von Tschernobyl“, Umweltstiftung und Altenheimstiftung.

Meine Damen und Herren, insgesamt sind im Haushalt 126 Millionen DM veranschlagt. Sie werden nach einem festgelegten Schlüssel verteilt. Für die Sportverbände ergibt sich danach gegenüber dem Stand 1983 mit rund 55 Millionen DM eine Absenkung auf etwa 48 Millionen DM. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege erhalten statt 43 Millionen DM 37 Millionen DM. Für Jugendarbeit und allgemeine Förderung des Sports sind 15 Millionen DM und für anderes 27 Millionen DM vorgesehen.

Zu den Leistungen des Landes für die deutsche Einheit – das wiederhole ich hier – von etwa 2,5 Milliarden DM im Jahre 1994 tragen also die Sportver-

bände mit 7 Millionen DM und die Wohlfahrtsverbände mit knapp 6 Millionen DM bei. Dies ist schmerzlich; das weiß ich. Aber ich halte das zum jetzigen Zeitpunkt bei diesen Belastungen für zumutbar, sage Ihnen aber auch, Herr Horrmann: Wenn sich unververtretbare Härten in verschiedenen Bereichen herausstellen sollten, wird darüber natürlich im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert.

Ich sage vor diesem Hintergrund auch noch folgendes: Trotz Reduzierung werden aus Toto-Lotto-Mitteln in der Zeit von 1991 bis 1994 insgesamt 321 Millionen DM ausgeschüttet, dazu noch einmal Sondermittel für den Sport in Höhe von 10 Millionen DM. Das ist erheblich mehr als in Ihrer Regierungsperiode.

Zwei Punkte zum Abschluß: Der Bund hat seine Sportfördermittel und die Zonenrandförderung um rund 5 Milliarden DM gekürzt. Darüber verlieren Sie kein Wort.

Sportparlament Barsinghausen – CDU-Veranstaltung; darüber habe ich auch in der Zeitung gelesen. Dort steht: In der Diskussion waren sich die Veranstaltungsteilnehmer einig, daß der Sport von Etatkürzungen nicht verschont bleiben werde. Ziel müsse es sein, Prioritäten zu setzen, und die Aktivitäten seien voll zu bündeln. Soweit die „HAZ“. Wir freuen uns auf die Diskussion auf dem außerordentlichen Sporttag, weil wir die Diskussion und das Gespräch suchen. Wir werden auch dort deutlich machen, daß diese Landesregierung diejenige ist, die die Interessen des Sports und der Wohlfahrtsverbände eher wahrnimmt, während Sie nur Lippenbekenntnisse abgeben. In der Vergangenheit haben Sie genau das Gegenteil bewiesen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Minister, Sie können sich noch einmal melden.

Swieter, Finanzminister:

Ich komme zum Schluß. – Meine Damen und Herren, Sie müssen sich nun tatsächlich entscheiden, wo Sie Prioritäten setzen wollen: auf der einen Seite Kürzungen akzeptieren und eine Bündelung der Aktivitäten fordern – wir werden das ja im Laufe der Haushaltsdebatte noch sehen –, und auf der anderen Seite wird der Raub der Lotto-Millionen beklagt. Das ist – ich wiederhole mich – taktisches Spiel und leicht zu durchschauen. Sagen Sie bitte Herrn Gansäuer, der ja ständig auf der Suche nach neuen Superlativen ist – Lügner, Betrüger,

Räuber –, das Strafgesetzbuch enthält kaum noch Steigerungsmöglichkeiten. Ich würde Ihnen und Herrn Gansäuer empfehlen, zu einem Umgangston zurückzukehren, der unter normalen Menschen üblich ist. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Patzschke.

Patzschke (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte gedacht, daß zu diesem Thema ein Kollege aus dem Haushaltsausschuß sprechen würde. Aber ich gehe zu Recht davon aus, daß die Schamswelle zu hoch war; denn bei dem Beitrag des Kollegen Horrmann – das spürte man deutlich – ging es einfach darum, Sachlichkeit durch Polemik pur zu ersetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
– Pörtner [CDU]: Herr Patzschke, das paßt nicht zu Ihnen! – Schneider [Salzgitter] [SPD]: Der Horrmann kämpft noch um einen Platz im Schattenkabinett!)

Meine Damen und Herren, es ist schon ein ziemlich starkes Stück, daß die CDU-Fraktion mit diesem Thema eine Aktuelle Stunde besetzt. Seit einer Woche haben wir alle den Haushaltsplanentwurf. Heute nachmittag wird der Haushalt eingebracht. Da hätten Sie ja Gelegenheit, diesen Entwurf anzugehen oder über eine Dringliche Anfrage zu erfragen, was sich die Regierung dabei denkt. Aber hier politisch zu diskutieren ist nicht Stil unserer Arbeitsweise im Haushaltsausschuß.

(Pörtner [CDU]: Über was soll denn noch diskutiert werden?)

– Die Frage war berechtigt. Ihnen scheint nichts mehr einzufallen. Deshalb greifen Sie zu solchen Methoden.

(Frau Schliepack [CDU]: Ist das ein Maulkorb, oder was soll das sein?)

– Nein, Sie greifen hier einen im Entwurf vorgesehenen Sparvorschlag auf und machen ihn zum Thema einer Aktuellen Stunde.

(Grill [CDU]: Jochen, das paßt nicht zu dir!)

– Gut, jetzt wieder ich und dann Sie.

Wenn das ein Vorgeschmack auf die anstehenden Beratungen im Haushaltsausschuß sein soll, dann Gute Nacht, Marie! Dann wird auch diesmal wieder nicht mit einer sachgerechten Mitarbeit der CDU zu rechnen sein.

Auf alle publikumswirksamen Positionen – dafür haben Sie heute schon ein Beispiel abgeliefert – reagieren Sie in der Art eines billigen Jakobs. Das ist doch nicht in Ordnung! Es gehört doch wohl zum guten Stil, meine Damen und Herren, daß Sparvorschläge gewissenhaft geprüft werden.

(Pörtner [CDU]: Die müssen aber gerecht sein!)

Wir werden das tun. Wir werden vor den Ausschußberatungen mit den Wohlfahrtsverbänden und mit dem Sportverband sprechen, deren Argumente prüfen und schauen, ob diese Kürzungen zu Recht oder nicht zu Recht und in welcher Höhe stattfinden müssen.

(Küpker [FDP]: Aha! Sehr gut!)

Wir haben uns informiert und führen laufend Gespräche. Wir haben in der letzten Woche mit der AWO gesprochen. Wir werden auch mit anderen Gesprächen führen, und wir werden auch mit dem Sportverband reden.

(Pörtner [CDU]: Mit dem Sportverband haben Sie vorher nicht gesprochen!)

Wir werden in diese Richtung prüfen, was von diesen Sparvorschlägen betroffen sein wird. Wir müssen z. B. im investiven Bereich genauer hinschauen; bei Übungsleitern wird nichts gekürzt. Man muß sich die Sache differenziert ansehen, sich informieren und dann entscheiden. Das werden wir auch tun.

(Beifall bei der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehöre diesem Landtag 23 Jahre an und habe 14 Jahre auf der Oppositionsbank gesessen, auch im Haushaltsausschuß. Aber lesen Sie die Protokolle nach: Einen solchen liederlichen Umgang mit Einsparungsvorschlägen der Regierung hat es damals von unserer Seite nicht gegeben!

(Lachen bei der CDU. – Pörtner [CDU]: Herr Patzschke, wer hat Ihnen das aufgeschrieben? – Gegenruf von Waike [SPD]: Herr Pörtner, das können Sie leider nicht beurteilen! Es ist so! Er hat recht!)

– Ich selbst.

Wir sollten uns doch wenigstens in dem Punkt einig sein, daß bei der Finanzlage des Landes – nicht von uns verschuldet – jeder Einsparungsvorschlag erst einmal gewissenhaft geprüft werden muß, daß mit den Betroffenen gesprochen werden muß und daß die Ergebnisse im Haushaltsausschuß beraten und entschieden werden. Darüber sollte doch Klarheit herrschen; denn in einem Punkt sind wir Sozialdemokraten uns sicher: Wir haben großes Interesse daran, auch vor den Wahlen so zu verfahren.

Patzschke

ren: Die Wahrheit sagen und mit den Bürgern reden.

(Lachen bei der CDU.)

Wir haben ein Interesse daran, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes auch nach der Wahl noch in die Augen zu schauen.

(Beifall bei der SPD. – Pörtner [CDU]: Kindergarten!)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat jetzt der Herr Ministerpräsident.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Form von Spardebatte ist bezeichnend für Sie.

(Frau Schliepack [CDU]: Wieso für uns? Was glauben Sie, was Herr Scharping jetzt in Bonn macht?)

Ich hätte es ja ganz gut gefunden, wenn diejenigen von Ihnen, die bei der Tagung des Niedersächsischen Fußballverbandes am letzten Sonnabend anwesend waren, hier etwas gesagt hätten.

(Hormann [CDU]: Die haben gut berichtet!)

– Ja, sie müssen vielleicht nicht ganz so gut berichtet haben. Dort haben die Vertreter der unterschiedlichen Parteien eine sehr seriöse Debatte mit den Sportverbandsvertretern darüber geführt, wie man Sportmittel unter veränderten Bedingungen sinnvollerweise einsetzt. So habe ich sie jedenfalls verstanden.

(Pörtner [CDU]: Herr Stock hat aber auch klar Position bezogen, Herr Ministerpräsident!)

– Natürlich hat Herr Stock klar Position bezogen.

(Pörtner [CDU]: Das haben Sie aber nicht erwähnt!)

– Es ist doch nicht meine Aufgabe, das zu erwähnen. Ich habe doch nur gesagt, daß er einen seriösen Debattenbeitrag geliefert hat. Wollen Sie bestreiten, daß es so war? Ich habe es als außerordentlich seriösen Debattenbeitrag verstanden, und zwar sowohl von dem FDP-Vertreter – für die FDP war Herr Diekwisch da – als auch von Herrn Stock, als sie nämlich zu meiner Überraschung – Gott sei Dank – das, was Sie hier ausführen, nicht gemacht haben. Sie haben sich dort nämlich nicht hingestellt und gesagt: Wir versprechen euch mehr, sondern sie haben gesagt: Es muß sich jeder nach der Decke

strecken, also auch die Vertreter des Sports. Interessanterweise – und das mag Sie ja ärgern – haben die Verbandsvertreter das durchaus eingesehen; das war jedenfalls mein Eindruck.

(Dr. Strathmann [CDU]: Das ist doch kein Freibrief für Kahlschlagpolitik!)

– Ja, sie haben eingesehen, daß keine Kahlschlagpolitik gemacht wird, sonst hätten sie anders reagiert.

(Frau Schliepack [CDU]: Was sagen die Wohlfahrtsverbände dazu?)

Das mag Sie ja nun aufregen und das mag Sie ja nun ärgern, aber es war so.

Welches sind nun die Zahlen, die diese Art und Weise der Diskussion ermöglichen? Es ist so gewesen – – –

(Zuruf von Pörtner [CDU]).

– Nun hören Sie doch einmal einen Moment zu. Das sollte doch selbst Ihnen möglich sein.

(Waike [SPD]: Na, das glaube ich nicht!)

Es ist so gewesen, daß die Sportverbände für ihre Arbeit im Jahre 1992 einen bestimmten Betrag bekommen haben, der knapp über 50 Millionen DM liegt. Im Jahre 1993 haben sie erheblich mehr bekommen, und zwar – je nachdem, wie man rechnet – entweder 10 oder 13 Millionen DM ausschließlich für einmalige Projekte für ganz bestimmte, definierte Investitionen. Jedem mußte klar sein, daß diese gewaltige Erhöhung nicht durchgehalten werden konnte. Das ist auch den Sportverbänden klar. Natürlich will ein Verband immer mehr, als er bekommt. Aber daß eine verantwortliche Opposition dem immer gleich Rechnung trägt, ist nicht nötig. Daß eine Regierung dem immer gleich Rechnung trägt, ist erst recht nicht nötig.

Worauf wir zu achten haben, ist folgendes: Die Möglichkeiten, die man in 1993 für neue Investitionen hatte, gibt es im Jahre 1994 nicht. Damit sind – ich sage es noch einmal – je nachdem, wie man rechnet, 10 bis 13 Millionen DM weniger auszugeben. Dies haben die Verbände einzusehen, weil das Geld nicht mehr da ist und weil – das muß man auch einmal sehen – die Sportstätten in Niedersachsen nicht so beschaffen sind, daß man unbedingt Jahr für Jahr derartige Investitionen tätigen müßte und tätigen könnte. Es geht also ausschließlich darum, ob wir mit der Sportförderung sicherstellen können, daß die Vereine aus Sparsamkeitsgründen nicht an den Bereich der Beschäftigung vor allen Dingen von Übungsleitern ran müssen;

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

denn wenn in diesem Bereich gekürzt werden muß, gibt es ein Problem für die Betroffenen und für die Vereinsarbeit. Für die Betroffenen, weil sie arbeitslos werden oder mindestens zum Teil arbeitslos werden, und für die Vereinsarbeit, weil die Betreuung – soweit es um Ehrenamtliche geht, natürlich nicht – nicht mehr in dem Umfang sicherzustellen wäre, wie es durchaus vernünftig wäre. Deswegen werden wir mit den Verbänden darüber reden, daß man die langfristigen Aufgaben, also insbesondere die Betreuungsaufgaben, sicherstellen muß, ihnen aber gleichzeitig sagen, daß in einer Zeit wie dieser, in der jeder abstrakt die Notwendigkeit des Sparens begreift, Investitionsmittel in der Größenordnung, wie sie sie bekommen haben, nicht zur Verfügung stehen und daß diese dann eben auch gekürzt werden.

(Pörtner [CDU]: Aber gerecht!)

– Aber gerecht, da seien Sie sicher! Dann mag es immer noch sein, daß Verbandsvertreter eine solche Sparpolitik nicht einsehen. Das kann ich gut nachvollziehen, weil sie ja für andere Interessen kämpfen. Dann werden sie sich aber auch darauf einzustellen haben, daß eine Regierung, die das Gemeinwohl im Auge hat, nicht anders handeln wird, weil es anders nicht verantwortlich ist, gleichgültig, was Sie hier im Unterschied zu dem, was Sie anderswo sagen, dazu vermelden.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Küpker.

(Lindhorst [CDU]: Kein Wort zu den Wohlfahrtsverbänden?)

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion steht dazu, daß das Aufkommen aus der Konzessionsabgabe aus Zahlenlotto und Fußballtoto zweckgebunden für die Förderung des Sports, der Jugendpflege und der Freien Wohlfahrtsverbände zu verwenden ist.

(Beifall bei der FDP.)

Wir haben den Schlüssel mehrfach geändert, aber es gab immer eine Sicherheit in der Förderung. Die Beträge sind auch irgendwann gedeckelt worden; das gestehe ich zu.

(Köneke [SPD]: Na, na, na!)

Dahinter standen auch damals schon haushaltspolitische Gründe. Es gab steigende Beträge, die als allgemeine Deckung im Haushalt verblieben sind. Für 1993 sind noch 86 Millionen DM im Landeshaus-

halt ausgewiesen worden. Sie kennen das: 6 Millionen DM wurden als Vorab zur Verfügung gestellt, und die 80 Millionen DM wurden nach einem bestimmten Schlüssel verteilt. Erstmals kam ein Ansatz für Kinderschutzmaßnahmen hinzu.

Die Überraschung kam dann aber in der Tat mit der Vorlage des Entwurfs des Haushalts 1994. Die Zahl ist bekannt. Es stehen nur noch 66 Millionen DM drin ohne Vorab, und diese 66 Millionen DM verteilen sich jetzt auf mehr Posten. Der Herr Kollege Swieter hat das gesagt: Es kommen Kunst und Kultur sowie 4 Stiftungen hinzu. Ihre Rechnung war insofern nicht ganz richtig, Herr Kollege Horrmann. Es sind 66 Millionen DM im Haushalt, aber 9,2 Millionen DM erfordern diese zusätzlichen Posten, so daß nicht nur 20 Millionen DM, sondern faktisch rund 30 Millionen DM weniger für die ursprünglichen Zwecke zur Verfügung stehen, für die die Konzessionsabgabe eigentlich vorgesehen war.

Man kann ja den Förderkatalog erweitern, meine Damen und Herren. Das geht aber nur, wenn man die Mittel aufstockt. Hier erfolgt aber eine zusätzliche Mittelkürzung um faktisch 30 Millionen DM. Die Arbeit der Sportverbände und der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wird stark beschnitten. Herr Swieter hat die Zahlen von 7 Millionen DM und 6 Millionen DM noch einmal genannt.

Meine Damen und Herren, ich nehme das auf, was Herr Horrmann gesagt hat: Diese Verbände im Sportbereich und in der Freien Wohlfahrt leisten Ersatzarbeit für den Staat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie beziehen dabei in hohem Maße das ehrenamtliche Element mit ein, das Engagement der Bürger. Diese müssen sich doch etwas bestraft und etwas mißachtet vorkommen.

Meine Damen und Herren, die finanziellen Regelungen im Haushaltsgesetz 1994 sind zunächst einmal unabhängig von der Neuregelung des Lotterien- und Wettwesens zu sehen. Diese neuen Regelungen schaffen aber praktisch schon Fakten für künftige Förderungen. Die Kürzung im Landeshaushalt trifft die Sport- und Wohlfahrtsverbände um so härter, als nun auch die Kommunen in ihren Haushalten Mittelkürzungen vornehmen, nicht zuletzt als Folge neuer zusätzlicher Belastungen aus Landesgesetzen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, in Anbetracht der finanziellen Lage des Landes wäre ein Einfrieren der 93er Ansätze zumutbar gewesen. Die Landesregierung hätte die 20 Millionen DM bzw. 30 Millionen DM sicherlich an anderer Stelle gefunden. Sie hätte ja auch auf einige Prestigevorhaben, vor allen Din-

Küpker

gen aber auch auf Personalaufstockungen, verzichten können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wenn der Herr Kollege Swieter sagt „Teilung durch Teilen überwinden“, dann sagen wir: Wir wollen Übungsleiter statt Ministerialbeamte!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Von daher ist es in der Tat doch ein Ausfluß der verfehlten rot-grünen Finanzpolitik, daß die Sportverbände und die Wohlfahrtsverbände hierunter leiden müssen.

Ich halte es politisch für völlig unverständlich, daß sich die Landesregierung mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und mit den Sportverbänden anlegt. Letztere vertreten allein über 2,6 Millionen Mitglieder in Niedersachsen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Viel schlimmer ist aber noch: Was heute den Sportvereinen nicht gegeben wird, wird morgen an Kosten für Gesundheit und Soziales aufgebracht werden müssen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Von daher handelt die Landesregierung kurzsichtig. Sie denkt offensichtlich nur an den 13. März 1994.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Meine Damen und Herren, die FDP wird sich für die Beibehaltung der Ansätze einsetzen und in Kenntnis der Gesamtförderung nach Gesprächen mit den Verbänden entsprechende Haushaltsanträge stellen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Offensichtlich denken Sie auch in dieser Richtung, Herr Kollege Parzschke. Sie haben ja angedeutet, nach den Gesprächen mit den Verbänden könnte man eventuell die Ansätze verändern. Auch das ist wieder ein Beispiel dafür, daß die Landesregierung darauf vertraut, daß das Parlament in seiner Gänze die Ansätze doch noch ändert. Wenn das jetzt im Haushalt 1994 nicht passiert, dann aber spätestens im Nachtrag 1994 mit anderen politischen Mehrheiten!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. – Kospichke [SPD]: Da muß er selber lachen!)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Jordan hat das Wort.

Jordan (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir noch eine Stunde diskutieren, sind aus den 20 Millionen DM 100 Millionen DM geworden, Herr Kollege Küpker. Aber wahrscheinlich ist der Betrag wesentlich niedriger, weil, wie zu hören war, alle Sondererlöse aus dem Bereich Toto/Lotto in das Haushaltsgesetz übernommen werden. Ich gehe insofern davon aus, daß sich die Beträge etwas reduzieren werden.

Ich meine, auch die Diskussion mit den Schlagworten „Sozialer Kahlschlag“ und „Ärmste der Armen“, wie sie Herr Horrmann hier betreibt, ist ein Stück weit verlogen vor dem Hintergrund, daß die neuen Stiftungen, die jetzt gegründet werden, zum Teil durchaus auch soziale Zielsetzungen haben bzw. Mittel für den sozialen Bereich zur Verfügung stellen, beispielsweise: Kinder- und Jugendschutz, Altenheim-Stiftung und „Kinder von Tschernobyl“. Ich meine, das müßte man mit bewerten und nicht so abtun, wie es Herr Horrmann gemacht hat.

Diese Ebene, in der jetzt wieder Bekenntnisse abgefordert werden, was man alles in der Vergangenheit für den Sport und die Freie Wohlfahrtspflege getan hat und auch in der Zukunft zu tun gedenkt, hätte ich ja noch verstanden, wenn man diese Debatte hier vor vier Jahren geführt hätte. Angesichts der neuen Rahmenbedingungen halte ich das aber für übertriebene Rituale, die hier Platz greifen. Diese Koalition hat in Zeiten, in denen dies möglich war, sehr viel für die Sportförderung getan. Jetzt, in einer finanziell schwierigen Zeit, ist das nicht mehr in dem gewohnten Umfang möglich. Darin drückt sich überhaupt keine Mißachtung des Sports aus, sondern nur die Veränderungsnotwendigkeit, die der Mangel mit sich bringt.

Wenn der Landessportbund in seiner Resolution zum Ausdruck bringt, der Sport sei nicht der richtige Adressat für Kürzungen, weil er ein beträchtliches Stück Gesellschaftspolitik sei, kann ich nur rhetorisch zurückfragen: Wer ist denn dann der richtige Adressat für Kürzungen? – Auch die Sportvereine und die vielen Sportverbände und anderen Vereine sind gezwungen, neue Prioritäten zu setzen.

Wir haben in diesem Lande eine Infrastruktur an Sportstätten, die ihresgleichen auf der Welt sucht. Wären unsere Krankenhäuser auf demselben Niveau, bräuchten wir uns weniger Sorgen zu machen. Hier scheint eine Verschnaufpause mehr als vertretbar. Wichtig ist uns allerdings – der Ministerpräsident hat dies ja auch schon vor dem Fußballverband und auch hier wieder ausgeführt –, daß die Vereine und die zahlreichen Übungsleiterinnen und Übungsleiter im Breitensport auch dort vernünftig weiterarbeiten können, gerade auch in der Kinder-

und Jugendarbeit, wo dies aus sozialen Gründen eine zentrale gesellschaftliche Bedeutung hat.

In einer solchen Zeit muß allerdings stärker als je zuvor die finanzielle Förderung des absoluten Spitzensports zur Disposition stehen. Es geht nicht um die Berechtigung des Spitzensports an sich, sondern darum, daß er sich in den Bereichen, in denen er semiprofessionell oder professionell betrieben wird, andere Finanzierungsgrundlagen als die der öffentlichen Hand suchen muß. Es muß allerdings auch mehr Verantwortungsbewußtsein und Umdenken in einigen Spitzenverbänden des Sports praktiziert werden. So finde ich es schon mehr als merkwürdig, wenn in einer Stadt wie Hannover vom Deutschen Fußballbund zur Auflage gemacht wird, die Einnahmen aus einem Fußballländerspiel sofort wieder in das Niedersachsenstadion zu stecken. Gleichzeitig ist diese Stadt Hannover aufgrund der akuten Finanzmisere kaum in der Lage, den Breitensport vernünftig zu fördern, was den DFB offensichtlich überhaupt nicht interessiert.

Der Landessportbund fordert uns als Abgeordnete auf, alles dafür zu tun, daß die im Sport gegebenen Chancen von möglichst vielen Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, uneingeschränkt genutzt werden können. Damit dies auch in Zukunft möglich ist, müssen wir auch „heilige Kühe“ schlachten. Da muß ich wieder zum DFB kommen. Er hat ja für 700 Millionen DM die Verwertungsrechte für die Fußballbundesliga an einen privaten Fernsehsender verkauft. Nicht nur, daß diese Millionen praktisch nicht in den Fußballabteilungen des Breitensports landen, nein, es scheint nach wie vor auch noch als selbstverständlich zu gelten, daß die Länder mit ihren Polizeibeamten und einem sehr großen Kostenaufwand für die sichere Abwicklung des Spielbetriebs in den Fußballstadien sorgen! Es wird Zeit, daß der Innenminister endlich einmal Rechnungen schreibt. Dieses Geld sollte dann denen zugute kommen, die aktiv im Breitensport tätig sind.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat mit der Vorlage ihres Haushalts für 1994 nicht nur eine vertretbare Reduzierung der Sportfördermittel vorgenommen; sie hat auch mit der Aufnahme der Toto-/Lotto- und sonstigen Erlöse in das Haushaltsgesetz einen wesentlichen Beitrag zu mehr Transparenz in diesem Bereich der Förderung geleistet. Dies begrüßen wir ausdrücklich, macht dies doch Entscheidungen, wie sie bei Toto/Lotto noch kurz vor der Sommerpause getroffen wurden – zusätzlich 10 Millionen DM für den Sport, aber nur 1,7 Millionen DM für die Freie Wohlfahrtspflege – in der Zukunft unmöglich. Wir werden uns jedenfalls dafür einsetzen, daß diese Schieflage,

die dadurch zuungunsten der Wohlfahrtspflege entstanden ist, nicht noch größer wird.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Die Wohlfahrtsverbände werden, folgt man der Vorlage der Regierung, auf einen Betrag von 4 Millionen DM bis 6 Millionen DM verzichten müssen. Auch darüber müssen wir mit den Betroffenen reden und überlegen, ob das in dem Umfang durchführbar ist. Meine Fraktion wird jedenfalls eine einseitige Begünstigung des Sports in diesem Bereich nicht hinnehmen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Zuschüsse an die Freie Wohlfahrtspflege allerdings auch vor dem Hintergrund gesehen werden müssen, daß dieser Landeshaushalt wieder eine erhebliche Steigerung der Mittel im Sozialhaushalt vorsieht.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Viele dieser Mittel – Herr Horrmann, das sollten Sie sich einmal anschauen – gehen genau in den Bereich, den Sie hier so wehleidig kritisiert haben, nämlich in die Selbsthilfeförderung – wo Erhöhungen vorgesehen sind –, in die Drogenarbeit und andere Bereiche, wo nach Ihren Worten die ehrenamtliche Arbeit gestört würde.

Ich meine, daß das, was hier von der rot-grünen Regierung geplant ist, im wesentlichen vertretbar ist. Es gilt jetzt, die Details mit den Betroffenen, mit den Verbänden auf allen Seiten auch durchzudeklinieren, um zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 2 unserer Tagesordnung:

Übersicht über Beschlußempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben – Drs 12/5328

Ich rufe die Eingaben aus der 57. Eingabenübersicht in der Drucksache 5328 auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Wortmeldungen kann ich auch nicht erkennen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Ausschußempfehlungen in der Drucksache 5328 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Das ist ausreichend. Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht.

Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

Zweite und dritte Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Ge-**

Vizepräsident Rehkopf

meindeordnung, der Niedersächsischen Landkreisordnung, des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise und des Gesetzes über die kommunale Neugliederung im Raum Hannover – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/4801 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung – Drs 12/5259

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der Drucksache 4801 wurde in der 79. Sitzung am 12. Mai 1993 an den Ausschuß für innere Verwaltung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Wir befinden uns in der zweiten Beratung. Berichterstatter des Ausschusses ist der Kollege Dr. Engstler (CDU). Herr Dr. Engstler, bitte schön!

Dr. Engstler (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Beratungen des Gesetzentwurfs hat es keinerlei Streitstoff zwischen den Fraktionen gegeben. Ich gebe den Bericht daher zu Protokoll.

(Beifall.)

(Zu Protokoll:)

In der Drucksache 12/5259 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für innere Verwaltung einstimmig, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, der Niedersächsischen Landkreisordnung, des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise und des Gesetzes über die kommunale Neugliederung im Raum Hannover mit einigen redaktionellen und inhaltlichen Änderungen anzunehmen. Der mitberatende Ausschuß für öffentliches Dienstrecht hat sich diesem Votum – ebenfalls einstimmig – angeschlossen.

Ich möchte in meinem Bericht auf vier Punkte eingehen, die in den Ausschüssen Anlaß zur Diskussion gegeben haben und die den Inhalt der gesetzlichen Regelungen betreffen; die ausschließlich redaktionellen Änderungen lasse ich hier beiseite.

Bei der Beratung des Artikels I Nrn. 1 und 3 und des Artikels II Nr. 1 des Gesetzentwurfs hat sich der federführende Ausschuß eingehend mit den Fragen einer möglichst zweckmäßigen Erledigung der kommunalen Pflichtaufgabe „Abwasserbeseitigung“ befaßt. Die mit dem Gesetzentwurf angestrebte Lösung, zuzulassen, daß kommunale Betriebe mit dieser Zielsetzung nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geführt werden, hält der Ausschuß für sachgerecht. Diese Lösung ermöglicht eine größere Beweglichkeit bei der Leitung der Einrichtung; die Finanzierungsströme können besser verfolgt und kontrolliert werden als bei einem Regiebetrieb. Andererseits bleibt die Kontrolle

des Rates über Wirtschaftsführung und Verwaltung der Einrichtung erhalten. Über den Gesetzentwurf hinaus empfiehlt der Ausschuß auf Anregung eines Vertreters der CDU-Fraktion einstimmig, auch für Einrichtungen der Straßenreinigung vorzusehen, daß sie nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geführt werden können.

Die in Artikel I Nr. 2 und Artikel II Nr. 2 vorgesehenen Änderungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung bzw. der Niedersächsischen Landkreisordnung, mit denen auch unselbständigen Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohnern die Möglichkeit eingeräumt wird, den allgemeinen Vertreter des Gemeindedirektors in ein Beamtenverhältnis auf Zeit zu berufen, und mit denen die gesetzliche Beschränkung der Zahl der Wahlbeamten auf Zeit bei den Landkreisen aufgehoben werden soll, ist von den Ausschüssen in der Entwurfsfassung gebilligt worden. Nicht weiterverfolgt worden sind Überlegungen von Vertretern der SPD-Fraktion, § 61 Abs. 5 der Niedersächsischen Gemeindeordnung nach dem Vorbild der Nordrhein-Westfälischen Gemeindeordnung zu ändern und den Gemeindedirektor zur Übernahme einer weiteren Amtszeit nur dann zu verpflichten, wenn er das Amt weniger als 24 Jahre wahrgenommen hat. Das Innenministerium hat in diesem Zusammenhang auf eine Änderung des Versorgungsrechts hingewiesen, nach der ein Beamter auf Zeit die Höchstpension nicht mehr nach 24, sondern erst nach 28 Jahren erreicht.

Artikel III des Gesetzentwurfs will mit einer Änderung des § 3 Abs. 3 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über Personalausweise gewährleisten, daß vor allem im Interesse der ländlichen Bevölkerung insbesondere der Postdienst der Deutschen Bundespost, aber auch andere Stellen mit der Entgegennahme von Anträgen und der Aushändigung von Ausweisen beauftragt werden können. Die mit der Beschlußempfehlung vorgeschlagene Fassung des Artikels III verdeutlicht diesen Regelungszweck und vereinfacht die Handhabung der Vorschrift:

§ 3 Absatz 3 des genannten Gesetzes soll nun unverändert bleiben und weiter dem Antragsteller aus wichtigem Grund gestatten, daß er einen Ausweis auch bei einer Ausweisbehörde beantragen kann, die nicht zuständig ist.

In einem neuen Absatz 4 wird die – ganz anders gelagerte – Frage behandelt, ob die Ausweisbehörde Aufgaben auf dritte Stellen übertragen darf und welchen rechtlichen Regeln diese Stellen unterliegen. Der neue Absatz 4 übernimmt dabei in redaktionell überarbeiteter Form inhaltlich die Vorgaben des Regierungsentwurfs, allerdings mit zwei Modifikationen: Zum einen ist in Satz 1 nun deutlich herausgestellt, daß die Beauftragung nur an Stellen „im Bezirk“ der Ausweisbehörde erfolgen darf. Zum anderen ist auf eine Bestimmung verzichtet worden, nach der die Ausweis-

behörde private Stellen nur dann mit der Entgegennahme von Anträgen und der Aushändigung von Ausweisen befassen darf, wenn diesen Stellen die entsprechende Aufgabe zuvor von der zuständigen obersten Landesbehörde übertragen worden ist. Es liegt nach Auffassung der Ausschüsse ohnehin in der Hand der zuständigen obersten Landesbehörde, Aufträge der Ausweisbehörden an private Stellen von ihrer vorherigen Zustimmung abhängig zu machen, denn die Gemeinden werden als Ausweisbehörden im übertragenen Wirkungskreis tätig. Dies muß nicht ausdrücklich im Gesetz angeordnet werden, und es ist auch nicht erforderlich, daß die oberste Landesbehörde selbst die Aufgabe überträgt.

Absatz 4 Satz 3 ordnet wie der Regierungsentwurf die entsprechende Geltung der Vorschriften des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Auftrag an, wenn es sich bei den von der Ausweisbehörde herangezogenen Stellen nicht um öffentliche Stellen des Landes handelt.

Dies soll nach den Erläuterungen des Innenministeriums klarstellen, daß die Gemeinden als Ausweisbehörden für die Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen verantwortlich bleiben und zur Kontrolle der beauftragten Stellen befugt sind.

Damit möchte ich meinen Bericht abschließen. Der Ausschuß für innere Verwaltung bittet Sie, entsprechend der Drucksache 12/5259 zu beschließen.

Vizepräsident Rehkopf:

Das findet die Zustimmung des ganzen Hauses, Herr Dr. Engstler.

Meine Damen und Herren, im Ältestenrat waren sich die Fraktionen darüber einig, daß dieser Gesetzentwurf ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. Ich höre auch jetzt keinen Widerspruch, so daß wir gleich zur Einzelberatung kommen. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Wir kommen jetzt zu einer Reihe von Abstimmungen. Auch die Saalordner werden gebeten, die Abgeordneten bei der Abstimmung nicht zu stören.

Ich rufe auf Artikel I. – Zur Einleitung gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Darüber muß abgestimmt werden. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Zu Nr. 1 liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Nr. 2 des Artikels I bleibt unverändert.

Zu Nr. 3 liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Ich rufe auf Artikel II. – Zur Einleitung liegt eine Änderungsempfehlung des Ausschusses vor. Ich bitte um das Handzeichen, wer dem zustimmen möchte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Die Nrn. 1 und 2 sind unverändert.

Artikel III. – Hier müssen wir über die Änderungsempfehlung des Ausschusses abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Artikel IV. – Auch hier müssen wir über die Änderungsempfehlung des Ausschusses abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls einstimmig.

Artikel V ist unverändert.

Die Gesetzesüberschrift ist ebenfalls unverändert.

Wir kommen zur Abstimmung in der zweiten Beratung. Wer dem Gesetzentwurf in der soeben beschlossenen Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe und gegebenenfalls um Enthaltungen. – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Gesetzentwurf einstimmig so angenommen.

Meine Damen und Herren, nach Artikel 33 der Geschäftsordnung können wir in diesem Fall die dritte Beratung unmittelbar nach Schluß der zweiten Beratung stattfinden lassen. Wir kommen zur dritten Beratung.

Ich rufe auf Artikel I.

Artikel II.

Artikel III.

Artikel IV.

Artikel V.

Gesetzesüberschrift.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetz in der dritten Beratung und damit endgültig zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Sie können wieder Platz nehmen. Falls jemand dagegen stimmen oder sich der Stimme enthalten möchte, müßte er sich jetzt erheben. – Das ist beides nicht der Fall. Dann ist dieses Gesetz einstimmig beschlossen und dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Vizepräsident Rehkopf

Ich rufe jetzt die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung gemeinsam auf:

Erste Beratung: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes** – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Drs 12/5301 und

Erste Beratung: **Hilfestellung für die Landesregierung zur Erarbeitung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für Niedersachsen** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/5302

Für die Beratung dieser Vorlagen stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 50 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann jeweils bis zu 5,5 Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen dann folgende Redezeiten zu: SPD und CDU jeweils bis zu elf Minuten, FDP und Grünen jeweils bis zu 5,5 Minuten.

Die erste Drucksache, die Drucksache 5301, wird wohl vom Kollegen Grill eingebracht.

(Grill [CDU]: Ich bringe beides ein!)

– Okay, beide Vorlagen werden vom Herrn Kollegen Grill eingebracht. Bitte schön!

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion legt Ihnen heute sowohl den Entwurf einer Novelle zum Niedersächsischen Abfallgesetz als auch den Entwurf einer Leitlinie für ein Abfallwirtschaftsprogramm im Lande Niedersachsen vor. Hintergrund für diese Initiative der CDU-Landtagsfraktion ist die Tatsache, daß die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in diesem Hause bis heute jedenfalls kein Abfallwirtschaftsprogramm und noch nicht einmal ein Konzept dafür vorgelegt haben und daß das Abfallgesetz so, wie es in diesem Hause novelliert worden ist, offensichtlich eine Fülle von Unklarheiten produziert.

Markenzeichen der derzeitigen Abfallpolitik von Rot-Grün in Niedersachsen sind Konzeptionslosigkeit und Stillstand.

(Beifall von Dr. Hruska [FDP].)

Wenn man die Kritik der Grünen aus den vergangenen Wochen ernst nimmt – ich zitiere hier einmal Frau Schole, die, wie jedenfalls der „Nord-Report“ berichtet, gesagt hat: „Schole warf Ministerin Griefahn vor, in der Frage der Siedlungsabfälle in eine Art Agoniezustand gefallen zu sein. Handlungsunfähig sehe diese zu.“ –, dann, Frau Griefahn, ist die Feststellung gar nicht einmal übertrieben, daß Sie für die Politik, die Sie verfolgen, in die-

sem Hause eigentlich gar keine Mehrheit mehr haben.

Stillstand in der Frage der Entsorgungspolitik, in der Frage der Abfallwirtschaftspolitik bedeutet in Wahrheit: Die Umwelt bleibt zweiter Sieger.

(Kempmann [Grüne]: Reden Sie jetzt von Herrn Töpfer?)

Wir haben es hier mit einem Rückschritt zu tun und nicht mit der Entwicklung einer modernen Abfallwirtschaftskonzeption für das Land Niedersachsen. Die Konsequenz dieser Politik von Monika Griefahn ist die Nutzung von Anlagen außerhalb Niedersachsens in immer mehr zunehmendem Umfang, ist das massive Anwachsen von Umweltbelastungen durch Mülltransporte und die Weisungswort der Regierungspräsidenten gegenüber den Kommunen, um den Müllnotstand in einzelnen Regionen mühsam zu verkleistern. Die kommunalen Einheiten, die entsorgungspflichtigen Körperschaften werden von dieser Landesregierung im Stich gelassen, meine Damen und Herren. Frau Griefahn ist nur noch die Verwalterin des Mangels an Entsorgung. Von Konzeption kann wirklich keine Rede sein.

(Schack [SPD]: Wer hat Ihnen den Blödsinn aufgeschrieben?)

– Im Gegensatz zu dir, mein lieber Freund, schreibe ich meine Reden selber und brauche auch niemanden zu fragen, ob es Blödsinn ist! – Am Ende dieser Legislaturperiode sind vier Jahre Vermeidungspolitik Vermeidung von Entscheidungen. Das einzige, was diese Landesregierung noch leisten kann, ist der Offenbarungseid in der Entsorgungspolitik.

(Kempmann [Grüne]: Da gibt es noch nicht einmal Beifall von der CDU!)

Die CDU hat vor diesem Hintergrund die Initiative ergriffen, um mit der vorliegenden Gesetzesnovelle und den Leitlinien für ein Abfallwirtschaftsprogramm endlich Grundlagen zu legen für eine moderne Abfallwirtschaftskonzeption in diesem Lande.

Gesetzesnovelle und Programm bilden eine Einheit. Sie dienen der Klarheit und der Wahrheit, der Klarheit im Gesetz und für die Verantwortung der Landesregierung für das Ganze, und der Wahrheit insofern, als Abfallvermeidung und Abfallverwertung in keinem Fall an der Tatsache vorbeiführen, daß mit einer noch so guten Vermeidungs- und Verwertungspolitik Entsorgungsanlagen nicht überflüssig werden.

Lassen Sie mich zur Klarheit einiges sagen. Das Gesetz läßt nach Darstellung der Vertreter der Landesregierung die Genehmigung thermischer Anlagen zu. Wenn Sie sich vor diesem Hintergrund den Ge-

setzestext anschauen, stellen Sie aber fest, daß – aus Gründen, die in der Koalitionsvereinbarung und in dieser Koalition liegen – das Wort „thermische Abfallbehandlung“ oder „thermische Verwertung“ – was immer Sie nehmen; in beiden Fällen ist Feuer notwendig – nicht hineingenommen worden ist, um zu kaschieren, daß auch das Niedersächsische Abfallgesetz eine Rechtsgrundlage für solche Anlagen bietet. Das hat dazu geführt, daß sich der Regierungspräsident in Hannover unter Berufung auf dieses Gesetz gegen die Genehmigung der Müllverbrennungsanlage in Hameln ausgesprochen hat.

(Kempmann [Grüne]: Als er den dritten Ofen genehmigt hat! – Jüttner [SPD]: Ja, da hat er sich dagegen ausgesprochen!)

– Herr Kempmann, Sie müssen sich einmal den Erlaß der Bezirksregierung Hannover anschauen. Dann werden Sie feststellen, daß der Regierungspräsident unter Berufung auf dieses Gesetz die Genehmigung eben nicht aussprechen wollte.

(Lachen von Jüttner [SPD] und von Kempmann [Grüne].)

– Lassen Sie es stecken, Herr Jüttner! Sie wissen genau, daß ich an dieser Stelle recht habe. Sie kennen die Texte wahrscheinlich genausogut wie ich. Deshalb muß Klarheit in diesem Lande geschaffen werden.

(Jüttner [SPD]: Es ist Klarheit!)

Wir werden im Zusammenhang mit Hameln darauf zurückkommen, daß dieses Gesetz, das Sie auf den Weg gebracht haben, kein Gesetz gegen thermische Behandlungsanlagen in Niedersachsen ist.

(Jüttner [SPD]: Wer hat denn das behauptet? – Kempmann [Grüne]: Dann können Sie ja zustimmen!)

Das Zweite ist: Die Landesregierung hat trotz eines einstimmigen Beschlusses dieses Landtages aus dem Jahr 1991 trotz aller Zusagen – auch bei der letzten Debatte hier im Hause – ein Abfallwirtschaftsprogramm bis heute nicht vorgelegt. Die Koalition hat in weiser Voraussicht dessen, daß dies auch nicht geschehen wird – weil man sich nämlich über das, was da drinstehen sollte, nicht verständigen konnte, die gesetzliche Verpflichtung der Landesregierung aus ihrem Gesetzentwurf gestrichen. Deswegen ist es notwendig, daß wir durch eine Gesetzesänderung endlich sicherstellen, daß diese Landesregierung einstimmige Beschlüsse des Parlaments auch in die Tat umsetzt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das ist eine Frage Ihres Selbstverständnisses: Sie haben gemeinsam mit uns zwar einen einstimmigen Beschluß gefaßt, lassen es der Ministerin und der

Landesregierung aber durchgehen, daß sie zwei Jahre alte Beschlüsse des Landtags unter fadenscheinigen Ausreden bis heute nicht umgesetzt hat. Das betrifft Ihr Parlamentsverständnis. Unseres ist in dieser Frage klar.

Ich denke, daß mit der Änderung des Abs. 2 auch klar wird, daß sich das Abfallwirtschaftskonzept – die Zielsetzung des Gesetzentwurfes der CDU-Landtagsfraktion – nicht allein auf die Entsorgung konzentriert. Ich will die vier Punkte, die im Zusammenhang mit dem Abfallwirtschaftsprogramm wichtig sind, noch einmal nennen: erstens das abfallarme Herstellen, Be- und Verarbeiten sowie In-Verkehr-Bringen von Erzeugnissen, soweit hierfür eine Zuständigkeit der Landesregierung besteht, zweitens die Erhöhung der Gebrauchsdauer und Haltbarkeit von Erzeugnissen, drittens die Steigerung der Wiederverwertbarkeit von Erzeugnissen und viertens die Entwicklung und Anwendung von Verfahren zur Verminderung des Schadstoffgehaltes und zur Verwertung von Abfällen.

(Schack [SPD]: Ist das neu? Nein!)

– Nein, das ist nicht neu, verehrter Herr Kollege Schack, sondern das ist der Auftrag an die Landesregierung, den Sie aus dem Gesetz des Landes gestrichen haben. Diese Landesregierung hat nach dreieinhalb Jahren zwar die Forderung erhoben, daß die Kommunen ein Abfallwirtschaftsprogramm vorlegen sollen, aber sie ist unfähig, ein eigenes Abfallwirtschaftsprogramm als Leitlinie für die entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften auf den Tisch zu legen, weil sie politisch nicht voreinander kommt. Das ist die Realität in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU.)

Weil es auch keiner großen Phantasie bedarf, zu erkennen, daß in dieser Debatte wieder der Versuch unternommen wird, die Frage der Entsorgung auf die thermische Behandlung, die Müllverbrennung, zu reduzieren, sage ich Ihnen mit allem Nachdruck folgendes: Die CDU-Landtagsfraktion steht im Kontext dessen, was in der Abfallwirtschaftspolitik nach dem Regierungswechsel 1983 auf den Weg gebracht worden ist. Frau Dr. Schole, wenn Sie, wie Sie es gerade getan haben, hier so fulminant gegen die Umweltpolitik der FDP reden, dann sage ich Ihnen: Sie hätten besser darüber geredet, welche umweltpolitischen Vorstellungen der Freien Demokraten die Sozialdemokraten bis 1982 in der sozial-liberalen Koalition unter Hinweis auf Arbeitsplätze verhindert haben.

(Beifall bei der FDP.)

Zu diesem Punkt – deswegen spreche ich es überhaupt noch einmal an – gehört laut Aussage von Wernitz, SPD, auch die Tatsache, daß die Novelle

Grill

zum Abfallgesetz, die von der CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn 1986 verabschiedet worden ist, sieben Jahre zu spät kam. Wir haben aus einem Abfallbeseitigungsgesetz in Bonn gemeinsam mit der FDP überhaupt erst ein Abfallwirtschaftsgesetz gemacht, in dem Vermeidung und Verwertung erste Priorität haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Deswegen haben an der Stelle weder die CDU noch die CSU noch die FDP irgendeine Nachhilfe nötig, schon gar nicht von den Grünen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Der Entwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und im übrigen auch die Verpackungsverordnung machen deutlich, daß das angesagt ist, worüber im Prinzip auch Konsens mit Frau Griefahn besteht: die Verantwortung des Produzenten für die Entsorgungsfähigkeit seiner Produkte. Darüber gibt es gar keinen Streit.

Das enthebt uns aber nicht davon, Entsorgungsanlagen einzurichten. Es ist signifikant in diesem Land, daß insbesondere SPD-regierte Landkreise und Kommunen sich zunehmend für die Müllverbrennung entscheiden, weil sie auch bei der Deponiefrage von dieser Landesregierung schmählich im Stich gelassen worden sind. Die Karte VII des Landes-Raumordnungsprogramms liegt bis heute nicht vor, und genauso wie beim Hafenschlick werden Deponiestandorte von Ihnen nicht genannt, weil Sie unfähig sind, die Folgen solcher Entscheidungen durchzustehen.

In diesem Zusammenhang nehme ich mit Freude eine Pressemitteilung der IG Chemie Papier Keramik auf, die nach einem Gespräch mit der Ärztekammer Niedersachsen deutlich gemacht hat, daß thermische Abfallbehandlung, so die Überschrift, aktive Daseinsvorsorge ist.

Meine Damen und Herren, wenn man in den Energiekonsensgesprächen in Bonn von den Sozialdemokraten aus Nordrhein-Westfalen zur Abwehr der CO₂-Steuer den Hinweis bekommt, daß dann auch Methan, sprich Mülldeponien, besteuert werden müßten, dann kann ich nur sagen: Dann muß sich die sozialdemokratische Partei einmal entscheiden, was sie eigentlich will. Zur Frage des Klimaschutzes gehört auch die Vermeidung von unkontrollierbaren Bioreaktoren in Form von Mülldeponien und die Verhinderung von Altlasten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Auf diese Frage gibt es nach dem, was Stand von Wissenschaft und Technik ist – so stellen es die Ärztekammer Niedersachsen und die IG Chemie gemeinsam in der wünschenswerten Klarheit dar –,

nur die Antwort, daß die thermische Abfallbehandlung eine auch unter gesundheitspolitischen Aspekten verantwortliche Daseinsvorsorge ist.

Ich warne Sie allerdings davor, den Streit heute auf diesen Punkt zuzuspitzen. Das Abfallwirtschaftskonzept und der Gesetzentwurf, die die CDU-Landtagsfraktion Ihnen heute vorlegen, sind auf Vermeidung und Verwertung angelegt und werden der Verantwortung für die Entsorgung, die Sie nicht wahrnehmen wollen, gerecht, weil sie Rechtsklarheit für die entsorgungspflichtigen Körperschaften und für die Bürger schaffen.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Grill, Herr Jüttner möchte eine Zwischenfrage stellen.

(Grill [CDU]: Gerne!)

Herr Jüttner, bitte!

Jüttner (SPD):

Herr Grill, Sie haben eben über die Klimapolitik und die Gefahren, die von Deponien ausgehen, gesprochen. Stimmen Sie mir zu, daß auch in Ihrem Konzept der thermischen Behandlung Deponien weiter notwendig sind und damit das Problem bleibt?

Die zweite Frage: Können Sie quantifizieren, welchen Anteil dieses Segment von Belastungen im Rahmen einer gesamten Klimapolitik hat?

Grill (CDU):

Herr Jüttner, ich bin Ihnen für diese Zwischenfrage ausgesprochen dankbar; ich habe sie fast vermutet.

(Jüttner [SPD]: Deshalb habe ich sie auch gestellt!)

Ich stelle fest: Ihre Darstellungen zur Müllverbrennung und zur Deponie sind von schlichter Unkenntnis und von Unwissen gekennzeichnet.

(Zustimmung von Frau Zachow [CDU].
– Zuruf von der SPD.)

– Jedenfalls besser als Schack. Das schaffe ich jeden Tag schon vor dem Aufstehen.

(Schack [SPD]: Überheb dich man nicht!)

Ich könnte jetzt einen wissenschaftlichen Exkurs machen. Ich möchte es Ihnen aber nur mit zwei

Sätzen sagen, Herr Jüttner, damit Sie es auch verstehen.

(Jüttner [SPD]: Wissenschaft ist auch zu schwer für mich!)

In jeder Studie wird Ihnen exakt nachgewiesen, daß die Schlacke aus der Müllverbrennung erdkrustenähnlich ist und den ungeheuren Vorteil hat, daß die Schadstoffe fest eingeschlossen und damit nicht mehr auslaugbar sind. Ferner wird Ihnen nachgewiesen, daß die thermische Behandlung geeignet ist, den Glühverlust aus der Deponie auf unter 5 % zu drängen. Damit unterliegt eine erdkrustenähnliche Einlagerung von Stoffen nicht mehr den Ausgasungsprozessen, wie dies bei einer Deponie der Fall ist, aus der Sie Müll, Glas und anderes schon aussortiert haben.

(Beifall bei der CDU.)

Ich stelle Ihnen gern ein Gutachten der Firma Fichtner zur Verfügung, die drei Vorgänge verglichen hat. Mit Hilfe dieses Gutachtens werden Sie feststellen, daß die Firma Fichtner sogar zu dem Ergebnis gekommen ist, daß man diese Schlacke im Interesse einer Rohstoffrückgewinnung später auch noch einmal wieder aufschließen kann. Das heißt, man könnte praktisch einen Totalkreislauf herstellen. Ich gebe Ihnen gern Material, damit Sie es nachlesen können. Dieses Material stammt im übrigen auch von Leuten wie etwa dem ehemaligen Umweltdezernenten der Stadt Bielefeld, einem Grünen. Er hat sich unter diesem Gesichtspunkt massiv für die Müllverbrennung eingesetzt. Vielleicht hilft Ihnen aber auch der Hamburger Umweltsenator Vahrenholt, der eine Müllverbrennungsanlage mit einer Kapazität von 270 000 m³ plant, um von Schönberg loszukommen. Er verkauft das in Hamburg außerdem noch als Ersatz für Strom aus der Kernenergie. Ich glaube, wir hätten genügend Zeugen – auch aus Ihrem Beritt –, um entsprechend zu argumentieren.

Herr Jüttner, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß Methan nach dem Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages einen Anteil von 5 % hat. Methan hat die unangenehme Eigenschaft, daß es die 30fache Wirkung von CO₂ hat. Deshalb kann ich nur sagen: Wenn Sie eine glaubwürdige Klimapolitik betreiben wollen, die auch um die Anteile ringt, die in einer Industriegesellschaft wie der unsrigen mit den vorhandenen Möglichkeiten tatsächlich sofort zu beseitigen sind, dann kann ich Ihnen nur sagen, daß ich Ihnen beim Studium der Akten gern behilflich sein werde, damit Sie endlich eins begreifen: Die thermische Behandlung von Abfällen gefährdet nicht den Menschen, sondern sie ist der beste Weg, um Abfälle umweltfreundlich und zukunftsgerecht einzulagern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat die Kollegin Frau Detert-Weber.

Frau Detert-Weber (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede von Herrn Grill hat mich etwas verwundert; denn sie stimmte in weiten Teilen nicht mit dem Gesetzentwurf und dem Antrag der CDU-Fraktion überein. Vielleicht kommen wir aber gleich noch darauf.

(Frau Zachow [CDU]: Dann haben Sie es nicht begriffen!)

– Ich habe gut zugehört und kann auch gut lesen, Frau Zachow.

(Grill [CDU]: Das hat aber nichts mit „begreifen“ zu tun!)

– Das müssen Sie aus eigener Erfahrung wohl sagen, Herr Grill.

(Beifall bei der SPD.)

Offensichtlich – jedenfalls geht es so aus dem Gesetzentwurf und dem Antrag hervor – glaubt die CDU, daß sie nunmehr endlich ihr Ziel erreicht hat. Seit Jahren propagiert sie, daß Müllverbrennung der einzig heilbringende Weg in der Abfallproblematik sei.

(Grill [CDU]: Sehen Sie, Sie haben es nicht gelesen! Sie haben es immer noch nicht begriffen, Frau Detert-Weber!)

Das beste und hilfreichste Instrument auf diesem Weg, auch diejenigen Menschen, die keine Müllverbrennung wollen, dahin zu kriegen, war und ist möglicherweise Töpfers Verpackungsverordnung und das Duale System Deutschland. Die DSD-Skandale haben geschafft, was undenkbar schien. Viele Menschen und viele Initiativen in unserem Lande, die hochmotiviert und enorm engagiert waren, Müll zu vermeiden und Wertstoffe zu sammeln, sind absolut frustriert, und ihre Bereitschaft, an der Müllreduzierung aktiv mitzuwirken, ist futsch.

(Schirmbeck [CDU]: Frau Kollegin, das hat doch Herr Matthiesen alles mitgemacht!
– Grill [CDU]: Herr Leinen, Herr Vahrenholt!)

Sammelsysteme wurden eingestellt. Initiativen, die in vielen Bereichen unseres Landes aktiv waren, konnten im wahrsten Sinne des Wortes einpacken.

Die Kunststoffberge sowie deren heiße Vernichtung in Lengerich und anderswo haben erhebliche Zweifel bei den gutwilligen Sortierern ausgelöst. Der Rest an Gutgläubigkeit und Vertrauen ist durch die

Frau Detert-Weber

in aller Welt gefundenen gelben Säcke und das Plei-teverfahren des DSD beseitigt worden.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Detert-Weber, Herr Grill möchte Sie etwas fragen.

Frau Detert-Weber (SPD):

Ich möchte zunächst einmal zu Ende reden. – Die Menschen fühlen sich verschaukelt, hintergangen, betrogen, als dumme Verbraucher benutzt.

(Grill [CDU]: Die Diskussion hatten wir doch schon! Nun sagen Sie doch endlich einmal etwas über das Abfallwirtschaftsprogramm!)

– Wir reden diese zwei Tage offensichtlich nur über Müll, Herr Grill. – Ihre Bereitschaft, an der Müllreduzierung mitzuwirken, sinkt immer mehr gegen Null.

(Frau Zachow [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Sie sind immer weniger bereit, Verantwortung für dieses gesellschaftliche Problem zu übernehmen.

(Zuruf von Frau Zachow [CDU].)

– Dann reden Sie doch einmal mit den Menschen. – Nachdem Sie die Menschen auf diese Weise demotiviert haben, präsentieren Sie jetzt auf dem silbernen Tablett die Müllverbrennung, und zwar nach dem Motto: Hau weg das Problem! – Leider sagen Sie den Menschen nicht, daß Ihre Patentlösung sie allerhand kosten wird. Sie dürfen zusätzlich zum Grünen Punkt noch Müllgebühren in Höhe von rund 600 DM zahlen – das haben Sie vergessen, Herr Grill –, wenn die Kommune sich nach Ihren Wünschen für eine Müllverbrennungsanlage entschieden hat.

(Grill [CDU]: Das ist doch nicht zu glauben!)

Der Bau einer Müllverbrennungsanlage erfordert ein Investitionsvolumen von 600 Millionen bis 700 Millionen DM. Eine solche Investition muß sich rechnen.

(Schirmbeck [CDU]: Haben Sie sich schon ein Angebot eingeholt? Oder woher wissen Sie die Zahlen so genau?)

– Das kann ich Ihnen alles nachliefern, Herr Schirmbeck. – Deshalb wollen Sie entgegen der Meinung aller Abfallexperten über eine mögliche thermische Restmüllbehandlung einschließlich der damit verbundenen energetischen Nutzung hinaus im Niedersächsischen Abfallgesetz – das haben wir nie bestritten – als vorrangiges Ziel die Energiege-

winnung aus Müll festschreiben. Das ist doch der Unterschied. Dies ist eine rein wirtschaftspolitische Zielsetzung. Abfallpolitisch konterkariert sie aber alle Vermeidungs- und stofflichen Verwertungsziele. Sie ist verbraucher- und bürgerunfreundlich.

Auf Langfristigkeit angelegte Ökobilanzen – sie müssen nicht unbedingt von Fichtner sein – beweisen: Wenn alle Schadstofffrachtenden und weiteren Behandlungsmaßnahmen vorgeschaltet werden, unterscheiden sich die Auswirkungen von Deponien und Müllverbrennungsanlagen kaum voneinander. Aber: Wenn das Vorrangziel „energetische Nutzung“ gesetzlich festgeschrieben wird, bedeutet dies, daß weiterhin unsinnige nutzlose Verpackungen und Produkte auf den Markt kommen werden und anschließend vom Verbraucher mit hohen Entsorgungskosten zwangsweise honoriert werden müssen. Dies ist nur für die Wirtschaft von Vorteil. Aber dies ist ja auch Ihr Ziel, wie in Ihrem Hilfestellungspapier ganz deutlich wird.

Zweiter Eckpunkt Ihres Gesetzentwurfs ist die verbindliche Festschreibung der TA Siedlungsabfall im Niedersächsischen Abfallgesetz. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Bundesgesetzgeber dieser Verwaltungsvorschrift wohl selbst nicht ganz von der Richtigkeit des Projektes überzeugt war – wieso hätte er sonst einer Überprüfung dieser Rechtsvorschrift nach zwei Jahren zugestimmt und gleichzeitig namhafte wissenschaftliche Institute wie etwa das Leichtweiß-Institut an der TU Braunschweig mit der wissenschaftlichen Überprüfung der festgelegten Regelungen nachträglich beauftragt? –, würde ich Ihnen empfehlen, diesen Teil des Gesetzentwurfs schleunigst zurückzuziehen. Wissenschaft und auch Wirtschaft – mit Ausnahme von DSD, Frau Zachow – machen in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte, was die Behandlung und die Bewältigung der Müllproblematik angeht. Mit der Festschreibung der TA Siedlungsabfall im Niedersächsischen Abfallgesetz verhindern Sie jedoch jede Innovation. Ist das von Ihnen nicht zu Ende gedacht, oder ist das Absicht?

Last not least haben Sie wieder Ihren Dauerbrenner „Abfallwirtschaftsprogramm“ aufgelegt. Herr Grill hat es ja ausführlich dargestellt.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin Detert-Weber, Frau Zachow möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Frau Detert-Weber (SPD):

Ich habe schon eben gesagt, daß ich erst zu Ende reden möchte.

(Frau Zachow [CDU]: Das ist aber schade!)

Was nützt Ihnen eigentlich die theoretische Fest-schreibung von Zahlen, die auf vielen Schätzungen, Annahmen und Unbekannten beruhen muß? – Das ist keine fadenscheinige Ausrede, Herr Grill, sondern ganz logisch. Gerade die Auswirkungen der Verpackungsverordnung sind schwer kalkulierbar. Insbesondere wenn wir an die letzten Tage des aktuellen Kampfes des DSD mit dem Pleitegeier denken, wird dies doch deutlich. Den Kommunen sollen Zielvorgaben gemacht werden, die sie einschränkend gängeln sollen, aber letztendlich nicht verbindlich sind. Erst mit den Abfallbilanzen und den Abfallwirtschaftsprogrammen der entsorgungspflichtigen Körperschaften lohnt es, eine Zusammenfassung auf Landesebene zu erstellen. Erst dann macht ein Abfallwirtschaftsprogramm auf Landesebene Sinn. Wir haben dazu einen Beschluß gefaßt. Dieser Beschluß wird auch umgesetzt, allerdings auch zum richtigen Zeitpunkt. Alles andere ist Bürokratie, gegen die Sie sich sonst immer so lautstark zu Wort melden. Nicht wahr, Herr Schirmbeck? Insbesondere Ihr Oberkreisdirektor.

(Schirmbeck [CDU]: Was hat der denn gemacht?)

– Das haben Sie wieder nicht gelesen. Das ist das Problem.

(Schirmbeck [CDU]: Nein! Muß ich denn jeden Morgen lesen ... ?)

Für Ihr Hilfestellungspapier, das ich gelesen habe, diesen Katalog aus Ideologie und Selbstverständlichkeiten, garniert mit Selbstbeweihräucherung und politischen Diffamierungen, bedanken wir uns trotzdem ganz herzlich. Es sollte offensichtlich dazu dienen, Ihren Spitzenkandidaten einzunorden, um ihn von seinem bisherigen oder – möchte ich einmal sagen – früheren progressiven Umweltkurs abzubringen.

Wenn Ihnen das gelungen ist, sollten Sie zufrieden sein. Wir brauchen es nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Dr. Hruska, Sie haben jetzt das Wort.

(Briese [CDU]: Der hat wieder kein Manuskript mit! Das geht nicht!)

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind der CDU-Fraktion dankbar für diese beiden Vorlagen, und wir unterstützen sie, nicht weil wir etwa glaubten, daß die Landesregierung hinsichtlich des Abfallwirtschaftsprogramms

auf Trab und hinsichtlich der Abfallentsorgung gar zur Vernunft gebracht werden würde, sondern diese beiden Vorlagen eignen sich hervorragend, um nach dem Wahltermin 1994 Abfallwirtschaftsprogramme aufzustellen und zu einer vernünftigen Abfallentsorgung zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die CDU-Fraktion hat in ihren Hilfestellungen für die Aufstellung eines Abfallwirtschaftsprogramms klargestellt, daß es nicht darum geht, die Verbrennung als einzige und wichtigste Methode in der Abfallwirtschaft hinzustellen, sondern sie hat noch einmal die Reihenfolge Abfallvermeidung, Abfallverwertung und Abfallentsorgung deutlich gemacht. Wenn wir nun zur Abfallverwertung, zum Recyceln kommen, sollten wir schon überlegen, ob ein „Downcyceln“, bei dem Produkte erzeugt werden, die kein Mensch haben will, eine wirkliche Abfallverwertung ist oder ob nicht – das ist in dem Antrag deutlich geworden – auch die energetische Verwertung des Abfalls eine vernünftige Zielsetzung sein kann. Dabei handelt es sich nicht in erster Linie um eine marktwirtschaftliche Frage oder eine Frage des Betriebens vernünftiger Wirtschaftspolitik, sondern es geht hier nicht zuletzt auch um Umweltpolitik.

(Zuruf von der SPD.)

– Das haben Sie aber abgestritten. – Wir sind in der letzten Zeit in unserem Sprachgebrauch in der Tat manchmal ein bißchen zu vorsichtig geworden, indem wir die energetische Vorbehandlung als das Ziel hingestellt und dabei die energetische Verwertung vernachlässigt haben. Letzteres muß auch Ziel sein, denn es hat ja keinen Sinn, Energievorräte aus der Deponie heraus sich entwickeln zu lassen und damit die Atmosphäre zu schädigen, wenn diese Energievorräte zielgerichtet genutzt werden können, um andere Energieformen einzusparen. Die energetische Verwertung sollte also wieder zu dem gemacht werden, was sie verdientermaßen ist. Wir sollten so mutig sein, das auch entsprechend deutlich zu machen.

Was aber die thermische Behandlung angeht, so darf es hier doch überhaupt keinen Streit darüber geben, daß dies ein richtiger umweltpolitischer Schritt ist. Sie hindert auch niemanden, Innovationen zu entwickeln, die andere Möglichkeiten beinhalten, wenn denn durch diese Innovationen das Ziel erreicht wird – ein durchaus meßbares und vernünftiges Ziel –, den Glühverlust unter 5 % zu halten. Wenn es Innovationen mit anderen Behandlungsformen als der thermischen Behandlung geben sollte – die Umweltministerin hat gesagt, daß es im Augenblick keine anderen Möglichkeiten gibt, den Glühverlust so niedrig zu halten –, wird

Dr. Hruska

sich niemand dagegen wehren, wenn sie ansonsten den Zielsetzungen entsprechen und als vernünftig anzusehen sind.

(Frau Detert-Weber [SPD]: Warum ist der Glühverlust so wichtig?)

– Weil wir nicht nur nicht die Deponien haben wollen und damit nicht unsere Kinder und Enkelkinder für die Zukunft belasten wollen, sondern weil wir auch die Luft nicht als Deponie mißbrauchen wollen, denn alles, was über den Glühverlust hinausgeht, bleibt ja nicht allein auf der Deponie, sondern teilt sich auch der Atmosphäre mit. Deshalb ist das ein vernünftiger Parameter, und deshalb wollen wir das erreichen. Die thermische Behandlung ist steuerbar; sie ist jederzeit kontrollierbar; sie wird von der Generation durchgeführt und kontrolliert, die die Abfälle verursacht hat, bietet demzufolge auch einen Anreiz, Abfälle zu vermeiden, und sie wird nicht verschoben auf nachfolgende Generationen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Dr. Schole, Sie haben nun das Wort.

(Schirmbeck [CDU]: Jetzt kommt das Strafgericht Gottes! – Grill [CDU]: Ich gehe mal!)

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum ersten wäre zu den von der CDU-Fraktion vorgelegten Papieren zu bemerken, daß es die ersten inhaltlich fundierten Beiträge der CDU-Opposition in der Umweltpolitik in dieser Legislaturperiode sind.

(Oh! bei der CDU.)

Das geschieht also ein halbes Jahr vor der Wahl.

(Schirmbeck [CDU]: Richtig! Am Wahltag muß man die Höchstform haben!)

Sie haben zwar lange gebraucht, aber wir wollen nicht unbescheiden sein. Über die Qualität der Papiere, Herr Schirmbeck, habe ich damit aber noch nichts gesagt. An den Grundzügen der CDU-Hausmüllpolitik hat sich damit inhaltlich nichts geändert. Nach wie vor sieht diese die Lösung aller Müllprobleme in der flächendeckenden Bepflanzung des Landes Niedersachsen mit Hausmüllverbrennungsanlagen, und zwar – das muß man deutlich sagen, und ich möchte diese Unterscheidung auch hier treffen – nicht als Restmüllbehandlungsanlagen, sondern in erster Linie als Müllheizkraftwerke, wie es auch in dem vorgelegten Gesetzentwurf in

§ 1 gefordert wird. Und hier sind wir auch schon bei des Pudels Kern.

Bauen Sie eine Restmüllbehandlungsanlage – sei sie nun kalt oder sei sie thermisch; ich will mich über diesen Punkt jetzt gar nicht mit Ihnen auseinandersetzen –, so stellt dies wirklich die Sorge um die Deponiesicherheit in den Vordergrund. Legen Sie diese Anlage zur Energiegewinnung aus, schreiben Sie die benötigten Müllmengen fest. Das heißt, bei Ihrem Konzept legen Sie die zu erwartenden Müllmengen und auch den Brennwert auf die nächsten 30 Jahre fest. Jeder Betreiber einer thermischen energetischen Verwertungsanlage für Müll – das wissen Sie ebensogut wie ich – benötigt mindestens für 15 bis 20 Jahre, im Endeffekt für die gesamte Laufzeit, eine vertraglich festgelegte Müllmenge einschließlich eines festgelegten Brennwertes. Das bedeutet: Mit Ihrem Konzept und der entsprechenden Vorschrift in dem von Ihnen vorgelegten Gesetzentwurf verabschieden Sie sich für die nächsten 30 Jahre von einer Politik der schrittweisen Reduzierung des Hausmülls; Sie verabschieden sich damit von dem Anspruch der Vermeidung von Hausmüll. Dies muß hier einmal so deutlich gesagt werden.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das ist wirklich widersinnig!)

Wenn Sie dies wollen – und Ihre Politik läßt keinen anderen Schluß zu –, dann erwarte ich auch, daß Sie damit offensiv umgehen, Herr Stratmann, daß Sie auch offenlegen, welche Ausgangsmüllmengen Sie bei diesem Konservieren der Wegwerfgesellschaft – etwas anderes ist es ja nicht, was Sie hier machen wollen – für die nächsten 30 Jahre festschreiben wollen.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin – – –

Frau Dr. Schole (Grüne):

Ich möchte das erst einmal zu Ende führen, Herr Präsident. – Bei der CDU gibt es keine Reihenfolge in bezug auf Müllvermeidung und Müllverbrennung, Herr Hruska. Sie haben in dem Punkt unrecht!

(Dr. Hruska [FDP]: Lesen Sie doch nach, Drucksache 5302 der 12. Wahlperiode!)

Wer die energetische Verwertung von Müll will, verabschiedet sich von der Müllvermeidung! Was die Müllvermeidungs- und -verwertungsanstrengungen der Landkreise betrifft, so sind diese zum größten Teil unbefriedigend. Richtig, da stimme ich Ihnen zu. Nur: Das ist nicht originär die Ver-

antwortung der Landesregierung, sondern das ist in erster Linie kommunale Verantwortung. Sie müssen vor allem einmal in die Landkreise schauen, in denen die CDU die politische Verantwortung hat, wo Sie hätten handeln können, was Müllvermeidung und Müllrecyclen betrifft, und wo Sie es nicht getan haben. In Ihren Papieren, Herr Grill, hat immer die Landesregierung versagt:

(Schirmbeck [CDU]: In Ihren Papieren hat immer die Bundesregierung versagt!)

Die Landesregierung hat keine Deponien ausgewiesen – was übrigens nicht stimmt –, sie hat keine Kompostierungsanlagen gebaut, die Landesregierung hat keine Hausmüllreduzierung betrieben, recycelt keinen Bauschutt und vollzieht das Abfallgesetz nicht. Als wenn die Landesregierung die zentrale entsorgungspflichtige Körperschaft für den niedersächsischen Hausmüll wäre! Sie ist es nun einmal nicht. Warum wollen Sie die Kommunen hier aus der Verantwortung entlassen, und warum wollen Sie hier die kommunale Selbstverwaltung in Frage stellen?

(Grill [CDU]: Das tun wir doch gar nicht!)

Ich finde, wir sollten hier hübsch auf dem Teppich bleiben; wir sollten die Zuständigkeiten nicht vermischen und Kritik dort üben, wo wirklich innerhalb der jeweiligen eigenen Zuständigkeiten Mängel und Defizite offensichtlich sind.

Bei der Ausweisung von Restabfalldeponien finde ich die Kritik der CDU an den Kommunen oder an den Bezirksregierungen absolut nicht zutreffend. Die einzigen Müllexporte, die es aus Niedersachsen heraus gibt, meine Damen und Herren, sind die des DSD, und zwar nach Bulgarien, nach Indonesien oder nach sonstwohin. Dafür ist aber die CDU-FDP-Bundesregierung zuständig.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
– Dr. Hruska [FDP]: Wie ist das denn mit Emden?)

Das Parlament hat ein Abfallgesetz verabschiedet, das gut ist. Es hat erstmals die Voraussetzungen für eine weitestgehende Reduzierung des abzulagernden Mülls geschaffen. Die Kritik der CDU am Abfallgesetz weise ich zurück.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Dr. Schole, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Hruska zulassen?

Frau Dr. Schole (Grüne):

Ich möchte das Thema erst zu Ende führen, Herr Präsident. – Alternativen hierzu gibt es nicht. Die

CDU hat auch keine Alternativen benannt. Auch in ihrem Änderungsantrag zum Abfallgesetz befinden sich keine Alternativen. Sie haben lediglich eine Reihe von Bundeskompetenzen aufgeführt – auch Herr Grill hat sie genannt –, z. B. abfallarmes Herstellen, Be- und Verarbeiten von Erzeugnissen, die Verlängerung der Gebrauchsdauer und Haltbarkeit von Erzeugnissen sowie die Steigerung der Wiederverwertbarkeit von Erzeugnissen. Alles das aber sind politische Aufgaben, bei denen Sie auf Bundesebene die letzten Jahre unfähig waren, auch nur einen Ansatz politisch umzusetzen. Darin liegt die eigentliche Misere der immer größer werdenden Abfallflut. Sie ist aber durch die Verantwortung Ihrer Partei und nicht durch die Verantwortung des Landes Niedersachsen begründet. Das Land hat im Gegenteil seine Möglichkeiten ausgeschöpft. Ich benenne nur die Umweltrichtlinie öffentliches Auftragswesen oder die wirklich vorbildhaften Bemühungen des Kultusministeriums für den Schulbereich.

Meine Damen und Herren! Das, was jetzt tatsächlicher Handlungsbedarf ist, ist eine notwendige Änderung der Bezirksabfallpläne, d. h. eine Gesamtkonzeption der Abfallplanung für die Regierungsbezirke. Hierzu müssen die Abfallwirtschaftskonzepte der Landkreise erst einmal eingefordert und dann daraufhin überprüft werden, ob und wie die Landkreise ihren Vermeidungsverpflichtungen überhaupt nachgekommen sind bzw. nachkommen wollen. Erst auf dieser Grundlage kann eine regionale Planung bzw. eine Landesplanung erfolgen. Nach meiner Kenntnis hat bisher nur die Bezirksregierung Hannover die Abfallbilanzen von den Kommunen eingefordert

(Glocke des Präsidenten.)

– Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluß – und einen Termin für eine Neufassung des Bezirksabfallplans gesetzt, wobei die Konditionen für die Restabfallbehandlung und Restmüllablagerung umfassend festgelegt werden sollen.

Das Land, meine Damen und Herren, hat seine Hausaufgaben gemacht. Es hat mit der Änderung des Abfallgesetzes die Voraussetzungen für die Vermeidung und Verwertung in den Kommunen geschaffen. Es hat die TA Siedlungsabfall konkretisiert und mit einem Erlaß den Kommunen die Möglichkeit eröffnet, sich auch für andere Formen der Vorbehandlung zu entscheiden.

Meine Damen und Herren! Eine Gesetzesänderung, wie sie die CDU will und wie sie von Ihnen vorgeschlagen wurde, ist überhaupt nicht notwendig. Sie ist für die Verbrennung nicht notwendig. Wer verbrennen will, kann verbrennen – das wissen Sie ganz genau –, und zwar mit oder ohne Nieder-

Frau Dr. Schole

sächsisches Abfallgesetz. Sie können es selbst ohne Bezirksabfallpläne machen.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

– Herr Lennartz hat das niemals gesagt, Herr Schirmbeck. Ich werde in der Rede zu Hameln noch einmal deutlich machen, daß Herr Lennartz das niemals gesagt hat.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Dr. Schole, Sie müssen jetzt zum Schluß kommen. Sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen.

Frau Dr. Schole (Grüne):

Die letzten Sätze, Herr Präsident. – Wir halten die kalte Vorbehandlung für den ökonomisch und ökologisch besseren Weg. Niedersachsen fördert bereits drei entsprechende Anlagen. Was aber das wichtigste ist, ist, daß diese Alternative, die in Niedersachsen möglich ist, die schrittweise Reduzierung des Restmüllaufkommens in keiner Weise behindert. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat Frau Ministerin Griefahn. Bitte sehr!

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schirmbeck, ich habe gerade gehört, daß die Müllverbrennungsanlage, die zur Zeit in Augsburg gebaut wird und die zunächst mit 600 Millionen DM projektiert war, inzwischen mehr als 1 Milliarde DM kostet. Dazu muß man sagen: Das kann doch nun wirklich nicht Sinn, Ziel und Zweck sein.

Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion will die Zielhierarchie des § 1 des Niedersächsischen Abfallgesetzes in zwei entscheidenden Punkten verändern: Zum einen will er die sogenannte energetische Verwertung, bezeichnet als thermische Verwertung, als neues Ziel aufnehmen. Zum anderen will er die notwendige Behandlung von Abfällen gesetzlich an die Vorgaben der TA Abfall und der TA Siedlungsabfall binden. Ich möchte Ihnen darlegen, warum ich beide Änderungen sehr eindeutig ablehne.

Erstens. Die Aufnahme der thermischen Abfallverwertung als Ziel widerspricht den heutigen abfallwirtschaftlichen Erkenntnissen. So hat der Bundesrat bereits 1991 auf Initiative Bayerns und mit Unterstützung Niedersachsens einen Gesetzentwurf

zur Änderung des Abfallgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf sieht vor, daß die mögliche Nutzung des energetischen Potentials von Abfällen nicht als Verwertung anzusehen ist, und sieht eine eindeutige Hierarchie von Vermeidung und Verwertung vor Verbrennung vor.

Alle, die in der Abfallwirtschaft Verantwortung tragen, sind sich darin einig, daß das Verbrennen von Abfällen als Abfallbehandlung anzusehen ist. Ebenso unstrittig ist, daß bei derartigen Behandlungsanlagen das entstehende energetische Potential genutzt werden muß. Dieses ergibt sich aber schon aus gesetzlichen Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Dafür brauchen wir also keine Gesetzesänderung.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

Deshalb ist die Aufnahme eines Zieles thermische Abfallverwertung, wie es die CDU-Fraktion fordert, abfallpolitisch unsinnig und kontraproduktiv. Außerdem widerspricht ein derartiger Ansatz europäischen Rechtsvorschriften. Nach den EG-Rahmenrichtlinien wird das Verbrennen von Abfällen an Land und auf See eindeutig dem Beseitigungsverfahren zugeordnet. Soweit das EG-Recht als Verwertungsverfahren die – ich zitiere – Verwendung als Brennstoff, außer bei Direktverbrennung, oder andere Mittel der Energieerzeugung anerkennt, ist damit gerade nicht die Abfallverbrennung gemeint, sondern der Ersatz stoffgleicher Energieträger, wie z. B. der Einsatz von Altöl anstelle von Schweröl.

(Dr. Hruska [FDP]: Mit EG-Recht sind Sie doch sonst nicht so kleinlich!)

– Ich fordere gerade in der Gesetzesbehandlung zum Kreislaufwirtschaftsgesetz zum Baseler Abkommen dazu auf, die EG-Begriffe uniform einzuführen, damit wir nicht mit zehn verschiedenen Abfallbegriffen operieren.

(Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

Gerade das hat Herr Töpfer in seinen Vorschlägen bislang nicht gemacht.

Zweitens. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sieht eine gesetzliche Verankerung der Technischen Anleitungen Abfall und Siedlungsabfall im Niedersächsischen Abfallgesetz vor. Das lehne ich ebenfalls eindeutig ab, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens. Verwaltungsvorschriften wie die Technischen Anleitungen binden nur die mit der Gesetzesanwendung befaßten Behörden. Der Bürger oder die Körperschaft unterliegen den Verwaltungsvorschriften gerade nicht. Sie können nur damit rechnen, daß alle Behörden bei der Anwendung der Gesetze die Verwaltungsvorschriften gleichermaßen berücksichtigen. Eben weil Verwaltungsvorschriften zum Stand der Technik immer nur einen Mo-

mentausschnitt technischer Konzepte festschreiben, sehen sie Ausnahmeregelungen vor, wenn neue Erkenntnisse beachtet werden müssen. Gerade deshalb sind in der TA Siedlungsabfall eine Übergangsfrist, eine Zwischenfrist und eine Wiederberatungsfrist vorgesehen worden. Das hat ja seinen Sinn, und kommt nicht von ungefähr. Technik ist ein sich entwickelnder Bereich. Das Innovationspotential von Wirtschaft und Wissenschaft soll durch Verwaltungsvorschriften gerade nicht behindert werden. Indem der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion diese Verwaltungsvorschriften aber zum Gesetz erhebt, sind sie von allen entsorgungspflichtigen Körperschaften wie von industriellen Abfallbesitzern zu beachten. Ein Antrag, der von den Technischen Anleitungen abweicht, wäre damit gesetzeswidrig und müßte schon deshalb zurückgewiesen werden. Für den eigenen Wirkungskreis der Kommune hieße dies, daß alle Planungen, die nicht in Punkt und Komma der TA Siedlungsabfall entsprechen, als rechtswidrig von der Kommunalaufsicht zu beanstanden wären, und das, wo sonst hier immer von Marktwirtschaft, freier Entwicklung und Selbstverwaltung der Kommunen geredet wird. Das wäre dann ein totaler Widerspruch.

Zweitens. Der Regelungsvorschlag der CDU bedeutet auch, daß der Landesgesetzgeber und damit Sie als Parlament die eigene Gestaltungsmacht verlieren. Was eine zulässige Behandlung von Abfall im Sinne des Niedersächsischen Abfallgesetzes ist, entscheidet dann eben nicht mehr der durch Wahlen legitimierte Souverän des niedersächsischen Volkes, nämlich der Landtag, nein, dieses Gestaltungsrecht würde auf die Bundesregierung delegiert. Denn nur die Bundesregierung ist nach dem Abfallgesetz ermächtigt, Verwaltungsvorschriften zum Stand der Technik im Abfallrecht zu erlassen. Sie benötigt dazu zwar die Zustimmung des Bundesrates, aber nicht die des Niedersächsischen Landtags. Damit könnten wir die Landtage auflösen.

(Zuruf von Schirmbeck [CDU].)

Es ist schon ein starkes Stück, wenn die CDU-Fraktion dem Landtag zumutet, inhaltliche Gestaltungsmöglichkeiten von Landespolitik an die Bundesregierung abzutreten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Landtag einem solchen Ansinnen zustimmt.

Darüber hinaus schlägt die CDU-Fraktion zum wiederholten Male vor, die Erstellung eines Abfallwirtschaftsprogramms zur Aufgabe der Landesregierung zu machen.

(Schirmbeck [CDU]: Das hat der Landtag einstimmig beschlossen!)

Bereits 1991 bei den Beratungen zur Novellierung des Niedersächsischen Abfallgesetzes hat sie dies be-

antragt und ist damit unterlegen. Gleichwohl hat sich die Landesregierung nach der Landtagsentschließung 1991 bereit erklärt, ein Abfallwirtschaftskonzept vorzulegen. Bereits bei der Verabschiedung der entsprechenden Landtagsentschließung ist jedoch darauf hingewiesen worden – wir haben das wiederholt diskutiert –, daß es auf eine belastbare Datenbasis gestützt werden muß. Und die, meine sehr verehrten Herren und Damen von der CDU und der FDP, haben Sie uns eben nicht hinterlassen. Deshalb war geplant, die Abfallwirtschaftskonzeption erst dann kurzfristig herauszugeben, wenn die TA Siedlungsabfall inhaltlich bekannt und beschlossen ist und wenn die Auswirkungen der Verpackungsverordnung eindeutig zuordenbar sind.

(Schirmbeck [CDU]: Wann wird das denn sein?)

Nachdem die TA Siedlungsabfall nun am 1. Juni 1993 in Kraft getreten ist, wäre der erste Punkt bereits in diesem Sommer erfüllt gewesen. Allerdings haben sich durch die dramatischen Probleme des Dualen Systems sowie die durch das DSD stark veränderte Zusammensetzung und Menge der Restabfälle auch Verzögerungen ergeben.

Derzeit liegt im Umweltministerium der Entwurf einer Zielkonzeption für den Bereich Siedlungsabfälle vor. In allernächster Zeit werde ich dieses Konzept der Landesregierung zuleiten, damit es nach Beschlußfassung durch die Landesregierung dann dem Landtag übergeben werden kann.

(Dr. Stratmann [CDU]: Hoffentlich kommen Sie noch vor der Wahl dazu!)

– Ich sage ja: Es liegt bei uns fertig vor. – Ob und inwieweit dieses Konzept für die Landkreise und Städte tragfähig sein wird, hängt eben auch von weiteren Entwicklungen ab, auf die die Niedersächsische Landesregierung keinen Einfluß hat. Wenn ich mich jede Woche mit dem DSD herumschlagen muß und die Kommunen im übrigen auch, dann können wir unsere Planungen immer wieder in die Wolken hängen. Der drohende Konkurs des DSD, der am Wochenende scheinbar noch einmal abgewendet wurde, zeigt doch die gewaltigen Auswirkungen, die von den entsorgungspflichtigen Körperschaften zu bewältigen sind. Welche Auswirkungen ein Konkurs auf die Entsorgung von Verpackungsabfällen in Niedersachsen gehabt hätte, läßt sich landesweit doch überhaupt nicht einheitlich beurteilen.

(Grill [CDU]: Wenn Sie was nicht schaffen, sind immer andere schuld!)

Wir bekommen sehr unterschiedliche Feedbacks. Dies hängt auch von der jeweiligen Vertragsgestal-

Frau Griefahn

tung vor Ort ab. Frau Detert-Weber hat diesbezüglich auf einige Punkte hingewiesen.

(Zuruf von Dr. Stratmann [CDU].)

Jede einzelne Kommune hat sich aufgrund ihrer Verträge entscheiden müssen, wie sie die eingeführten Systeme weiter betreiben will, denn die entsorgungspflichtigen Körperschaften sind nach dem Niedersächsischen Abfallgesetz zur Sammlung verwertbarer Abfälle verpflichtet. Sie sollen getrennt sammeln, sie sollen wiederverwerten, sie müssen kompostieren.

(Grill [CDU]: Aber Sie sagen nicht, wie!)

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Sätze zu der „Hilfestellung“ für die Landesregierung zur Erarbeitung eines Abfallkonzeptes für Niedersachsen sagen. Ich muß gestehen – ich benutze solche Worte sonst nicht –, daß ich es für eine ziemliche Unverfrorenheit halte, ein innerparteiliches Seminarpapier der CDU, das vielleicht für die Erstellung von Wahlkampfreden tauglich sein mag, als Landtagsdrucksache zu verteilen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Eine Hilfestellung bietet das jedenfalls nicht. Das CDU-Papier macht sich nicht einmal die Mühe, das notwendige Datenmaterial zur Grundlage zu nehmen. Deshalb wurden mit Schlagworten polemische Behauptungen aufgestellt, die durch nichts und gar nichts zu belegen sind. Die einzige konkrete Forderung, die sich durch das Papier durchzieht, besteht darin, daß – ich zitiere – „die Abfallwirtschaft von allen unnötigen Reglementierungen zu befreien ist, die sich als Hemmschuh für eine positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes Niedersachsen herausgestellt haben“. Das heißt: keine Einschränkung von Materialien, die unter Umständen ökologisch bedenklich sind, keine Vorgaben von Kompostierung, keine Vorgaben von Wiederverwertung, sondern eine Unterstützung der Entsorgungsmafia, die hier entweder illegale Geschäfte mit dem Ausland betreibt oder für Milliarden D-Mark Müllverbrennungsanlagen baut.

(Grill [CDU]: Ausgerechnet Sie müssen uns das vorwerfen!)

Den Gebietskörperschaften wird wieder gedroht, daß sie mit Folgen zu rechnen hätten, wenn sie nicht nach Verpflichtung durch das Land innerhalb kürzester Fristen ausreichende Entsorgungskapazitäten vorhalten. Die einzige neue Aufgabe für das Land soll nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion darin bestehen, den entsorgungspflichtigen Körperschaften wieder sogenannte Planungssicherheit zu geben.

(Frau Zachow [CDU]: Das wäre schon viel!)

Die CDU versteht darunter, daß die für jede Planung so überaus wichtige Standortentscheidung eben nicht mehr von der entsorgungspflichtigen Körperschaft oder dem Industrieunternehmen getroffen werden soll, sondern unmittelbar von der Landesregierung. Diese Konzeption ist nur allzu durchsichtig. Wir wissen doch, wie umstritten Standortentscheidungen sind, selbst da, wo Sie die Mehrheit haben. Ich zitiere nur noch einmal Augsburg. Das ist ja nicht unumstritten, was da läuft. An jedem Standort, in jedem Suchraum finden sich gute Gründe, warum gerade diese Flächen nicht in Standortentscheidungen einbezogen werden dürfen.

Herr Grill, ich möchte gerade an Ihre Kollegen an der Küste appellieren, die auch nicht schreien: Hier, wir wollen eine Hafenschlickdeponie; im Gegenteil: Die sagen, sie wollten gerade keine.

(Grill [CDU]: Warum sollen die denn Ihnen die Arbeit abnehmen? Sie sind in der Verantwortung!)

– 1984 haben Sie das schon versprochen, lieber Herr Grill.

(Grill [CDU]: Nein!)

Diese Entscheidung auf die Landesregierung zu verlagern heißt nicht nur Verantwortlichkeiten zu verschieben, sondern heißt auch, die Landkreise und Kommunen zu entmündigen. Wenn Sie das wollen – Sie wollen ja ohnehin gleich alles auf die Bundesregierung schieben –, dann machen wir doch gleich einen Zentralstaat. Dann wissen wir, wo wir sind.

(Frau Zachow [CDU]: Ist Hafenschlick kommunale Selbstverwaltung?)

Jeder Kreis und jede Kommune, die alle Anstrengungen zur Vermeidung und Verwertung der Abfälle unternommen haben, werden bei der Bevölkerung auch die notwendige Akzeptanz für Entsorgungsanlagen finden, die benötigt wird. In diesem Sinne werde ich und wird die gesamte Landesregierung alle entsorgungspflichtigen Körperschaften nach Kräften unterstützen; denn wir müssen tatsächlich Rohstoffvergeudung vermeiden. Wir müssen wirklich zu Produkten kommen, die wieder in Kreisläufe biologischer oder technischer Art zurückgeführt werden können.

Ihnen, Herr Grill, würde ich empfehlen, in die katholische Kirche einzutreten, damit Sie durchs Fegefeuer gehen und vielleicht die reinigende Kraft des Feuers selbst genießen können und nicht mehr wertvolle Rohstoffe ins Feuer jagen müssen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
– Küpker [FDP]: Woher wissen Sie das denn?)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Grill, Sie haben jetzt das Wort!

(Zuruf von der CDU: Denk an die Hölle!)

Grill (CDU):

Damit habe ich keine Schwierigkeiten. Mir ist das, wenn der Zustand eingetreten ist, völlig egal. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Griefahn, ich will das einmal so umschreiben: Wir haben kein Abfallprogramm aus Ihrer Hand, aus Ihrem Hause; denn wenn Sie es vorlegen würden, würde deutlich werden, daß es nur eine Fortschreibung des von Werner Remmers aus der CDU-FDP-Koalition hinterlassenen Abfallwirtschaftsprogramms ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich verwahre mich des weiteren aufs äußerste dagegen, daß Sie hier so tun, als ob wir den Kommunen drohen würden. Ich gebe Ihnen, wenn Sie es bisher noch nicht gelesen haben, gerne die Rede des Präsidenten des Niedersächsischen Landkreistages, des Landtagskollegen Endlein. Ich habe das heute morgen bewußt nicht zitiert, aber jetzt tue ich es: Herr Endlein hat auf dem Landkreistag für alle Landkreise in diesem Land endlich klare Entscheidungen der Landesregierung, endlich ein klares Votum für die Müllverbrennung gefordert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wer läßt denn die Kommunen im Stich? Das ist doch die Realität! Sie können sich doch nicht hier hinstellen und sagen, wir würden den Kommunen drohen. Nein: Sie lassen die Kommunen mit ihrer Verantwortung völlig alleine.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich will Ihnen einmal eine Überschrift vorlesen, weil ich meine, daß wir gute Zeugen haben: Vahrenholt: 270 000 m³ Verbrennung in Hamburg – Herr Matthiesen aus ökologischen Gründen für die Müllverbrennung.

Wir können gerne noch ein bißchen über diesen juristischen Diskurs diskutieren, ob Sie thermische Verwertung oder Abfallbehandlung sagen. Das Entscheidende ist: Es geht um eine bestimmte Art von Feuer.

Frau Detert-Weber und Frau Schole: Wo bleibt denn in Ihrer Betrachtung der Müllverbrennung die Tatsache, daß wir nur 10% der Landschaft verbrauchen? Wo bleibt die Tatsache, daß wir das Klima schonen? Wo bleibt der Grundwasserschutz? Wo bleibt die Luftreinhaltepolitik? Wo bleibt die Frage des Ersatzes durch Energie aus Müll für fossile Brennstoffe im Sinne des Klimaschutzes?

Sie sind einseitig fixiert auf den Schornstein. Da kommt manchmal Rauch heraus – das gebe ich ja zu –, aber viel schlimmer ist, daß Ihre Politik draußen im Land einen Landschaftsverbrauch voraussetzt, der unverantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich sage Ihnen sehr dezidiert, meine Damen und Herren: Sie müssen sich fragen lassen, warum Sie Ihren Kindern und Kindeskindern – das ist doch immer Ihre Ansage gewesen – die Altlasten von morgen produzieren und ohne Rücksicht auf Verluste den Genuß von heute predigen,

(Frau Dr. Schole [Grüne]: Wer produziert denn Altlasten, Herr Grill?)

damit Ihre Kinder eines Tages die Last davon zu tragen haben. Das ist der Punkt.

(Frau Dr. Schole [Grüne]: Unqualifiziert!)

Ich möchte noch etwas zur Frage der energetischen Verwertung sagen. Sehen Sie, Frau Griefahn, Sie sind – wie das heute so schön heißt – im Grunde genommen im Schattenkabinett von Herrn Scharping. Abgesehen von einigen Elementen, die eines Tages sicherlich zu diskutieren sein werden, nun aber zur Frage der energetischen Verwertung: Die SPD-Bundestagsfraktion – also die Bundespolitik der SPD – hat einen Antrag zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vorgelegt, und zwar im Zusammenhang mit CO₂-Reduktionen, mit Klimaschutz. Was steht nun im Antrag der SPD-Bundestagsfraktion? – Dort steht: Die thermische Wärme nutzen aus der Abfallverbrennung. Die Bonner SPD ist also genau auf dem Kurs dieser Seite des Hauses.

(Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD.)

Ein Zweites, Frau Griefahn: Ich glaube, daß Sie in der Frage des Zitats des juristischen Exkurses über unseren Gesetzentwurf völlig übersehen haben, daß wir im Satz 2 die Fassung vorschlagen, die selbst Ihre Rotte möglich macht. Wir haben den Kompromiß übernommen, der ein Kompromiß war zwischen denen, die die thermische Verwertung und den Glühverlust in den Vordergrund gestellt haben, und denen, die wie Sie die kalte Rotte wenigstens mit enthalten haben wollten. Ich meine, daß die Frage der Umsetzung an dieser Stelle schon interessant ist. Ich entnehme dem Erlaß, der bei Ihnen offensichtlich auf dem Wege ist – das stand im „Rundblick“ von heute –, daß Sie im Grunde genommen gegen das Gesetz genau das tun, was wir Ihnen vorwerfen.

Sie geben einen Erlaß heraus, mit dem Sie versuchen, die Anträge, die die thermische Verwertung betreffen, zu verhindern. Sie praktizieren mit dem,

Grill

was Sie da offensichtlich planen, in diesem Land ein weiteres Mal Rechtsbeugung. Das ist die Realität.

(Inselmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Ich lese Ihnen aus der Kabinettsvorlage vom 19. März, von Ihnen unterschrieben, folgendes vor:

„Im Gegensatz zu der im Niedersächsischen Abfallgesetz ausgesprochenen Freiheit bezüglich der Vorbehandlung abzulagernder, nicht mehr verwertbarer Abfälle werden jedoch als Ergebnis der Vorbehandlung Parameter der abzulagernden Reste gefordert, von denen der Glühverlust (<5%) praktisch zur Zeit nur mit Hilfe thermischer Verfahren erreichbar ist.“

So steht es in Ihrer Vorlage. Es heißt dann weiter:

„Vor dem Hintergrund der mittelfristig drohenden Entsorgungsengpässe in Niedersachsen“

– das ist Ihre Feststellung –

„ist ein Warten auf neue Vorgaben des Bundes nicht angezeigt.“

Sie aber stellen sich hierhin und rufen für Ihre Unfähigkeit mal wieder den großen Bruder in Bonn an, schieben ihm die Schuld zu und sagen: Wir sind die reinen Engel.

Ich sage Ihnen hier und heute klipp und klar: Sie werden Ihrer Verantwortung für die Umweltpolitik und für die Abfallentsorgung in Niedersachsen in keiner Weise und zu keiner Zeit auch nur annähernd gerecht!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, und dann kommt das letzte.

(Zurufe von der CDU.)

– Das, was Sie uns hier heute vormittag haben bieten dürfen, ist wirklich das Letzte. – Frau Griefahn, Sie haben den Antrag zitiert, den Sie gemeinsam mit Bayern im Bundesrat eingebracht haben. Sie haben in diesem Zusammenhang auf die Diskussion über die thermische Verwertung abgestellt. Ich würde Ihnen dringend empfehlen, daß Sie diesem Hause deutlich machen, was Sie zusammen mit Bayern in der Drucksache 528/90 – Beschluß des Bundesrates – beantragt und umgesetzt haben. In dieser Drucksache heißt es in §6 – Abfallwirtschaftspläne –:

„Die Länder regeln das Verfahren zur Aufstellung der Pläne. Sie können die Pflicht, Pläne zur Abfallvermeidung und -verwertung aufzustellen, ganz oder teilweise auf andere Behörden übertragen.“

Nun aber kommt das Entscheidende in Ihrem Gesetzentwurf, in Ihrem Text. Dort heißt es weiter:

„Die Länder stellen für ihren Bereich Abfallwirtschaftspläne nach überörtlichen Gesichtspunkten auf. Die Abfallwirtschaftspläne stellen das Abfallaufkommen dar und legen Ziele und Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Abfallverwertung und sonstigen Abfallentsorgung fest. Die Abfallwirtschaftspläne der Länder sollen aufeinander abgestimmt werden.“

Sie haben im Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Länder aufgefordert werden, Abfallwirtschaftspläne aufzulegen. Sie haben die Unverfrorenheit, in diesem Hause und diesem Parlament zu sagen, daß es keiner Entsorgungspläne bedürfe.

(Inselmann [SPD]: Das hat sie nicht gesagt, Herr Grill. Das ist eine glatte Unterstellung!)

Sie müssen in diesem Haus endlich einmal sagen, für was Sie überhaupt sind. Sind Sie für die klare gesetzliche Vorgabe, wie Sie sie selbst im Bundesrat beantragt haben, oder sind Sie für die Verhinderung der Umsetzung eines Landtagsbeschlusses einer Landesregierung, die durch sträfliche Mißachtung des Parlaments nach zwei Jahren einen weiteren Beweis für Ihre Unfähigkeit in der Umweltpolitik abliefern?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Ausschußüberweisung für beide Vorlagen. Federführend soll der Ausschuß für Umweltfragen sein. Mitberatend sollen die Ausschüsse für Wirtschaft und Verkehr sowie für innere Verwaltung sein. Wer diesem Vorschlag des Ältestenrates zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Das ist das ausreichende Quorum.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Chor ankündigen, und zwar den Sunstedter Kinderchor, der gleich in der Portikushalle singen wird. Ich bitte um Beachtung.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer Vormittagssitzung. Wiederbeginn ist um 14.30 Uhr.

Unterbrechung: 13 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die Sitzung nach der Mittagspause fort. Die Anwesenheit steht

noch nicht ganz in angemessenem Verhältnis zur Wichtigkeit des Tagesordnungspunktes. Aber der zuständige Minister ist hier.

Ich rufe auf den Punkt 6 unserer Tagesordnung:

Erste Beratung: **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994 – HG 1994)** – Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs 12/5255

Für die Beratung dieses Gesetzentwurfs stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 200 Minuten zur Verfügung. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Landesregierung die Zeit von 50 Minuten nicht überschreiten wird. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: den Fraktionen der SPD und der CDU jeweils bis zu 50 Minuten, den Fraktionen der FDP und der Grünen jeweils bis zu 25 Minuten.

Die Vorlage wird eingebracht vom Finanzminister. Bitte schön, Herr Minister Swieter.

Swieter, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute lege ich Ihnen den mittlerweile achten Haushaltsplan dieser Legislaturperiode vor. Es ist der letzte Grundhaushalt in dieser Wahlperiode vor dem Wahljahr. Es ist der schwierigste Haushalt dieser vier Jahre gewesen; denn die Bundesrepublik Deutschland erlebt zur Zeit eine schwere Wirtschaftskrise. Die neuen Bundesländer gehören zu den schwächsten Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.

Der einzig vernünftige Weg aus dieser Krise heißt: durch Investitionen und Innovationen Arbeitsplätze schaffen, den sozialen Frieden retten und den Standort Deutschland stärken.

Der Weg der Bundesregierung aber heißt: Sozialleistungen streichen, Löhne einfrieren, Arbeitszeit verlängern, die kleinen Leute noch schutzloser machen

(Gansäuer [CDU]: So wie ihr!)

und für die Unternehmen und Großverdiener die Steuern senken.

(Beifall bei der SPD.)

Im Standortbericht hat die Bundesregierung diesen Weg ganz offen formuliert. Sie will soziale Gerechtigkeit beseitigen in der Hoffnung, daß billige Arbeitskräfte Deutschlands Wirtschaft wieder stark machen.

(Hildebrandt [FDP]: Sie wissen, daß das un- wahr ist, Herr Swieter!)

Ich füge hinzu: obwohl Deutschland nie ein Billiglohnland war.

(Hildebrandt [FDP]: Und wenn Sie es noch so oft sagen: Es ist die Unwahrheit!)

Sie hat entschieden, Herr Hildebrandt, der Order der Industrie zu folgen. „Wir müssen,“ so BDI-Präsident Tyll Necker, „die Krise jetzt nutzen, denn jetzt sind die Menschen reif.“

Die Bundesregierung will von der sozialen Marktwirtschaft zurück zur Ellenbogengesellschaft.

(Hildebrandt [FDP]: Auch das ist nicht wahr!)

Wer in Not ist, soll wieder selber sehen, wo er bleibt. Ludwig Erhard würde sich im Grabe umdrehen.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist ein Irrweg; das kann nicht funktionieren. England steht nach einem Jahrzehnt solcher Politik vor einem Scherbenhaufen. In den USA ist Bill Clinton gewählt worden, weil Reagans Politik der Umverteilung von unten nach oben auch die Wirtschaft ruiniert hat.

(Hildebrandt [FDP]: Wenn Sie schon nach USA greifen müssen!)

Wer das soziale Gleichgewicht zerstört, der zerstört auch die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolges, Herr Hildebrandt, und er zerstört den demokratischen Konsens. Diese Landesregierung wird alles tun, um das zu verhindern.

(Beifall bei der SPD.)

Statt den Sozialstaat abzubauen, braucht Deutschland mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Zukunftsvorsorge: durch Arbeitsförderung, durch Umweltschutz, durch Bildung.

Eine solche Politik ist möglich. Die Landesregierung hat das in Niedersachsen in den letzten drei Jahren bewiesen; der Haushaltsentwurf für 1994 beweist es erneut.

Diese Landesregierung hat Wort gehalten. Sie hat ihre Reformvorhaben auf den Weg gebracht, und sie hat gleichzeitig die Neuverschuldung unter das Niveau der letzten Legislaturperiode von CDU und FDP gesenkt.

(Hildebrandt [FDP]: Ab 1994 wollten Sie keine Schulden mehr machen, haben Sie versprochen!)

Wie groß diese Leistung ist, können Sie am Bundeshaushalt ablesen.

(Kuhlmann [CDU]: Nein, noch besser an Ihrem Haushalt!)

Swieter

Dort ist die Neuverschuldung förmlich auf fast 70 Milliarden DM explodiert. Wir in Niedersachsen haben die Neuverschuldung, wie versprochen, begrenzt, und unsere sozialen Reformen trotzdem verwirklicht, obwohl wir mit den schwersten Rahmenbedingungen seit 40 Jahren konfrontiert sind.

Sie erinnern sich, daß die Bundesregierung noch 1991 versprochen hatte, es werde keine Steuererhöhungen für die Einheit geben, und der finanzielle Beitrag der alten Länder sei mit ihrer Beteiligung am Fonds „Deutsche Einheit“ erledigt. Der Rest sei Sache des Bundes.

Wir alle hier wissen, daß die Bundesregierung diese Zusagen mehrfach gebrochen hat, und zwar immer zu Lasten der Länder und Gemeinden.

Der Umsatzsteuerkompromiß aus dem Einigungsvertrag wurde schon ein halbes Jahr später korrigiert. Der Fonds „Deutsche Einheit“ wurde um die Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung von 14 % auf 15 % aufgestockt, und mit dem „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ wurde eine weitere Aufstockung des Fonds für 1993 und 1994 beschlossen.

Die finanziellen Leistungen des Landes Niedersachsen für die Einheit verdoppeln sich allein in den Jahren 1991 bis 1994 von knapp 1,3 Milliarden DM auf rund 2,5 Milliarden DM. Insgesamt summiert sich Niedersachsens Beitrag für die neuen Länder bis 1997 auf über 20 Milliarden DM.

Dazu kommen noch rund 3,5 Milliarden DM, die uns aus dem Strukturhilfegesetz bis 1997 zugestanden hätten. Das sind 3,5 Milliarden DM, die übrigens nicht, wie versprochen, in die neuen Länder gingen; sie wurden weitgehend dazu benutzt, Löcher im Bundeshaushalt zu stopfen.

Dazu kommt auch noch die Verwaltungshilfe für unser Partnerland Sachsen-Anhalt. Es werden bis Ende 1994 250 Millionen DM sein. Wir leisten als Land nach wie vor die umfangreichste Justiz- und Verwaltungshilfe aller alten Bundesländer. Wir tun das – ich sage das in aller Deutlichkeit –, weil es selbstverständlich ist und weil es notwendig ist. Wir tun das auch gern. Aber deshalb nehmen wir uns auch das Recht, die Bundesregierung in dieser Frage zu kritisieren; denn der Bund versucht nach wie vor, seinen Haushalt auf Kosten der Länder und Kommunen zu entlasten.

Jüngstes Beispiel ist das sogenannte Sparpaket. Das ist doch schon eine absurde Situation. Der Kanzler der Einheit verabschiedet sich aus der Finanzierung der Einheit. Er wälzt die Kosten zunehmend auf Länder und Gemeinden ab. 1995 summieren sich die finanziellen Leistungen Niedersachsens für die

Einheit auf knapp 4,2 Milliarden DM mit steigender Tendenz für die folgenden Jahre.

(Hildebrandt [FDP]: Wer hat denn Ihre Rede geschrieben, Herr Swieter?)

Der höhere Anteil der Länder an der Umsatzsteuer ist dabei bereits gegengerechnet. 4,2 Milliarden DM sind mehr als 10 % des Landeshaushalts.

Ich sage es noch einmal: Wir wollen die Einheit. Wir wollen, daß es in den neuen Bundesländern endlich aufwärts geht, und darum tragen wir diese Lasten gerne.

Aber wir fänden es schon gut, wenn dieser große finanzielle Kraftakt von über 20 Milliarden DM auch einmal gewürdigt würde. Wer unsere Leistungen für die Einheit verschweigt, meine Damen und Herren der Opposition, der kann und wird unsere Haushalts- und Finanzpolitik nicht fair beurteilen.

(Beifall bei der SPD. – Hildebrandt [FDP]: Sie müssen die Einnahmen hinzurechnen!)

Niemand bestreitet, daß die große Nachfrage aus den neuen Ländern in den ersten eineinhalb bis zwei Jahren der Einheit gerade dem Handel und dem Handwerk in Niedersachsen zugute kamen.

(Hildebrandt [FDP]: Und den Steuereinnahmen!)

Und auch viele Kämmerer in den Kommunen

(Hildebrandt [FDP]: Auch beim Land!)

haben sich gefreut. Aber vor allem – jetzt hören Sie mal zu; Sie wollen es ja nicht begreifen, Herr Hildebrandt – meine Ministerkolleginnen und -kollegen im Bund und in den anderen alten Ländern haben sich gefreut; denn alle überproportionalen Steuereinnahmen, auch die einigungsbedingten – ich sage das nochmals zum Mitschreiben für alle, weil Sie es nicht begreifen wollen; das gilt besonders für Herrn Gansäuer –, gehen in den Länderfinanzausgleich. Daher sind nur 10 % davon in der Landeskasse geblieben. Nehmen Sie das bitte endlich einmal zur Kenntnis!

Mir ist es ein Rätsel, was Herr Gansäuer mit seiner penetrant wiederholten Behauptung bezwecken will, Niedersachsen habe sich an der Einheit eine goldene Nase verdient. Die Zahlen steigert er ja von Pressekonferenz zu Pressekonferenz. Inzwischen rechnet er das Land schon mit 15 Milliarden DM reich. Ich sage: Nichts davon ist wahr! Aber eines erreicht er mit seinen unwahren Behauptungen: Er schürt in den neuen Ländern den Sozialneid auf die Wessis. Das ist das, was Sie damit erreichen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Leistungen für die Einheit waren aber nicht die einzige Belastung für den niedersächsischen Haus-

halt, die 1990 noch nicht absehbar war. Der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im Mai seine Prognose aus dem vergangenen Jahr erneut deutlich nach unten korrigiert. Niedersachsen muß danach 1994 mit konjunkturbedingten Mindereinnahmen von rund 2 Milliarden DM rechnen. Gleichzeitig steigen als Folge der immer größer werdenden Arbeitslosenzahl die Sozialausgaben. Schließlich wirkt sich auch auf den Landeshaushalt aus, daß Niedersachsen zuletzt Jahr für Jahr um rund 100 000 Einwohner gewachsen ist. Ich meine, meine Damen und Herren, die Opposition muß mit mir einer Meinung sein, daß all dies keine hausgemachten Rahmenbedingungen sind.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es also, mit knapper werdendem Geld die Bedürfnisse von mehr Menschen zu erfüllen. Wir haben das geschafft, obwohl der Handlungsbedarf noch nie so groß war wie bei der Aufstellung des Haushaltsplans 1994. Wir haben es geschafft, weil die Ressorts diszipliniert, einsichtig und mit konkreten Vorschlägen mitgezogen haben. Vor allem haben wir es geschafft, weil diese Landesregierung ein mittelfristiges Konzept hat, ihre Reformen zu sichern und zugleich die Finanzen zu konsolidieren. Das ist der entscheidende Unterschied zur früheren Landesregierung und jetzigen Opposition. Wir verfallen nicht in Hektik und Aktionismus. Wir handeln, wenn gehandelt werden muß.

Wie Sie wissen, hatte ich für 1993 eine Einsparauflage von 1 % verfügt. 1994 mußten noch einmal 1,5 % der Ausgaben eingespart werden. Das sind immerhin 369 Millionen DM in diesem Jahr und 600 Millionen DM 1994, zusammen also knapp eine Milliarde DM. Trotzdem zeigte sich bei den Haushaltsverhandlungen noch ein Überhang von 2,5 Milliarden DM. Da habe ich dann im Juni dramatische Schlagzeilen gelesen. Motto: Swieters Milliardenloch. Meine Damen und Herren, ich gönne den Zeitungen ihre Schlagzeilen. Aber wirklich dramatisch war das für diese Landesregierung nicht. Wir haben das durch strikte Aufgaben- und Ausgabendisziplin hingekriegt. Wir haben dazu keine Strukturkommission gebraucht, wie die Opposition das wollte. Wir sind auch nicht in Hektik und Katastrophenstimmung verfallen, wie die heutige Opposition beim Haushalt 1988. Erinnern Sie sich?

Damals fehlten Ihnen 700 Millionen DM, weil es ein Minus bei den Steuereinnahmen und beim Länderfinanzausgleich gab und weil Sie auf Einnahmen aus dem Förderzins verzichtet haben. Wie haben Sie damals reagiert? Zum einen haben Sie die Neuverschuldung in diesem Zeitraum auf Rekordhöhe getrieben. Auch unter Ihren weiteren Entscheidungen muß das Land heute noch leiden. Sie haben ei-

nen Einstellungsstopp verfügt und beschlossen, Ausbildungskapazitäten auf die Dauer von zwei Jahren drastisch zu reduzieren. Um 220 Millionen DM zu sparen, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufs Spiel gesetzt. Das will ich Ihnen heute deutlich ins Stammbuch schreiben. Übrigens, gelandet sind Sie damals bei einer Finanzierungsquote von 9 %. Wir liegen in diesem Jahr bei 6,1 %, obwohl wir immer noch die Löcher bezahlen mußten und müssen, die Sie damals gerissen haben.

(Unruhe bei der CDU.)

– Hören Sie doch in aller Ruhe zu. Das tue ich doch auch bei Ihnen.

Zum ersten: Wir müssen im nächsten Jahr 3,4 Milliarden DM für Zinsen aufbringen. Das sind knapp 9 % des Haushaltsvolumens nur für Zinsen, und zwar vor allem für die 40 Milliarden DM Schulden, die uns die Regierung Albrecht hinterlassen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist die Hauptursache für Niedersachsens Finanzprobleme.

Zum zweiten: Die Opposition kritisiert – das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen, meine Damen und Herren –, daß es in den Schulen, den Hochschulen und bei der Polizei und Justiz zu wenig Personal gibt. Ich sage: Da hat sie recht. Nur, schuld daran ist sie selbst. Die heutige Opposition hat in ihrer Zeit als Landesregierung die Planstellen rücksichtslos zusammengestrichen, so daß die damals gerissenen Lücken bis heute spürbar sind,

(Beifall bei der SPD.)

obwohl diese Landesregierung vor allem in diesen Bereichen inzwischen über 7 000 Stellen geschaffen hat.

(Zuruf von der CDU: Wo denn?)

Meine Damen und Herren, wenn das Geld knapp ist, gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist, man verabschiedet sich aus der Finanzpolitik und streicht phantasielos weg, wenn das Geld nicht reicht. Die Folge: Das Land wird um seine Zukunftschancen gebracht. Die andere Möglichkeit: Man macht eine vernünftige Politik, die die Effektivität erhöht, Kosten reduziert und die Zukunftschancen nutzt. Genau das ist die Politik dieser Landesregierung!

Ich will das am Beispiel der Personalkosten konkret machen. Vor gut zwei Monaten hat die FDP publikumswirksam die Streichung von 10 000 Stellen im Landesdienst verlangt. Viele Kommentatoren haben diese Forderung mit Beifall bedacht.

(Hildebrandt [FDP]: Herr Roske auch!)

Swieter

Leider haben die Kommentatoren nicht nachgefragt, wo die FDP diese 10 000 Stellen streichen will. Das hat sie ja auch bis heute nicht erläutert. Also habe ich selbst versucht, dies herauszufinden. Ich wäre ein schlechter Finanzminister, wenn ich nicht prüfen würde, wo und wie Ausgaben von etwa 700 Millionen DM im Jahr zu sparen wären.

Vizepräsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Swieter, Finanzminister:

Nein. – Ich fange mal dort an, wo die Schwerpunkte der Personalkosten liegen, also bei den Lehrkräften an Schulen und Hochschulen, bei der Polizei, bei der Steuerverwaltung, bei der Justiz und bei den Landeskrankenhäusern. Auf diese Kernbereiche entfallen etwa zwei Drittel aller 180 000 Planstellen. Diese kann aber die FDP, Herr Hildebrandt, nicht gemeint haben. Schließlich verlangt sie ja in anderen Presseerklärungen in genau diesen Bereichen noch mehr Stellen, als wir finanziell für verantwortbar halten. Bleiben also rund 60 000 Stellen in anderen Bereichen, von denen die FDP 10 000 streichen müßte. Das heißt bei den Arbeitsgerichten, bei der Straßenbauverwaltung, bei Theatern und Museen, bei den Katasterämtern, bei der Gesundheitsverwaltung,

(Hildebrandt [FDP]: Bei den Bezirksregierungen!)

bei der Denkmalpflege, bei den Forstämtern und bei der Bodenforschung.

(Hildebrandt [FDP]: In Landesämtern!)

Herr Hildebrandt, wenn ich mal so analysiere, stelle ich fest: Das ist nichts als heiße Luft! Das Papier für diesen Vorschlag hätten Sie sich sparen können.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Gansäuer, die CDU geht da ja ein bißchen schlauer vor, aber auch nur ein bißchen.

(Gansäuer [CDU]: Naja, das ist doch schon etwas!)

Sie hat sich extra ein teures Gutachten anfertigen lassen, und darin steht, Niedersachsen gebe für das Personal im Bereich der politischen Führung und zentralen Verwaltung pro Jahr 290 Millionen DM mehr aus, als es dem Durchschnitt der anderen Flächenländer entspricht. Und mindestens diese 290 Millionen DM könne man ja wohl einsparen, sagt das Gutachten und sagt die CDU.

Nur: Beide haben übersehen, daß Niedersachsen auf Wunsch des Landesrechnungshofs die Kranken-

versorgung für alle Beamten im Haushalt dem Bereich politische Führung zentral zugeordnet hat, und zwar als einziges Bundesland. Diese Beihilfen machen 370 Millionen DM im Jahr aus. Läßt man die außen vor und vergleicht also die reinen Personalkosten für die politische Führung, dann liegt Niedersachsen in Wahrheit unter dem Durchschnitt der Flächenländer.

Ich sage Ihnen: Es wäre gut, die Opposition würde aus solchen Peinlichkeiten endlich einmal lernen;

(Beifall bei der SPD)

denn die Diskussion muß sachgerecht und seriös geführt werden. Deswegen ist dieses Gutachten das Geld nicht wert.

Ohne Frage zwingt selbstverständlich eine Personalkostenquote von 40 % zu Konsolidierungsmaßnahmen auch im Personalbereich. Aber ich halte es für verantwortungslos, Personalpolitik nach der Rasenmäher-Methode zu machen. Mit einem Einstellungsstopp, wie ihn die heutige Opposition in ihrer Regierungszeit verfügt hat, läßt man doch nur die eigenen Fehler auf die Schultern der Beschäftigten ab: Sollen die in ihren Behörden doch sehen, wie sie mit weniger Leuten klarkommen.

Meine Damen und Herren, erreichen wird man mit solchen Maßnahmen vor allem eines: Die Motivation der Beschäftigten sinkt, und die Landesverwaltung gerät zu Unrecht noch mehr in Verruf. Wir wollen das Gegenteil. Wir wollen die Effektivität der Landesverwaltung erhöhen, indem wir die Motivation der Beschäftigten steigern. Wir wollen mehr Eigeninitiative, mehr Leistungsdenken, einfach mehr Spaß an der Arbeit. Aber das erreichen wir nicht, meine Damen und Herren von der FDP und von der CDU, mit populistischen Forderungen und unüberlegten Schnellschüssen. Das braucht ein Programm über viele Jahre, das wir planvoll und gemeinsam mit den Beschäftigten verwirklichen wollen und nicht auf ihrem Rücken. Denn nur mit motivierten und zufriedenen Beschäftigten werden wir am Ende einen modernen öffentlichen Dienst haben, der mehr leistet und mit weniger Personal auskommt.

Mit dieser Reform hat die Landesregierung übrigens längst angefangen, lange bevor die Opposition mit ihren Streichplänen ankam und auch mit ihren Forderungen nach Personalabbau in den Ministerien. Sie kommen damit ein bißchen spät, denn das Kabinett hat längst beschlossen, übrigens lange bevor Sie ihr sogenanntes Gutachten in Auftrag gaben. Allein in den Ministerien wird das Personal bis Ende 1994 um 148 Stellen reduziert.

Meine Damen und Herren, Finanzpolitik, die Zukunft gestalten will, braucht ein Konzept, und sie

braucht einen langen Atem. Wir haben beides. Wer planlos zusammenstreicht, statt überlegt zu sparen, der blockiert die Zukunft. Wohin das führt, sehen wir heute in Bonn. Zum einen treibt die Bundesregierung die Neuverschuldung auf Rekordhöhe. Das muß man sich doch einmal auf der Zunge zergehen lassen, Herr Gansäuser – dort hinten steht er –, wenn uns CDU und FDP in Niedersachsen eine verantwortungslose Schuldenpolitik vorwerfen. Wenn eine Kreditfinanzierungsquote von 6,1 % hier bei uns verantwortungslos ist, wie nennen Sie dann die Finanzpolitik Ihrer Parteifreunde in Bonn? Die haben im Bundeshaushalt 1994 eine Kreditfinanzierungsquote von rund 14 % zu verantworten, zweieinhalbfach soviel. Sagen Sie ihnen, das sei verantwortungslos; dies wäre verantwortungsbewußt.

(Sehr [CDU]: Das ist überhaupt nicht vergleichbar, Herr Swieter! Da sind fünf neue Bundesländer dazugekommen!)

– Dafür leisten wir 20 Milliarden DM; Sie haben es noch nicht begriffen.

Auch wir müssen – wie der Bund – mit dem Haushalt 1994 in vorhandene Strukturen eingreifen. Aber anders als der Bund beachten wir dabei zwei Grundsätze: Wir gestalten die Strukturen neu, und zwar kostensparend und zukunftsfähig, und wir verteilen die Lasten gerecht. Sparmaßnahmen, die den sozialen Konsens gefährden oder gar unsere Gesellschaft spalten, wird es mit dieser Landesregierung nicht geben.

(Beifall bei der SPD.)

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 1994 ist für das Land Niedersachsen eine politisch vernünftige Alternative zur Bonner Politik der Schuldenausweitung und des Sozialabbaus. Der Haushaltsentwurf 1994 sieht Einnahmen und Ausgaben von 38,7 Milliarden DM vor. Das ist eine maßvolle Steigerung von 2,2 %. Damit bleiben wir nicht nur unter der Inflationsrate, sondern auch deutlich unter den 3 %, die der Finanzplanungsrat als durchschnittliche Steigerung empfiehlt und die im übrigen auch der Bundesfinanzminister ständig einfordert. Er allerdings hat ein Plus von 4,5 % zu verantworten.

(Ontijd [CDU]: Er hat mehr zu verantworten!)

– Er hat mehr zu verantworten; da gebe ich dem Zwischenrufer recht. Er hat zu verantworten, daß er diese Bundesrepublik in das finanzielle Chaos führt.

(Beifall bei der SPD.)

Das hat er zu verantworten. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Ontijd.

Die Nettokreditaufnahme bleibt unverändert bei 2,35 Milliarden DM. Das Versprechen, die Neuverschuldung in dieser Legislaturperiode unter 10 Milliarden DM zu halten, ist damit erfüllt.

Die Kreditfinanzierungsquote sinkt weiter ab, und zwar von 6,3 auf 6,1 %. Im Durchschnitt der gesamten Legislaturperiode liegt sie bei 6,35 % und damit niedriger als in jeder der vier Regierungsperioden von CDU und FDP. In der letzten waren es im Schnitt bei Ihnen 8,5 %. Ich meine, wir leisten damit einen wichtigen und unter den gegebenen Rahmenbedingungen beispielhaften Beitrag zur Konsolidierung der Finanzen.

Meine Damen und Herren, an diesen Daten ist abzulesen, daß diese Landesregierung einen verantwortungsbewußten Kurs steuert. Sie bleibt mit der Kreditaufnahme auch unter den eigenfinanzierten Investitionen, obwohl der Ausnahmefall längst eingetreten ist, in dem die Verfassung uns ein Überschreiten dieser Grenze erlaubt. Die Bundesregierung tut das längst nicht mehr. Sie weitet die verfassungsmäßige Kreditaufnahmegrenze aus mit der Begründung, daß das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nachhaltig gestört sei.

Wir gehen bewußt – ich sage: bewußt – den anderen Weg. Bei einer höheren Schuldenaufnahme würde der Anteil der Schuldzinsen am Haushalt Dimensionen erreichen, die künftigen Regierungen jeglichen finanziellen Spielraum nehmen würden. Die Landesregierung hat sich deshalb bewußt für den Kurs der Konsolidierung entschieden, und wir werden diesen Kurs auch in den nächsten Jahren mit noch besseren Mehrheiten konsequent fortsetzen.

Meine Damen und Herren, wer in einer Zeit wie der heutigen Finanzpolitik macht, der muß sehr viel mehr tun, als nur Geld zu verwalten. Auch Finanzpolitik muß heute die wachsende Verdrossenheit über Politik und Politiker im Auge haben. Wer die Gesellschaft nicht spalten will, der muß alles unterlassen, was die soziale Gerechtigkeit und die Solidarität gefährdet oder gar zerstört. Ich sage Ihnen: Die Solidarität steht auf der Kippe. Die Zahl der Ellenbogenhelden nimmt zu. Aber noch schneller und stärker steigt die Zahl der Menschen, die aus dieser Gesellschaft ausgegrenzt werden. Die Wirklichkeit im September 1993 sieht doch so aus:

Immer mehr Menschen werden Opfer der Arbeitslosigkeit. Alles in allem sind es fast 6 Millionen Menschen, die von der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. In einem der reichsten Länder der Erde müssen rund 8 Millionen Menschen von Einkünften leben, die an oder unter der Armutsgrenze liegen. Immer mehr ältere Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, fühlen sich als Almosenempfänger.

Swieter

Immer mehr Menschen sind vergeblich auf der Suche nach Wohnraum, den sie auch bezahlen können, und immer mehr Menschen haben Angst vor der Zukunft, und das nicht erst seit den Rentenvorschlägen des Bundeswirtschaftsministers.

Die derzeitige Bonner Politik verstärkt diese Angst, weil sie den Trend zur Zwei-Drittel-Gesellschaft fördert. Eine Politik, die auf der einen Seite Sozialleistungen kürzt und auf der anderen Seite zuläßt, daß zum Beispiel Wohlhabende ihre Kapitalerträge in Luxemburg vor der Steuer in Sicherheit bringen können, ist weder sozial noch christlich noch liberal. Sie ist das Gegenteil davon. Ich möchte fast sagen, sie ist schäbig.

(Beifall bei der SPD.)

Das gilt auch für das sogenannte Sparpaket, das das Bundeskabinett gerade beschlossen hat. Es geht – übrigens gegen alle Absprachen, die im Zusammenhang mit dem Solidarpakt mit der SPD getroffen wurden – erneut zum großen Teil zu Lasten der Menschen, die arbeitslos sind oder Sozialhilfe bekommen, und es geht erneut zu Lasten der Länder und der Kommunen. Der Mechanismus ist einfach: Wer aus der Arbeitsverwaltung herausgeregelt wird, der fällt dem Bund finanziell nicht mehr zur Last. Für die Sozialhilfe sind Länder und Kommunen zuständig. Dort fehlt dann das Geld für andere wichtige Aufgaben.

Ich darf Ihnen aus meinem Landkreis ein Beispiel nennen: Aufgrund der Mitteilung der Arbeitsverwaltung aus der vergangenen Woche müssen wir damit rechnen, daß bei uns dann, wenn die Sparbeschlüsse Wirklichkeit werden, 1 000 bis 1 200 Menschen aus der Arbeitslosenhilfe herausfallen und dann auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dadurch entstehen auf einen Schlag zusätzliche Sozialhilfekosten von rund 10 Millionen DM bis 12 Millionen DM.

(Zustimmung bei der SPD.)

Hochgerechnet auf Niedersachsen sind das mindestens 450 Millionen DM bis 500 Millionen DM. Hier, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU, muß doch Ihr Ansatz sein, dies zu verhindern. Den Bundeshaushalt zu Lasten der Gemeinden und Kreise zu konsolidieren ist eine Unverschämtheit, die in dieser Form nicht hingenommen werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Die neuen Konflikte, die daraus entstehen, hat diese Landesregierung nicht zu verantworten. Sie wird sie aber – das ist das Schlimme – letztlich auszubaden haben. Deshalb ist dieser Haushalt auch ein Versuch, Bonner Fehlentscheidungen in Niedersachsen für die betroffenen Menschen abzumildern.

Vor allem aber gibt er konkrete Antworten auf die Frage, wie die Landesregierung die aktuellen Probleme lösen und die Zukunft Niedersachsens gestalten will.

Ich will Ihnen das an einigen Komplexen erläutern.

Der erste Komplex sind die Arbeitsplätze. Der Abbau der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der vorhandenen Arbeitsplätze bleiben die wichtigste Aufgabe dieser Landesregierung, auch in den nächsten Jahren. Wir können bislang erhebliche Erfolge vorweisen: Mit dem Ökologiefonds hat die Landesregierung in den letzten drei Jahren zukunftsichernde Investitionen in Milliardenhöhe angestoßen. Mit dem Existenzgründerinnenprogramm hat die Landesregierung in drei Jahren 600 neue Unternehmen von Frauen gefördert. Mit 18 verschiedenen Programmen für Arbeitslose hat die Landesregierung Jahr für Jahr 10 000 Menschen zu einem Arbeitsplatz oder einer besseren Qualifikation verholfen. In den sozialen Betrieben, die die Landesregierung aufgebaut hat, haben mehr als 1 000 Langzeitarbeitslose einen Dauerarbeitsplatz gefunden, darunter mehr als 300 Schwerstbehinderte.

Meine Damen und Herren, unter dem Strich sind vom Amtsantritt dieser Landesregierung an bis Anfang 1993 in Niedersachsen – man höre und staune – 230 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Rund 100 Unternehmen haben sich in diesem Zeitraum für einen neuen Betrieb in Niedersachsen entschieden, davon mehr als 20 Betriebe mit 100 bis 500 Arbeitsplätzen. Niedersachsens Wirtschaftswachstum von 1991 bis heute war das größte unter allen Flächenländern der alten Bundesrepublik.

Diesen erfolgreichen Kurs setzt der Haushalt 1994 fort, weil wir wissen, daß es sinnvoller und auch billiger ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, und weil wir meinen, daß jeder Mensch das Recht hat, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen.

Zweiter Komplex: der soziale Wohnungsbau. Wir haben für 1994 ein Wohnungsbauprogramm mit einem Gesamtvolumen von 852 Millionen DM aufgelegt. Davon werden 56 Millionen DM als Barmittel schon 1994 benötigt. 796 Millionen DM werden durch Verpflichtungsermächtigungen abgesichert. Die Zahl der seit 1990 geförderten Wohnungen erhöht sich damit auf fast 62 000. Das heißt, unsere Zusage von 60 000 Wohnungen haben wir noch übertroffen.

(Beifall bei der SPD. – Jahn [CDU]: Bei dieser Rede würde mir auch der Angstschweiß auf der Stirn stehen!)

– Herr Jahn, machen Sie sich keine Sorgen darüber, ob ich Angst habe; vor Ihnen schon gar nicht. – Ich weiß, daß damit der Wohnungsmangel in Niedersachsen noch nicht beseitigt ist. Wir hätten aber weit mehr Wohnungen fördern können, wenn sich der Bund nicht immer weiter aus der Mitfinanzierung zurückgezogen hätte.

(So ist es! bei der SPD.)

Noch 1988 hat der Bund die Wohnungsbauförderung zu 50 % mitfinanziert. 1994 steuert er zu unserem Wohnungsbauprogramm noch ganze 290 Millionen DM bei, also nur noch etwa ein Drittel. Jetzt will Bonn die Mittel für den sozialen Wohnungsbau noch einmal drastisch zusammenstreichen. Ich kann den Zorn vieler Menschen verstehen. 3 Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland, und die Bundesregierung sagt: Sollen die Länder und Kommunen doch sehen, wie sie neue Wohnungen bauen. Ich kann den Zorn dieser Menschen verstehen und habe kein Verständnis dafür, daß die Länder und Kommunen hier allein gelassen werden.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir tun etwas für den Wohnungsbau, und zwar erfolgreich. In diesem Jahr werden in Niedersachsen voraussichtlich 55 000 neue Wohnungen fertiggestellt – bei einem geschätzten Fehlbedarf von 250 000. Seit 1990 hat diese Landesregierung pro Kopf der Bevölkerung mehr Wohnungen gefördert – hören Sie genau zu! – als jedes andere Bundesland.

(Beifall bei der SPD.)

Allein 1991 hat die Landesregierung für den Wohnungsbau mehr Geld aufgebracht – nur 1991! – als CDU und FDP in der ganzen letzten Legislaturperiode zusammen.

(Hildebrandt [FDP]: Und wie ist es mit 1994?)

– Das können Sie alles nachlesen. – Das ist ein großer finanzieller Kraftakt, den wir unternommen haben. Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, haben in den 80er Jahren den Wohnungsbau für überholt erklärt und die Förderung fast auf Null heruntergefahren. Heute, höre ich, wollen Sie den Wohnungsbau in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen. Ich sage Ihnen: Das wird eine interessante Debatte; CDU und FDP machen ihr eigenes Versagen zum Wahlkampfthema. Das ist interessant. Darauf freue ich mich.

(Beifall bei der SPD.)

Das gleiche Phänomen haben wir auch beim dritten Komplex, bei der inneren Sicherheit. Nicht

zum erstenmal nutzt die Union die Ängste aus, die sie selbst erzeugt hat.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel daran, daß die Kriminalität zugenommen hat. Man braucht auch nicht zu verschweigen, daß sie bei uns zugenommen hat.

(Gansäuer [CDU]: Daran ist die CDU schuld!)

– Das habe ich nicht gesagt.

(Gansäuer [CDU]: Das muß doch jetzt kommen!)

Die Gründe hat das Innenministerium in der letzten Woche erläutert. Das muß ich hier nicht wiederholen. Sie haben viel mit unserer geographischen Lage zu tun, aber nichts, aber auch gar nichts mit der Arbeit unserer Polizei. Im Gegenteil, die Aufklärungsquote lag in Niedersachsen im letzten Jahr bei 47,8 %. Das sind mehr als fünf Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Das ist eine Verbesserung gegenüber 1991, während sich im Bundesdurchschnitt die Quote verschlechtert hat. Seit 1990 ist die niedersächsische Polizei bei der Aufklärungsquote aus dem Mittelfeld unter die vier besten Bundesländer vorgerückt. Ich glaube, das ist auch ein Stück Erfolg dieses exzellenten Innenministers Glogowski.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird diesen erfreulichen Trend verstärken. Zum ersten haben wir sichergestellt, daß wir weitere Kräfte bei der Polizei einstellen können. Die letzte mittelfristige Finanzplanung der alten Landesregierung sah übrigens bis 1993, also bis zu diesem Jahr, die Streichung 575 Stellen bei der Polizei vor.

Wir haben statt dessen 440 neue Stellen geschaffen. Weitere 100 kommen im Haushaltsplan 1994 hinzu. Wir werden damit u. a. Spezialdienststellen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einrichten.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, weiterhin werden wir das 1991 beschlossene und begonnene Hebungsprogramm konsequent fortsetzen. Für das nächste Jahr sind außerdem 1 000 Stellenumwandlungen vom mittleren in den gehobenen Dienst vorgesehen. Zudem werden wir 1994 bis zu 100 und 1995/96 bis zu 50 Verwaltungskräfte einstellen, um die Polizeibeamten und -beamtinnen von allgemeinen Verwaltungsaufgaben zu entlasten.

Übrigens, Herr Gansäuer, die Pressemitteilung von gestern, wonach Sie sich darüber aufgeregt haben,

Swieter

daß wir so viele Beförderungen aussprechen, hat mich etwas irritiert. Das sind Beförderungen im unteren, mittleren und gehobenen Dienst, und die Damen und Herren der Polizei und der Steuerverwaltung können sich freuen, daß sich die Landesregierung endlich um diese Dinge kümmert, die Sie jahrelang versäumt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Obendrein haben wir trotz aller Sparmaßnahmen ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Kriminalität beschlossen. Es umfaßt für die nächsten Jahre ein Investitionsvolumen von durchschnittlich 50 Millionen DM.

(Jahn [CDU]: Was war das?)

– 50 Millionen DM pro Jahr, also 150 Millionen DM Gesamtvolumen.

(Zuruf von Jahn [CDU]. – Weitere Zurufe und Unruhe bei der CDU.)

– Herr Jahn, ich kann Ihre Aufregung verstehen. Es ärgert Sie grün und blau, daß diese rot-grüne Regierung mit dem Innenminister Glogowski eine exzellente Sicherheitspolitik macht. Das ist Ihr Ärger!

(Beifall bei der SPD.)

Hätten Sie sich nur so aufgeregt, als Herr Hasselmann Innenminister war; dann brauchten Sie das alles heute nicht zu erleben!

(Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum vierten Komplex, dem Bildungsbereich. Diese Landesregierung steht für Chancengleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Und sie steht für bestmögliche Ausbildungsbedingungen als Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Im Kindergartenbereich hat die Landesregierung mehr neue Plätze gefördert als jedes andere Bundesland. Die für den Bau neuer Kindergärten bewilligten Mittel haben wir gegenüber der letzten Legislaturperiode um das Zwanzigfache – ich wiederhole: um das Zwanzigfache – gesteigert. Das klingt unglaublich, aber es ist so. Nicht einmal 10 Millionen DM hatte die alte Landesregierung in den vier Jahren von 1987 bis 1990 für neue Kindergärten übrig. Bei uns sind es in den Jahren 1991 bis 1994 mehr als 200 Millionen DM. Damit fördern wir, wie versprochen, 34 000 neue Plätze. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der SPD.)

Eine völlig neue Politik wie bei den Kindergärten hat die Landesregierung auch an den Schulen verwirklicht.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

Während CDU und FDP in ihren letzten vier Jahren unter weit, weit günstigeren Voraussetzungen

(Hildebrandt [FDP]: Was?)

2 000 Stellen für Lehrkräfte gestrichen haben, haben wir bereits jetzt 2 225 zusätzliche Stellen geschaffen. Ab 1994 werden jedes Jahr 275 weitere dazukommen. Auch hier haben wir unsere Zusage weit übertroffen: Wir hatten 1990 vor der Wahl versprochen, 4 000 neue Lehrkräfte, 1 000 pro Jahr, einzustellen. Wir sind heute schon bei 5 811 angelangt.

(Beifall bei der SPD.)

Da soll mir noch einer sagen, wir hätten unser Wort nicht gehalten!

Die über diese Quote hinaus eingeplanten 275 weiteren Lehrkräfte pro Jahr werden unseren Haushalt ab 1997 mit 80 Millionen DM belasten. 80 Millionen DM sind schon eine Menge. Es ist auch kein Geheimnis, daß wir fast zehnmal so viele Lehrerinnen und Lehrer einstellen müßten, um eine optimale Unterrichtsversorgung bei den rasant steigenden Schülerzahlen zu sichern.

(Zurufe von der CDU.)

Wir alle hier sind sicherlich einer Meinung – ich glaube, darin können Sie mir zustimmen –, daß das den Landshaushalt hoffnungslos überfordern würde. Wir haben deshalb beschlossen, den meisten Lehrkräften an den Schulen und Hochschulen für ein paar Jahre eine Unterrichtsstunde pro Woche mehr zuzumuten. Ich sage hier ganz offen: Wir haben diesen Beschluß schweren Herzens gefaßt, weil wir wissen, daß viele Lehrkräfte natürlich ohnehin mehr arbeiten als 38,5 Stunden pro Woche. Aber wir können auf der anderen Seite die Lehrkräfte – ich darf es so formulieren – als eine relativ gut situierte Gruppe auch nicht von der Verteilung der Lasten ausnehmen; denn das ginge wieder auf Kosten anderer, also schwächerer Gruppen.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Hochschulen hat der Ausbau der Fachhochschulen weiterhin Priorität. Hier sind für Stellen, Sachmittel und Baukosten allein 1994 zusätzlich 79 Millionen DM vorgesehen.

Eine weitere Verbesserung der Finanzsituation der Hochschulen versprechen wir uns von einem zehnjährigen Modellversuch, den wir 1995 an drei Hochschulen starten werden: Die Universität Oldenburg, die Technische Universität Clausthal und die Fachhochschule Osnabrück sollen ihre Haushalte eigenverantwortlich selber steuern.

(Küpker [FDP]: Hoffentlich wollen die das auch!)

Diese Hochschulen werden dann als Betriebe gemäß § 26 der Landshaushaltsordnung nach den

Regeln des kaufmännischen Rechnungswesens geführt. Im Landeshaushalt werden nur noch die Zuführungen und der Stellenplan veranschlagt. Die Einnahmen und Ausgaben werden in einem Wirtschaftsplan dargestellt.

Dieser Modellversuch erfordert – quasi als Anschubfinanzierung – zunächst erhöhte Sachmittel und Investitionen sowie einige Stellen. Auf lange Sicht aber rechnen wir damit – und ich bin fest davon überzeugt –, daß die finanzielle Autonomie zu einem weit effektiveren Einsatz der Mittel führt. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie diese Landesregierung sinnvolle Konzepte für die Zukunft gestaltet.

Meine Damen und Herren, mein fünfter Komplex ist das Verhältnis Land/Kommunen.

(Zuruf von der CDU: Das ist traurig!)

1994 z.B. fließen innerhalb und außerhalb des Steuerverbunds mehr als 10 Milliarden DM aus dem Landeshaushalt in die Gemeindekassen. Das ist mehr als ein Viertel der Landesausgaben, und es ist übrigens ein Plus von mehr als 250 Millionen DM gegenüber 1993.

(Hildebrandt [FDP]: Das hat mit den Steuereinnahmen zu tun!)

Das zeigt, wie kommunalfreundlich diese Landesregierung ist, und es zeigt, in welchem Maße Landespolitik in den Kommunen umgesetzt wird.

(Frau Schliepack [CDU]: Warum ist Herr Schneider dann zurückgetreten?)

Nun will ich in diesem Zusammenhang nicht verschweigen – das gehört zur Offenheit und Ehrlichkeit, und dafür bin ich ja bekannt, daß ich offen und ehrlich bin und nicht lüge, Herr Gansäuer – – –

(Beifall bei der SPD.)

Ich warte im übrigen noch auf die Entschuldigung von Herrn Gansäuer. Heute vormittag war er nicht da, aber vielleicht entschuldigt er sich heute nachmittag noch. Nachdem mir der Landesrechnungshof letzte Woche absolute Korrektheit bestätigt hat, könnte er in seiner Rede nachher ja sagen: Tut mir leid. – Ich warte einmal, ob er noch fair ist.

Meine Damen und Herren, natürlich will ich – das gehört auch zur Ehrlichkeit – in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, daß mir manche Vorgaben und Regelungen für die Umsetzung landespolitischer Ziele zu sehr ins Detail gehen. Ich denke, hier müssen die Kommunen etwas mehr Spielraum für eigene Entscheidungen haben. Darüber werden wir reden. Das ist doch überhaupt keine Frage. Das hat der Ministerpräsident erklärt. Das hat der Innenminister erklärt.

(Zuruf von Hildebrandt [FDP].)

Das ist überhaupt keine Frage, Herr Hildebrandt.

Mindestens ebenso wichtig ist für die Kommunen die Frage, wie sie an den finanziellen Leistungen des Landes für die deutsche Einheit beteiligt werden. Inzwischen sind auf Bundesebene Entscheidungen getroffen worden, die unser Solidarbeitragsgesetz nicht erfaßt. Im übrigen wissen Sie, daß das Gesetz bis 1994 befristet ist und daß damit neue Regelungen für die Zukunft notwendig sind.

Die neuen Tatbestände, meine Damen und Herren, hängen mit dem Solidarpaket zusammen, zum einen mit der Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“. Ich sage noch einmal ganz deutlich: Für 1993 und 1994 wurden Barleistungen der alten Bundesländer beschlossen, während es bislang um die Übernahme von Zinsen und Tilgung ging. Zum zweiten machen die Auswirkungen des Solidarpakts ab 1995 völlig neue Regelungen erforderlich.

Für beide neuen Tatbestände hat die Landesregierung im Haushaltsplanentwurf 1994 und auch in der mittelfristigen Finanzplanung Wege für eine kommunale Beteiligung aufgezeigt. Die Landesregierung bietet den Kommunen an, diese Beträge durch Barleistung oder auch durch die Übernahme des Schuldendienstes aufzubringen.

In diesem Zusammenhang muß ich noch ein paar Sätze an Sie richten, Herr Gansäuer. Der Abteilungsleiter Haushalt des Finanzministeriums, Herr Dr. Böckmann, hat gegenüber der CDU-Fraktion in mehreren Gesprächen bis ins Detail erklärt, wie das mit dem Schuldendienst und den Barleistungen für den Fonds „Deutsche Einheit“ läuft. Außerdem steht es in der Mipla auf Seite 18. Aber auch diese Tatsachen – ich muß das so deutlich sagen, Herr Gansäuer – haben Sie nicht begriffen.

Meine Damen und Herren, der Fonds „Deutsche Einheit“ konnte und kann nur über Kredite finanziert werden, weil die Mittel des Fonds für Investitionen in den neuen Ländern genutzt werden.

(Gansäuer [CDU]: Nein, das ist falsch!)

Das entspricht dem Haushaltsrecht. Deswegen kann der Bund übrigens die Leistungen für den Fonds über Schuldendiensthilfe finanzieren.

(Gansäuer [CDU]: Das ist falsch!)

Deshalb, Herr Gansäuer, sind auch die 600 Millionen DM für Niedersachsen, die als Barmittel für die weitere Aufstockung des Fonds beschlossen worden sind, Investitionen.

(Hildebrandt [FDP]: Aber doch nicht für Niedersachsen!)

Diese vertusche ich nicht, sondern ich weise sie in voller Höhe aus, also auch mit dem kommunalen Anteil von 37 %.

(Gansäuer [CDU]: Das ist falsch, was Sie sagen!)

Swieter

– Sie begreifen es nie. – Ich setze also nicht nur den Landesanteil ein.

Wenn Sie eines bitte begreifen mögen: Ich halte mich buchstabengetreu an das Bruttoprinzip des Haushaltsrechts. Wenn Sie, wie Sie in der Presse argumentieren, Umsatzsteuer mit Darlehen vermischen, muß ich Ihnen wiederum sagen: Das eine ist die Darstellung im Haushalt, daß wir 600 Millionen DM zusätzlich in 1993/1994 bezahlen müssen, bar in den Fonds einzahlen müssen.

(Gansäuer [CDU]: Sie zahlen doch gar nichts, das wird im Bund verrechnet! Das wissen Sie doch genau!)

– Entschuldigen Sie bitte – das verlängert die Redezeit –, aber ich will versuchen, Herrn Gansäuer drei Sätze Nachhilfeunterricht zu geben. Vielleicht versteht er es dann.

Herr Gansäuer, Sie wissen doch, wo und wie die Umsatzsteuereinnahmen zusammenfließen.

(Gansäuer [CDU]: Das weiß ich sehr genau, besser als Sie!)

Nun gibt es zwei Möglichkeiten – vielleicht begreifen Sie es ja –: Wir kassieren in voller Höhe und überweisen 600 Millionen DM in den Fonds. Rein haushaltstechnisch gibt es aber auch die Möglichkeit, diese Dinge zu verrechnen, so daß nur noch eine Nettoüberweisung erfolgt. Haben Sie das begriffen? – Sie haben es immer noch nicht begriffen.

(Gansäuer [CDU]: Ihr Beispiel hat deutlich gemacht, daß es keine Investitionen sind!)

– Herr Gansäuer, vielleicht gucken Sie einmal in die Begleittexte des Bundeshaushalts, vielleicht gucken Sie einmal in die Beschlüsse, die gefaßt wurden, als der Fonds „Deutsche Einheit“ aufgelegt worden ist, und vielleicht gucken Sie einmal in die Erklärungen zur Verstetigung des Fonds „Deutsche Einheit“. Dieser Fonds „Deutsche Einheit“ – von Ihrem Kanzler gewollt, von den Ländern mitgetragen – ist doch nur deshalb geschaffen worden, um Investitionen in den neuen Bundesländern zu tätigen. Dafür zahlen wir 600 Millionen DM, und das tun wir gerne.

Ich wiederhole, meine Damen und Herren: Diese 600 Millionen DM Kreditaufnahme sind zweckgebunden für den Fonds, werden überwiesen zur Verstetigung des Fonds und können und dürfen keine Löcher dieses Landshaushalts stopfen. Sie behaupten das falsch, und wenn Sie das weiter behaupten, sagen Sie schlicht und ergreifend die Unwahrheit. Ich verhalte mich korrekt entsprechend dem Haushaltsrecht.

(Möllring [CDU]: Nein!)

Herr Gansäuer wirft mir den größten jemals unternommenen Versuch vor, die Öffentlichkeit zu betrogen.

(Gansäuer [CDU]: Das ist so! – Möllring [CDU]: Das stimmt doch auch, Herr Swieter!)

Herr Gansäuer, es ist wie beim Länderfinanzausgleich jetzt auch beim Fonds „Deutsche Einheit“: Sie haben immer noch nicht den Unterschied zwischen finanztechnischen Verrechnungen und Haushaltsrecht begriffen. Ich bin gerne bereit, mit Herrn Dr. Böckmann und anderen Ihnen eine Privatstunde zu geben – ich würde dafür sogar einen Sonntagvormittag opfern –, damit Sie es endlich begreifen.

Sie sagen also, ich würde den größten jemals unternommenen Versuch starten, die Öffentlichkeit zu betrügen. Die Wahrheit ist: Das ist der größte Unfug, den Herr Gansäuer jemals erzählt hat. Nicht ich täusche die Öffentlichkeit, sondern Herr Gansäuer versucht – um in seinem Sprachgebrauch zu bleiben – sie zu betrügen, offenbar um vom Bonner Finanzdesaster abzulenken; anders kann ich mir das nicht vorstellen.

Meine Damen und Herren, für die Beteiligung an den Leistungen des Landes ab 1995 habe ich den Kommunen eine Festbetragsregelung vorgeschlagen, statt jedes Jahr neu zu rechnen. Hinzu kommen zwei variable Größen: die Bundesergänzungszuweisungen und die Schuldendienstentlastung beim Fonds „Deutsche Einheit“.

Nun habe ich heute morgen gelesen, daß der Oppositionsführer nicht ausschließt – – –

(Hildebrandt [FDP]: Es gibt keinen Oppositionsführer! – Gansäuer [CDU]: Es gibt erstens keinen Führer und zweitens keinen Oppositionsführer!)

– Ich hatte irgendwo gelesen, Sie hätten schon eine Koalitionsvereinbarung, im nächsten Jahr Oppositionsführer zu werden. Vielleicht habe ich das aber falsch gelesen.

(Hildebrandt [FDP]: Nein, nein, auch das nicht!)

Nun hat, Herr Hildebrandt, Herr Gansäuer als Fraktionsvorsitzender der CDU nicht ausgeschlossen, wie ich heute morgen gelesen habe, vor den Staatsgerichtshof nach Bückeburg zu gehen. Herr Gansäuer, ich bitte Sie: Tun Sie es, gehen Sie nach Bückeburg! Ich bin sicher, daß Sie sich vor dieser neutralen Instanz genauso blamieren werden, wie das vergangene Woche beim Landesrechnungshof der Fall gewesen ist. Sie werden sich genauso blamieren, wie Sie mit dem Gutachten, das Sie bestellt haben, auf die Nase gefallen sind. Ich bin auch hier sicher, daß mir absolut korrektes Verhalten beschei-

nigt wird. Also ich bitte Sie geradezu: Gehen Sie nach Bückeberg, damit dieser Landesregierung auch einmal per Gericht bestätigt wird, wie gut sie ist.

(Beifall bei der SPD. – Gansäuer [CDU]: Das werden wir überlegen!)

Meine Damen und Herren, mein Vorschlag sorgt für mehr Planungssicherheit bei den Kommunen. Unstreitig ist: Diese Gesamtlast muß zwischen den Kommunen gerecht verteilt werden, z. B. in Form einer Umlage entsprechend der Leistungsfähigkeit. Im übrigen: Daß wir bei allen diesen Juckepunkten mit den kommunalen Spitzenverbänden im Gespräch sind und gemeinsame Regelungen anstreben, ist das exakte Gegenteil von Kommunalfeiligkeit.

Der sechste Komplex, meine Damen und Herren, ist die Expo 2000. In Bonn, aber auch in Niedersachsen ist gelegentlich zu hören, angesichts leerer Kassen könnten wir uns die Weltausstellung in Hannover nicht leisten. Aus meiner Sicht ist das Gegenteil richtig.

(Beifall von Hildebrandt [FDP].)

Wenn es die Expo nicht gäbe, müßten wir sie neu erfinden.

(Beifall von Hildebrandt [FDP].)

Einmal wegen des Themas – ich sage das in aller Deutlichkeit –: Das Motto „Mensch – Natur – Technik“ bringt genau auf den Punkt, worauf es weltweit in den nächsten Jahren ankommt. Aber auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen.

(Gansäuer [CDU]: Und die Grünen sind begeistert, Herr Swieter?)

– Wir sind eine Koalition, und da gibt es mal Zustimmung und mal Ablehnung. Aber wir haben auch eine Koalitionsvereinbarung, und es gibt die Abstimmung in Hannover.

Meine Damen und Herren, die Expo wird in dem zunehmend wichtiger und größer werdenden Umweltschutzmarkt aus meiner Sicht für einen regelrechten Innovationsschub sorgen. Sie ist für die Region Hannover, für Niedersachsen und für die Bundesrepublik ein riesengroßes Investitionsprogramm.

(Hildebrandt [FDP]: Ich freue mich über das, was Sie sagen!)

Dadurch werden viele tausend Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Die Expo könnte bundesweit für positive Konjunkturimpulse sorgen und damit auch für eine positive Entwicklung des Steueraufkommens. Die Expo ist gerade in einem struk-

turschwachen Land wie Niedersachsen ein Stück langfristiger vorausschauender Strukturpolitik.

Meine Damen und Herren, alles in allem: Ich sage, die Expo ist mitentscheidend für unsere Zukunftsfähigkeit, für die Zukunftsfähigkeit der Region Hannover, für die Zukunftsfähigkeit des Landes Niedersachsen, aber auch – Herr Hildebrandt, das merken Sie sich bitte – für die Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Die Weltausstellung ist aus meiner Sicht also ein dicker Pluspunkt für den Standort Niedersachsen und für den Standort Deutschland.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb verstehe ich nicht, warum der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesfinanzminister das Thema Expo so stiefmütterlich behandeln und bis heute nicht bereit sind zu sagen, ob sie mitfinanzieren wollen oder nicht. Bis heute kein Wort. Nein, sie wollen es verhindern.

(Beifall bei der SPD.)

Die Landesregierung will die Ausstellung, weil sie die Chancen sieht und weil es sich die Region und das Land nicht erlauben können, diese Chancen leichtfertig zu vertun.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen diese sechs Komplexe erläutert, weil sie deutlich machen: Der Haushaltsplanentwurf 1994 ist das Ergebnis einer politischen Konzeption, die über das Jahr 1994 hinauszielt. Jede einzelne Entscheidung haben wir an dieser Konzeption gemessen. Anders wäre es gar nicht möglich gewesen, den bislang einmaligen Überhang in Höhe von 2,5 Milliarden DM abzarbeiten, die Reformen abzusichern und den Kurs der Konsolidierung fortzusetzen.

Den Handlungsbedarf für die Jahre 1995 bis 1997 – also für drei Haushalte – in Höhe von insgesamt 3,4 Milliarden DM haben wir offen ausgewiesen. Ich sage dazu: Ich habe große Zweifel, ob alle alten Länder, die durch die Politik des Bundes dem gleichen Handlungsdruck ausgesetzt sind, diese Überhänge noch im Alleingang bewältigen können. Meine Damen und Herren, ich habe diese Zweifel, weil auf die Länder und die Kommunen durch das sogenannte Sparpaket oder auch durch die geplante Umverteilung beim öffentlichen Nahverkehr neue Belastungen zukommen, die auch bei einem Regierungswechsel in Bonn nicht kurzfristig korrigierbar wären. Ich habe diese Zweifel auch deshalb, weil ich beim Bund weder soziales Augenmaß noch ein ökonomisches Konzept erkennen kann.

Meine Damen und Herren, eine Rezession ist der denkbar schlechteste Zeitpunkt für rigorose Sparmaßnahmen zu Lasten von Menschen, die auf jede Mark angewiesen sind, nicht nur deshalb, weil sol-

Swieter

che Maßnahmen den gesellschaftlichen Konsens gefährden, sondern auch deshalb, weil sie Kaufkraft vernichten und daher konjunkturpolitisch falsch sind.

Meine Damen und Herren, meine zentrale Befürchtung ist: Die Bundesregierung will diese Krise ausnutzen, um soziale Errungenschaften zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD. – Hildebrandt [FDP]: Das ist unerhört, was Sie da sagen!)

Diese Landesregierung versucht mit dem Haushaltsplanentwurf 1994 einmal mehr, den Fehlentscheidungen der Bonner Politik in Niedersachsen ein klares Reform- und Konsolidierungskonzept gegenüberzustellen.

Der Haushaltsplanentwurf 1994 enthält dort Zuwächse, wo sie notwendig sind, und er beschränkt diejenigen Ausgaben, die nicht vorrangig sein können. Er ist ein Beitrag zum gerechten Ausgleich und zum sozialen Konsens. Ich sage: Das ist ein Haushalt der politischen Vernunft. Ich bitte um Zustimmung zu dieser Vorlage. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Gansäuer für die CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte auf die Rede des Finanzministers nur mit wenigen Sätzen eingehen. Ich glaube, es ist schon richtig, wenn ich zunächst einmal bemerke: Sie ist ein peinliches Konglomerat von Schönfärberei, das mit den Wirklichkeiten in unserem Lande nichts zu tun hat.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen. Sie brüsten sich mit der Kindergartenförderung. Sie haben in Ihrem Landeswahlprogramm 1990 gesagt, Herr Swieter, Sie würden dazu beitragen, die Kindergartenbeiträge zu senken. Sind Sie eigentlich noch in der Lage, die Ratsbeschlüsse der letzten Monate – egal, von wem die Gemeinden regiert werden – zur Kenntnis zu nehmen? Eine Gemeinde nach der anderen mußte wegen Ihrer falschen landespolitischen Weichenstellungen die Gebühren erhöhen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte ein anderes Beispiel anführen. Sie sagten: Der einzig vernünftige Weg aus dieser Krise sei

der, durch Investitionen und Innovationen Arbeitsplätze zu schaffen. – Ich möchte an dieser Stelle nur ganz sachlich feststellen, Herr Swieter: Noch nie hat es im Landeshaushalt weniger Investitionen gegeben als in diesem Landeshaushalt.

(Beifall bei der CDU.)

So reden Sie im übrigen auch in bezug auf verschiedene andere Tatbestände, auf die ich gleich noch zu sprechen kommen werde. Sie reden immer anders, als Ihre Zahlen aussehen. Das ist Ihr Problem.

(Dr. Roske [Grüne]: Herr Gansäuer, Sie verwechseln den Anteil mit der absoluten Höhe!)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Die Kürzungen bei den Investitionen durch globale Minderausgaben im Wirtschaftsförderfonds betragen inzwischen mehr als 40 Millionen DM. Das heißt, Sie kürzen in einer konjunkturell schwierigen Phase die Investitionen. Sie kürzen auch noch die Wirtschaftsförderung. Schlimmer als Sie kann man wirtschaftspolitisch gar nicht handeln.

(Beifall bei der CDU.)

Jetzt möchte ich Ihnen noch eine andere Schönfärberei vorhalten, meine Damen und Herren. Sie reden hier von einem Handlungsbedarf für die Jahre 1995 bis 1997 in Höhe von insgesamt 3,4 Milliarden DM. Die Öffentlichkeit – jedenfalls die Leute, die sich noch nicht so sehr damit auskennen – denken angesichts dessen möglicherweise: Das ist ja eine großartige Politik. – Dieser Finanzminister verschweigt aber, was dahinter zu verstehen ist. In diesen Handlungsbedarf hat er nämlich nicht eingerechnet eine jährliche Neuverschuldung von bis zu 2,4 Milliarden DM und die Tatsache, daß er in diesen drei Jahren noch 500 Millionen DM an Minderausgaben tätigen will, die die Deckungslücke in Wahrheit noch vergrößern.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Swieter, versuchen Sie nicht, das Plenum und die Menschen in Niedersachsen als Dumme zu verkaufen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Bewertung dieses Haushaltsplanentwurfs von Finanzproblemen zu sprechen wäre insoweit auch eine völlig unzulässige Verniedlichung eines Zahlenwerkes, das in Wahrheit nur als Horrorszenario bezeichnet werden kann. Dies ist in Wahrheit keine Übertreibung. Weil es keine ist, will ich dafür auch den Beweis antreten.

Erstens. Noch nie in der Geschichte des Landes hat Niedersachsen so hohe Mehreinnahmen gehabt wie in der laufenden Legislaturperiode. Jedes Jahr hat man netto – man kann mir ja widersprechen – mehr eingenommen als im jeweils vorausgegan-

nen Jahr. Von 1990 bis 1994 stiegen die Steuereinnahmen netto – d. h. nach Abzug der Belastungen aus der deutschen Einheit – um ca. 16,5 Milliarden DM. BEZ und IFA stiegen um 1,37 Milliarden DM. Die sonstigen Bundesmittel stiegen um 670 Millionen DM. In der Summe heißt dies: Die Mehreinnahmen betragen in diesem Zeitraum sage und schreibe 18,447 Milliarden DM.

Zweitens. Die Nettokreditaufnahme beträgt ausweislich der Zahlen des Finanzministers in vier Jahren 10,235 Milliarden DM. Vollmundig wie so oft hat Herr Schröder noch in seiner Regierungserklärung vom 27. Juni 1990 gesagt – ich zitiere –:

„Die letzte Landesregierung hat in der Legislaturperiode, für die sie verantwortlich war, rund 10 Milliarden DM Schulden gemacht. Wir sagen: Das war unverträglich. Das wird sich nicht wiederholen.“

Wer dies nicht glaubt, der kann auf die Seite 18 in der mittelfristigen Finanzplanung gucken.

Herr Swieter wird sie hoffentlich kennen. Da bin ich mir aber nicht immer ganz sicher.

Meine Damen und Herren, unabhängig von der Tatsache, daß die CDU-FDP-Landesregierung durch den Verlust des Förderzinses und seine Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich mit vielen hundert Millionen DM Verlusten fertig werden mußte und dieser Landesregierung sage und schreibe 18,5 Milliarden DM Mehreinnahmen zur Verfügung stehen, steht jetzt fest: Trotz dieser gigantischen Mehreinnahmen überschreitet die rot-grüne Landesregierung die Kreditaufnahme der Jahre 1986 bis 1990.

Drittens. Die Landesregierung weist die eigenfinanzierten Investitionen mit 3,383 Milliarden DM aus. Hierin aber sind Zahlungen in Höhe von 600 Millionen DM für den Fonds „Deutsche Einheit“ enthalten, die durch den Bundesgesetzgeber eindeutig nicht als Investitionen deklariert sind. Meine Damen und Herren, ich habe hier das Gesetz zur Aufhebung des Strukturhilfegesetzes und zur Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit“ in der Hand. Ich zitiere, was sich hinter dem Begriff Fonds „Deutsche Einheit“ verbirgt. Hier heißt es:

„Die jährlichen Leistungen des Fonds werden ab 1. Januar 1991 als besondere Unterstützung den vorgenannten Ländern“

– jetzt kommt es, damit Sie es endlich begreifen –

„zur Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfs gewährt.“

Es ist kein Investitionsfonds, wie Sie es hier behauptet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Das weiß auch jeder. Die Verhandlungen sind auch so geführt worden. Ich finde es unerträglich, wie hier Tatsachen verdreht und an den Realitäten vorbeigehende Reden gehalten werden.

Meine Damen und Herren, der Fonds „Deutsche Einheit“ ist kein Investitionsfonds, sondern er dient der Finanzierung der Gesamtausstattung der neuen Bundesländer. Demnach sind die eigenfinanzierten Investitionen um 600 Millionen DM zu kürzen.

(Zuruf von Kopischke [SPD].)

– Wenn Sie eine Rede halten wollen, kommen Sie hier nach vorne. Das ist in diesem Hause so üblich.

(Beifall bei der CDU.)

Dies bedeutet, daß die verfassungsmäßig festgelegte Grenze der Kreditaufnahme in diesem Haushalt um 179 Millionen DM überschritten wird.

Das ist die schlichte Wahrheit, und die CDU-Fraktion wird prüfen, welche rechtlichen Konsequenzen sich aus dieser Tatsache ergeben.

Wenn Sie behaupten, dies seien Investitionen, aber gleichzeitig sagen, das sei zur Unterstützung der fünf neuen Bundesländer gedacht, dann können Sie doch nicht hier, wo die Investitionen gar nicht anfallen, diese Investitionen verbuchen, die in den fünf neuen Bundesländern getätigt werden sollen. Ich will es einmal auf den Punkt bringen: Sie haben sich 600 Millionen DM vom Kreditmarkt besorgt, damit Sie Ihren Haushalt überhaupt noch dichtkriegen konnten. Das ist die schlichte Wahrheit, um die es hier geht!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, um den Anschein eines ausgeglichenen Haushalts auch nur einigermaßen aufrechtzuerhalten, weist die Landesregierung eine globale Minderausgabe von 515 Millionen DM aus, eine globale Minderausgabe, die es in dieser Höhe noch nie gegeben hat. Dahinter verbirgt sich nichts anderes als die Unfähigkeit einer Landesregierung, den Haushalt auch tatsächlich zur Deckung zu bringen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie das mit sich machen lassen – denn über diese Beträge können Sie ja nicht mehr bestimmen –, dann lassen Sie es mit sich machen; wir jedenfalls sagen aus unserer Grundüberzeugung heraus, daß das eigentlich vom Parlament bestimmt werden muß, und haben deshalb alle Veranlassung, diesen Tatbestand hier zu kritisieren.

Fünftens. Man mag es kaum glauben, aber trotz vielerlei Sparbekundungen aus den Reihen der rot-grünen Ausgabenkoalition werden noch einmal 1 265 zusätzliche Stellen im Landesdienst geschaf-

Gansäuer

fen. Der Zuwachs beträgt seit 1990 damit 8865 Stellen, ohne daß eine einzige der 220000 Stellen der Landesverwaltung eingespart oder umgeschichtet worden wäre. In diesem Haushalt sind darüber hinaus über 2400 Stellenhebungen vorgesehen.

(Aller [SPD]: Das ist auch richtig so!)

In den letzten vier Jahren sind damit von dieser Regierung 9200 Stellen angehoben worden!

Sechstens. Selbst auf der Basis vieler geschönter Zahlen steigt die Finanzierungslücke laut Mipla im Jahre 1995 auf 4,219 Milliarden DM und im Jahre 1996 auf 3,717 Milliarden DM an.

Allein diese Aufzählung, meine Damen und Herren, beweist: Dieser Haushalt ist ein Dokument finanzpolitischer Unfähigkeit, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der CDU.)

Das Wort „Bankrott“ wäre wohl die richtige Bezeichnung für eine Entwicklung, die von einer geordneten Finanzlage im Jahre 1990 hinführt zu Haushaltslöchern von gigantischem Ausmaß in den Jahren 1993 und 1994.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welche Sprüche in diesem Zusammenhang von diesem Finanzminister, der jetzt entschwinden ist – Entschuldigung, da sitzt er, aber trotzdem bleibe ich bei den Sprüchen, Herr Swieter –, gekommen sind, will ich Ihnen nur an zwei Beispielen deutlich machen. Im August 1990 hieß es laut „HNA“: „Swieter für stramme Ausgabendisziplin.“ Wenn dieser Haushalt strenge Ausgabendisziplin dokumentiert, dann, so muß ich Ihnen sagen, haben Sie Ihre Haushalte der letzten vier Jahre selbst noch nicht gelesen, Herr Swieter. – Und ein anderes Beispiel: Sie sagen in der „Bild“-Zeitung: „Ab 1994 mache ich keine neuen Schulden“. Gucken Sie bitte einmal in Ihren Haushalt und vergleichen Sie das, was Sie sagen, mit dem, was im Haushalt tatsächlich steht!

(Zuruf von Aller [SPD].)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Herr Swieter, Sie haben Ihren ersten Haushalt im Dezember 1990 eingebracht. Damals haben Sie erklärt – jetzt kommt etwas Neues für Sie, Herr Aller –: „Meine Devise und die Devise des gesamten Kabinetts und der Regierungsfractionen für die vor uns liegenden vier Jahre heißt: Wir schichten um, wir sparen, wir prüfen Einsparungsmöglichkeiten, wir werden Ausgabenansätze umschichten, umwidmen, um dann weitere vernünftige Politik machen zu können.“ Von diesen Ankündigungen ist nichts, aber auch gar nichts geblieben. Die rot-grüne Koalition hat vielmehr nach der Devise gehandelt: Wir sparen nicht, wir satteln drauf, wir geben aus,

was reinkommt, wir verschulden uns, so hoch es geht.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Ausgabenkoalition hat es fertiggebracht, in nur knapp vier Jahren die größten Mehreinnahmen in der Geschichte Niedersachsens auszugeben, um dennoch gleichzeitig über 10 Milliarden DM neue Schulden zu machen. Die infolge des Einigungsbooms wirtschaftlich guten Jahre – Sie haben selber zugegeben, daß es solche waren – wurden leichtfertig vertan, ohne Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen, die jetzt eingetreten sind. Dabei hat es an Warnungen nicht gefehlt. CDU und FDP haben diese Warnungen immer wieder, Jahr für Jahr, wiederholt, und im Gegensatz zu Ihrer Oppositionszeit, meine Damen und Herren, in der wir nicht so viele Einnahmen zur Verfügung hatten, Herr Swieter, haben wir nicht auf populäre Mehrausgaben gepocht, sondern wir haben jedes Jahr Anträge gestellt, um die Sparmaßnahmen des Landes endlich einzuleiten, und wir haben Anträge auf Minderausgaben gestellt und nicht wie Sie auf Mehrausgaben. Ich halte Ihnen darüber hinaus vor, daß Sie in Ihren eigenen Reihen in Wahrheit ein schlechtes Gewissen haben. Ich zitiere noch einmal aus der Vorlage der Staatssekretäre Scheibe und Neuber vom April 1991, die damals schon nachdrücklich gewarnt haben. Leider sind die Umstände eingetreten, vor denen sie gewarnt haben. Ich zitiere:

„Es läßt sich vielmehr erkennen, daß neue Politik ganz überwiegend additiv zu alten Programmen und Maßnahmen verwirklicht werden soll. Dies widerspricht der ausdrücklichen politischen Ansage der Landesregierung. So läßt sich auch die Absicht, die Neuverschuldung in der Legislaturperiode auf unter 10 Milliarden DM zu begrenzen, nicht verwirklichen.“

Ich sage noch einmal: Die Staatssekretäre hatten leider recht, denn Sie haben in der Richtung, die die Staatssekretäre einschlagen wollten, nichts getan. Solche eindeutigen Warnungen von Fachleuten der eigenen Couleur sind einfach vom Tisch gefegt worden.

Ich erinnere weiter daran, daß knapp ein Jahr später, nämlich am 21. Februar 1992, der Staatssekretär im Finanzministerium wegen der Haushaltsdefizite in einem Schnellbrief die sofortige Wiederbesetzungssperre für alle Behörden verordnet hatte. Diese dramatische Maßnahme wurde dann als Versehen abgetan – man muß sich dies einmal vor Augen führen! – und gleich wieder aufgehoben.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß Rot-Grün Jahr für Jahr Anlaß genug gehabt hätte, diesen verhängnisvollen Finanzkurs zu ändern. Statt

verantwortungsvollen Handelns haben wir von der Landesregierung und der Koalition nur Ausflüchte und Nebelwerferei erlebt. Frühere Rücklagen wurden als Phantome bezeichnet – wir erinnern uns daran –, der Wegfall der Strukturhilfe wurde trotz Übergangszahlungen als Alibi mißbraucht, die deutsche Einheit wurde als Schuldige – bis heute übrigens – verunglimpft. Der Landesrechnungshof und der Bund der Steuerzahler, die Finanzwissenschaftler von Prognos und RWI waren und sind bis heute die Deppen, Rot-Grün die finanzpolitischen Rechthaber und Überflieger. So kann man es auch machen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

Alles und alle waren finanzpolitische Täter, nur die Landesregierung war immer das finanzpolitische Opfer. Wir haben es ja soeben wieder gehört.

Meine Damen und Herren, neben den vergeblichen Schuldzuweisungen hat Rot-Grün als untauglichen Ersatz für Sparmaßnahmen den Haushalt lange Zeit geschönt. Globale Minderausgaben wurden in einer Höhe ausgebracht wie nie zuvor. Das Haushaltsrecht des Parlaments wurde dadurch nach Feststellung des Landesrechnungshofs – Sie erinnern sich – auf verfassungswidrige Weise verletzt, wie Herr Klein damals erklärt hat. Mehreinnahmen wurden in unrealistischer Höhe angesetzt, andere Haushaltstitel dagegen wurden künstlich niedriggehalten, Barmittel wurden in Verpflichtungsermächtigungen umgewandelt, damit andere später bezahlen müssen, womit Rot-Grün sich jetzt feiern läßt. Das ist Ihre Politik! Schulden wurden aus dem Haushalt in Nebenhaushalte verlagert. Den Kommunen wurden Ausgaben aufgedrückt, mit denen man sich hier im Hause brüstete. Das sind nur Beispiele. Rot-Grün hat die Haushaltskosmetik tonnenweise aufgetragen, und trotzdem sieht das gute Prinzip der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit aus, als sei es in dieser Legislaturperiode um Jahrzehnte gealtert.

Meine Damen und Herren, jeder – das wissen wir inzwischen weit über die Parteigrenzen der CDU hinaus; ich bedauere, daß er nicht da ist – orientalische Märchenerzähler würde vor Neid vor den Fähigkeiten von Joke Bruns erblassen, die Wahrheit so lange zu verbiegen und Zahlen so lange zu verdrehen, bis sie passen. Einmal abgesehen davon, daß Herr Bruns ohnehin permanent dazu neigt, haarscharf an der Wahrheit vorbeizureden, was bleibt ihm anderes übrig, wenn er nicht zurücktreten will in diesen Tagen? Genau dies, meine Damen und Herren, hat Herr Bruns nämlich angekündigt, als er vor geraumer Zeit erklärte: Wenn die Neuverschuldung des Landes über 10 Milliarden DM hinausginge, würde er zurücktreten. – Wir erwarten also stündlich seinen Rücktritt; er muß nur in die

Mittelfristige Planung dieses Finanzministers hineingucken.

(Beifall bei der CDU.)

Aber, meine Damen und Herren, es ist ja eben so: Im Vergleich zu Herrn Bruns ist der Baron von Münchhausen der reinste Wahrheitsfanatiker gewesen!

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Städtetagspräsidenten Schneider, meine Damen und Herren, haben Sie sich allen Ernstes damit gebrüstet, Herr Swieter, die Landesregierung habe den Kommunen 5 Milliarden DM außerhalb des Steuerverbundes zukommen lassen. So hat es jedenfalls Herr Bruns erklärt. In Wahrheit – und es steht in Ihrem Haushalt drin – sind diese Mittel fast ausschließlich durchlaufende Posten: für die GA 200 Millionen DM, für Wohngeld, Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge mehr als 1 Milliarde DM, für die Kommunalisierung der Altenhilfe 500 Millionen DM

(Aller [SPD]: Woher kommt das?)

– die haben wir mal durchgesetzt –, dazu kommen GVFG-Mittel in Höhe von 417 Millionen DM und Kostenerstattungen für Asylbewerber in Höhe von 500 Millionen DM. Meine Damen und Herren, von den 5 Milliarden DM verbleibt null in den Gemeindekassen. Auch mit solchen Bemerkungen versuchen Sie, eine Tatsachendarstellung abzugeben, die mit der Wirklichkeit in der Kommunal- und Landespolitik nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen dies auch gesagt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nicht noch weiter auf Zahlen dieses Haushaltsplanes eingehen. Denn welche Zahlen man auch immer nimmt, entscheidend sind die drei strukturellen Hauptsünden, von denen alle rot-grünen Haushalte bisher gekennzeichnet waren. Erste Hauptsünde: Rot-Grün betreibt die expansivste Ausgabenpolitik aller Bundesländer. Zweite Hauptsünde: Rot-Grün hat die Verwaltung zur teuersten Bürokratie aller alten Bundesländer aufgebläht. Herr Swieter, selbst dann, wenn die Beihilfekosten nicht mit eingerechnet werden, ist dies so. Dritte Hauptsünde: Rot-Grün hat die Ausgaben für Investitionen in unverantwortlicher Weise zurückgenommen. Ich habe Ihnen das eben schon gesagt.

Die deutsche und insbesondere die niedersächsische Wirtschaft stehen vor einer wahrlich schwierigen Situation. Sie befindet sich in einer konjunkturellen und strukturellen Krise, die mit einem drastischen Arbeitsplatzabbau einhergeht, über den sich niemand in diesem Hause freut. Niedersachsen hat inzwischen nach dem Saarland – das ist jetzt die

Gansäuer

Kehrseite der Medaille, die Sie nicht genannt haben, Herr Swieter – die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer. Mehr als 300 000 Menschen sind in Niedersachsen arbeitslos.

(Zuruf von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Niedersachsen bildet das Schlußlicht bei den Unternehmensneugründungen. Kein deutsches Bundesland, einschließlich der ostdeutschen Bundesländer, hatte 1992 so wenig neue Unternehmensgründungen wie Niedersachsen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf das Image, das Niedersachsen unter Ihrer Regierungsverantwortung bekommen hat. Jawohl, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Mit dem Saarland die rote Laterne der Arbeitslosigkeit in den westdeutschen Flächenländern und Schlußlicht bei den Unternehmensgründungen, das ist die traurige Bilanz dieses Wirtschaftsministers und dieses Ministerpräsidenten. Dies ist mit eine Folge der verfehlten rot-grünen Finanz- und Wirtschaftspolitik. Nun rächt sich eben, daß die Förderung des Mittelstandes und des Handwerks im Landesdarlehnsprogramm auf weniger als ein Drittel zusammengestrichen wurde. Das ist Ihre Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU.)

Die Wahrheit ist, daß die niedersächsische Wirtschaft durch landesspezifische Abgaben im Vergleich zu anderen Bundesländern benachteiligt wurde, daß die Entsorgungsprobleme durch die rot-grüne Verbrennungsblockade bis heute für die Wirtschaft in Niedersachsen so groß sind wie in keinem anderen Bundesland, meine sehr verehrten Damen und Herren, und daß die Verkehrsanbindungen an neue Industriezentren im Osten aus ideologischen Gründen verhindert werden,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

womit einhergeht, daß die Zukunftschancen, die Niedersachsen als Land der Mitte gehabt hat, von Ihnen verplempert werden. Das ist die Wahrheit, Herr Swieter.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insofern ist es eine Tragödie, daß ausgerechnet in einer solchen Zeit mit so vielen Chancen eine solche Blockaderegierung und Blockadekoalition in diesem Landtag die Mehrheit haben. Ausgerechnet jetzt, wo es im Interesse der Arbeitsplätze heißen muß „Vorfahrt den Investitionen“, wie Sie es gesagt haben, und nochmals „Vorfahrt den Investitionen“, werden sie in Niedersachsen durch die aufgeblähten Personalausgaben und durch ideologische Barrieren stranguliert.

Herr Schröder hat in seiner Haushaltsrede 1988 die zu geringe Höhe der Investitionen heftig kritisiert. Damals, meine Damen und Herren, betrug sie 13,3%. Heute sind es dagegen nur noch 10%, und er findet das phantastisch. So ist es nun einmal. Wer aber in einer konjunkturellen Abwärtsphase so wie diese Landesregierung Investitionen zurückschraubt, hat erstens Keynes nicht verstanden und betreibt zweitens öffentlich geförderten Arbeitsplatzabbau.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Swieter hat sich seit Jahren immer wieder für geringere Personalausgaben ausgesprochen. Hierzu gibt es eine Fülle von Zitaten, mit denen ich das belegen kann. Ich zitiere aber nur beispielsweise aus einem Interview aus der „NOZ“ vom 2. Dezember 1992. Dort sagte Herr Swieter:

„Wenn ich mir die Personalkostenentwicklung ansehe, wird das auf Dauer von den Ländern nicht zu finanzieren sein.“ Und auf die Frage: ‚Bedeutet das denn Stellenabbau?‘ antwortet er: ‚Ja, auch Stellenabbau. Wir brauchen mittelfristig über alle Jahre hinweg eine fallende Tendenz in der Personalkostenentwicklung. Peanuts können wir uns da nicht leisten.“

Ich stelle heute sachlich fest: Mit diesem Haushalt haben Sie, Herr Swieter, vier Jahre lang eine völlig entgegengesetzte Politik betrieben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ihre Aussagen einerseits und Ihre eigenen Zahlen andererseits beweisen: Sie, Herr Swieter, sind an den Maßstäben gescheitert, an denen Sie sich messen lassen müssen, denn Sie haben sie selbst gesetzt. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei der CDU.)

So ist das nun einmal mit den Interviews und der Wirklichkeit.

Die Peanuts des Herr Swieter waren nicht 8 900 Stellen weniger, sondern 8 900 Stellen mehr, und keine einzige der schon vorhandenen 220 000 Stellen wurde eingespart oder umgeschichtet. Und das Studentenfutter für Rot-Grün waren Personalaufstockungen allein in den Ministerien um 20%. Guten Appetit weiterhin dabei!

(Beifall bei der CDU.)

Vorhin – das muß man sich noch einmal vergegenwärtigen – hat sich Herr Swieter doch allen Ernstes – ich habe nicht die Aufgabe, die FDP zu verteidigen; das kann sie selber besser als ich, wie ich vermute – darüber beschwert, daß die FDP gefordert hätte, 10 000 Stellen abzubauen. Mit dieser Forderung war die FDP ja noch ungewöhnlich zurück-

haltend, Herr Swieter. Ihr Koalitionspartner – da sitzt doch Herr Roske – hat am 13. Februar die Streichung nicht von 10000 Stellen, sondern von 17000 Stellen gefordert. Hier ist der Artikel, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Da steht unter der schönen Überschrift: „Grüne wehren sich gegen landesbornierte Politik“. Es hätte nur noch dahinter gehört: für die sie selber auch drei Jahre Mitverantwortung tragen. Dann wäre die Überschrift komplett gewesen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es bestürzend, für wie dumm die Grünen die Bürger in Niedersachsen halten müssen. Ich habe Ihnen das Zitat vom 13. Februar genannt. Aber in diesen Tagen erklärte nun Herr Roske – wie er es mit den Zahlen voneinander kriegert, ist mir unerfindlich; aber die Grünen sollen ja auch nicht so ganz viel davon verstehen –:

(Zustimmung bei der CDU.)

Es sollen nicht mehr 17000 Stellen, sondern – so ging es vor wenigen Tagen durch die Presse – jetzt nur noch 5000 Stellen gestrichen werden. Zum Zeitpunkt der Pressekonferenz von Herrn Roske war aber der Haushaltsplan im Druck, der Haushaltsplan, dessen Regierung er mitträgt. In diesem Haushaltsplan wurden nicht 5000 Stellen zur Streichung angeboten, es wurde auch nicht eine Stelle zur Streichung angeboten, Herr Roske, sondern es sind plus 1265 Stellen darin zu finden. Das ist die Heuchlerei, mit der Sie in diesem Hause Politik machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Für mich steht fest: Durch konsequente Aufgabenkritik, durch Privatisierung, durch den Verzicht auf alle personalintensiven neuen Gesetze sowie durch ein straffes Personalmanagement ist kurzfristig ein Einsparvolumen von einigen hundert Millionen DM möglich. Darüber hinaus sind durch mittelfristige Maßnahmen weitere Konsolidierungserfolge zu erreichen, wenn man es tatsächlich politisch will und auch den Mut sowie den Willen dazu hat. Das ist natürlich die Voraussetzung dafür.

Ich unterstelle Herrn Swieter nicht, daß er seine Warnungen vor steigenden Personalkosten als reine Leerformeln gemeint hat. Seine Mitarbeiter und er kannten und kennen die Probleme. Aber sie werden von der Mehrheit der rot-grünen Ausgabenkoalition und vor allem vom Ministerpräsidenten im Stich gelassen. Herr Schröder hat sich während seiner Amtszeit um die Finanzen des Landes in Wahrheit nie gekümmert.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz.)

Haushaltspläne liegen ihm nicht. Er schaut offensichtlich ebensowenig in Haushaltspläne hinein wie damals in die Hochschulgesetznovelle oder in die Schulgesetznovelle, und zwar immer nach dem Motto: Wer Haushalte liest, der liest auch Telefonbücher.

(Beifall bei der CDU.)

Er ist mit Ausflügen in die kleinere und größere Politik beschäftigt, wollte vergeblich Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender werden und hat noch ganz nebenbei ein Buch schreiben lassen, in dem er sich und sein Rot-Grün als Modell für Deutschland preist.

Kurz gesagt: Der Mann ist ständig unterwegs. Er findet als finanzpolitischer Flüchtling keine Zeit mehr, sich um die hausgemachte Finanzmisere des Landes zu kümmern. Allerdings stellt sich die Frage, ob es um die Landesfinanzen besser oder sogar noch schlechter bestellt wäre, hätte sie Herr Schröder zur Chefsache erklärt;

(Beifall bei der CDU.)

denn mit den sogenannten Schröderschen Chefsachen ist das, wie wir ja alle wissen, so eine Sache.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rede gar nicht vom Mittelstand oder den Handwerksbetrieben, die Herrn Schröder offensichtlich wenig oder gar nicht interessieren. Es sind vielmehr die Großen, deren Nähe er sucht. Das begann mit Herrn Pirelli, den Herr Schröder nach einem Abendessen bei Kerzenschein öffentlich ermunterte, doch bitteschön die Conti zu übernehmen. Der vermeintliche Glanz des Herrn Pirelli war ihm wichtiger als vorher das Gespräch mit den Arbeitnehmervertretern von Conti.

(Beifall bei der CDU.)

Ängste bei den Arbeitnehmern und lange Beteiligungskämpfe zwischen Conti und Pirelli waren die Folge. Das Schrödersche Dinner mit Herrn Pirelli kostete das Land eine 400-Millionen-DM-Bürgerschaft,

(Aller [SPD]: Sagen Sie einmal, was eine Bürgerschaft kostet! Der redet ein Blech zusammen, das gibt es gar nicht!)

bei der wir alle nur hoffen können, daß sie niemals in Anspruch genommen werden muß. Wären die Schröderschen Conti-Pläne umgesetzt worden, Herr Aller, so ist völlig zweifelsfrei, daß der Hauptsitz von Conti heute nicht mehr Hannover, sondern Mailand wäre. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Die Reihe solcher Pannen setzte sich fort mit den Verhandlungen um die Beteiligung der Nord/LB an

Gansäuer

der Schleswig-Holsteinischen Landesbank. Damals gab Herr Engholm der West/LB den Vorzug, obwohl Niedersachsen vor der Haustür liegt. Warum wohl, meine Damen und Herren? Die Antwort kann sich jeder selbst geben.

Ebenfalls sehr unglücklich verlief die jüngste Rolle des Ministerpräsidenten in dem Trauerspiel der Auseinandersetzungen zwischen VW und Opel. Es war Gerhard Schröder – das muß die Öffentlichkeit wissen, und sie weiß es zum großen Teil auch schon –, der als erster die Auseinandersetzung in eine fast kriegerische Atmosphäre lenkte. Sein Angriff auf Opel – ich zitiere – „als ein ausländisches Unternehmen“, bei dessen Vorwürfen es sich um „Machenschaften eines unterlegenen Mitbewerbers handele“ waren im Ton unangemessen, in der Sache unnötig und für VW und den Wirtschaftsstandort Niedersachsen und Deutschland äußerst schädlich. Darüber kann es keinen Zweifel geben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Rudolf Augstein, dessen „Spiegel“ Herrn Schröder bekanntlich zunächst zum Kanzlerkandidaten befördern wollte, hat zu diesem Vorgang vor wenigen Tagen folgendes geschrieben – ich zitiere –:

„Wenn denn die dritte technische Revolution unausweichlich ist ... dann doch nicht ... mit SPD-Ministerpräsidenten, die fehlende Menschenkenntnis durch ihr Raubtierlächeln zu ersetzen suchen.“

Ich finde das eigentlich eine schicke Formulierung.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen, Herr Schröder – er ist jetzt nicht da, wie dem auch sei –, Sie handeln richtig – –

(Zurufe von der SPD)

– Wo sitzt er? Er sitzt jetzt da, wo er ab März nächsten Jahres sitzen wird. Das ist sehr gut, Herr Schröder.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen, Herr Schröder, Sie handeln richtig, indem Sie sich jetzt mit öffentlichen Äußerungen zurückhalten. Aber Sie müssen auch darüber nachdenken – wenn Sie denn schon im Aufsichtsrat verbleiben wollen –, ob Sie sich nicht endlich bei Opel für Ihre Tiraden entschuldigen,

(Beifall bei der CDU)

so wie dies zum Beispiel auch der Betriebsrat von Opel von Ihnen fordert. Als ein Beitrag zur Entspannung wäre dies sicherlich angebracht.

Ich empfehle Ihnen ein Weiteres: Herr Schröder, bringen Sie nun nicht auch noch den Bau der Mercedes-Teststrecke in Gefahr, indem Sie dieses Pro-

jekt der Verbandsklage unterwerfen. Sie wissen wie ich, daß Mercedes inzwischen in Ostdeutschland eine andere Strecke versuchsweise nutzt. Gefährden Sie nicht mit rot-grünem Wirtschaftsdilettantismus die Chancen für die Arbeitsplätze, und fahren Sie innerhalb der Landesregierung endlich auch einen klaren Kurs zugunsten der Meyer-Werft in Papenburg!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Verlauf der recht spannenden Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der rot-grünen Koalition um die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit gab es in der Zeitschrift der GEW „Erziehung und Wissenschaft“ – das ist sicherlich kein konservatives Kampfblatt – einen Leitartikel mit der Überschrift „Bankrott gleich dreifach“. „Ist, mehr Arbeitszeitverkürzung zu versprechen, nachher aber Arbeitszeitverlängerung zu verordnen, nicht Arbeitszeitlüge, nicht politischer Wortbruch?“ so fragte der Autor und nannte dies den moralischen Bankrott von Rot-Grün. Der Autor erinnerte an die vielen Runden Tische, die Rot-Grün praktizieren wollte und nannte die selbstherrliche Art, wie entschieden wurde, den Bankrott von Rot-Grün im politischen Stil. Über diese Vorwürfe hinaus schreibt der Autor in der GEW-Zeitschrift, mit dieser Maßnahme habe sich die rot-grüne Landesregierung von einer aktiven Beschäftigungspolitik abgemeldet.

Geschrieben hat dies im vergangenen Monat nicht ein verknöchertes Konservativer, sondern Herr Lehner. Er ist ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter und als ehemaliger Lehrer Mitglied jener Eliten, Herr Waike, die nach Aussage von Herrn Schröder ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Lehrer werfen Schröder „Populismus nahe Stammtischniveau“ vor, weil sie merken, daß er sie gegen andere Arbeitnehmer ausspielt, und zwar auf die gleiche Art, wie der Ministerpräsident Schröder vor gar nicht langer Zeit die Menschen Ost gegen die Menschen West ausgespielt hat, als er die hausgemachte niedersächsische Finanzmisere der Wiedervereinigung in die Schuhe geschoben hat.

Daß es in dieser Regierung drunter und drüber geht, beweist zum Beispiel auch die Argumentation von Gerhard Schröder, die er im Zusammenhang mit der Verlängerung der Lehrerarbeitszeit gebraucht. Er erklärt, daß dies aus finanziellen Erwägungen unabdingbar notwendig sei, obwohl seine Regierung wenige Wochen vorher im Zusammenhang mit der niedersächsischen Verfassungsdiskussion einen zusätzlichen Feiertag für alle Niedersachsen gefordert hat, der den Landeshaushalt finanziell

um ein Vielfaches mehr belastet hätte als die eine Stunde Mehrarbeit für Lehrer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Aus dem Landeswahlprogramm 1990 mag man ja schon gar nicht mehr zitieren, in dem steht, zum Abbau der Arbeitslosigkeit und um Männern und Frauen die Erfüllung ihrer Aufgaben in Beruf und Familie in gleicher Teilhabe zu ermöglichen, sei eine aktive Politik allgemeiner Arbeitszeitverkürzungen notwendig. Diesem Programm, Herr Schröder, haben Sie einmal mehr Folge geleistet. Ich gratuliere Ihnen dazu.

Aber die Lehrer in Niedersachsen haben noch nicht vollständig erfaßt, daß sie mit ihren Protesten in Schröders Kalkül noch eine andere Rolle übernommen haben: Sie sollen für den Eindruck herhalten, die Regierung Schröder/Trittin bemühe sich ernsthaft, die Haushaltsprobleme in den Griff zu bekommen. In den Apo-Jahren hätte der GEW-Leitartikler deswegen wahrscheinlich noch folgendes hinzugefügt: „Die Lehrer sind die nützlichen Idioten der rot-grünen Finanzmisere.“ Ich füge das nicht hinzu, aber in den Apo-Jahren hätte man das mit Sicherheit getan.

Das Durcheinander in dieser Koalition beweist auch der Ausgang des letzten Parteitages der Grünen, der auf die Arbeitszeitverlängerung mit Nein reagiert hat. Herr Bruns verkündet daraufhin: Reden ja, ändern nein. Dies ist die Beschreibung eines Koalitionsklimas, zu dem man Rot-Grün nur noch gratulieren kann.

Der zuständige Kultusminister Wernstedt agiert derweil hilflos oder gar nicht. Es ist bezeichnend, was der GEW-Kreisverband Hannover in einem offenen Brief an Herrn Wernstedt geschrieben hat – ich zitiere –:

„Lieber Rolf, Deine Entmündigung als Kultusminister durch den Ministerpräsidenten kommentierst Du in der Presse sinngemäß, Gerhard Schröder sei nun einmal so, und man müsse ihn halt nehmen, wie er sei. Wie können wir einem Opportunisten böse sein, dessen Prinzipienlosigkeit quasi naturgesetzliche Gründe hat.“

(Beifall bei der CDU.)

Das ist die bittere Erkenntnis für Herrn Wernstedt. Er wurde politisch entmündigt wie kein anderer Kultusminister vor ihm. Herr Wernstedt weiß morgens noch nicht, was er abends zu vertreten hat. Dazu paßt sein hilfloser Umgang mit der Wahrheit. Vor der Wahl verspricht er den Lehrern Arbeitszeitverkürzung, nach der Wahl stimmt er am Kabinettsstisch einer Arbeitszeitverlängerung zu.

Meine Damen und Herren, man mag zur Lehrerarbeitszeit stehen, wie man will, und muß sicherlich

über vieles nachdenken, wenn die Finanzprobleme noch größer werden, aber solch ein Chaos, solche permanenten Unaufrichtigkeiten und solche Dreistigkeiten sind keinem Berufsstand dieses Landes zuzumuten.

(Beifall bei der CDU.)

Aber eines ist klar: In einem Punkt bleibt Rolf Wernstedt wetterfest und ideologieverwachsen, nämlich bei seiner Strategie, dem Land die unsäglichen Gesamtschulen aufzudrücken, die irrsinnigerweise durch Stundenprivilegien noch mehr Lehrerbefehl produzieren, den Schulfrieden nachhaltig zerstören und die Kommunen endgültig in den finanziellen Ruin treiben. Dabei bleibt er standfest und erdverwachsen.

(Beifall bei der CDU.)

Der Schlag gegen das bewährte gegliederte Schulsystem, meine Damen und Herren, wird allerdings nicht mehr wie früher mit der Abbruchbirne geführt, sondern mit vielen kleinen, subtilen Hämmerchen. Landauf, landab sind nämlich Wernstedts Schulverwaltungsbeamte unterwegs, um die angeblichen Segnungen der integrierten Gesamtschulen zu verkaufen.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der den Kommunen vom Land Sonderopfer in Milliardenhöhe auferlegt werden, in der sie durch unnötige Gesetze, wie das Personalvertretungsgesetz und den rot-grünen Zwang zu hauptamtlichen Frauenbeauftragten, zu mehr Personal verpflichtet werden, soll ihnen ein Schulsystem aufgezwungen werden, das die Kommunen weitere 750 Millionen DM kosten würde. Niemand hat das besser formuliert als der ehemalige Städtetagspräsident Schneider, von dem Sie jetzt den Eindruck erwecken, als sei der in Wahrheit gar kein Sozialdemokrat. Er hat gesagt: „Die Regierung Schröder betreibt eine kommunalfeindliche Politik.“ Der Rücktritt dieses Sozialdemokraten ist ein ernsthaftes Signal dafür – sollte es jedenfalls sein –, daß der Realitätsverlust der Regierung Schröder inzwischen so groß geworden ist, daß man sie nicht mehr über Kritik, sondern allenfalls noch über massiven Protest erreichen kann.

Es mag sein, daß sich Teile dieser Landesregierung nach wie vor als Idealisten empfinden. Aber auf sie trifft genau das zu, was Rosa Luxemburg einmal sagte – ich zitiere –: „Der Idealismus wächst mit der Entfernung zum Problem.“ Und genau das ist es: Von den Realitäten unseres Landes und den Empfindungen seiner Menschen hat sich diese Landesregierung in geradezu atemberaubender Geschwindigkeit entfernt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Gansäuer

Dieses Kabinett, meine Damen und Herren, lebt wie in einem Treibhaus: Es spürt die Außentemperatur nicht mehr. Dies empfinden nicht nur die Lehrer so, die man betrogen hat; genauso denken auch die Eltern, die für ihre Kinder die schlechteste Unterrichtsversorgung seit zwölf Jahren hinnehmen müssen. Genauso denken auch die Gemeinden, die mit den Müllproblemen nicht mehr fertig werden und die noch heute auf die zusätzlichen Millionen warten, die ihnen Herr Glogowski vor der letzten Landtagswahl versprochen hat. Genauso denken die Wohnungssuchenden, die zur Kenntnis genommen haben, daß sich die Wohnungsnot unter Rot-Grün in dreieinhalb Jahren verdoppelt hat.

(Kuhlmann [CDU]: Mehr!)

Genauso denken die Menschen, die sich vor Verbrechern und Kriminellen fürchten und die zur Kenntnis genommen haben, daß die Kriminalität in Niedersachsen im letzten Jahr stärker gestiegen ist als in jedem anderen Bundesland. Genauso denken die Alten und Hilfesuchenden in Niedersachsen, die vor zwei Wochen zur Kenntnis nehmen mußten, daß sich ein völlig überforderter Sozialminister nach dreieinhalb Jahren nicht in der Lage sieht, z. B. ein Sozialstationengesetz oder die Neuordnung der Psychiatrie auf den Weg zu bringen. Die Richtlinien für Sozialstationen hatte Hermann Schnipkoweit 1976 in vier Wochen fertig. Das ist der Unterschied zwischen ihm und Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Wahrheit spüren die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens zunehmend mehr: Der Lack ist ab! Und es sieht so aus, als wäre der Auftritt des Ministerpräsidenten beim Großen Bellheim sein letzter wirklich großer Auftritt gewesen. Die Fassade bröckelt. In den vor uns liegenden Monaten kann Herr Schröder nicht mehr durch die Lande fahren und allen alles versprechen, wie er es vor der Wahl 1990 getan hatte. Von seinen riesigen Wahlversprechen, die sich damals – Sie erinnern sich gut – auf 9 Milliarden DM beliefen, ist nichts geblieben. Immer mehr Menschen spüren, daß sie mit dem Slogan „Ehrlich in die neue Zeit“ böse getäuscht worden sind. Herr Schröder hat einmal gesagt, daß es sich rächt, wenn man sich im Wahlkampf reicher redet, als man ist. Das rächt sich wirklich, Herr Schröder. Sie haben sich reich gerechnet wie kein Spitzenkandidat jedweder Partei in Niedersachsen zuvor!

(Beifall bei der CDU.)

Er hat jedoch einen Teil seiner damaligen Strategie in neuer Methode beibehalten: Heute verspricht er nicht mehr allen alles, sondern er redet gern jenen nach dem Mund, die ihm gerade zuhören.

Beim Nationalpark Harz macht Herr Schröder vor Interessenverbänden Abstriche, die den Grünen die

Zornesröte ins Gesicht treiben. In Holzminden, wo die Mülldeponie am Überlaufen ist – Herr Waike weiß ja, wovon ich rede –, spricht er sich plötzlich für die Nutzung der jahrelang verteuerten Müllverbrennung in Hameln aus.

(Hört, hört! bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Herr Schröder hat plötzlich ein offenes Ohr für die Sorgen der Bauern in der Elbmarsch wegen des giftigen Hamburger Hafenschlicks, dessen Ablagerung er noch im Zusammenhang mit dem Amerikahafen Herrn Vosschrau in Aussicht gestellt hat. Plötzlich weiß Herr Schröder nicht einmal mehr, daß er die Ehrenmitgliedschaft in einer Bürgerinitiative zur Auflösung des Truppenübungsplatzes Bergen aufgenommen hatte. Die Cellesche Zeitung kommentierte dies mit den Worten: „Zu oft verfährt Schröder nach dem Motto ‚Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern‘.“

So ist es, meine Damen und Herren. Weil Herr Schröder merkt, daß sein politisches Haltbarkeitsdatum als Ministerpräsident augenscheinlich abläuft, verläßt er wieder einmal und wie schon so oft skrupellos Grundsätze, die er bisher vertreten hat. Den Schröder-Wendehals haben jetzt sogar die Grünen durchschaut. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Frau Hoops, hat zu Recht festgestellt

(Zurufe von der CDU)

– das ist die Geheimwaffe der Grünen! –, daß Schröder – ich zitiere –, bei jeder Gelegenheit einknickt, wo es schwierig wird.“

Die Koalition wird brüchiger, die früher zurückgehaltenen „Streitäxte“ werden offen ausgegraben. Wir nähern uns einer Phase, in der überdeutlich wird: regieren beschränkt sich bei Rot-Grün auf die Kunst, die Öffentlichkeit mit vergeblichen Lösungsversuchen für Probleme, die sie selbst zu verantworten hat, in Atem zu halten. Mit dem Haushaltsplanentwurf wird leider noch nicht einmal dieser Versuch gemacht. Er ist der Offenbarungseid einer schon viel zu lange dauernden gescheiterten Politik. Rot-grüne Politik, meine Damen und Herren, ist am besten mit Kolumbus zu vergleichen: „Sie sind ständig bereit, loszufahren, aber wissen nie, wo sie ankommen.“

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, nun habe ich früher immer geglaubt, daß Herr Schröder nur außergewöhnlich unterentwickelte Fähigkeiten zur politischen Weitsicht hätte. Ich muß mich da partiell korrigieren. Ich bin vor einigen Tagen in einer hannoverschen Bücherei gewesen.

(Oh! bei der SPD.)

– Es macht sich ja immer ganz gut, wenn man ein paar Meter im Regal stehen hat! – Als ich in dieser Bücherei war, traute ich meinen Augen nicht: Da steht doch tatsächlich ein Buch. Autor des Buches ist – wegen der politischen Weitsicht – Gerhard Schröder. Der Titel des Buches lautet: „Ratgeber für Ruheständler, Rentner und Hinterbliebene“.

(Lachen und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Er weiß also ganz genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, was ihn ab März nächsten Jahres erwartet.

Das Schönste an dieser Geschichte ist, daß dieses Buch im Verlag Walhalla erschienen ist. „Walhalla“ ist ein Begriff aus der germanischen Mythologie, es ist der Aufenthaltsort für gefallene Krieger. Das paßt auch ganz gut, nicht wahr?

(Lachen und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, um Irrtümer zu vermeiden: Der Autor heißt Gerhard Schröder. Es ist nicht dieser Gerhard Schröder – das Buch und der Titel passen allemal ausgezeichnet. – Ich danke Ihnen.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Schröder.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil mich das intellektuelle Niveau dieser Auseinandersetzung reizt, insbesondere Herr Gansäuer im letzten Teil. Das aber ist angemessen, und das kennt man. Insofern ist das noch nicht einmal eine Überraschung gewesen.

Ich möchte in dieser Debatte, die – so hoffe ich – hoffentlich irgendwann wieder eine Haushaltsdebatte wird, lediglich zu drei Punkten Stellung nehmen, die mir zu dem, was Sie gesagt haben, aufgefallen sind.

Ich beginne mit dem Punkt, in dem Sie die Vermehrung des Personals im Haushalt 1994 kritisiert haben. Mit diesem Punkt möchte ich deshalb beginnen, weil er für das, was auf der einen Seite wir wollen, und das, was auf der anderen Seite Sie wollen bzw. nicht wollen, aufschlußreich ist. Sie haben kritisiert, daß im Haushalt unter anderem 1 200 Stellen neu ausgewiesen seien. Exakt sind es 1 207. Der staunenden Öffentlichkeit werden wir nun bekanntmachen, was Sie politisch daran kritisie-

ren – denn Sie müssen ja wissen, wen Sie damit meinen.

Von den 1 207 Stellen sind 401 Stellen für die niedersächsische Polizei.

(Gansäuer [CDU]: Das weiß ich!)

Sie haben das kritisiert. Ich stelle fest – meine Damen und Herren, seien Sie sicher, nicht nur hier, sondern vor allem draußen –: Sie wollen nicht mehr Polizeibeamte auf den niedersächsischen Straßen, sondern Sie wollen weniger

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Zuruf von der CDU: Herr Schröder, Sie haben sich doch gerade über das Niveau ausgelassen!)

– anders ist Ihre Argumentation nicht zu verstehen –, und Sie leisten damit das Gegenteil dessen, was nötig ist, das Gegenteil von Kriminalitätsbekämpfung.

Ich stelle fest: In puncto Bekämpfung der Kriminalität, und zwar der Alltagskriminalität, schreit die Union beständig nach neuen Gesetzen, verweigert sich aber dem, was nötig und nützlich ist, nämlich mehr Polizeibeamte zur Bekämpfung der tagtäglichen Kriminalität bereitzustellen.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne]. – Zuruf von der CDU: Das glaubt Ihnen doch kein Mensch!)

Zweitens. Von den 1 207 Stellen sind 153 Stellen für den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur ausgewiesen. Sie beziehen sich auf die bessere Versorgung niedersächsischer Studenten mit Lehrpersonal.

Ich stelle fest: Indem Sie das kritisieren, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen Sie zugleich, daß Ihnen die Studenten an niedersächsischen Hochschulen gleichgültig sind. Diese wird das freuen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne]. – Gansäuer [CDU]: Herr Schröder, das stimmt doch gar nicht! – Zuruf von der CDU: Schlichter Blödsinn, was Sie da sagen!)

Drittens. Von den 1 207 von Ihnen kritisierten Stellen sind genau 548 Stellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung vorgesehen. Ich stelle schlicht fest, und die Eltern wird das sehr freuen, daß Sie nicht mehr, sondern weniger Lehrerinnen und Lehrer wollen, daß Sie also ganz bewußt einen Beitrag dazu leisten, daß die Unterrichtsversorgung im Land nicht besser, sondern schlechter wird.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Schröder

Dies ist die Konsequenz Ihrer Erklärungen.

Entweder Sie bequemen sich endlich dazu, diese Konsequenz einzusehen, oder Sie lassen das Gerede hier im Parlament.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Viertens. Von den 1207 ausgewiesenen Stellen ist der Rest, nämlich 105 Stellen, vorgesehen für den Haushalt der Justizministerin. Diese Stellen betreffen also die Richterinnen und Richter und das Personal im Justizvollzugsdienst. Sie wollen das nicht; ich nehme das zur Kenntnis.

(Zuruf von der CDU: Sie nehmen gar nichts zur Kenntnis!)

Ich stelle fest: Entgegen Ihrem Gerede haben Sie kein wirkliches Interesse an einem effektiven Strafvollzug, kein Interesse daran, daß Rechtsbrecher sofort einer Aburteilung zugeführt werden.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Sie wollen Polemik machen, nicht aber Probleme lösen.

Wenn meine Annahmen falsch sein sollten, müßten Sie herkommen und sagen: „Die Kritik an den 1207 neuen Einstellungen, die wir geäußert haben, ist leider falsch. Wir haben uns geirrt. Bitte, entschuldigen Sie, Herr Finanzminister.“ Das wäre redlich, meine Damen und Herren, wenn Sie denn dazu die Fähigkeit aufbrächten.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Der zweite Problemkreis, mit dem ich mich beschäftigen möchte, betrifft die Frage der Arbeitszeit von Lehrerinnen und Lehrern. Ich habe selten einen so interessanten Beitrag wie den gehört, den Herr Gansäuer in diesem Zusammenhang geliefert hat. Sie waren doch einmal stolz darauf, meine Damen und Herren, und wir hatten ja damit zu tun, daß Sie für die Zeit von 1990 bis 1994 mehr als 3000 Stellen von Lehrerinnen und Lehrern schlicht in Abgang gestellt haben.

(Beifall bei der SPD. – Gansäuer [CDU]: Was?!)

Diese Lehrerinnen und Lehrer haben Sie also schlicht nicht einstellen wollen.

(Hildebrandt [FDP]: Wie war denn die Zahl der Schüler?)

Wohlan! Wir haben gesagt: Das korrigieren wir und tun – der Finanzminister hat darauf hingewiesen – fast gleichviel drauf, fast gleichviel drauf. Die Folge dessen ist nun, daß wir die finanziellen Möglichkei-

ten des Landes in diesem Bereich bis an die Grenze dessen ausgeschöpft haben, was vertretbar ist.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf von der CDU: Wir haben 10% weniger Lehrer, Herr Schröder! Das ist die Realität!)

Sie aber kommen hierher und werden nicht müde, die Einstellungspolitik zu kritisieren, ohne darauf hinzuweisen, daß, wenn Sie wirklich an den Personalhaushalt herangehen, Sie notwendigerweise die sensibelsten Bereiche im Lande treffen müßten, nämlich die Bereiche Polizei sowie Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall bei der SPD. – Gansäuer [CDU]: Nein, das ist die schlichte Unwahrheit!)

– Natürlich müssen Sie das, weil in den anderen Bereichen, was Sie immer vorgeben und womit Sie die Öffentlichkeit zu täuschen versuchen, überhaupt nichts zu holen ist. Sie wissen das. Aber Sie versuchen einen anderen Eindruck zu erwecken. Sie werden damit nicht durchkommen.

Ich bleibe bei diesem Thema. Ungeachtet dieser enormen Anstrengung, einer Anstrengung, die die finanziellen Ressourcen des Landes wirklich bis zur Grenze ausschöpft und die kein anderes Bundesland gemacht hat – wir sind übrigens sehr stolz darauf, das gemacht zu haben, und glauben Sie nicht, daß wir etwas davon abstreichen lassen wollten –, sind Schülerinnen- und Schülerzahlen, was nicht nur negativ ist, sondern in der Zukunft auch sehr positiv sein wird, in einem weder von Ihnen noch von uns kalkulierbaren Ausmaß angestiegen.

(Hildebrandt [FDP]: Aha! Seit wann denn? – Zuruf von der CDU: Das haben Sie gesagt, als wir 104% Unterrichtsversorgung hatten! Nun hören Sie sich doch einmal Ihre Reden an!)

– Ich kann Ihnen sagen, seit wann. Natürlich hat das etwas mit den Wanderungsbewegungen zu tun, die wiederum etwas mit dem Fall der Mauer zu tun haben. Das läßt sich doch rechnen, meine Damen und Herren.

(Hildebrandt [FDP]: Richtig!)

Deswegen hat sich die Situation seit der Zeit natürlich geändert.

(Hildebrandt [FDP]: Na also!)

Das habe ich den Lehrerinnen und Lehrern auch gesagt. Deswegen werfe ich Ihnen – auch das habe ich eben gesagt – Ihre Fehlprognose auch überhaupt nicht vor. Aber die Lage ist so. Ungeachtet der draufgelegten 5800 Stellen ist die Anspannung geblieben, ungeachtet dieser 5800 Stellen ist die Unterrichtsversorgung nicht so sicherzustellen, wie die Eltern das von uns erwarten.

Konsequent sind zwei Möglichkeiten: entweder nichts zu tun oder vor der Wahl zu sagen, was auf die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer zukommt.

(Zuruf von der CDU: Sie hätten das doch machen sollen! Aber Sie haben das nicht gemacht!)

Glauben Sie nicht, wenn das alles stimmte, was Sie uns immer unterstellen, wir hätten nicht gewußt, daß man so etwas auch verschieben kann. Aber wir haben es nicht gewollt. Also haben wir denen gesagt: Um Unterrichtsversorgung – das ist die eigentliche Aufgabe der Landesregierung – in einem gerechtfertigten Ausmaß sicherstellen zu können, müssen und werden wir – gewiß in differenzierter Form – eine Stunde mehr verlangen.

Meine Damen und Herren, ich habe von seiten der FDP und der CDU zur Kenntnis genommen, daß Sie in dieser Frage für parteipolitische Taktik und gegen die Eltern entschieden haben. Aber daß das bodenloser Opportunismus ist, das wissen Sie selber am besten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Wenn Sie glauben, daß Sie mit dieser Art von Bildungspolitik eine einzige Lehrerin und einen einzigen Lehrer zur Stimmabgabe ausgerechnet für Sie bewegen könnten, dann unterschätzen Sie die Leute wirklich.

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Sicherlich kann man das Konzept mit der Stunde mehr, die wir abverlangen, diskutieren. Das wollen wir in den nächsten sechs Monaten unter anderem auch gern tun. Wer dabei die besseren Argumente und als Folge dessen auch die besseren Karten hat, das – kann ich Ihnen sagen – beobachte ich mit mehr als nur mit gewisser Gelassenheit.

(Hildebrandt [FDP]: Warten wir es ab!
– Bruns [SPD]: Ja, das müssen wir wirklich abwarten!)

Lassen Sie mich abschließend noch eines sagen: Ein bißchen verklausuliert – ich kann mir auch vorstellen, warum –, aber gelegentlich auch ganz offen wird insbesondere die Tatsache kritisiert – dabei beruft man sich dann auf alle möglichen Präsidenten und sonstigen Würdenträger –, daß die Niedersächsische Landesregierung den Vorschlag gemacht hat, über die Förderung von Frauen und deren beruflichen Chancen nicht nur zu reden, sondern sie auch zu machen. Wenn noch sechs dieser Präsidenten zurücktreten – dieses bleibt im Gesetz, weil das nötig ist!

(Beifall bei der SPD. – Zustimmung von Kempmann [Grüne].)

Wir wollen nämlich ernst machen damit, Frauen gerade in den öffentlichen Verwaltungen mehr Chancen einzuräumen. Wir tun dies, weil wir nicht darüber reden wollen, sondern weil wir es auch durchgesetzt haben wollen.

Die Auseinandersetzung darüber, ob man das will oder nicht will, werden wir mit genauso großer Gelassenheit mit Ihnen führen wie die Auseinandersetzung über die Lehrerarbeitszeit. Dann wollen wir doch einmal sehen, wie die Betroffenen darüber entscheiden.

Machen Sie sich keine Illusionen, und machen Sie sich vor allem wegen der Enttäuschungsreaktion keine Hoffnungen, insbesondere nicht die Hoffnung, vor dem Hintergrund dessen, was Sie hier geboten haben, könnten Sie in diesem Lande politischen Boden gewinnen. Das wird nicht eintreten, meine Damen und Herren.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, in der Besucherloge haben inzwischen Gäste aus Eritrea Platz genommen. Ich begrüße den Gouverneur von Asmara, gleichzeitig Mitglied der Regierung von Eritrea, Herrn Sebhat Efreem, mit seiner Begleitung.

(Beifall.)

Ich wünsche Ihnen, meine Herren, einen angenehmen und interessanten Aufenthalt bei uns in Niedersachsen.

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Kollege Aller.

Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gansäuer hat 50 Minuten lang versucht, die finanz- und haushaltspolitische Alternative der CDU zur Swieter-Politik, zur Politik der Regierung Schröder vorzutragen. Er hat 50 Minuten lang lamentiert, kritisiert, polemisiert. Er hat null Minuten darauf verwandt, die CDU-Alternative zur Finanzpolitik dieser Landesregierung aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Nach acht vergeblichen Versuchen bei acht Haushaltsberatungen hätte man hoffen können, diesmal

Aller

wäre ein bißchen dabei herausgekommen. Es ist nichts gewesen, Herr Gansäuer. Es ist wieder nichts gewesen mit dem Versuch, Ihre 162 Anträge, die Sie in drei Jahren in diesem Hause gestellt haben, und den Inhalt von 1 360 Kleinen Anfragen, die Sie in die Welt gesetzt haben, um draußen im Lande zu suggerieren, Sie täten hier etwas, auch nur an einer Stelle in konkrete, nachprüfbare Haushaltspolitik umzusetzen. Herr Gansäuer, Sie haben genau das gemacht, was Sie in den letzten drei Jahren gemacht haben: Sie haben für die Schlagzeilen in den Zeitungen und für die Sendeminuten in den Sendern geredet, aber nicht für die Finanzen dieses Landes.

Herr Gansäuer, Sie haben dann gesagt, Sie wüßten, was die Menschen im Lande denken. Sie haben aufgezählt, was sie von der Politik in Niedersachsen erwarten, und Sie haben gesagt: Sie werden feststellen, es ist ihnen nichts geblieben von dem, was diese SPD-geführte Landesregierung auf den Weg gebracht hat. Sie unterschätzen die Niedersachsen, Herr Gansäuer. Sie wissen genau, was in diesen drei Jahren anders geworden ist. Sie wissen es so genau, daß Sie selbst in Ihr Wahlprogramm hineinschreiben, Sie hätten Fehler gemacht, die dazu geführt hätten, daß Sie abgewählt worden seien. Jetzt bemühen Sie sich krampfhaft darum, deutlich zu machen, daß Sie einiges von dem, was SPD und Grüne auf den Weg gebracht haben, auch tun wollen.

Die Menschen wissen, daß in diesem Lande 33 000 Kindergartenplätze neu gebaut werden. Sie wissen, daß die Kommunen und die freien Träger 20 % der Personalkosten als Zuschüsse erhalten. Sie wissen, daß wir am Ende der Legislaturperiode 60 000 Wohnungen gebaut haben werden; zu wenig, um die Wohnungsnot zu beheben, aber viel, viel mehr, als Sie mit null DM anfinanziert haben. Diese Menschen wissen, daß wir nicht 8 000 Stellen geschaffen haben, um den Landeshaushalt aufzublähen, sondern um damit Defizite auszugleichen, die Sie hinterlassen haben. Herr Schröder hat das gesagt für die Lehrer. Herr Schröder hat das gesagt für die Polizei. Er hätte ergänzen können: Wir haben Personal für die Pflege eingestellt. Wir wollen den Pflegenotstand bekämpfen. Wir haben gesagt, wir wollen etwas für die Umwelt tun, und wir haben das getan. Das geht eben ohne Verstärkung der Gewerbeaufsicht und ohne zusätzliche Kräfte im Naturschutz nicht. Wir haben etwas dafür getan, daß durch zusätzliches Personal der Druck auf die Hochschulen vermindert wird. Und wir haben etwas dafür getan – ich sage das in aller Deutlichkeit –, daß endlich die Finanzverwaltung wieder eine Perspektive in diesem Land hat.

Im Gegensatz zu dem, was Sie mit den Heide-Beschlüssen angerichtet hatten, nämlich Reduzierung

des Personals in den sensiblen Bereichen Schule, Finanzverwaltung, Polizei, Umwelt, Hochschule, Pflege, haben wir da Stellen geschaffen, wo die Sorgen der Menschen am größten waren. Und dann stellt Herr Gansäuer sich hier hin und sagt, die Menschen merkten, daß nichts passiert sei. Gehen Sie doch in die Schulen und fragen Sie die Lehrerinnen und Lehrer, und fragen Sie die Eltern, was wäre, wenn wir die 5 800 Stellen nicht besetzt hätten. Gehen Sie doch in die Krankenhäuser, Altenheime und Landeskrankenhäuser und fragen Sie das Personal, was wäre, wenn wir das Personal nicht eingestellt hätten. Gehen Sie doch in die Hochschulen und reden Sie mit den Studenten. Gehen Sie doch in die Polizeireviere und reden Sie mit den Kollegen, ob sie dafür sind, daß mehr Personal eingestellt worden ist und die Polizeireform kommt oder nicht. Sie reden ja nicht mit den Leuten. Dann werden Sie auch nicht hören, daß diese Landesregierung bis an die Grenze dessen gegangen ist, was machbar ist, und diese Stellen schaffen mußte.

Herr Gansäuer, Sie haben gesagt, die Kindergärten würden teurer wegen der Politik dieser Landesregierung. Das liegt genauso daneben wie viele andere Sachen, die Sie sagen. Ich kann Ihnen reihenweise sagen, wo die Sozialstaffel nach § 20, die eingeführt worden ist, dafür sorgt, daß es keine Barriere beim Zugang zum Kindergarten gibt. Das haben CDU-Leute mitbeschlossen, weil wir sie überzeugen konnten, daß es vernünftig ist.

(Gansäuer [CDU]: Sie müssen es doch beschließen!)

– Sie müssen nicht zustimmen!

(Gansäuer [CDU]: Natürlich müssen wir!)

– Die Gestaltungsfreiheit der Sozialstaffel liegt bei den Kommunen, Herr Gansäuer. Das können Sie nur nicht wissen.

(Gansäuer [CDU]: Ja, gut, aber die Sozialstaffel müssen sie beschließen!)

Dann haben Sie behauptet – das ist ganz Ihre Linie und Ihre Dreistigkeit –, unter dieser Landesregierung seien die Investitionen weniger geworden.

(Gansäuer [CDU]: Ja!)

Wenn Sie nachgelesen hätten – Sie können das nachlesen –, hätten Sie festgestellt: 1991 = 4,3 Milliarden DM, 1992 = 4,4 Milliarden DM,

(Gansäuer [CDU]: In Prozent des Haushalts! Gehen Sie doch mal von der Investitionsquote aus!)

1993 = 4,5 Milliarden DM, 1994 = 4,8 Milliarden DM. Absolut mehr und an den richtigen Stellen plaziert!

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Aller, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Möllring beantworten?

Aller (SPD):

Nein, keine Zwischenfragen. Die blamieren nur die Fragesteller.

Der Nachhilfeunterricht von Finanzminister Swieter, den Sie heute kostenlos erhalten haben, Herr Gansäuer,

(Möllring [CDU]: Den brauchen Sie doch!)

hat nicht viel weitergeholfen. Er hat nicht viel weitergeholfen, weil Sie es entweder nicht verstehen können, ich vermute aber eher, weil Sie es nicht verstehen wollen, wie Finanzpolitik gemacht wird. Sie wollen aber – das haben Sie gesagt – Finanzminister werden. Ins Schattenkabinett werden Sie noch kommen, an die Regierung mit Sicherheit nicht!

Ich will Ihnen deutlich sagen: Egal, wie Sie rechnen – das ist Ihnen auch von den Vertretern des Finanzministeriums dargestellt worden –, die verfassungsmäßige Verschuldungsgrenze wird so oder so nicht überschritten.

(Möllring [CDU]: Das stimmt doch nicht, Herr Aller!)

Damit Sie aber überschritten wird, rechnen Sie den kommunalen Anteil bei den 600 Millionen DM mit ein und kommen dann über die Grenze. Sie vertreten das ja auch öffentlich. Aber in Wirklichkeit ist es falsch. Sie wissen das, aber Sie tun es trotzdem. Ich sage voraus: Auch wenn Finanzminister Swieter Sie herzlich gebeten hat, hinzugehen, Sie werden nicht zum Staatsgerichtshof gehen, weil Sie eine Bauchlandung machen wie letztesmal beim Landesrechnungshof.

(Möllring [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Der Landesrechnungshof hat eine Bauchlandung gemacht, weil Sie die Akten gefälscht haben!)

Sie haben gesagt, diese Landesregierung kümmerge sich zu wenig um die Finanzen des Landes. Ich erinnere daran, daß sich der frühere Ministerpräsident Albrecht in einer schwierigen Situation zu Zeiten der Steuerreform bemüht hat, Schaden von diesem Land abzuwenden. Er hat für die Steuerverluste die Strukturhilfe eingehandelt. Er hat aber nicht geglaubt, daß die eigenen Leute in Bonn ihn anschließend betrügen würden. 3,5 Milliarden DM verliert Niedersachsen an Strukturhilfemitteln. Sie haben als FDP und CDU dafür in Bonn die Finger hochgehoben, und hier beklagen Sie die abfallende Investitionsquote.

(Sehrt [CDU]: Was stand denn im Gesetz, Herr Aller? Daß das auslaufen sollte!)

Ministerpräsident Schröder hat nach der deutschen Vereinigung gemeinsam mit Minister Swieter und Minister Trittin die Verhandlungen um das FKP geführt. Sie wissen selbst, was die Bundesregierung durch ihren Finanzminister an Plänen produziert hat. Niedersachsen wäre politikunfähig geworden. 6 Milliarden DM auf einen Schlag, 4,8 Milliarden DM auf einen Schlag sind herunterverhandelt worden auf eine Lösung, die Niedersachsen eine Perspektive gibt; nicht nur in der Hinsicht, daß es eine Übergangsregelung gibt, um den Anpassungsprozeß auch hier zu organisieren, nein, Niedersachsen wird am Ende dieses Prozesses stärker und finanzpolitisch stabiler sein als vorher, weil es dann nicht mehr wie zu Zeiten von Albrecht so abhängig ist vom Tropf der Bundesregierung und anderer.

Es ist unerträglich, wie Herr Gansäuer die Bemühungen dieser Landesregierung beurteilt, die Wirtschaftsstrukturen und die arbeitsmarktpolitischen Bedingungen in diesem Lande positiv zu beeinflussen. Es ist ja klar, daß es Sie ärgert, daß diese Landesregierung den Amerikahafen mit Hamburg unter Dach und Fach gebracht hat.

Es ist ja zu verstehen, daß Sie sich ärgern, daß das schwierige Thema Mercedes-Teststrecke durch diese Landesregierung erledigt worden ist.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist doch nicht erledigt!)

Es muß Sie noch mehr ärgern, daß die von Breuel geschlossene Raffinerie in Wilhelmshaven unter dieser Landesregierung wieder aufgemacht worden ist, und es muß Sie natürlich ärgern, daß die Europeipe unter umweltpolitisch vernünftigen Bedingungen gelegt werden kann und damit auch die energiepolitischen Alternativen dieser Landesregierung deutlich untermauert.

Was eine Frechheit ist – und das sage ich in aller Deutlichkeit –, ist das Doppelspiel um VW. Ich war in der Sitzung dabei, als der Ministerpräsident auf Bitten der FDP im zuständigen Ausschuß erklärt hat, was getan wird, um VW zu stabilisieren und für die Zukunft fitzumachen. Ich darf aus der Ausschußsitzung ja nicht berichten, aber in der Ausschußsitzung haben die Fachleute und die Experten der Fraktionen gesagt: Das, was ihr macht, ist in Ordnung.

(Hildebrandt [FDP]: Die Sachdarstellung war falsch!)

Außerhalb des Ausschusses, wenn die Türen zugeklappt sind, stellen Sie sich wieder hin und kritisieren diese Landesregierung für das, was sie an konzeptioneller Mitarbeit und an praktischer Mithilfe

Aller

bei dem Umstrukturierungsprozeß, insbesondere bei den Zulieferern tut.

Herr Hildebrandt, nun tun Sie nicht so unschuldig. Sie waren der erste, der vor dem Ausschußzimmer angefangen hat, das Gegenteil von dem zu erzählen, was ursprünglich beraten worden ist.

(Hildebrandt [FDP]: Auch das ist falsch, was Sie da sagen!)

Es macht wenig Sinn, auf jeden Punkt, den Herr Gansäuer als Kritik an dieser Landesregierung vorgebracht hat, einzugehen, aber es ist notwendig. Ich habe heute morgen gelesen, daß einige Herren dieser großen Fraktion in ein Schattenkabinett aufrücken werden. Ich habe früher gelesen, daß der Spitzenkandidat der CDU die neue Kompetenz fordert. Er hat die neue Kompetenz für die niedersächsische Landespolitik angekündigt.

(Hildebrandt [FDP]: Schauen Sie sich hier einmal die alten Kompetenzen an!)

Dann frage ich mich, warum ausgerechnet der Minister wieder ins Kabinett soll, der Polizeistellen gestrichen hat, der gegen die innere Sicherheit in diesem Lande gearbeitet hat. Er kommt wieder ins Schattenkabinett, allerdings – das muß man zugeben – nicht als Innenminister, sondern er wird Wirtschaftsminister.

Dann wird der Minister gehandelt, der in der Schulpolitik dafür gesorgt hat, daß es weniger statt mehr Lehrerinnen und Lehrer gibt. Er wird unter der Hand als der zukünftige Schattenminister für Kultusfragen gehandelt. Damit macht man nun wirklich den Bock zum Gärtner. Und dann wird Herr Gansäuer zum Schattenminister ernannt, ausgerechnet der, der in der Haushaltsstrukturkommission die Axt an eine vernünftige, zukunftsorientierte Politik in Niedersachsen angelegt hat, indem er mit dem Rasenmäher über den Haushalt gegangen ist und indem er – wie ich vorhin dargestellt habe – insbesondere in den sensiblen Bereichen die Personaldecke zusammengestrichen hat mit all den Spätfolgen, die wir heute haben.

Dieses Schattenkabinett wird Schattenkabinett bleiben. Der einzige, der Probleme bekommt, ist Herr Gansäuer. Er wird nächstes Mal nicht mehr Fraktionsvorsitzender, und er wird vor allen Dingen auch nicht finanzpolitischer Sprecher bei der CDU werden können, weil der Platz schon besetzt ist.

(Hildebrandt [FDP]: Also, Sie haben aber Probleme, Herr Aller!)

Meine Damen und Herren, die CDU hat in einer Presseinformation – wie immer kurz vor den Haushaltsberatungen – versucht, den Menschen klarzumachen, wie der Haushalt aussieht. Ich nehme an, Herr Gansäuer wollte einen Direktvergleich der

Mittelfristigen Planung der abgewählten Landesregierung mit der mittelfristigen Finanzplanung von Finanzminister Swieter vermeiden. Wir legen Wert darauf, daß die Abschlußbilanz, die wir für diese Wahlperiode vorlegen, gleich und gleichzeitig die Eröffnungsbilanz für die nächste Wahlperiode ist. Hier wird deutlich, daß es einen gravierenden Unterschied zwischen dem gibt, was Breuel, Albrecht und Gansäuer unter Beteiligung der FDP fabriziert haben, und dem, was Finanzminister Swieter diesem Haushalt als Beratungsgrundlagen zugeleitet hat. Herr Gansäuer und Frau Breuel werden in die Geschichte der niedersächsischen Finanzdiskussion als überführte Mipla-Fälscher eingehen. Daß das so ist, kann man am § 238 StGB sehr deutlich machen, der zwar nicht die politische Bilanzfälschung unter Strafe stellt; analog angewendet ist es aber tatsächlich so, daß die wirklichen Verhältnisse 1989/90 verheimlicht und verschleiert worden sind. Herr Gansäuer bestreitet vehement, daß das so war. Er hat heute ja noch einmal betont, es sei eine solide Ausgangsbasis, eine solide Finanzbasis gewesen, die Finanzminister Swieter übernommen habe.

Ich zitiere aus einem Brief, der natürlich nicht veröffentlicht worden ist und der auch keine Konsequenzen nach sich gezogen hat, den Birgit Breuel, damalige CDU-Finanzministerin, am 18. April 1990 an den Ministerpräsidenten Ernst Albrecht geschrieben hat.

(Möllring [CDU]: Das ist jetzt schon das fünfte Mal, daß Sie diesen Brief zitieren!)

– Aber man muß ihn immer wieder zitieren, damit Sie ihn auch auswendig lernen. Frau Breuel hat nämlich gesagt:

„Zusammenfassend möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade in den kritischen Wochen vor der Wahl alles vermieden werden muß, um in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen zu lassen, daß unsere finanzpolitisch in dieser Legislaturperiode so erfolgreiche Regierung nunmehr den Kurs der Solidarität verläßt und um der Zustimmung von einzelnen Wählergruppen willen die Solidität der Finanzpolitik aufs Spiel setzt.“

(Zurufe von der SPD: Aha!)

Mit anderen Worten heißt das, daß Frau Breuel natürlich wußte, daß die Finanzplanung getürkt war. Sie hat es nur nicht mehr öffentlich gesagt, weil das natürlich auch die Wähler verschreckt hätte. Hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen dem, was die damalige Landesregierung und die jetzige Landesregierung in der Finanzplanung tun. Wir haben die Karten offen auf den Tisch gelegt.

Die Kritiker können es verdrehen und wenden, wie sie wollen: Es ist nicht anders darstellbar, als es die Zahlen und Fakten hergaben.

Unter dem Strich ist festzustellen, daß Finanzminister Swieter seit vier Jahren einen konsequenten, aber realistischen Konsolidierungskurs fährt. Während andere noch nachdenken oder fordern oder – wie Herr Gansäuer – überhaupt nichts sagen, haben wir mit dem Umbau der öffentlichen Verwaltung begonnen, umgeschichtet und netto eingespart, auch bei Subventionen. Deshalb macht es ja auch immer Spaß, die Zeitungen zu lesen. Wenn denn diese Landesregierung infolge des Kindertagesstättengesetzes die Fünfjährigen-Förderung zurücknimmt, weil es inzwischen eine andere Basis für Kindergartenpolitik gibt, dann sind es die CDU-Abgeordneten landauf, landab, die beklagen, daß dieses Geld, das doch den Eltern zuflüsse, nun kassiert werde. Das ist die Doppelstrategie der CDU.

Finanzminister Swieter hat mit seinem Haushaltsentwurf 1994 und mit der Mipla verantwortungsvolle und der Situation angepaßte Prioritäten vorgelegt. Wir wissen, daß wir vor schwierigen Zeiten stehen. Deshalb ist es so wichtig, sich auch auf Schwerpunkte zu konzentrieren. Wir sagen aber all denen, die eine andere Politik wollen: Kaputtsparen wollen wir weder die sozialpolitischen noch wirtschaftspolitischen Zukunftschancen unseres Landes.

Wir haben bewiesen, daß wir durch eine Reihe von Reformen dafür gesorgt haben, daß sich in diesem Land auch personalpolitisch inzwischen etwas tut. Wir haben – und das war das Verdienst der Regierung Schröder unmittelbar nach dem Regierungswechsel – begonnen, die Defizite in den verschiedenen Politikbereichen abzubauen. Ich glaube, die Bürger haben das honoriert, indem sie insbesondere dort, wo sie zur Mitwirkung aufgefordert waren, auch die Bemühungen der Landesregierung unterstützt haben: in Planungsverfahren, an Runden Tischen, aber auch in sozialpolitischen Arbeitsgruppen, die die Zukunft mitgestalten sollen.

Ganz anders ist es in Bonn. In Bonn steht die Regierung finanzpolitisch mit dem Rücken an der Wand.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist hier ganz anders?)

Finanzminister Waigel ist den bequemen Weg gegangen, Herr Hildebrandt, den Weg in die Verschuldung, der Steuer- und Abgabenerhöhung, der Überwälzung von Ausgaben auf Länder und Kommunen.

(Hildebrandt [FDP]: Das machen Sie ganz anders, nicht?)

Die jetzt vorgelegte Finanzplanung bis 1997 ist ein einziges Warnsignal an die Länder und Kommunen in diesem Land.

Wenn es denn so kommen sollte, wie es die Damen und Herren in Bonn wollen, dann sage ich Ihnen ganz deutlich: Die Niedersachsen-Wahl am 13. März 1994 entscheidet zwar über niedersächsische Politik; sie hat aber auch Signalwirkung in Richtung Bonn für die Abwahl von CDU, CSU und FDP und für die Abwahl von Kohl. Wenn sich die durchsetzen, die neben die Verschuldungspolitik, die neben die sinkende Investitionsquote, Herr Gansäuer, die neben die ansteigende Kreditfinanzierungsquote das Sparpaket setzen, das jetzt auf den Tisch gekommen ist, dann schaffen sie gleichzeitig den Nährboden für Radikalität links und rechts. Das hat etwas damit zu tun, daß sie ausgrenzen und daß sie viele Menschen an die Armutsgrenze drängen, die heute noch durch das soziale Netz einigermaßen gesichert sind. Diese Politik der – wie Herr Swieter gesagt hat – sozialen Kälte hilft nicht diesem Staat, hilft nicht dieser Demokratie und hilft schon gar nicht bei der Sanierung des Bundeshaushalts.

Wir treten an gegen eine Politik des „Roll-Back“, die die ökonomische Krise nutzen will, um das Rad der Geschichte in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik, in der Ökologie, aber auch bei der Liberalität dieses Staates zurückzudrehen. Wer die ökonomische Krise benutzt, um eine andere Republik zu organisieren, der muß sich gefallen lassen, daß das Kind auch beim Namen genannt wird.

(Zuruf von der CDU: Wie wahr!)

Wir wollen das nicht. Die CDU und die CDU-Sozialausschüsse – das sage ich dem Zwischenrufer – werden sich daran messen lassen müssen, was am Ende der Haushaltsberatungen in Bonn herauskommt. Wir steuern gegen, und zwar deutlich.

Meine Damen und Herren, die Regierungskoalition in Niedersachsen hat eine Haushaltsplanung und eine Finanzplanung vorgelegt, die in ihrer Offenheit und Klarheit bisher beispiellos ist. Wer lesen will, kann sie lesen, wer rechnen kann, kann nachrechnen, und wer vergleichen will, kann auch vergleichen. Wenn die jetzigen Oppositionsparteien das ehrlich und objektiv täten, würden sie manches nicht mehr mit der Überzeugung sagen können, wie es in den letzten Wochen und Monaten getan worden ist.

Sie werden zuerkennen müssen, daß der Haushaltsplan 1994 und die Mipla situationsgerecht und beispielhaft für Bonn sind. Niedersachsen hat die Politik für Familien, junge und alte Menschen, aber auch für die Arbeitnehmer, Umwelt und Wirtschaft wieder mit einer Perspektive versehen. Wir haben

Aller

die Kernbereiche niedersächsischer Politik für jeden einfach nachvollziehbar in der Mipla darstellen lassen, und ich bin froh, daß in dieser Deutlichkeit gesagt wird, wo wir Akzente setzen. Denn wenn Sie immer vom Sparen reden, meine Damen und Herren von der Opposition, dann müssen Sie auch sagen, wo Sie etwas wegnehmen wollen. Das tun Sie dann bitte auch, damit man vergleichen kann: Dies ist die Position der Regierung Schröder, und dies ist die Alternative.

(Hildebrandt [FDP]: So haben wir es auch immer gemacht!)

Ich sage wiederum: Die alte Landesregierung hat für die Lernmittelfreiheit 11 Millionen DM ausgegeben. Wir haben für 1994 66 Millionen DM angesetzt.

Für den Naturschutz hat die alte Regierung in der Mipla für das Jahr 1993 45 Millionen DM bereitgestellt. Bei uns sind es 61 Millionen DM.

Den Wirtschaftsförderfonds im ökologischen Bereich – den vergessen Sie häufig, weil er Ihnen offensichtlich als neue Politik dieser Landesregierung zu erfolgreich ist – ist von Ihnen überhaupt nicht dotiert worden. Im Haushaltsplanentwurf 1994 sind es 77 Millionen DM.

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit standen bei der CDU 42 Millionen DM – die Zeiten waren nicht viel besser –; bei uns stehen 125 Millionen DM im Haushalt.

Für die Verwaltungshilfe – die Sie nicht zu zahlen brauchten, die wir aber gerne zahlen, weil wir den Aufbau Ost wollen – sehen wir 127 Millionen DM vor.

Für den Hochschulbau nutzen wir ein Investorenmodell – ein Modell, das Sie auch teilweise angewendet haben –, um den Hochschulbau anzukurbeln.

Bei der Kindergartenförderung ist der Sprung gewaltig, nämlich von 78 Millionen DM – da ist noch die Fünfjährigen-Förderung mit 36 Millionen DM drin – auf 217 Millionen DM.

Das Entscheidende, das man immer wieder in Erinnerung rufen muß, ist: Bei der Unterrichtsversorgung haben Sie 77 Millionen DM einsparen wollen. Wir haben das nicht nur kompensiert, sondern 198 Millionen DM draufgepackt.

Jetzt kommt ein Thema, das Herr Gansäuer nicht hören wollte, weil es ein bißchen peinlich ist. Im Rahmen des Finanzausgleichs in Richtung Kommunen zahlen wir 780 Millionen DM für die kommunale Altenhilfe. Bei der CDU/FDP waren es noch knapp über 500 Millionen DM.

Für die Betreuung und Eingliederung Behinderter werden wir 1,58 Milliarden DM bereitstellen.

Wichtig ist: Wir werden in dieser Wahlperiode und in der nächsten 60 000 Wohneinheiten fördern. Folgerichtig stehen wieder über 500 Millionen DM für den Wohnungsbau bereit.

Wenn Sie diese Liste weiterlesen, werden Sie feststellen: Das Problem der Opposition in diesem Hause ist, daß sie ausgerechnet dort, wo wir die Akzente setzen, nicht kürzen kann, ohne in Niedersachsen eine Politik zu wiederholen, die sie vor vier Jahren auf die Oppositionsbänke gebracht hat. Deshalb ist es vernünftig, daß wir sagen – ebenso wie das Gutachten des DIW, das jetzt veröffentlicht worden ist –: Finanzminister Swieter verknüpft intelligent das „deficit spending“ mit der Aufgabe, den Haushalt zu konsolidieren. Weil das so ist, sollten Sie in der Mipla auch nachlesen, daß die Staatsquote sinnvollerweise in Krisenzeiten und in konjunkturellen Dellen nach oben steigen muß. Genau das tut dieser Landeshaushalt, und zwar in zwei Bereichen: nicht nur im konsumtiven Bereich, sondern auch im investiven Bereich.

(Hildebrandt [FDP]: Das stimmt nicht!)

Ich sage Ihnen, Herr Hildebrandt – an dieser Stelle habe ich eigentlich auf einen Zwischenruf von Herrn Küpker gewartet –:

(Hildebrandt [FDP]: Der kann ihn auch noch machen!)

Es macht Sinn, daß wir dort Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt schaffen, wo wir jetzt schon wissen, daß wir sie in Zukunft brauchen. Wer sich heute nicht systematisch dem Erfordernis vermehrter Stellen in der Altenpflege, der Behindertenpflege und im Krankenhausbereich stellt, der verweigert den Menschen nicht nur die Hilfe, sondern der verzögert auch die Einstellung des notwendigen Personals, und der verbaut damit auch denen, die die Berufe ergreifen wollen, die Ausbildungsperspektive. Genau das ist das, was auch viele Fachleute sagen, was Sie aber nicht begreifen. Wir werden stärker im Dienstleistungsbereich, in den pflegerischen Berufen Personal einstellen müssen. Deshalb diskutieren wir ja auch in Bonn über ein Pflegegesetz. Wir werden – das ist auch richtig – in den klassischen Verwaltungsbereichen abbauen müssen, und zwar konsequent und mit Augenmaß, aber nach vorheriger Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben.

Was Deutschland braucht, ist unbestritten: Wir brauchen ein stärkeres Abstimmen der Tätigkeiten der öffentlichen Hände, der Wirtschaft und der Gewerkschaften. Wir brauchen im Grunde genommen eine konzertierte Aktion. Wer sich dieser konzertierten Aktion verweigert und schon die Eckda-

ten festsetzt, bevor man überhaupt miteinander gesprochen hat, der macht das Gespräch sehr schwer. Wer 20 Milliarden DM in der Sozialpolitik unter dem Eindruck der ökonomischen Krise zur Disposition stellt, der findet schwerlich Partner für eine konzertierte Aktion, die einen fairen Lastenausgleich für alle diejenigen bringt, die mithelfen sollen, diese Politik zu tragen.

Niedersachsen steuert im Rahmen seiner Möglichkeiten dagegen. Wir investieren in Arbeit, in den konsequenten Ausbau der Wirtschaftsstrukturen und die Stärkung der Finanzkraft, um sicher zu sein, daß wir auch in Zukunft finanzpolitisch eigenständig sind. Dazu leisten der Haushalt 1994 und die Mipla wichtige Beiträge. Die Investitionen steigen im Jahre 1994 von 4,2 Milliarden DM auf 4,7 Milliarden DM. Das Programm „Ökologische Modernisierung“ wird gezielt eingesetzt. Es wird angenommen, es bringt Unternehmensgründungen und schafft Arbeitsplätze. Wir haben die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit 550 Millionen DM dotiert, auch wenn Bonn insbesondere bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen aus der Mitfinanzierung aussteigt. Wir schaffen die Ersatzarbeitsplätze, wir qualifizieren nach, wir qualifizieren um, um den Menschen in diesem Lande wieder eine Arbeitsmarktperspektive zu geben. Wir steigern die Bauausgaben, und wir sind im Wohnungsmarkt mit einer Summe vertreten, von der die alte Landesregierung nur geträumt hat.

Diese Landesregierung handelt auch konjunkturpolitisch richtig, indem sie sagt: Wir ermöglichen das Vorziehen von Investitionen von 1995 auf 1994, um insbesondere im investiven Bereich, im Bauparkt, im Hochbau für Nachfrage zu sorgen.

Der Finanzminister hat deutlich gemacht, daß die SPD und die Landesregierung mit Nachdruck darauf drängen, daß Bonn sich endlich positiv zur Expo bekennt und die Mitfinanzierung so, wie es vor diskutiert worden ist, auch durchführt. Ein vorbehaltloses Ja der Bundesregierung wäre gleichzeitig der Startschuß für ein Investitionsprogramm, das in dieser Größenordnung für Norddeutschland einen hervorragenden Signaleffekt brächte. Wir würden erhebliche öffentliche Mittel in die Verkehrsinfrastruktur, in den Wohnungsbau, in den Messeplatz Hannover und in Regionalexponate investieren, aber gleichzeitig private Milliarden mobilisieren.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Es ist unstrittig, daß das nicht nur aus ökonomischen und fiskalischen Gründen Sinn macht, sondern, wie der Finanzminister deutlich gemacht hat, auch umweltpolitisch ein ganz wichtiger Beitrag für die Diskussion um die Zukunftsaufgaben in dieser Welt ist.

(Hildebrandt [FDP]: Sagen Sie das Ihrem Koalitionspartner; das ist leider nicht unstrittig!)

Deshalb steht Niedersachsen Gewehr bei Fuß, Herr Hildebrandt. Wir würden uns freuen, wenn Sie in diesem Sinne dafür sorgen würden, daß sich Ihr neuer Wirtschaftsminister durchsetzt und uns hilft, dieses Projekt auf den Weg zu bringen.

(Hildebrandt [FDP]: Unsere Unterstützung hat er!)

Herr Gansäuer hat vorhin die Schaffung von 230 000 neuen Arbeitsplätzen in diesem Lande, die Firmenneugründungen insbesondere auch mit Blick auf die Frauenarbeitsplätze lächerlich zu machen versucht. Wir tun das nicht. Es fallen reihenweise Arbeitsplätze aus dem Produktionsprozeß heraus. Gerade das strukturschwache Land Niedersachsen muß ein Interesse daran haben, daß wir Investitionen so plazieren, daß man auf längere Sicht auch zukunftssichere Unternehmen und Arbeitsplätze schafft.

Niedersachsen hat das umgesetzt, was Herr Albrecht zwar versprochen hat, aber nicht durchführen konnte und nicht durchführen wollte, weil er kein Konzept vorlegen konnte. Ich spreche von Sican und dem Sican-Verbund im Bereich des High-Tech. Dieses beispielhafte Unternehmen, das vor den Toren Hannovers angesiedelt ist, ist ein Kernstück der Politik von Minister Fischer und macht deutlich, daß dann, wenn man die Konzepte vernünftig vorbereitet und wenn man Partner zum Mitmachen gewinnt, einiges geleistet werden kann, von dem die Vorgängerregierung nur geträumt hat.

Wenn ich beim Wirtschaftshaushalt bin, will ich deutlich machen, daß sich nicht alles in Mark und Pfennig ausdrücken läßt, was eine Landesregierung positiv tut. Dieses Haus hat auf meine Anregung hin eine konzertierte Aktion zur Kaliindustrie einstimmig beschlossen. Ich will das deutlich sagen: Das war nicht gegen die Kumpels in Ostdeutschland gerichtet und schon gar nicht gegen die in Bischofferode. Das war ein positiver Antrag, der sicherstellen sollte, daß die Kaliindustrie und die Kalibranche auch in Zukunft in Deutschland eine Perspektive haben. Was sich derzeit in Bonn in Sachen Kali abspielt, ist völlig unbegreiflich, und ich nehme es auch nur als Beispiel dafür, wie man vorsorglich Politik machen kann, wenn man die Instrumente richtig einsetzt.

Kali und Salz in Bokeloh ist durch dieses Konzept, das gemeinsam erarbeitet worden ist, sicher. Diese Landesregierung hat diversifiziert, wie in diesem Landtag beantragt. Eine Behandlungsanlage, eine Recyclinganlage ist im Bau. Und, was noch viel wichtiger ist, in den Bereichen in Niedersachsen, in

Aller

denen der Kalibergbau keine Perspektive mehr hat, ist mit den Umstrukturierungsmaßnahmen begonnen worden, sind die Fördergebiete ausgeweitet worden, um dort Industrieansiedlung und alternative Arbeitsplätze zu fördern.

So verstehen wir Politik. Sie schlägt sich nicht immer im Haushalt nieder. Aber die Menschen, die davon profitieren, wissen, was sie an dieser Landesregierung haben.

Die dritte Priorität, die wir setzen, liegt bei der Unterrichtsversorgung zukunftsorientierter beruflicher Bildung und leistungsfähiger Hochschulen. Dieser Haushalt macht deutlich, daß wir im Bereich der Bildung nicht nur eine Legislaturperiode lang eine absolute Priorität setzen, sondern wenn man den Bildungsbereich vom Kindergarten, von der vorschulischen Erziehung bis in die Hochschulen, aber auch in die Erwachsenenbildung hinein beschreibt, dann machen die in der Mipla ausgewiesenen Summen von 1,2 Milliarden DM für den Kindergartenbereich, von 21 Milliarden DM für die Lehrkräfte an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und von allein 500 Millionen DM für die Erwachsenenbildung und die Qualifizierung deutlich, daß dieses Land nicht nur in Sachgüter investiert, sondern in die Qualifikation seiner jungen Menschen und derer, die umgeschult werden müssen.

Die Lehrerarbeitszeit ist lange diskutiert worden; ich kann mich dazu kurz fassen. Was wir durchgesetzt haben und was wichtig ist: Niedersachsen wird nach unseren Vorstellungen auch in Zukunft jede freiwerdende Stelle in der Schule wieder besetzen, und wir werden jährlich zusätzlich 250 neue Lehrerstellen schaffen, um den Druck auf eine vernünftige Gestaltung des Unterrichts auch im Haushaltsplan und in der mittelfristigen Finanzplanung abzusichern.

(Zustimmung von Dr. Roske [Grüne].)

Zum Thema Kriminalitätsbekämpfung ist auch einiges gesagt worden. Nun ist Herr Stock draußen. Als damals zuständiger Innenminister wird ihm nicht entgangen sein, daß kurz vor der letzten Landtagswahl Tausende von Polizeibeamten auf die Straße gegangen sind und gegen die Politik der alten Landesregierung demonstriert haben. Zu Recht; denn die Arbeitsbedingungen waren schlecht, die Bezahlung war schlecht, die Stellenpolitik, die Stellenperspektiven waren schlecht, die gesamte Polizeistrategie in bezug auf die Kriminalitätsbekämpfung war ungenügend. Organisierte Kriminalität wurde nicht adäquat bekämpft. Da geht man eben auf die Straße. Und dann muß ich mir von Herrn Gansäuer hier anhören, daß das Hebummodell der Landesregierung verteufelt wird und daß die Beamten, die auch bei der Polizei und

gerade bei der Polizei im mittleren und gehobenen Dienst davon profitiert haben, vom CDU-Oppositionsführer beschimpft werden. Das gilt genauso für die Beamtinnen und Beamten in der Steuerverwaltung und der übrigen Behörden, in denen Angehörige des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes seit Jahren auf ihre Beförderung warten und in vielen Fällen knapp über der Sozialhilfe ihre Arbeit tun. Das ist eine bodenlose – – – Ich will es nicht sagen, Herr Gansäuer; aber es ist eine Mißachtung derer, die für dieses Land Niedersachsen arbeiten. Sie sollten vielleicht überlegen, ob Sie sich bei den rund 10 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sehr wohl zu würdigen wissen, daß mit der Ungerechtigkeit in der Besoldung endlich Schluß gemacht worden ist, entschuldigen.

Wir haben in der inneren Sicherheit – das wird, Herr Gansäuer, natürlich geflissentlich unterschlagen – ein 150-Millionen-Programm aufgelegt, mit dem wir nicht nur personelle Verstärkung schaffen, sondern auch die Sachausstattung der Polizei, der Gerichte und der Staatsanwaltschaften verbessern wollen.

(Möllring [CDU]: Erzählen Sie mal, wie Sie auf diese 150 Millionen kommen! Erzählen Sie doch mal die Wahrheit!)

Ganz besonders wichtig ist, was Herr Gansäuer natürlich auch nicht erwähnt, der Kraftakt, den Innenminister Glogowski mit der Polizeireform durchgesetzt hat. Die Polizeireform in Niedersachsen ist beispielhaft für die 16 übrigen Bundesländer. Sie hat zwei Ziele: Sie wird die Schutzpolizei und die Kripo zusammenführen. Sie wird aber auch insbesondere dafür sorgen, daß verschlankt wird, daß höhere Effizienz in der Polizei erreicht wird, um mehr als 1 000 Polizeibeamte wieder vor Ort bringen zu können.

Was wir hier beispielhaft bei der Polizei an Vorarbeit geleistet haben, steht für andere Bereiche der staatlichen Verwaltung in Niedersachsen, und wer so arbeitet, der wird sich auch darauf verlassen können, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitziehen, daß der Effizienzgrad der Arbeit besser wird und daß die Motivation steigt. So wird Verwaltungsreform gemacht. So ist sie beispielhaft angelegt, und so führt sie auch zum Erfolg.

Niedersachsen wird auch in Zukunft bei der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft vorn sein. Wir werden dafür kritisiert, daß wir die Ökologie auch als integralen Bestandteil der Verkehrspolitik betrachten. Wir können damit leben, daß einige Betonköpfe uns immer noch dafür kritisieren, daß wir Geld nicht mehr überwiegend in den Straßenbau, sondern zunehmend in den öffentlichen Personennahverkehr und in den schienengebundenen

Verkehr lenken. Wir können damit leben, daß CDU und FDP uns kritisieren. Aber wir legen Wert darauf, daß Experten und kluge und vorausschauende Menschen uns in der Verkehrspolitik unterstützen.

Niedersachsen – das ist wieder im Haushalt 1994 und in der Mipla angelegt – sorgt sich um die ältere Generation und um die Schwächeren und Behinderten in Niedersachsen. Ich sage dies ausdrücklich. Für die Eingliederung von Behinderten und für die Betreuung von Behinderten werden wir Milliardenbeträge ausgeben. Wichtig ist, daß wir die kommunale Altenpflege in Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden neu gestaltet haben, daß wir in Niedersachsen vorsorglich wegen der Überalterung der Bevölkerung die Weichen richtig stellen können in der Pflege, bei Investitionen, für die stationären Einrichtungen, insbesondere aber auch im Wohnbereich für die ältere Generation. Ich bin dem Sozialminister ausgesprochen dankbar, daß er nicht von der Hand in den Mund und nicht von Aktivismus lebt, sondern sorgfältig plant, welche Schwerpunkte in Zukunft in der Senioren- oder Altenpolitik gesetzt werden. Er hat nicht zu Unrecht gesagt: Städteplanung und Wohnungsbau spielen in Zukunft eine zentrale Rolle dabei, wie die Altenpolitik gestaltet wird.

(Lindhorst [CDU]: Sehr wahr!)

Die alten Menschen gehören in die Mitte der Gesellschaft. Sie gehören in die Mitte der Wohnorte. Sie gehören auch baulich nicht an den Rand der Städte und Gemeinden.

(Zustimmung bei der SPD.)

Diese Dinge zu fördern und zu unterstützen ist Aufgabe des Landes, und wir werden das gemeinsam mit den Kommunen und den freien Trägern umsetzen.

Niedersachsen braucht auch – das ist ein wichtiger Punkt, der Herrn Gansäuer möglicherweise auch entgangen ist, weil er nur die schlagzeilenträchtigen Dinge diskutiert – Gerechtigkeit insbesondere bei den Steuern. Diese Landesregierung hat in beispielhafter Form mit Unterstützung der Regierungskoalition die Probleme der Steuer- und Finanzverwaltung aufgearbeitet. Wir ziehen Konsequenzen daraus, das ist für einige in der Politik neu. Mit einem Investitionsprogramm von 140 Millionen DM werden die niedersächsischen Finanzämter modernisiert.

(Lindhorst [CDU]: Wann?)

– Ab sofort. Sie müssen den Haushalt lesen, Herr Kollege.

(Lindhorst [CDU]: Der gilt aber erst ab 1. Januar!)

Das Programm läuft. Gleichzeitig und parallel dazu sorgen wir dafür, daß die Personalausstattung verbessert wird, und zwar unter zwei Gesichtspunkten: Wir werden die gut qualifizierten und ausgebildeten Beamtinnen und Beamten mehr und mehr für ihre originären Aufgaben freistellen. Wir werden dafür sorgen, daß Angestellte in den Finanzbehörden einen adäquaten Platz einnehmen können, und wir werden von der früheren Politik von FDP und CDU, den Steuerbürgern mit mittelalterlichen Methoden zu begegnen, Abstand nehmen, indem wir die IuK-Technik mit einem wirklich intensiven und teuer ausgestatteten Programm nach vorn bringen werden. Diese Investitionen amortisieren sich schnell, und sie tragen dazu bei, daß Steuergerechtigkeit wieder ernst genommen wird.

Meine Damen und Herren, ich verzichte darauf, die Vergleiche mit der Finanzplanung der ehemaligen Landesregierung noch ausführlich zu diskutieren. Da das aber wichtig ist, weil es immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen in diesem Hause um die richtige Gestaltung der Kennziffern und Eckdaten der Haushalte ist, will ich einige Dinge doch noch einmal in Erinnerung rufen; denn auch in diesem Zusammenhang hat Herr Gansäuer wieder versucht, deutlich zu machen, wie falsch die finanzpolitische Planung von Minister Swieter sei und wieviel besser es hätte sein können, wenn die CDU/FDP regierte.

– Das behaupten Sie so.

Ich will noch einmal an die Ausgangslage bei der Ablösung der Regierung Albrecht erinnern, damit das nicht untergeht: 40 Milliarden DM Schulden, Abhängigkeit vom Tropf Länderfinanzausgleich, BEZ, GA und andere Zuweisungen von Bonn überproportional hoch, Haushaltskommission, Haushaltsstrukturkommission, Weichen falsch gestellt, Mipla getürkt, oder, wie der Regierungswechsel deutlich gemacht hat: Seit 1990 ist bei der CDU auch die Basis für eine vernünftige Finanzpolitik falsch, weil man die Fehler der Vergangenheit nicht in Mark und Pfennig in die eigene Finanzplanung eingebaut hatte.

Meine Damen und Herren, ich möchte an einigen wenigen Punkten deutlich machen, um wieviel besser Finanzminister Swieter mit seinen Haushaltsplänen – auch wenn man die Meßlatte von CDU und FDP anlegt – in die zukünftige Finanzplanung eintritt.

Wir haben die Neuverschuldung – anders als Bonn – erfolgreich begrenzt. Wir haben realistisch gesagt: Für eine Legislaturperiode sind 10 Milliarden DM die Obergrenze. Hätte Waigel das gemacht, hätte er auch den Zwang auf seine Kolleginnen und Kollegen ausüben können, endlich zu sparen, umzu-

Aller

schichten oder zu überlegen, wie man die Finanzierung auch anders gestalten kann.

Wir haben einen konsequenten Konsolidierungskurs eingeleitet, der auch greift. Eine Gegenüberstellung von nur wenigen Zahlenbeispielen macht das deutlich:

Die Kreditfinanzierungsquote ist gesunken. Das saldierte Haushaltsvolumen in Albrechts letzter Legislaturperiode betrug 120 Milliarden DM – Finanzminister Swieter hat es gesagt –, bei 10 Milliarden DM Schulden und einer Kreditfinanzierungsquote von mehr als 8%. Die Haushalte, die jetzt diskutiert und beschlossen worden sind – bis 1994 –, werden fast 150 Milliarden DM ausmachen und unterhalb der 10 Milliarden DM-Grenze bleiben, auch wenn wir die 600 Millionen DM für den Fonds „Deutsche Einheit“ mit einbeziehen; bei der Kreditfinanzierungsquote werden wir bei knapp über 6 % liegen. Würde Waigel ähnliche Werte erreichen, hätten wir paradiesische Zustände in der öffentlichen Kreditwirtschaft.

Wir werden darauf hinarbeiten – das haben wir nach der Regierungsübernahme gesagt –, nach einer Zeit der Konsolidierung der Haushalte die Haushaltszuwächse zu begrenzen. Der Finanzplanungsrat hat 3 % als durchschnittlichen Wert empfohlen. Der Haushalt 1994 des Landes Niedersachsen wird bei 2,2 % eingeplant, und ich sage: Der Zuwachs wird nicht wesentlich höher sein. Im Vergleich dazu: Bonn plant derzeit mit 4,4 % und tut dies, obwohl das Sparprogramm noch gar nicht realisiert ist. Ich sage das ausdrücklich. Deshalb kann man sicher davon ausgehen, daß diese 4,4 % nicht die untere Kante bleiben werden.

Wir haben die Investitionen kontinuierlich gesteigert. Ich habe darauf hingewiesen; ich will die Zahlen nicht noch einmal vorlesen.

Aber ich will noch sagen, daß die Opposition in einer anderen Zwickmühle ist. Sie hat, seitdem wir regieren, jedes Gesetz und jede Maßnahme, die wir eingeleitet haben, um Mehreinnahmen zu erzielen – ein Haushalt definiert sich ja nicht nur aus Ausgaben –, kritisiert. Herr Küpker, ich kann mich gut an die Auseinandersetzung um den Förderzins erinnern, den wir wieder eingeführt haben, nachdem er auf Null gestellt war.

(Möllring [CDU]: Was bringt er denn?)

– Er bringt bis 1994 130 Millionen DM für den Landeshaushalt. Wenn Sie ihn nicht haben wollten oder haben wollen, Herr Möllring, müssen Sie schon sagen, was Sie anstelle dieser 130 Millionen DM tun wollen.

Wir haben die Abfallabgabe eingeführt, die mehr als 100 Millionen DM in die Landeskasse ein-

bringt. Wenn Sie das kritisieren, müssen Sie das auch auf der Habenseite absetzen und sagen, was Sie anstelle dieser Einnahme verbuchen wollen.

Wir haben das Wasserentnahmeentgelt eingeführt, das rund 300 Millionen DM in den Landeshaushalt bringt. – Damit hat die Landesregierung 0,5 Milliarden DM auf der Habenseite realisiert.

(Möllring [CDU]: Die buchen Sie nur, die holen Sie aber nicht rein! Das ist doch das Problem!)

– Sie können bei jeder Haushaltsrechnung überprüfen, daß die Landesregierung am Ende dieser Legislaturperiode rund 0,5 Milliarden DM auf der Einnahmeseite eingebracht hat. Sie haben diese Einnahmen nicht haben wollen. Ich warte auf Ihre Änderungsanträge zur zweiten und dritten Lesung des Haushaltsplanentwurfs.

Die FKP-Verhandlungen habe ich vorhin schon angesprochen. Ich sage nur: Wenn wir schon die Strukturhilfe haben opfern müssen: Das Ergebnis aus diesen Verhandlungen ist teuer genug.

Noch zwei Sätze zu der Frage, ob wir bereit sind und es richtig finden, daß der Fonds „Deutsche Einheit“ nochmals aufgestockt wird und erst ab 1995 der Länderfinanzausgleich neu geregelt wird. Diese Regelungen waren unverzichtbar. Sie deuten aber auch darauf hin, daß die Bundesregierung noch immer kein tragfähiges Konzept für eine Finanzplanung vorlegen kann, das den Ländern, den Kommunen und der Privatwirtschaft Planungssicherheit garantiert.

Es bleibt das Thema Personalkosten. Auch hier ist wieder die Frage zu stellen: Was macht es eigentlich für einen Sinn, wenn man versucht, der Öffentlichkeit mit untauglichen Mitteln die Möglichkeit eines sofortigen Haushaltsausgleichs zu suggerieren? Der Ministerpräsident und auch der Finanzminister haben auf die Vorschläge u. a. der FDP hingewiesen, praktisch über Nacht 10000 Stellen einzusparen.

(Hildebrandt [FDP]: Das hat niemand gesagt, das ist doch unsinn!)

– Dann sagen Sie einmal, wie Sie es gesagt haben. So war es in der Zeitung zu lesen. – Wer netto 10000 Stellen einsparen und das Geld, das dabei erwirtschaftet wird, zur sofortigen Konsolidierung des Haushaltes einsetzen will, der muß schon richtig tief in die Tasche greifen; denn eines ist doch klar – und ich habe niemanden in diesem Hause gehört, der dem Ministerpräsidenten vorhin widersprochen hat –: Die 1200 zusätzlichen Stellen für Polizei, Lehrer, Justiz und Hochschule, die wir geschaffen haben, bei – was nicht von Herrn Gansäuer erwähnt worden ist, weil es ihm nicht in den

Kram paßt – gleichzeitigem Abgang von 200 Stellen, die eingespart worden sind, müssen natürlich erst einmal bei den einzusparenden Stellen gegengerechnet werden, Herr Hildebrandt. Deshalb ist es richtig, was der Finanzminister gesagt hat: Wer ein Modernisierungs- und kostendämpfendes Konzept für den öffentlichen Dienst in Niedersachsen fahren will, der muß es sich schon ein bißchen komplizierter machen, als Sie das tun, und der muß vor allen Dingen ehrlich sagen, daß dies eine Daueraufgabe ist, die finanziell langfristig zu Buche schlägt.

Wir haben angefangen. Da, wo wir es getan haben, fangen CDU und FDP vor Ort an zu nölen, aus Gründen, die man nicht verstehen kann. Wir haben sofort angefangen mit der Reduzierung des Personals beim Verfassungsschutz. Wir sind dabei, nach dem Modell einer sorgfältigen Bestandsaufnahme die Staatshochbauverwaltung umzuorganisieren. Es ist schon interessant zu lesen, daß da, wo angefangen wird – bei dem einzigen und ersten Amt in Niedersachsen – CDU-Abgeordnete en masse auflaufen, um zu sagen, daß diese Maßnahme natürlich nicht gehe.

(Küpker [FDP]: Aber Ihre Freunde auch!)

– Nein, wir haben sehr deutlich gesagt, wie es geht. Diepholz/Nienburg ist klar. In meinem Wahlkreis ist auch eine Staatshochbauverwaltung. Ich werde morgen mit den Kollegen hier sprechen und ihnen erklären, daß es eine vernünftige, sinnvolle Umstrukturierung einer Behörde ist. Ich werde ihnen sagen, daß es Bestandsgarantie schon gar nicht für Standorte, aber auch nicht für Dienstposten und Dauerbeschäftigung an einem Ort gibt, sondern daß der Umstrukturierungsprozeß in der Staatshochbauverwaltung sozialverträglich geregelt, aber konsequent umgesetzt wird. Die Milchmädchenrechnungen von CDU und FDP sind inzwischen hinreichend widerlegt worden. Es macht bald keinen Spaß mehr, die ständigen Falschbehauptungen von Herrn Gansäuer hier zu korrigieren.

Ich halte es für wichtig, darauf hinzuweisen, daß das, was sich die Opposition schnlichst gewünscht hat, nicht eingetreten ist: daß Landesregierung und Koalition die 10-Milliarden-DM-Grenze nicht hätten einhalten können. Nach vier Jahren stehen wir in diesem Punkt im Direktvergleich mit Waigel in Bonn wesentlich besser da.

Es ist auch nicht eingetreten – was Sie sich ebenfalls gewünscht haben –, daß wir die verfassungsmäßige Grenze hätten überschreiten müssen. Da sage ich Ihnen: Keiner der CDU- und FDP-Politiker in diesem Haus redet darüber, daß die alte Landesregierung in den Jahren 1987 bis 1989 gleich dreimal über die Verfassungsgrenze hinausgeschossen ist und mehr als 1,1 Milliarden DM verfassungswidri-

ge Kredite aufgenommen hat. Damals war das in Ordnung, heute hat man gehofft, daß es hier eintritt. Es wird nicht so sein.

Meine Damen und Herren, das Kontrastprogramm zwischen der Opposition, insbesondere der CDU, und der Finanzpolitik Hinrich Swieters habe ich ganz am Anfang beschrieben. Der Finanzminister hat in einer sehr sachlichen Art und Weise mit Fakten untermauert, daß dieser Haushalt klar und wahr darstellt, wie die Situation ist, nichts beschönigt und auch Handlungsbedarf für die nächsten Jahre offen ausweist.

Das ist in Niedersachsen nach 14 Jahren Albrecht neu. Der Finanzminister hat gesagt, daß der Haushalt 1994 trotz einer globalen Minderausgabe solide finanziert sei. Das stimmt so. Er ist auch verfassungskonform. Der Finanzminister hat auch gesagt, wo im Entwurf die Akzente gesetzt würden und wo die Fraktionen ihre Alternativen einbauen könnten. Wichtig ist: Der Finanzminister hat 50 Minuten zur Sache gesprochen und gesagt, wie sich die haushalts- und finanzpolitische Situation in Niedersachsen darstellt. Die CDU-Fraktion hat nun bei Haushaltsplanberatungen aber schon zum vierten Mal kein Wort zum Grundhaushalt gesagt. Sie hat nicht eine Minute lang, nicht einmal eine Sekunde lang eine Alternative präsentiert. Deshalb bin ich sicher: Auch dieser Haushalt wird wieder die Mehrheit dieses Hauses finden. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat vorhin in seinem Redebeitrag von der Gelassenheit gesprochen, mit der er auf den Wahltermin warte. Er hat hier aber einen Eindruck hinterlassen, der alles andere als gelassen war. Er war relativ aufgeregt, muß ich sagen. Vor allem hat er es für notwendig gehalten, in die Kiste der blanken Demagogie zu greifen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Daran erkennt man, daß er ein Stück weit unsicher ist. Das hat mich überrascht und nachdenklich gemacht, Herr Kollege Bruns.

Herr Kollege Swieter, über einen Teil Ihrer Rede habe ich mich gefreut. Das will ich Ihnen ganz offen sagen. Dafür bekommen Sie auch unsere Unterstüt-

Hildebrandt

zung. Der betreffende Teil Ihrer Rede bezog sich auf die Expo.

(Beifall bei der FDP. – Bruns [SPD]: Das war ein starker Einstieg!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie dies für die gesamte Regierung so haben sagen können.

Zu der Frage, was Investitionen sind, möchte ich Ihnen ein Beispiel nennen, von dem ich meine, daß es wirklich eine Investition ist. Wenn Sie einen Kredit in Höhe von 600 Millionen DM zur Finanzierung der Expo aufnehmen würden, dann wäre dies in der Tat eine Investition für das Land Niedersachsen. Der Betrag, den Sie aber angesetzt haben, ist keine Investition.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Kollege Swieter, als ich Ihre Rede heute vormittag durchgelesen habe, habe ich mich gefragt: Hat dieser Mann eigentlich begriffen, daß wir alle – Bund, Land und Kommunen – in der größten Finanzkrise stecken, die es in dieser Bundesrepublik Deutschland je gegeben hat?

(Bruns [SPD]: Wir nicht, Martin! Wir sind nicht in einer Finanzkrise! Wir haben alles ordentlich im Griff! Abnehmende Verschuldung!)

Es wird immer einen Streit über die Bewertung einzelner politischer Leistungen, einzelner Haushaltszahlen und -daten geben. Jenseits dieses inzwischen langweilig gewordenen Streits über das, was der eine besser oder schlechter gemacht hat – für lästig halte ich den Streit über Vergleichszahlen oder Zahlen, die kaum vergleichbar sind –, hat es mich doch überrascht, daß wir offenbar keinen hinreichenden Konsens darüber haben, daß unser aller Aufgabe der schnellstmögliche Abbau der Schulden des Landes ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Dabei bin ich mir im klaren darüber, daß das, was sich seit 1975 sowohl in diesem Land als auch im Bund vollzogen hat, nicht in vier Jahren umzukehren ist, Herr Kollege Aller. In einer solchen Situation muß ich von einem Finanzminister aber doch erwarten, daß er sagt, was er als Verantwortlicher für ein großes Bundesland tun will, um sein Scherflein dazu beizutragen, daß diese für unsere Kinder und Kindeskinde erschreckende Verschuldungsvision beseitigt wird.

(Beifall bei der FDP.)

Herr Swieter, das, was Sie hier vorgetragen haben, hat eine unter finanzpolitischen Gesichtspunkten neue und für mich erschreckende Qualität. Sie haben nämlich das Ziel aufgegeben, die Verschuldung überhaupt jemals wieder abzubauen.

(Beifall bei der FDP.)

Man mag über die Fehler der früheren Regierung reden, wie man will. Sie werden in sämtlichen früheren mittelfristigen Finanzplanungen aber zumindest das Ziel finden, die Netto-Neuverschuldung, also den jährlichen effektiven Zuwachs des Schuldenberges, zu begrenzen.

(Beifall bei der FDP.)

Für Sie, Herr Swieter, werden in Ihren Planungen schon der öffentliche Kredit und das Schuldenmachen zu einer Dauereinrichtung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie haben nicht einmal mehr den Ehrgeiz, diese gewiß ungeheuer schwierige Aufgabe anzugreifen. Mit Ihrer Argumentation und Einstellung ist Schuldenmachen für Sie nicht mehr ein Instrument, um besondere Situationen wie etwa die deutsche Einheit oder eine konjunkturell schwierige Lage zu bewältigen. Mit einer solchen finanzpolitischen Konzeption wird Schuldenmachen vielmehr zu einer Dauereinrichtung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Nichts könnte diese neue und meiner Meinung nach erschreckende Qualität der Finanzpolitik besser verdeutlichen als die Tatsache, daß in der mittelfristigen Finanzplanung bis weit in das nächste Jahrtausend hinein sogar darauf verzichtet wird, die Nettokreditaufnahme überhaupt abzusenken.

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine große niedersächsische Tageszeitung hat in diesen Tagen einen Wettbewerb durchgeführt. Sie werden es gesehen haben. Ich kann Ihnen das gern noch einmal zeigen. Sie sehen hier viele niedliche und süße Babies. Ich zeige Ihnen dies, damit wir wissen, worüber wir hier eigentlich reden. Das ist nicht nur ein erfreulicher Anblick. Einige davon – vielleicht die Julia Burckhardt aus Hänigsen, die Vivian Dahm oder die Vanessa Schlag aus Springe – mögen vielleicht in fünf Legislaturperioden hier im Landtag sitzen. Wie, Herr Swieter und Herr Schröder, werden diese Menschen erst über die Erblast klagen, die wir ihnen hinterlassen werden, wenn wir jetzt nicht umsteuern?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Diese Menschen nämlich werden für das bezahlen müssen, was Sie und wir alle in Bund, Land und Gemeinden gemeinsam anrichten.

Herr Schröder, Sie haben dieser Tage den Herrn Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt wegen seiner Äußerungen zur Rentenpolitik massiv kritisiert. Ich will in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus dem niedersächsischen Haushalt anführen: Wenn wir ab heute einen sofortigen Stellenstopp verfügen würden – Joke, ich bitte Dich, jetzt einmal

zuzuhören –, dann würden die Personalausgaben von derzeit 45 % auf mehr als 65 % ansteigen, wenn diese jungen Menschen, die ich Ihnen eben gezeigt habe, die Verantwortung in unserem Land übernehmen. Allein diese Zahl müßte doch ein alarmierendes Signal sein. Unser öffentlicher Dienst wird nicht mehr bezahlbar sein, wenn wir nicht gewaltig umsteuern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Rede des Finanzministers, der ja wohl für die gesamte Landesregierung und damit auch für den Ministerpräsidenten gesprochen hat, zeigt doch aber eines ganz deutlich: Diese Landesregierung schaut nicht über die Jahrtausendwende hinaus.

(Schmalstieg [SPD]: Na, na, na, na!)

Sie schaut noch nicht einmal über den 13. März 1994 hinaus, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Längst ist die politische Parole dieser rot-grünen Koalition: Durchhalten um jeden Preis! Nach uns die Sintflut!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Dies gilt insbesondere auch für den Oberbürgermeister von Hannover.

(Gansäuer [CDU]: Der kennt das schon seit 20 Jahren!)

– Ja, der kennt das schon seit 20 Jahren. – Ich will mich gar nicht lange mit Vergleichen zwischen der früheren Regierung und der heutigen Regierung aufhalten. Ich habe ja schon gesagt, daß das inzwischen langweilig ist. Ein unabhängiges und in der Bundesrepublik unter allen Finanz- und Wirtschaftsexperten hochangesehenes Institut hat jedoch das Nötige hierzu gesagt. Selbst dann, wenn man die Kritik von Herrn Swieter an diesem Gutachten ernst nimmt, bleiben alle Aussagen des Gutachtens im Kern richtig: Personalausgaben sind zu hoch. Investitionen sind zu niedrig.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Swieter hat hier mit markigen Worten kritisiert, daß die Bundesregierung einen beispiellosen Sozialabbau betreibt. Auch an dieser Kritik zeigt sich, daß diese rot-grüne Koalition und diese Landesregierung noch gar nicht bemerkt haben, daß wir uns den Sozialstaat in seiner heutigen Ausprägung gar nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wenn Sie einmal im Lande herumreisen und sich anhören, was Ihnen Unternehmen und Unternehmer zu diesem Thema sagen, dann müßten Ihnen die Augen aufgehen. Ich weiß aber nicht, ob Ihre

Regierung überhaupt noch einen Draht zu kleinen und mittelständischen Betrieben hat. Der Ministerpräsident kümmert sich ja nur noch um die Sorgen der großen Industriemagnaten. Der Kollege Gansäuer hat darauf schon hingewiesen.

(Dr. Hruska [FDP]: Aber mit wenig Erfolg!)

– Ja, mit wenig Erfolg. – Wenn Sie aber mit Vertretern von mittelständischen Unternehmen, in denen 100 bis 500 Beschäftigte tätig sind, reden, dann wissen Sie: Wenn wir in unserem Sozialsystem, in unseren sozialen Sicherungssystemen und in unserem Lohnsystem nicht grundlegende Änderungen herbeiführen und die Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftsstandort Deutschland nicht gewaltig verbessern, dann wird ein Industriezweig nach dem anderen abwandern. Im Stahlbereich ist der Prozeß bereits in vollem Gange. Im Bereich der Fotoindustrie oder der Textilindustrie ist dieser Prozeß bereits vollzogen worden. Wir alle wissen, worüber wir sprechen.

(Bruns [SPD]: Was macht ihr denn für einen Unsinn in Bonn?)

In der Rede von Herrn Swieter taucht aber kein Wort zu diesen Problemen und zu der Frage, wie die Zukunft dieses Landes denn gestaltet werden kann, auf.

(Bruns [SPD]: Das kannst du ja jetzt machen!)

Sie verschließen die Augen vor Problemen, statt Ihrer Pflicht gerecht zu werden und im Interesse dieser jungen Menschen, die keinen Anwalt in diesem Parlament bzw. in dieser Regierung haben, langfristig tätig zu werden. Sie verschließen davor die Augen. Es ist schon bezeichnend, daß Sie die schmerzhaften Einsparungen, die mit Ihrer Politik verbunden sind, auf einem gelben Zettel nachreichen müssen. Sie alle haben ja den Korrekturzettel hier gesehen. Ich darf ihn noch einmal verlesen. Hier steht:

„Solche Politik ist auch mit mancherlei schmerzhaften Einsparungen verbunden. Die Landesregierung ...“ Danach folgt hier nichts mehr auf dem Korrekturzettel, im Haushalt auch nicht mehr viel.

(Gansäuer [CDU]: Solche Sätze fallen denen immer erst zuletzt ein!)

Es ist also schon bezeichnend, daß man so etwas auf einem solchen gelben Zettel nachreichen muß, damit wenigstens ein Stückchen Realität in diesem Haushalt angelegt ist.

(Dr. Hruska [FDP]: Das ist das einzig Wahre!)

– Ja, das ist das einzig Wahre, und das einzig Sparsame war dieser sparsame Zettel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Hildebrandt

Nehmen wir das einzige Beispiel, an dem ein solch schmerzhafter Einschnitt übrigens in einem glatten Wahlbetrug deutlich wird: die Arbeitszeitverlängerung für Lehrer. Sie hat heute schon eine Rolle gespielt. „Lehrer sind keine Roboter“, haben junge Schüler – auch hier also wieder die junge Generation – im Rahmen einer eindrucksvollen Demonstration gegen diesen Wahlbetrug der Grünen und der SPD festgestellt. Wieder geht es um junge Menschen, wieder geht es um die Zukunft dieses Bundeslandes Niedersachsen! Nun könnte man ja ein gewisses Verständnis dafür aufbringen, wenn Herr Schröder nach dem Prinzip der Gerechtigkeit gesagt hätte: Alle müssen im öffentlichen Dienst mehr arbeiten, also auch die Lehrer. – Nur, das war nie seine Überlegung. Er hat auch auf die besonderen Probleme, die es an unseren Schulen gibt, auf neue Herausforderungen, vor denen gerade Lehrer stehen und vor denen die Schulen insgesamt stehen, nicht die mindeste Rücksicht genommen. Sein Kalkül ist ein anderes. Es lautet – und das hat er auch ungeniert zugegeben, Herr Jordan –: 70 000 Lehrerstimmen verloren, 300 000 Wählerstimmen gewonnen. Das ist sein Kalkül!

(Beifall bei der FDP. – Dr. Hruska [FDP]:
Das ist Opportunismus!)

Mit einer solchen Politik, die nur auf den nächsten Wahltermin schaut, ist kein Staat zu machen. Man mag über die Arbeitszeitverlängerung für Lehrer denken, wie man will, das eigentlich Zynische daran ist, daß ohne jede nähere Prüfung – einfach mit Blick auf die Abstimmung zur SPD-Kanzlerkandidatur – solche Entscheidungen getroffen werden. Sie wissen es, Herr Jordan, daß das der eigentliche Grund gewesen ist. Auch dies zeigt im Grunde genommen nur, daß es nicht um eine sachgerechte Verwaltung der Interessen junger Menschen und der Zukunft dieses Bundeslandes geht, sondern daß es lediglich darum geht, sich im Machtpoker Vorteile zu verschaffen. Wie man damit auf die Nase fallen kann, das hat Herr Schröder erlebt, und ich sage voraus: Er wird es mit seiner rot-grünen Koalition ein weiteres Mal erleben.

Herr Swieter, ich will aus Ihrer Rede, um wenigstens auch darauf einzugehen, nur einige der eklatantesten Widersprüche herausgreifen, die nur deshalb erklärbar sind, weil ja zu den besonderen Neuerungen dieser Regierung der von Herrn Schröder in die politische Debatte eingeführte Spagat gehört. Unter Spagat versteht Herr Schröder ja bekanntlich, gleichzeitig für und gegen eine Sache zu sein. Da kritisiert Herr Swieter in seiner Rede die Bundesregierung, weil sie die Arbeitszeit verlängern und Löhne einfrieren will. Tatsache ist, daß die Landesregierung die Arbeitszeit für Lehrer verlängert. – Im Haushalt sind 2 % Einkommenszuwachs

für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst eingepflanzt. Das bedeutet nicht nur ein Einfrieren der Löhne, sondern im Prinzip einen Einkommensverlust. – Da werden wortreich die Arbeitslosigkeit und das soziale Elend beklagt. Wer sich aber anschaut, was die Landesregierung ausgibt – aus eigenen Mitteln wohlgemerkt, nicht aus Bundes- oder EG-Mitteln zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit, zur Hilfe für Arbeitslose –, wird feststellen, daß dies mit rund 60 Millionen DM etwa genauso viel ist, wie diese Landesregierung im vergangenen Jahr für die Beauftragung von Gutachtern ausgegeben hat. Das ist der Stellenwert, den Langzeitarbeitslosigkeit hier in Niedersachsen hat. Wer in Niedersachsen arbeitslos wird, der wird von dieser Koalition von SPD und Grünen erst einmal begutachtet, und dann ist kein Geld mehr da, um ihm zu helfen. Das ist Sozialpolitik, wie sie SPD und Grüne machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Da wird behauptet, die Neuverschuldung sei unter das Niveau gesenkt worden, das CDU und FDP – wie diesmal erstmals zugegeben wird – unter ungleich schwierigeren Bedingungen erzielt haben. Ich stelle fest: Das ist falsch. Wenn der Kreditrahmen, den diese Landesregierung mit diesem Landeshaushalt bewilligt, ausgeschöpft wird, dann wird diese Landesregierung über 10 Milliarden DM Schulden gemacht haben, denn die Nettokreditaufnahme in diesem Jahr beträgt ja keineswegs 2,35 Milliarden DM, sondern sie beträgt inklusive der zweckgebundenen Kredite weit über 3 Milliarden DM. Und da brauchen Sie nur zusammenzurechnen, um auf eine Zahl deutlich über 10 Milliarden DM zu kommen, es sei denn, Sie bestreiten, daß inklusive der zweckgebundenen Kredite die Neuverschuldung in diesem Jahr um über 3 Milliarden DM klettert. Aber das können Sie ja nicht; da spricht ja Ihr Haushaltsentwurf eine klare Sprache.

Swieters Milliardenloch sei gestopft worden, beliebten Sie hier vorzutragen, Herr Finanzminister. Ich kann nicht sehen, daß dieses Loch gestopft wurde; im Gegenteil: Bis 1997 wird es gewaltig größer. Über 3,5 Milliarden DM Deckungslücke verzeichnet die Landesregierung in ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 1997; 3,5 Milliarden DM Deckungslücke! Aber das ist ja noch keineswegs das Ende der Fahnenstange: Haushaltsrisiken wie etwa die Rückforderungen der BEB in Höhe von 1,8 Milliarden DM, die gesamte Finanzierung des Hochschulbaus über die Niedersächsische Beteiligungsgesellschaft, zweckgebundene Kredite bei der Niedersächsischen Finanzierungsgesellschaft, enorm risikobeladene Zinsgarantien im Zusammenhang mit dem Salzgitter-Fonds und dem Conti-Deal saldiert die Haushaltsrisiken auf weit

über 5 Milliarden DM. Das ist, meine Damen und Herren, rot-grüne Haushaltswahrheit und -klarheit, das ist rot-grüne Politik für die Zukunft!

Aber kommen wir in andere Bereiche. Auch dort werden die eingangs genannten Kinder Julia, Vivian und Vanessa ein schweres Erbe antreten. Ich nenne beispielhaft die Umweltpolitik. Dort soll deponiert werden, und damit werden die Altlasten von morgen geschaffen. Runde Tische, die zumeist mit grünem Filz überspannt sind, drehen sich wie Brummkreisel. Entschieden wird nichts! Umweltpolitik findet nach dem Motto rot-grüner Selbsterfahrungskurse statt: Hauptsache, wir haben darüber geredet! – In der Wohnungsbaupolitik können wir nur feststellen: Die Wohnungsnot nimmt dramatisch zu. Der Kollege Banner hat in der letzten Landtagssitzung mit Bedauern feststellen müssen, daß die Landesregierung auf diese Entwicklung nicht reagieren will. Die Zahlen, die Herr Swieter genannt hat, sind deshalb nur halb so schön, weil private Investoren sie ermöglicht haben.

Die Unterrichtsversorgung ist so schlecht, wie sie in Niedersachsen seit zehn Jahren nicht mehr war. Mein Kollege Goldmann hat noch heute einen Brief vom Landeselternrat dazu bekommen. – Von den versprochenen 15 000 flächendeckenden Studienplätzen an den Hochschulen sind gerade 800 geschaffen. Das einzige, was bei dieser Landesregierung wirklich wächst, sind die Bürokratie und der öffentliche Dienst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Allein in der Ministerialbürokratie – Herr Swieter, Sie kennen die Zahlen; Sie haben sie selbst in Ihrem Hause errechnet – wurden seit der Regierungsübernahme fast 20 % neue Stellen geschaffen. Und da rühmt sich der Minister Swieter, daß man 190 Stellen wieder abschaffen wolle. Das nenne ich Effizienz, das nenne ich Bürokratieabbau, wenn man erst 300 bis 400 neue Stellen in der Ministerialbürokratie schafft, um dann 190 wieder abzuschaffen!

Aber was ich dieser Landesregierung besonders vorwerfe, ist ihre Regelungswut, den Hang, alles und jedes mit Gesetzen, Regelungen, Durchführungsverordnungen, Erlassen und Richtlinien zuzustopfen. Selbst die Elstern und die Rabenvögel bleiben von Regelungen nicht verschont. Das ist für meine Begriffe jener Geist der 60er Jahre, der nichts aus den Erfahrungen der 70er Jahre gelernt hat, der glaubt, die Gesellschaft müsse als Ganzes jedem einzelnen vorschreiben, was er zu tun und was er zu lassen hat. Dieses sozialistisch inspirierte Staatsmodell ist mega-out, Herr Schneider! Und einigen – ich sage: den fortschrittlicheren – Kräften unter Ihnen dämmert das auch langsam, und damit meine ich z. B. den Kollegen Glogowski, der zumindest

prinzipiell mit seiner Polizeireform in die richtige Richtung marschiert.

Damit wären wir an dem Punkt angelangt, wo wir selbstverständlich auch als Opposition unsere Alternativen nennen müssen. Herr Kollege Swieter, hören Sie jetzt bitte gut zu, und auch Sie, Herr Aller, sollten gut zuhören! Wir haben es in der Vergangenheit immer so gehalten, daß wir Alternativen aufgezeigt haben.

(Aller [SPD]: Aber nicht solide finanziert!)

Wir haben jedem Haushalt der rot-grünen Koalition Alternativen entgegengestellt. Alle Entwürfe haben die Kreditaufnahme deutlich niedriger angesetzt, als dann später beschlossen wurde. Alle diese Entwürfe enthielten im Bereich innere Sicherheit, im Bereich Wohnungsbau oder im Bereich Bildung klarere und deutlichere Akzente, als Sie sie gesetzt haben. Nur, es hilft nichts; Ihr Fiasko, den Scherbenhaufen, den Sie anrichten, den werden wir ordnen müssen. Der Wähler soll wissen, wie wir das machen wollen.

(Zuruf von Aller [SPD].)

Ich will dies an einigen Beispielen skizzieren, Herr Kollege Aller.

Erstens. Gegen die rot-grüne Bürokratie und Regelungswut setzen wir Liberalen bei der Abstimmung am 13. März kommenden Jahres unser Konzept des „Schlanken Staates“.

(Lachen bei der SPD und bei den Grünen.
– Aller [SPD]: Wenn ich Sie schon sehe! – Heiterkeit.)

– Herr Kollege, im Konzept für den „Schlanken Staat“ ist nicht der schlanke Abgeordnete Voraussetzung! –

(Vizepräsidentin Goede übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben bereits eine Reihe von Beispielen als Gesetzesinitiativen dem Landtag vorgelegt, und zwar für Gesetze, die deutlich schlanker sind, die deutlich weniger Bestimmungen enthalten und die deutlich weniger Kosten verursachen als die rot-grünen Gesetze. Ich nenne als Beispiele unser Denkmalschutzgesetz, das Polizeigesetz und das Hochschulgesetz. Ich nenne auch unseren Gesetzentwurf zur Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung.

(Beifall bei der FDP.)

Dies sind nur vier Beispiele, aus denen klipp und klar hervorgeht, wie man Bürokratie abbaut, statt sie aufzubauen.

Hildebrandt

Wir fordern den Verzicht auf das Personalvertretungsgesetz. Wir fordern den Verzicht auf das bürokratische Kindertagesstättengesetz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir fordern den Verzicht auf das bürokratische Hochschulgesetz

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und den Verzicht bzw. die Reform Ihres Schulgesetzes. Wir wollen die Selbstverantwortung der Kommunen und der Behörden vor Ort stärken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir werden mit unserem Konzept Entscheidungs- und Hierarchieebenen in den Ministerien abbauen. Wir werden die Zahl der Ministerien verringern. Wir werden Aufgaben im Bereich der Gewerbeaufsicht und im Bereich der Hochbauverwaltung privatisieren.

(Möllring [CDU]: War das jetzt doch eine Koalitionsaussage, Herr Hildebrandt? – Weitere Zurufe.)

– Hören Sie zu. – Wir wollen sämtliche Landesämter wieder in den normalen Verwaltungsaufbau reintegrieren.

(Beifall bei der FDP.)

Wir wollen Verwaltungsentscheidungen dezentralisieren, statt sie, wie SPD und Grüne dies in der auslaufenden Wahlperiode getan haben, zu zentralisieren, wie dies am zentralen Landesjugendamt und am Umweltamt deutlich wird.

Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, in der kommenden Legislaturperiode mindestens 10 000 Stellen durch Aufgabenabbau und durch einen Neuzuschnitt der Verwaltung abzubauen.

(Aller [SPD]: Noch einmal deutlich für das Protokoll!)

Herr Swieter, geben Sie die Verantwortung ab, oder übernehmen Sie die Forderungen, die wir vorgetragen haben, dann werden Sie auch wissen, wie das funktioniert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

– Aller [SPD]: Waren die 10 000 Stellen netto oder nicht, Herr Hildebrandt?)

– Wir haben ja die Mehreinstellungen bei den Lehrern und bei den Polizeibeamten nicht kritisiert. Aber wir müssen in allen Bereichen zigtausend Stellen abbauen.

(Kempmann [Grüne]: Wo denn? – Aller [SPD]: Sagen Sie es schön laut für das Protokoll!)

Wir werden unseren Haushalt und unsere Planungen vorlegen. – Ich habe schon gesagt, wo.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir fordern ein Konzept, das den Wirtschaftsstandort Niedersachsen stärkt. Dazu gehört für uns in erster Linie mehr Wettbewerb in den sozialen Sicherungssystemen. Wir wollen die volle Gleichstellung privater Anbieter mit freigemeinnützigen und kommunalen Anbietern in der Alten- und Behindertenbetreuung und in der ambulanten Pflege.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir wollen die Neuverschuldung pro Jahr um mindestens 100 Millionen DM zurückführen.

(Aller [SPD]: Was Sie wollen, ist unwichtig! Wichtig ist, wie Sie es machen wollen!)

Wir werden die Lernmittelfreiheit streichen und wieder zu einem Gutscheinsystem zurückkehren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Daß wir im Unterschied zu Ihnen von Sparen nicht nur reden, sondern daß wir dies auch tun, hat die FDP zwischen 1986 und 1990 bewiesen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das hat uns nicht immer Spaß gemacht und uns auch nicht immer Freunde eingehandelt. Sie haben es ja bestätigt, Herr Swieter. Wir werden damit in vier Jahren keine Wunder vollbringen, zumal wir unser Konzept des schlanken Staates nicht wie die rot-grüne Regierung mit ihrer Lehrerarbeitsentscheidung über die Köpfe der Betroffenen hinweg durchführen, sondern gemeinsam mit den Betroffenen entwickeln werden.

Wir werden zweitens Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit in unseren Verwaltungen, in unseren Schulen, bei unseren Schülern und Lehrern, bei Studenten und Hochschulen fördern und fordern. Wir werden offensiv die Politik der Bundesregierung unterstützen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern, weil nur so Arbeitsplätze in unserem Bundesland erhalten werden.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Hildebrandt, darf ich Sie einen Augenblick unterbrechen? – Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Jordan?

Hildebrandt (FDP):

Nein, ich muß mich an die Zeit halten. Tut mir leid, jetzt nicht.

Ich kann in der begrenzten Redezeit sowieso nur einige Umriss unseres Programms darstellen. Wir

werden in den anstehenden Auseinandersetzungen über den richtigen Weg für das Bundesland Niedersachsen noch hinreichend Gelegenheit finden, uns mit unseren sachlichen Vorschlägen auseinanderzusetzen.

Herr Schröder hat in diesem Jahr schon einmal die Erfahrung machen dürfen, daß selbst seine eigene Partei, die SPD, das von ihm gewünschte rot-grüne Modell nicht will. Herr Schröder hat bei seinen bundespolitischen Höhenflügen Niedersachsen völlig vernachlässigt. Dies zeigt der rot-grüne Haushalt. Bei seiner Sommertour hat er feststellen müssen und dürfen, wie weit sich seine Regierung von der Bevölkerung entfernt hat. Herr Schröder, Sie haben schon einmal feststellen dürfen, daß Rot-Grün als Zukunftsmodell nichts taugt. Nicht einmal die SPD glaubt daran. Sogar in Niedersachsen sind 30 % der Sozialdemokraten dagegen. Wir sind froh, daß der Wahltermin so früh liegt. Denn je eher der rot-grüne Spuk vorbei ist, desto besser ist es für das Land Niedersachsen. – Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Hildebrandt. – Herr Dr. Roske, Sie haben sich als nächster zu Wort gemeldet.

Dr. Roske (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Gansäuer, Sie haben mir vorgeworfen – – –

(Gansäuer [CDU]: Wenn ihr mich nicht hättet, dann wüßtet ihr gar nicht, worüber ihr noch reden solltet!)

– Herr Gansäuer, man muß sich immer wieder auf Sie einlassen. Obwohl ich nicht glaube, daß Sie sich ändern werden und daß Sie seriöse Finanzpolitik machen werden, muß ich etwas erklären, weil so viele Leute zuhören. Sie haben mir vorgeworfen, ich würde die Zahlen hinsichtlich meiner Einsparvorschläge im öffentlichen Dienst irgendwie nicht zusammenbringen. Ich will es Ihnen noch einmal sagen. Dazu gibt es aber auch schriftliche Unterlagen, damit man es kontrollieren kann, vielleicht auch noch in zehn Jahren. Ich habe gesagt – das ist auch auf Sachgutachten gestützt; gleichzeitig muß man so ehrlich sein und sagen, daß es auch gegriffene Zahlen sind –: Angesichts der Situation des Landes- und des Bundeshaushalts sowie der kommunalen Haushalte müssen wir massiv darangehen, Stellen im öffentlichen Dienst einzusparen. In dem Zusammenhang habe ich gesagt: In Niedersachsen müssen im Landesdienst bis zum Jahre 2010 10 %

der Stellen eingespart werden, mit Ausnahme des Schul- und des Hochschulbereichs.

(Möllring [CDU]: Wann wollen Sie denn anfangen?)

– Wir fangen schon an, Herr Möllring.

(Möllring [CDU]: Wo denn?)

– Herr Aller hat schon ausgeführt, daß auf der einen Seite Stellen neu geschaffen werden, z. B. in den Schulen und in den Hochschulen, und daß auf der anderen Seite Stellen eingespart werden.

(Hildebrandt [FDP]: Wo denn? – Möllring [CDU]: Wo denn?)

– Herr Möllring, mir reicht das noch nicht. Um strukturell an diese Fragen heranzugehen, braucht man schon ein bißchen länger, nachdem Sie nichts anderes getan haben – – –

(Möllring [CDU]: Wieviel Jahre wollen Sie denn noch brauchen?)

– Herr Möllring, wir sind doch diejenigen, die erst einmal zugeben, daß solche Maßnahmen ergriffen werden müssen, während Sie in Ihrer ersten Legislaturperiode 17000 Stellen draufgesattelt haben, ohne sich zu fragen, woher eigentlich das Geld in der Zukunft kommen soll, um die Stellen zu finanzieren. Wenn Sie einmal prozentual ausrechnen, daß bei einem Landeshaushalt von damals 140000 Bediensteten 17000 Stellen draufgesattelt wurden, dann zeigt sich, daß das gigantisch war, was Sie damit fabriziert haben. Sie haben natürlich überhaupt nicht daran gedacht, eine einzige Stelle einzusparen.

(Gansäuer [CDU]: Wissen Sie, daß wir von der SPD auch 30 % Unterrichtsausfall übernommen haben?)

– Herr Gansäuer, ich will mich hier nicht die ganze Rede damit befassen, was Sie alles für einen Stuß hier erzählt haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will Ihnen nur noch erklären, wie die Aussage, 5000 Stellen einzusparen, zustande gekommen ist. Das ist aber auch schriftlich fixiert. Ich habe gesagt – das werde ich heute wiederholen –, daß bei bestimmten Landesämtern, bis hin zu den Bezirksregierungen, langfristig ein Einsparpotential von schätzungsweise 5000 Personalstellen vorhanden ist, also spezifiziert für bestimmte Ämter.

Jetzt will ich darauf eingehen, Herr Gansäuer, wie Sie mit Zahlen umgehen. Das ist ja nicht das erste Mal. Wenn hier ein Laie zuhört, dann meint er, daß die Finanzpolitik das einfachste Ding der Welt ist. Der Laie geht raus und sagt sich: Mit so vielen Mehreinnahmen ist die Landesregierung so schlecht umgegangen, wie es behauptet wurde.

Dr. Roske

– Sie reden von den höchsten Mehreinnahmen, die es in der Geschichte des Landes Niedersachsen gegeben hat. Das ist aber überhaupt nichts Besonderes. Bei normaler konjunktureller Entwicklung sind die Mehreinnahmen nämlich jedes Jahr höher. Das ist doch völlig klar. Es ist also eine ganz logische Sache. Sie suggerieren aber, daß wir diese Mehreinnahmen für grün-rote Projekte, für unsere Politik, verausgaben würden,

(Gansäuer [CDU]: Zu dem rot-grünen Personalfilz könnten Sie auch etwas sagen!)

weil Sie die Mehreinnahmen nicht in das Verhältnis zu den Preis- und den Lohnsteigerungen setzen. Sie setzen sie auch nicht in das Verhältnis zu den erhöhten Zinsen, die wir insbesondere für die Schulden bezahlen müssen, die Sie massenhaft gemacht haben.

(Möllring [CDU]: Müssen Sie für Ihre Schulden keine Zinsen zahlen?)

Wenn Sie nämlich die Mehreinnahmen in das Verhältnis zu den steigenden Preisen für Investitionen, zu steigenden Löhnen, zu steigenden Zinsen usw. setzen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen in einem Landeshaushalt auch bei guter Konjunktur und guten Steuermehreinnahmen nicht so günstig sind, wie Sie tun.

Zu den Mehreinnahmen zählt Herr Gansäuer schlichtweg noch die Neuverschuldung, als würden aus der Neuverschuldung neue Ausgaben finanziert, während sie doch in Wirklichkeit zur Finanzierung der Verpflichtungen gebraucht wird, die schon vorher, also auch unter Ihrer Regierung, vorhanden waren.

Jeder, der sich einmal eine Bilanz angeguckt hat, der weiß doch, daß Neuverschuldungen, wenn sie auf gleichem Niveau gehalten werden, nicht dazu dienen, um neue Projekte zu finanzieren, sondern dazu, die alten, die bereits durch Neuverschuldung finanziert worden sind, fortzusetzen.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Dr. Roske, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Möllring?

Dr. Roske (Grüne):

Bitte schön.

Möllring (CDU):

Herr Dr. Roske, wenn Sie beklagen, daß für die 40 Milliarden DM Schulden, die unzweifelhaft bei Beginn der Legislaturperiode bestanden haben, die

hohen Zinsen zu zahlen sind, warum haben Sie dann die Steuermehreinnahmen nicht dazu benutzt, die Nettokreditaufnahme zu senken, sondern haben statt dessen die Neuverschuldung auf weit über 50 Milliarden DM ansteigen lassen, für die ja ebenfalls Zinsen zu zahlen sind?

Dr. Roske (Grüne):

Herr Möllring, das ist auch so ein finanzpolitischer Taschenspielertrick. Für Sie ist es ein Taschenspielertrick, weil Sie genau wissen, was Sie sagen. Ich habe Ihnen einmal nachgewiesen – ich kann es Ihnen auch schriftlich geben –, daß die Nettoneuverschuldung – von 1978 bis 1982 – bereits so hoch war wie unsere in dieser Legislaturperiode. Wenn Sie das einmal genauer rechnen, dann werden Sie feststellen, daß diese 10 Milliarden DM von damals von 1978 bis 1982 wahrscheinlich eine Kaufkraft von heute ca. 15 Milliarden DM haben.

Umgekehrt ausgedrückt heißt das: Mit unserer Verstärkung der Neuverschuldung senken wir real die Neuverschuldung, was – insbesondere in der gegenwärtigen Situation – eine enorme Leistung ist. Das wird auch ein Problem in der Zukunft sein; denn aus rein konjunkturpolitischen Gründen halte ich es nicht für sinnvoll, gegenwärtig an eine Senkung der Neuverschuldung zu denken. Wir müssen die Neuverschuldung in Grenzen halten, Herr Möllring, und wir müssen darauf achten, daß der Anteil am Landeshaushalt, den wir für Zinsen und Tilgung verausgaben, nicht ständig steigt, weil unsere Handlungsspielräume dadurch eingeengt werden. Das ist im Grunde der entscheidende Indikator für Schuldenpolitik und nicht etwa die Frage, wie hoch sind die Schulden absolut, wie hoch ist absolut die Neuverschuldung usw.

Von der FDP habe ich in der Zeitung gelesen, daß ihr Parteivorsitzender gesagt habe, man müsse die Schulden absenken. Da geht es gar nicht mehr um die Neuverschuldung, sondern darum, die Schulden abzusenken. Dies ist nicht nur von keiner Regierung machbar, sondern es ist auch nicht erstrebenswert, die Schulden abzusenken.

(Küpker [FDP]: Das ist ja ein Ding!)

Entscheidend ist die Frage, Herr Küpker, welchen Spielraum wir in einem Landeshaushalt zur Finanzierung unserer Politik haben.

(Küpker [FDP]: Sie müssen sich mal entscheiden, was Sie denn wollen!)

Entscheidend ist, daß der Anteil, den wir für Zinsen und Tilgung bezahlen, nicht steigt, weil dadurch unsere Handlungsspielräume eingeengt werden. Aber mit absoluten Zahlen können Sie hier nicht operieren. Schulden an sich sind nichts Negatives

und nichts Positives. In Konjunkturkrisen muß man auf jeden Fall vorsichtig sein und sehen, wie man den Handlungsspielraum nutzt.

Gegenwärtig ist es tatsächlich so, daß wir kompetente Finanzpolitik nur machen können als eine Gratwanderung zwischen Einsparpolitik – was ja auch nicht so ohne weiteres konjunkturpolitisch verträglich sein muß –, Steuererhöhungen und Verschuldung. Das ist eine Gratwanderung, bei der man wirklich von Zeit zu Zeit andere Maßstäbe setzen muß.

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition stellt die erste Landesregierung in der Geschichte Niedersachsens, die ihre Haushaltsausgaben 1994 real und 1995 angesichts des bestehenden Haushaltsdefizits sogar nominal senken muß, weil nominal die Einnahmen sinken, was bisher noch nicht dagewesen ist. Mehr als jemals zuvor ist von uns gefordert, mit weniger Mitteln Standards zu halten und sogar zu verbessern. Da die Gesellschaft immer mehr Probleme dem Staat überläßt, erscheint dies als eine fast unlösbare Aufgabe.

Die Bürgerinnen und Bürger haben Verständnis für die zu tragenden Lasten der deutschen Einheit. Kein Verständnis haben sie für die Schonung der Großverdiener und für die Schröpfung der Einkommensschwachen.

(Beifall bei den Grünen.)

Wegen der sozialen Ungerechtigkeit der Lastenverteilung lehnen die Grünen das 1. und 2. Gesetz zum Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm der Bundesregierung vom letzten Monat ab.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Opposition im Niedersächsischen Landtag behauptet, die schwierige Haushaltslage sei hausgemacht in Niedersachsen; natürlich nicht im Bund, wo gestern die Bundesregierung – Sie werden es gelesen haben – den verfassungsmäßigen Notstand in der Finanzpolitik ausgerufen hat, weil sie mehr Kredite aufnehmen muß, als sie Investitionen tätigt. Das System der Opposition ist durchsichtig, Herr Möllring. Die Opposition fordert, daß noch mehr gespart werden muß. Wo Sie selbst Einschnitte vornehmen wollen, das wollen Sie erst nach der Wahl sagen, und wo die Koalition spart, da machen Sie sich zu Verteidigern der Besitzstände, wie wir das heute morgen z. B. beim Sport erlebt haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Opposition tut gerne so, als hätte die Koalition das Geld mit vollen Händen zum Fenster rausgeworfen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Stellen Sie sich doch einmal seriös die Frage – wir können das doch alles nachrechnen –, wohin die trotz der Lasten der deutschen Einheit unerwartet hohen Mehreinnahmen des Landes gingen. Ich zähle es Ihnen auf: Unsere finanzpolitisch ins Gewicht fallenden und unabweisbaren Reformprogramme für Kindertagesstätten, den sozialen Wohnungsbau, die Einrichtung von 2225 zusätzlichen Lehrerstellen, die Lernmittelfreiheit, die Schaffung von weiteren 5400 Stellen im Landesdienst für die Hochschulen, die Landeskrankenhäuser, im Justizbereich, bei der Polizei und im Umweltbereich verursachen 1994 gegenüber den entsprechenden Ausgaben im letzten Landeshaushalt der Albrecht-Regierung Mehrkosten von nur ca. 1 Milliarde DM. Daher können die großen Defizite im Landeshaushalt also nicht kommen.

Neben dieser 1 Milliarde DM Mehrausgaben für unsere Reformprojekte haben wir Reformen durch den Umbau des Landeshaushalts finanziert. Das ist unter anderen Regierungen weniger geschehen als bei uns, aber wir Grünen sind ja dafür bekannt, daß wir lieber umbauen wollen als mehr auszugeben und daß wir lieber die Wirtschaft umbauen wollen als Wachstum zu fördern.

(Frau Schliepack [CDU]: Das treibt mir die Tränen in die Augen!)

Bei einem Personalkostenanteil von über 40% sind die jährlichen Mehrausgaben im Landeshaushalt vor allem auf Lohnerhöhungen, auf einen wachsenden Anteil von Pensionszahlungen, andererseits auf Preissteigerungen, auf höhere Zinsen und vor allem auf bundespolitische Rahmenbedingungen und Rechtsverpflichtungen zurückzuführen, die nicht in der Macht der Landesregierung stehen, z. B. die Asylverfahrensdauer.

Die finanzpolitisch neuen Erfordernisse der Landespolitik – ich bin darauf zu Beginn schon eingegangen – können am besten durch den folgenden Vergleich charakterisiert werden: Die von Rot-Grün geschaffenen ca. 7500 zusätzlichen Stellen im Landesdienst waren – auch in den Ministerien – mindestens so unabweisbar wie die gigantische Vermehrung der Landesbediensteten durch 17500 neue Stellen in der ersten Legislaturperiode der Albrecht-Regierung. Heute stehen wir aber zum erstenmal vor der Situation, die neuen Stellen nicht nur erwirtschaften, sondern bei wachsenden Landesaufgaben in großem Umfang Personal abbauen zu müssen.

War unser Umbau im Landeshaushalt bisher ein Eingriff in Besitzstände, die wir für verzichtbar gehalten haben, so müssen wir jetzt in Versprechen und Besitzstände eingreifen, die wir erfüllen und verteidigen wollten. Wir bekennen uns zu diesem

Dr. Roske

„Irrtum bei Vertragsabschluß“, den es in allen Gebietskörperschaften gegeben hat. Wie schwierig Haushaltspolitik in der gegenwärtigen Lage ist, beweist die völlige Perspektivlosigkeit des teuren RWI-Gutachtens, das im Auftrag der CDU erstellt wurde.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat erheblich gespart: beispielsweise durch 5% Personaleinsparungen in den Ministerien innerhalb von zwei Jahren, bei Landesämtern und bei Bezirksregierungen; z. B. durch Abbau von Theater- und Sportsubventionen, von Subventionierungen von Religionsgemeinschaften, durch weitere Kürzungen im Straßenbau, durch eine Nullrunde bei den Abgeordnetendiäten, der sich die Minister und Ministerinnen sicherlich anschließen werden.

(Hildebrandt [FDP]: Da hat die Landesregierung gespart? – Möllring [CDU]: Das beschließen wir doch im Ministergesetz!)

– Herr Möllring, Landesmittel für den sozio-strukturellen Einkommensausgleich in der Landwirtschaft wird es nicht mehr geben. Neue Pflegesatzvereinbarungen sollen vom bisherigen Kostendeckungsprinzip abgekoppelt und an die Lohnentwicklung gebunden werden, um das Interesse der Träger an Einsparungen zu fördern. Für das Roemer-Pelizaeus-Museum in Hildesheim – Herr Möllring, das betrifft Sie persönlich –, das wir aus Haushaltsmitteln leider nicht finanzieren können, wengleich ich Interesse daran gehabt hätte, es zu finanzieren,

(Möllring [CDU]: Ich weiß, vielen Dank!)

suchen wir genauso wie für das Transplantationszentrum andere private Finanzierungsmodelle.

Meine Damen und Herren, Schulen und Hochschulen haben wir ebenso von Sparmaßnahmen verschont wie das Kindertagesstättenprogramm und den Ökologie-Fonds für den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

In der Schulpolitik stehen die Grünen angesichts hoher Zugänge an Schülern und Schülerinnen vor der Nagelprobe, ob sich die berechtigten Interessen von Lehrern und Lehrerinnen der gesellschaftlichen Verantwortung für die Stabilisierung der Unterrichtsversorgung und für die Landesfinanzen unterordnen lassen. Die in den nächsten zehn Jahren notwendigen etwa 10 000 zusätzlichen Lehrerstellen sind nur zum Teil aus Landesmitteln finanzierbar. Eine Erhöhung der Klassenfrequenzen kommt für uns nicht in Betracht. Trotz notwendiger Mobilisierung anderer Möglichkeiten, wie z. B. die Kürzung von Stundentafeln, ist eine differenzierte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Lehrer und Lehrerinnen unumgänglich. Wer sich vor die-

ser Einsicht drückt, nimmt eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung in Kauf. Die Mehrarbeit, meine Damen und Herren, soll durch anteiligen Gehaltsverzicht ersetzt werden können.

Mit weniger Mitteln, meine Damen und Herren, Standards zu halten und zu verbessern ist z. B. im Pflegebereich möglich. Die Voraussetzungen für mehr ambulante und teilstationäre Pflege anstelle von stationärer müssen rechtlich verbessert werden. Für viele Pflegebedürftige sind ambulante Dienste und betreutes Wohnen besser, und sie sind billiger. Konsens in der beim Sozialminister eingerichteten Fachkommission ist, daß es nicht zu vertreten ist, Tausende von Menschen in die stationären Bettenburgen abzuschieben, während die Angebote des teilstationären und ambulanten betreuten Lebens und der Wohnformen unzureichend oder gar nicht vorhanden sind.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir unterstützen deshalb die Empfehlungen der Fachkommission beim Sozialministerium zu einem radikalen Umbau der Versorgungslandschaft.

Meine Damen und Herren, ich bin eingangs schon darauf eingegangen: Der Umbau des Staates ist überfällig. Bei Fortbestand des Personalbestands – ohne Stellenzuwachs und auf der Grundlage des Beamtentums mit steigenden Pensionszahlungen – werden die öffentlichen Haushalte im Jahre 2030 75% ihrer Steuereinnahmen für Personalkosten verausgaben müssen. Ich weiß nicht mehr, von welchen zeitlichen Dimensionen die Rechnung der FDP ausging.

(Küpker [FDP]: Bis zum Jahre 2030!)

– Bis zum Jahre 2030! – Ich glaube, das ist eine Untersuchung der Verwaltungshochschule in Speyer. – Es sind 75% der Steuereinnahmen – Herr Hildebrandt, auf diesem Gebiet sind wir uns weitgehend einig. Für den Landeshaushalt bedeutet das noch mehr als die 75%, denn das ist ja eine Durchschnittsgröße für Bund, Länder und Kommunen. Wir wissen ja, daß die Länder den höchsten Personalanteil aller öffentlichen Haushalte haben.

(Hildebrandt [FDP]: Das müssen Sie mal Herrn Swieter sagen!)

Wenn man sich dieses Phänomen vergegenwärtigt, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß es möglich sein muß, diese 10% an Planstellen bis zum Jahre 2010 im Landeshaushalt einzusparen.

(Beifall bei den Grünen. – Möllring [CDU]: Aber wann fangen Sie denn an, Herr Dr. Roske? – Hildebrandt [FDP]: Anfangen müssen Sie!)

Das ist eine Frage der Verantwortung für langfristige Haushaltspolitik.

(Möllring [CDU]: Fangen Sie an!)

– Wir haben angefangen! Ich habe Ihnen doch gerade erzählt, Herr Möllring, daß wir in zwei Jahren bei den Ministerien 5 % einsparen!

(Möllring [CDU]: Die stocken doch diesmal noch auf!)

Der Präsident des Städte- und Gemeindebundes schätzt das Einsparpotential bei den Kommunen ebenfalls auf etwa 10 % bis 15 %. Solche Reformen, meine Damen und Herren, halten wir für konstruktiver als das permanente Lamento von seiten einiger Vertreter der Kommunen für die Aussetzung von Mindeststandards im Kindertagesstättenbereich.

(Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, angesichts der Tatsache, daß das Beamtentum wegen der Pensionszahlungen teuer ist, muß es mittelfristig mehr auf Hoheitsfunktionen beschränkt werden. Beamte müssen durch Angestellte ersetzt werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Meine Damen und Herren, die Einsparpotentiale in der Landesverwaltung, von denen ich vorhin gesprochen habe und die ich jetzt noch genauer ausführe, können meines Erachtens nur durch die Auflage einer jährlichen Kürzung mobilisiert werden. Diese Auflage würde die Personalstruktur und zugleich die Aufgaben unter einen Rechtfertigungszwang stellen. Kosten- und Leistungsrechnungen und betriebswirtschaftliches Management müssen eingeführt werden. Die Personalstruktur wird dadurch verändert. Beispielsweise ist es meines Erachtens grotesk, daß ein Service-Unternehmen mit mehreren hundert Beschäftigten, wie das Niedersächsische Landesamt für Ökologie, keine einzige Betriebswirtin oder einen Betriebswirt beschäftigt hat. Das war in der Vergangenheit so, und da müssen strukturelle Reformen eingeführt werden, um im öffentlichen Dienst mit den entsprechenden Bilanzen ein Kosten- und Leistungsbewußtsein zu fördern.

(Möllring [CDU]: Wann fangen Sie denn endlich an?)

Insbesondere in den folgenden Bereichen schätzen wir das Einsparpotential hoch ein. Meines Erachtens können mehr als die acht vorgeschlagenen Staatshochbauämter abgebaut werden. Die Aufgaben von Staatshochbauämtern können zu einem erheblichen Teil von Architekturbüros ausgeführt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Die Aufgaben der Medizinaluntersuchungsämter können weitgehend von Krankenhäusern und Instituten übernommen werden.

Meine Damen und Herren, da wir weniger Straßen bauen, kann in der Straßenbauverwaltung erheblich abgespeckt werden, wo insgesamt etwa 5 000 Menschen beschäftigt sind. Gewerbeaufsichtsämter können mit Staatlichen Ämtern für Wasser und Abfall zusammengelegt werden, wodurch erhebliche Einsparpotentiale erzielt werden.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Reform der Agrarverwaltung. Die Aufgaben der Ämter für Agrarstruktur mit ihren etwa 800 Beschäftigten und der Landwirtschaftskammern können zusammengelegt werden. Laut Gutachten des Verwaltungsexperten Professor Ellwein sollten die Bezirksregierungen auf die Wahrnehmung der Rechtsaufsicht über die Kommunen, auf die Polizeiführung und auf die Gewerbeaufsicht konzentriert werden.

Aufgaben können einerseits dezentralisiert und andererseits zentralisiert werden; natürlich können Aufgaben auch für erledigt erklärt werden.

(Beifall bei der FDP.)

Im Rahmen ihrer verbliebenen Aufgaben bei den Bezirksregierungen sollten globale Haushaltszuweisungen mit selbständiger Betriebsführung getestet werden.

(Glocke der Präsidentin.)

Meine Damen und Herren, außer Schule und Hochschule gibt es natürlich auch noch Bereiche, in denen mehr getan werden muß, weil in der zurückliegenden Legislaturperiode sehr wenig getan worden ist, z. B. bei den Finanzämtern. Man kann nicht nur davon reden, wie der Bund der Steuerzahler dies tut, daß etwa 150 Milliarden DM in der Bundesrepublik an Steuern hinterzogen werden, um dann nichts dagegen zu tun.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Landesregierung hat sich auf diesem Gebiet in Bewegung gesetzt. Da der Bund der Hauptnutznießer dieser Angelegenheit ist, decken wir damit auch noch das Defizit des Bundeshaushalts.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Dr. Roske, ich muß Sie bitten, zum Schluß Ihrer Rede zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Roske

Dr. Roske (Grüne):

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß.

(Hildebrandt [FDP]: Er unterstützt unsere Politik! Ich bin sehr dafür, daß er weiter spricht!)

In der Bundesrepublik gibt es soviel geschonten Wohlstand und Reichtum, daß es unverantwortlich wäre, dem Sozialabbau der Bundesregierung einen landespolitischen Kahlschlag folgen zu lassen. Nur um diesen Preis wäre meines Erachtens das Defizit im Haushalt 1995 von mindestens 1,6 Milliarden DM durch Einsparungen auszugleichen.

Es wird viel von Subventionen im Landeshaushalt geredet, ohne konkrete Titel zu nennen. Von den Vorschlägen des Bundes der Steuerzahler z. B. bleibt landespolitisch bei näherem Hinsehen nicht viel übrig. Vertreter der Koalition haben sich bei den Bad Pyrmontener Sparbeschlüssen z. B. die Frage gestellt, ob die Mittel für Erwachsenenbildung gekürzt werden sollen. Wir haben das mit Recht abgelehnt. Aber, meine Damen und Herren, solche Eingriffe stehen in den nächsten Jahren alternativ zur bundespolitischen Mobilisierung erheblicher Reserven im oberen Drittel dieser Gesellschaft. Es ist wirklich eine Schande, wenn man sieht, mit welchen Belastungen für die unteren Einkommenschichten der Bund jetzt 21 Milliarden DM erwirtschaftet, wenn zugleich durch die Streichung des Ehegattensplittings zur Förderung der Ehe 40 Milliarden DM erwirtschaftet werden könnten –

(Beifall bei den Grünen)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Dr. Roske, ich muß Sie jetzt bitten, zum Schluß zu kommen!

Dr. Roske (Grüne):

– und allein mit diesem Posten die größten Probleme der öffentlichen Haushalte gelöst werden könnten. – Ich danke Ihnen.

(Starker Beifall bei den Grünen und bei der SPD. – Zustimmung bei der FDP.)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Wer der Empfehlung des Ältestenrates folgen will, den Ausschuß für Haushalt und Finanzen mit der Feder-

führung zu beauftragen und den Haushaltsgesetzesentwurf allen Fachausschüssen zur Kenntnisnahme zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Möchte jemand dagegenstimmen oder sich der Stimme enthalten? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Punkt 7 unserer Tagesordnung:

Zweite Beratung: a) **Verzicht der Parteienwerbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk** – Antrag der Fraktion der FDP – Drs 12/5205 – b) **Verzicht auf die Verpflichtung der Medien zu kostenloser Wahlwerbung** – Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen – Drs 12/5218 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Medienfragen – Drs 12/5329

Für die Beratung dieser Anträge stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 20 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu fünf Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu zweieinhalb Minuten.

Beide Anträge wurden in der 86. Sitzung am 19. August 1993 an den Ausschuß für Medienfragen zur Beratung und zur Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Herr Kollege Hildebrandt. Ich erteile ihm das Wort.

Hildebrandt [FDP], Berichtersteller:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da sich die Fraktionen im Vorfeld dieses Tagesordnungspunktes darauf verständigt haben, wegen des erzielten Einvernehmens nicht mehr über diesen Tagesordnungspunkt zu reden, erlauben Sie mir dennoch, daß ich den kurzen Bericht verlese, damit die Zuhörer wissen, um was es hier geht.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Medienfragen empfiehlt Ihnen, die Anträge der Fraktionen in geänderter Fassung anzunehmen.

Die Anträge verfolgen im wesentlichen das gemeinsame Ziel, die Verpflichtung der Rundfunkveranstalter aufzuheben, den Parteien Sendezeiten für Wahlwerbung zur Verfügung zu stellen.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Landesregierung zu entsprechenden Verhandlungen mit den anderen Bundesländern über die notwendige Änderung der maßgeblichen Staatsverträge aufgefordert werden.

Die Beratung der Anträge im Ausschuß für Medienfragen war gekennzeichnet von dem bereits in der ersten Beratung im Landtagsplenum erkennbar gewordenen Bemühen aller Landtagsfraktionen, zu einer gemeinsamen Entschließung zu kommen.

Die Ausschußmitglieder verständigten sich schließlich nach intensiver Beratung auf einen Entschließungstext, der Ihnen nach redaktioneller Überarbeitung nun in der Beschlußempfehlung vorliegt.

Die Ihnen zur Annahme empfohlene Fassung der Entschließung stellt sicher, daß eine einheitliche, bundesweite Regelung über den Verzicht auf Wahlwerbung angestrebt werden soll. Mit diesem Verzicht soll einerseits der Gefahr begegnet werden, daß einzelne Parteien ihren Anspruch auf Sendezeit zu etwaigen Menschenverachtenden und volksverhetzenden Wahlsendungen im öffentlich-rechtlichen wie auch im privaten Hörfunk und Fernsehen mißbrauchen, andererseits soll nach den Vorstellungen der FDP-Fraktion ein weiterer Beitrag zur Staatsferne geleistet werden.

Die Entschließung erhält aber auch die Möglichkeiten, nur für den Geltungsbereich des NDR-Staatsvertrages und des Landesrundfunkgesetzes entsprechende Regelungen für den Fall zu treffen, daß die Verhandlungen auf Bundesebene nicht zum gewünschten Ergebnis führen sollten.

Die weiteren Inhalte der Empfehlung sind auch ohne zusätzliche Erläuterungen verständlich.

Zu erwähnen bleibt aber, daß die Ihnen zur Annahme empfohlene Entschließung bis auf eine Gegenstimme bei allen Ausschußmitgliedern Zustimmung fand.

Im Namen des Ausschusses für Medienfragen bitte ich Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5329 zuzustimmen und damit die Anträge in geänderter Fassung anzunehmen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP. – Kuhlmann [CDU]: Sie hätten ruhig sagen können, daß ich das war!)

Vizepräsidentin Goede:

Schönen Dank für diesen Bericht, Herr Kollege Hildebrandt.

Zu diesem Punkt hat sich der Abgeordnete Rettig zu Wort gemeldet. Ich weise darauf hin, daß auch fraktionslose Abgeordnete nach § 71 Abs. 1 der Geschäftsordnung Anspruch auf Redezeit haben. Allerdings – so hat es das Bundesverfassungsgericht ausgeführt – besteht kein Anspruch auf die gleiche Redezeit, wie sie der kleinsten Fraktion zusteht. Das

sind in diesem Fall zweieinhalb Minuten. Ich schlage vor, Herrn Abgeordneten Rettig zwei Minuten Redezeit zuzuteilen.

(Kuhlmann [CDU]: Das ist unfair!)

– Meine Damen und Herren, ich stelle das Einvernehmen des Hauses fest,

(Kuhlmann [CDU]: Nein, nein!)

und erteile dem Herrn Kollegen Rettig das Wort.

Rettig (fraktionslos):

Frau Präsidentin, schönen Dank für Ihre einleitenden Worte.

Meine Damen und Herren, die vorliegende Beschlußempfehlung kann von mir als einem Vertreter einer Partei, die zur Zeit noch nicht im Landtag vertreten ist, nicht mitgetragen werden. Ich will Ihnen das ganz kurz begründen.

Ursache für die erschreckende Zunahme des Rechtsradikalismus ist nicht die kostenlose Werbung in den Medien für die nächste Landtagswahl; die Ursachen liegen woanders.

Die Ursachen für die zunehmende Wahlmüdigkeit und die Parteiverdrossenheit bei allen Bürgerinnen und Bürgern liegen in den vielen Fehlleistungen der etablierten Parteien in den vergangenen Jahren. Es sei nur kurz genannt, wenn der Vizekanzler den Kanzler vor dem Bundesverfassungsgericht verklagt, wenn sich Minister ihre Umzüge bezahlen lassen und vor allem das jahrelange Gezerre um den Asylkompromiß zwischen dem Bund, den Ländern und den Parteien.

Das, meine Damen und Herren, sind die Gründe dafür, weswegen die Menschen eine Alternative zu den etablierten Parteien suchen. Diese Suche wollen Sie nun erschweren, indem Sie die kostenlose Parteienwerbung in den Medien verhindern wollen.

Meine Freunde und ich von der Unabhängigen Wählergemeinschaft Niedersachsen treten dafür ein, daß der Staat die Parteien nicht mehr wie bisher unterstützt, daß die Zuschüsse aus Steuergeldern reduziert werden, allerdings nicht so, meine Damen und Herren, wie Sie es jetzt wollen; denn jedem kritischen Menschen ist doch sofort klar, warum Sie diesen Weg gehen wollen.

Durch die Unterstützung des Staates haben die etablierten Parteien – dazu zähle ich nun einmal auch die FDP und die Grünen – genügend Finanzmittel, um für sich durch vom Steuerzahler bezahlte Werbezeit entsprechende Werbung zu machen.

(Hildebrandt [FDP]: Sie haben den Antrag nicht verstanden, Herr Rettig!)

Rettig

Deshalb treffen Sie, meine Damen und Herren, auch Sie, Herr Hildebrandt, mit Ihrer Initiative – es ist Ihnen auch bewußt, daß Sie das machen – die kleineren Gruppierungen. Sie treffen mit diesem Antrag neue Gruppierungen, die nicht über die Finanzmittel verfügen, um sich, wie Sie, die Wahlwerbung bezahlen zu lassen.

Deshalb können Sie von mir als einem Vertreter einer solchen kleinen Gruppierung auch keine Zustimmung zu Ihrer Initiative finden, Herr Hildebrandt.

(Hildebrandt [FDP]: Sie haben den Antrag nicht verstanden, Herr Rettig!)

Sie wollen alle kleinen Gruppierungen treffen, um die Konkurrenz für die nächste Landtagwahl entsprechend zu reduzieren. Das ist Ihr Ziel. Wenn Sie erfolgreich gegen Rechtsradikale vorgehen wollen, meine Damen und Herren von den etablierten Parteien, dann ergreifen Sie die Initiative, diese rechtsradikalen Parteien zu verbieten. Einer solchen Initiative werden sich die Vertreter der Unabhängigen Wählergemeinschaft Niedersachsen sofort anschließen. Dafür haben Sie meine Unterstützung. Für diesen Beschlußvorschlag können Sie jedoch meine Unterstützung nicht bekommen. – Danke schön.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Hildebrandt, Sie haben um das Wort gebeten.

Hildebrandt (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf als Berichterstatter noch einmal deutlich machen, daß es dem Kollegen Rettig entgangen ist, daß es mit diesem Antrag nicht darum geht, weiterhin Parteienwerbung zuzulassen, sondern dieser Antrag hat zum Inhalt, daß in Zukunft weder unbezahlte noch bezahlte Parteienwerbung in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten möglich sein soll.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den Grünen.)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Daher schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5329 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Stimmt jemand dagegen? – Zwei Gegenstimmen. Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Bei zwei Gegenstimmen haben Sie so beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich rufe jetzt Punkt 8 unserer Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: **Schutz des Regenwaldes – Beitrag des Landes Niedersachsen** – Antrag der Fraktion der CDU – Drs 12/3277 – Beschlußempfehlung des Ausschusses für Umweltfragen – Drs 12/5315

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu acht Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 3277 wurde in der 58. Sitzung am 9. Juni 1992 an den Ausschuß für Umweltfragen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Dr. Stratmann. Sie haben das Wort, Herr Dr. Stratmann.

Dr. Stratmann [CDU], Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Zunächst ein Wort vorweg: Nachdem die antragstellende Fraktion von dem Verlauf und dem Ergebnis der Beratungen im Ausschuß so enttäuscht war, daß sie überhaupt keinen Bericht abgeben wollte, obwohl ihr die Berichterstattung zustand, meine ich doch, daß es für die Öffentlichkeit und vor allem auch für Sie interessant ist, einen kurzen Bericht über den Verlauf der Beratungen und das Ergebnis zu erhalten.

Mit der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5315 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Umweltfragen, den Antrag der Fraktion der CDU in geänderter Fassung anzunehmen.

Bereits im November 1992 nahm der Ausschuß für Umweltfragen seine Beratungen auf und führte zunächst eine Anhörung durch, in der der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und dem World Wide Fund For Nature Gelegenheit gegeben wurde, zu der komplexen Thematik des Antrages Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran ließ sich der Ausschuß von einem Vertreter des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über Projekte zur nachhaltigen Bewirt-

schaftung des Regenwaldes auf Borneo unterrichten.

Im Verlauf der weiteren Beratung waren die Ausschußmitglieder der Koalitionsfraktionen der Meinung, daß der Antrag der CDU-Fraktion der Gesamtproblematik des Schutzes des Regenwaldes nicht gerecht werde und daher inhaltlich zu erweitern sei. Darüber hinaus müsse bestätigt werden, daß sich die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit mit ihren Projekten auf dem richtigen Wege befinde. Sie unterbreiteten daher einen eigenen Formulierungsvorschlag, dem im wesentlichen die Ihnen vorliegende Beschlußempfehlung entspricht.

Die Vertreter der CDU-Fraktion setzten sich hingegen bei den Beratungen dafür ein, daß die Arbeiten, die der World Wide Fund For Nature und auch andere Organisationen durchführen, nicht nur vom Bund, sondern auch von den Ländern unterstützt werden müßten. Ihr Antrag biete daher Niedersachsen die Chance, konkret zu handeln.

Des weiteren gab ein Sprecher der CDU-Fraktion zu bedenken, daß der von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Formulierungsvorschlag, die heutige Beschlußempfehlung in der Drucksache 5315, unter Nr. 3 keine neuen Aspekte aufgreife und die Frage, unter welchen Bedingungen Edelhölzer genutzt würden, bei der Forderung nach einem Verzicht auf tropische Edelhölzer unberücksichtigt bleibe. Bedauerlich sei aus Sicht seiner Fraktion außerdem, daß die Regierungsfaktionen nicht bereit seien, die im Ursprungsantrag geforderte finanzielle Hilfe zu bewilligen und hierdurch einen Einstieg in den Erhalt der Regenwälder zu wagen.

Nach Auffassung des Ausschußmitgliedes der FDP-Fraktion sei im Hinblick auf die Beschlußempfehlung zu bezweifeln, daß die sehr weitreichenden niedersächsischen Beschaffungsrichtlinien der geeignete Ansatzpunkt seien, um in den Entwicklungsländern eine nachhaltige Forstwirtschaft zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit dem Antrag beriet der Ausschuß für Umweltfragen eine Eingabe, bei der es um die Verwendung von Tropenholz aus dem Kongo ging.

Die Ihnen vorliegende Beschlußempfehlung wurde im federführenden Umweltausschuß mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Vertreter der CDU-Fraktion beschlossen. Das Ausschußmitglied der FDP-Fraktion war bei der Abstimmung nicht anwesend.

Der mitberatende Ausschuß für Haushalt und Finanzen empfahl, in den einleitenden Halbsätzen unter Nr. 3 der Beschlußempfehlung eine klarstel-

lende Änderung vorzunehmen, und schloß sich im übrigen mit den Stimmen der Vertreter der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der Vertreter der Oppositionsfaktionen dem Votum des federführenden Ausschusses an.

Der Umweltausschuß folgte dem Vorschlag des Haushaltsausschusses ohne weitere Diskussion.

Auch der mitberatende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten schloß sich ohne wesentliche Aussprache der vorliegenden Beschlußempfehlung an.

Als Berichterstatter muß ich Sie für die Mehrheit des Ausschusses für Umweltfragen darum bitten, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5315 zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Dr. Stratmann. – Herr Dr. Hruska!

Dr. Hruska (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz des Regenwaldes liegt uns allen am Herzen. Dennoch können wir diesem Antrag nicht zustimmen. Der ursprüngliche Antrag der CDU hatte zumindest zum Ziel, in den betroffenen Gebieten mit finanzieller Unterstützung des Landes Hilfe zu leisten und damit einen Ausgleich für das zu schaffen, was den Entwicklungsländern an dieser Stelle verlorengeht.

Der Antrag, wie er jetzt vorliegt, ist formuliert aus der Arroganz der Länder, die seit 2000 Jahren und länger ihre Wälder gerodet haben und damit einen Beitrag zu den Klimasituationen geleistet haben, die wir zum Beispiel in den Mittelmeerländern haben.

(Dr. Stratmann [CDU]: Sehr wahr! – Beifall bei der CDU.)

Dieser Antrag ist formuliert aus der Arroganz der Industrieländer, die jährlich mehr CO₂-Emissionen in die Atmosphäre stoßen, die dann von den Tropenwäldern in den Entwicklungsländern kompensiert werden sollen. Es kann nicht sein, meine Damen und Herren, daß wir aus dieser Situation heraus Forderungen an die Entwicklungsländer richten, sie sollten doch um Gottes willen ihren Regenwald schonen, während wir auf unser Klima in den letzten Jahrhunderten und Jahrtausenden so wenig Rücksicht genommen haben.

(Schirmbeck [CDU]: Sehr wahr!)

Dr. Hruska

Für Teile der Entwicklungsländer ist der Rohstoff Tropenholz einer der wichtigsten Faktoren, mit denen sie überhaupt ihre Importe durch Exporte bezahlen können. Diese Möglichkeiten wollen wir ihnen beschneiden, ohne, wie das der CDU-Antrag wollte, ihnen auf der anderen Seite Hilfe anzubieten. Das können wir nicht tun. Es dient auch dem Schutz des Tropenwaldes nicht. Es wäre so, meine Damen und Herren, als wollten wir, um die Kartoffel zu schützen, den Menschen in Niedersachsen verbieten, Kartoffeln zu essen.

Keiner würde mehr Kartoffeln anbauen, und den Kartoffeln und dem Schutz der Kartoffeln wäre dadurch nicht gedient. So ist es auch mit dem Tropenwald: Wenn der Tropenwald für die Entwicklungsländer keinen Wert mehr hat, dann werden die Entwicklungsländer – und das müssen sie – diesen Tropenwald nicht schonen, sondern sie werden ihn weiter brandrodieren, um mit anderen Erzeugnissen auf den Exportmarkt zu gehen und dort ihre Einnahmen zu erzielen.

Deswegen ist dieser Antrag in den Teilen, in denen es um den Boykott von Tropenholz geht, kontraproduktiv für den Schutz des Tropenwaldes.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich wissen auch wir von der FDP, daß beim Abholzen der Tropenhölzer zum Export Raubbau betrieben wird. Wir wissen, daß dabei viel Tropenwald zerstört wird, viel mehr, als notwendig wäre. Wir wollen in den Tropen eine nachhaltige Forstwirtschaft, die den Wald erhält, aber den Ländern trotzdem den Export von Tropenholz ermöglicht. Hierfür kann es Kennzeichnungen geben, die heute noch nicht so entwickelt sind, daß man ihnen in jedem Fall trauen kann. Nur: In Anbetracht der Tatsache, daß man bei einer solchen Kennzeichnung, daß das Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft oder aus Plantagen kommt, und in Anbetracht der Fehler, die dabei passieren, darf es doch nicht soweit gehen, daß wir deshalb restlos zu einem Boykott kommen. Wir müssen dann eben die Instrumentarien verbessern.

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Entwicklungsländern wirklich helfen wollen, dann bitte nicht mit diesem Antrag. Wenn Sie der Atmosphäre wirklich helfen wollen und die Tropenwälder wirklich halten wollen, dann dürfen sie nicht das Tropenholz verteufeln und boykottieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsidentin Goede:

Die nächste Rednerin ist Frau Zachow.

Frau Zachow (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die zögerliche Behandlung des CDU-Antrags zum Schutz des Regenwaldes war eigentlich schon symptomatisch für das, was als Ergebnis dabei herausgekommen ist. Immer dann, wenn es um konkretes Handeln geht, gehen Sie auf Tauchstation. Dabei fing es eigentlich ganz gut an. Wir haben eine gute Einbringungsdebatte geführt. Wir haben im Ausschuß in wirklich hervorragender Art und Weise Unterrichtungen durch einen Mitarbeiter des WWF und einen Mitarbeiter der GTZ, ergänzt durch einen Vertreter aus dem Ministerium, bekommen. Uns als CDU war natürlich auch klar, daß man mit 500 000 DM noch nicht den Regenwald rettet. Wir wollten aber ein Signal setzen, und uns ist ja vom WWF und auch von Herrn Burger bestätigt worden, daß so etwas absolute Signalwirkung hat. Er hat sich dabei speziell auf das Bremer Modell bezogen.

Sicherlich war die Meßlatte mit 500 000 DM nicht zu hoch gelegt. Wir wären auch bereit gewesen, die Meßlatte weiter herunterzufahren, um Signalwirkung zu erhalten. Allerdings muß ich Ihnen eines sagen: Wie niedrig man auch die Meßlatte legt, Sie kommen immer noch darunter hindurchgekrabbeln, notfalls mit abgewinkelten Armen und Beinen, und das dann auch noch, ohne vor Scham rotgrün anzulaufen.

Frau Tewes, Sie haben im Ausschuß gesagt, daß dieser Antrag zu kurz greife; er müsse inhaltlich angereichert werden. Ich muß schon sagen, das ist haarsträubend, denn was bei Ihrer inhaltlichen Anreicherung herausgekommen ist, ist absolut nichts gewesen. Das paßt allerdings auch in Ihr sonstiges Verhalten hinein, wenn es um globale Fragen geht, wenn es um Klimafragen und um CO₂-Fragen geht.

Was die Beurteilung Ihrer Beschlußempfehlung betrifft, kann ich Herrn Dr. Hruska nur voll zustimmen. Es ist arrogant, es sind ausschließlich Lippenbekenntnisse, die absolut nichts kosten, mit den Auswirkungen, die Herr Dr. Hruska auch schon sehr deutlich beschrieben hat. Das einzige, was Sie tun, wenn es um Kosten geht, ist, daß Sie wieder an den Bund appellieren, aber das ist auch nichts Neues; das paßt in Ihr sonstiges Verhalten hinein.

(Zuruf von der SPD: Na!)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, diese Beschlußempfehlung ist an Peinlichkeit überhaupt nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der FDP.)

Über globale Zusammenhänge und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen sollten Sie in Zukunft besser schweigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsidentin Goede:

Als nächste hat Frau Tewes-Heiseke um das Wort gebeten.

Frau Tewes-Heiseke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Und als es keinen Regenwald mehr gab, da stritten die Menschen immer noch, wer denn schuld war am Tod der grünen Lebensgärten.“ So könnte eine unsägliche Geschichte im kommenden Jahrhundert enden. Unsere Nachkommen werden nicht begreifen, daß sich die Menschen, also wir, nicht zu einem rettenden Kraftakt durchringen konnten. Der ist aber nötig, um alles zu verhindern: den Untergang indigener Völker, den Artentod, die Klimaveränderung, die Wüstenbildung, die dramatischen Flüchtlings- und Armutsbewegungen infolge von Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die hochindustrialisierten Länder.

Doch, meine Damen und Herren, es sieht so aus, als würde unsere Generation diesen rettenden Kraftakt nicht aufbringen. Wir sehen die Entwicklung, wir erkennen das Ergebnis, aber wir begreifen unsere Verantwortung nicht. Statt dessen verstricken sich die handelnden Gruppierungen in Kämpfe im Detail. Die Kampffelder erstrecken sich über den gesamten Globus. Es kämpfen die Entwicklungsländer gegen die Industrienationen, die USA und Kanada gegen den Rest der Welt – ich erinnere an Rio –, die Holzhändler kämpfen um Konzessionen, die Bevölkerung in den Tropenländern ums Überleben. Es kämpft der europäische Holzmarkt gegen den Tropenholzimport und leider auch die Parteien im Niedersächsischen Landtag um das bessere Rettungsprojekt.

(Frau Zachow [CDU]: Appelle helfen hier nichts!)

Verlierer sind wir alle, und das will und kann ich nicht begreifen.

Während der Beratungen im Umweltausschuß gab es wieder einmal eine Kraftprobe des nutzlosen Streits, obwohl Sie alle in diesem Raum – erinnern Sie sich bitte daran – bei der Antragseinbringung im Juni 1992 Bereitschaft zeigten, den CDU-Antrag, der nur aus einem einzigen Satz besteht, zu

verändern. Meine Damen und Herren, kaum zu glauben, aber wahr: Diese Bereitschaft endete unmittelbar nach der Expertenanhörung, als die rot-grüne Koalition nämlich einen Änderungsantrag vorlegte.

(Frau Zachow [CDU]: Aber was für einen!)

Im Namen der SPD-Fraktion und mit dem Einverständnis aller anderen plädierte ich für die ausführliche Behandlung der nicht alltäglichen niedersächsischen Problematik. Sie können einfach nicht sagen, das sei eine Verzögerungstaktik gewesen. Es gab nämlich drei Unterrichtungen, die meines Erachtens einen vorzüglichen Einstieg in das Dilemma der nachhaltigen Forstwirtschaft im tropischen Regenwald gewährleisteten.

An dieser Stelle sei dem WWF, der GTZ und Herrn Dr. Ripken vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten besonders gedankt.

(Beifall bei der SPD und von Herrn Dr. Hruska [FDP].)

Meine Damen und Herren, die nachhaltige Nutzung und die langfristige Sicherung der Tropenwälder sind doch unbestritten ein Knackpunkt. In meinem Debattenbeitrag bei der Einbringung des CDU-Antrags forderte ich vor einem Jahr die Prüfung genau dieser Frage. Nach ausführlicher Abwägung der Expertenberichte ist für mich nicht der Beweis erbracht, daß nachhaltige Forstwirtschaft unter den zur Zeit bestehenden Bedingungen zur Rettung des tropischen Regenwaldes beitragen könnte. Die Experten bestätigten uns: Es funktioniert die Kennzeichnung nicht, die Pilotprojekte rechnen sich nicht, krimineller Holzeinschlag schreitet ungebrochen voran, und die Entwicklungsländer verarmen weiter. Damit, meine Damen und Herren, lag es doch auf der Hand, daß die Koalitionsfraktionen dem CDU-Antrag ein anderes Gesicht gaben.

(Frau Zachow [CDU]: Aber was für eines!)

Wir versuchen mit dem vorliegenden Änderungsantrag, den unwidersprochen engen landespolitischen Handlungsrahmen soweit wie möglich auszuschöpfen. Ich nenne die niedersächsischen Handlungsfelder:

Erstens der öffentliche Beschaffungsmarkt. Seit Juni 1992 schreiben die Richtlinien vor, daß im öffentlichen Beschaffungswesen Edelhölzer aus Primärwäldern nicht mehr verwandt werden, es sei denn, es liegen überprüfbare Nachweise der Herkunft aus schonender, nachhaltiger Forstwirtschaft vor. Diese Richtlinien zeigen Wirkung, was man ja nicht von allem sagen kann. Sie haben die Holzimporteure aus Bremen zu einer Petition veranlaßt. In die gleiche Richtung sind viele Kommunen mar-

Frau Tewes-Heiseke

schiert. Deshalb fordern wir unter Punkt 3 unseres Antrags weitere Bundesländer und den Bund auf, die niedersächsische Vorgehensweise bei den Primärwäldern nachzuahmen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Hier kann unserer Meinung nach Eigenverantwortung deutlich werden. Zusätzlich fordern wir aber von der Landesregierung eine stärkere Unterstützung bei der Beratung und Information von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

(Zustimmung bei der SPD.)

Zweitens. Die niedersächsische Forstwirtschaft und Forstwissenschaft beteiligen sich bei Kooperationsprojekten der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit zum Erhalt der tropischen Regenwälder und wie in Malaysia in Sabah um nachhaltige Forstwirtschaft des tropischen Regenwaldes. Das ist gut so. Aber warum sollen wir den Antrag der CDU unterstützen und noch ein weiteres WWF-Projekt mit jährlich einer halben Million DM fördern? Wir hätten das Geld nur, wenn wir es von laufenden Entwicklungsprojekten abzögen. Das tun wir nicht; denn da sind wir Verpflichtungen eingegangen.

(Frau Zachow [CDU]: Das ist wirklich lächerlich!)

Trotz Ihrer Behauptung im Ausschuß, Herr Grill, daß Niedersachsen im Vergleich zu anderen Regionen im Geld schwimme, rät die SPD-Fraktion der Regierung, die wenigen Kröten, die der Bund uns läßt, zusammenzuhalten.

Ein Wort zum Schluß unseres Antrags, dem ein veränderter wirtschafts- und entwicklungspolitischer Ansatz zugrunde liegt. Herr Dr. Hruska, ich glaube, da folgen Sie unserem Weg wieder. Wie oft, meine Damen und Herren, müssen uns die Länder, auf deren Ressourcen wir so scharf sind, noch sagen „Kehrt vor eurer eigenen Tür!“ – so zuletzt im April in Genf auf der ITTO-Konferenz zum Raubbau und Holzkahlschlag in Kanada, in den USA und in GUS-Ländern und „Stoppt den Export von Abfällen, Waffen, von hier längst verbotenen Pflanzenschutzmitteln und von hier nicht genehmigungsfähigen Industrieanlagen in Entwicklungsländer!“?

Meine Damen und Herren, hier gibt es für die Industrienationen – für uns auch – neben der finanziellen eine moralische und ethische Verpflichtung, der wir nicht nachkommen. Somit zeigt unser Antrag: Die rot-grüne Koalition hat die Problematik begriffen und lenkt eigene Maßnahmen in die richtige Richtung – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das sind meiner Meinung nach zwei Gründe, einmal nicht in Parteienstreit zu verfallen und gemeinsam über diesen Änderungsantrag abzustimmen.

men. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe daher die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5315 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Möchte sich jemand der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit sind Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses mehrheitlich gefolgt.

(Ronsöhr [CDU]: Hammelsprung! – Gegenruf von Mientus [SPD]: Das bestimmt ihr doch nicht!)

Ich rufe jetzt den Punkt 9 unserer Tagesordnung auf:

Zweite Beratung: **Unterstützung der Jugendarbeit** – Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen – Drs 12/3977 – Beschlussempfehlung des Ausschusses für Jugend und Sport – Drs 12/5316

(Unruhe.)

– Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich, mit dafür Sorge zu tragen, daß der Geräuschpegel sinkt. Wenn Sie der Debatte nicht folgen wollen, bitte ich Sie, den Raum zu verlassen.

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 30 Minuten zur Verfügung. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der SPD und der CDU jeweils bis zu acht Minuten, der FDP und den Grünen jeweils bis zu vier Minuten.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen in der Drucksache 3977 wurde in der 65. Sitzung am 11. November 1992 an den Ausschuß für Jugend und Sport zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichtersteller ist der Herr Kollege von Hofe. Herr von Hofe, ich erteile Ihnen das Wort.

von Hofe (Grüne), Berichtersteller:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit seiner Beschlussempfehlung in der Drucksache 5316 empfiehlt Ihnen der Ausschuß für Jugend und Sport einstimmig, den Antrag unverändert anzunehmen.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß bereits anlässlich der Einbringung des Antrages in der 65. Plenarsitzung am 11. November 1992 in der Einschätzung der Bedeutung der ehrenamtlichen Jugendarbeit eine weitgehende Übereinstimmung in diesem Hause deutlich wurde. In den Beratungen des federführenden Ausschusses waren daher die Zielsetzung des Antrages sowie die im Antrag genannten Maßnahmen völlig unstrittig.

Mit dem Ihnen heute vorliegenden Antrag soll die politische Anerkennung und Wertschätzung der ehrenamtlichen Jugendarbeit deutlich gemacht werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, konkrete Konzepte für eine nachhaltige Erleichterung der ehrenamtlichen Jugendarbeit zu entwickeln.

Die mitberatenden Ausschüsse für Haushalt und Finanzen, Wissenschaft und Kunst sowie der Kulturausschuß haben sich der Beschlußempfehlung jeweils einstimmig angeschlossen. Der Ausschuß für Jugend und Sport bittet Sie, der Beschlußempfehlung in der Drucksache 5316 zuzustimmen.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, keine Debatte durchzuführen, und zwar nicht etwa des-

halb, weil der Abend schon so weit fortgeschritten ist, sondern weil in der Sache Einigkeit besteht. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, mir liegen keine Wortmeldungen vor. Mit der Eröffnung der Beratung kann ich diese daher gleichzeitig schließen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beschlußempfehlung des Ausschusses in der Drucksache 5316 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Möchte sich jemand dagegen aussprechen oder sich der Stimme enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich schließe damit die heutige Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und hoffe, daß wir uns morgen in alter Frische wiedersehen.

Schluß der Sitzung: 18.48 Uhr.